

DM 10,– Nr. 10 Oktober 1993 E 8080 E

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

CODE

Deutschland:
Ammenmärchen über sinkende Asylantenzahlen

Einseitige UNO-Politik unter dem Mantel humanitärer Hilfe zur Förderung weltweiter US-Interessen

Deutsche Mark:
EWS-Turbulenzen als Fanal gegen ECU

Serbien:
Der Krieg der Marionetten-Meister

Hillary Clinton:
Die Super-Mama der USA

Ägypten:
Wirtschaftskrise verursacht plötzliche Explosion

Ein-Weltler:
Die Macht des Geldes bestimmt unser Zeitalter der Konflikte



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE erscheint seit 1987 unter diesem Namen, vorher hieß die Zeitschrit »Diagnosen«. Dem anderen deutschen Nachrichtenmagazin liegt ein Konzept zugrunde, daß den Lesern eine umfassende politische und wirtschaftliche Übersicht über sämtliche nationalen und internationalen Ereignisse vermittelt, wobei das Schwergewicht der Darstellung auf die weltweiten Verflechtungen und Hintergünde gelegt wird.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-71229 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

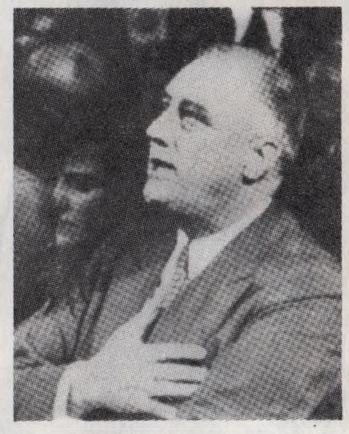
Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

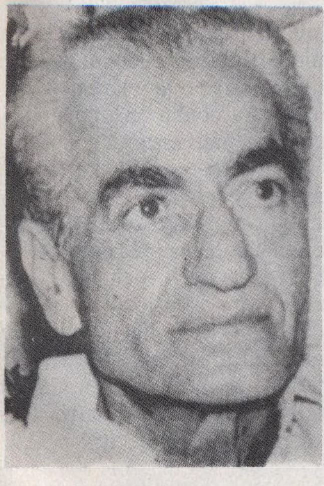
Postleitzahl/Stadt/Land





US-Präsident Franklin D. Roosevelt wollte mit dem Zweiten Weltkrieg die Vernichtung des deutschen Volkes erreichen.

7. Jahrgang Nr. 10 Oktober 1993



Der Schah von Persien war eine vielversprechende Figur im Machtspiel des amerikanischen und israelischen Geheimdienstes.



Hosni Mubarak steht vor einer Krise, wie sie seit der Ermordung seines Vorgängers Anwar Sadat ohne Präzedenzfall ist.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Hetze gegen rechte Demonstrationen

Wie sehr das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit zu Lasten von allem, was auch nur den Anschein hat, rechts zu sein, ausgehebelt wird, haben die vergangenen Wochen und Monate hervorragend aufgezeigt. Während Linke alles dürfen, bleibt dies eigentlich von der Verfassung für alle Deutschen vorgesehene Grundrecht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit vorenthalten.

Man muß nicht unbedingt ein Freund von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß sein. Tatsache ist aber, daß er allen offiziellen Verlautbarungen zum Trotz im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis ermordet wurde – wahrscheinlich von Briten –. Ein Unrecht ist auch die lange Isolationshaft des am Schluß schwerkranken Greises, und dies obwohl er sich nicht eines einzigen echten Verbrechens schuldig gemacht hat. Wenn man seinerzeit schon Heß zu einer lebenslangen Haft verurteilt hat, dann müßte für den ehemaligen US-Präsidenten George Bush und auch für den amtierenden Präsidenten Bill Clinton die Todesstrafe für die Ermordung unschuldiger irakischer Zivilisten ausgesprochen werden. Seltsamerweise gab es seit Ende des Zweiten Weltkriegs aber kein anderes Kriegsverbrechertribunal nach Vorbild von Nürnberg. Angesichts der gegen jedes Menschen- und Völkerrecht verstoßenden Untaten gegen Heß und angesichts seiner Bemühungen, durch seinen Flug nach Schottland den Weltkrieg zu beenden, ist der Wunsch vieler national eingestellter Deutscher selbstverständlich, an Heß' Todestag ihm zu gedenken.

Doch da hat man die Rechnung ohne den deutschen »Rechtsstaat« gemacht! Wegen angeblich zu erwartender ausländerfeindlicher und -diskriminierender und nationalistischer Äußerungen sowie der ebenfalls zu erwartenden linken Gegengewalt sei die Abhaltung derartiger Versammlungen oder Demonstrationen zu untersagen.

Komisch: Wenn tausende Autonome in Bad Kleinen dem Tode des RAF-Terroristen und mutmaßlichen Mörders Wolfgang Grams gedenken wollen, hat der Staat anscheinend keine Vorbehalte dagegen. Ja, diese Individuen durften sogar eine Tafel am Bahnsteig anbringen, auf der der »Ermordung« Grams' gedacht wird.

Als es 1988 in Düsseldorf aber Bestrebungen gab, angesichts des 65. Jahrestags der Ermordung des deutschen Nationalhelden Albert Leo Schlageter durch ein französisches Erschießungskommando eine Gedenktafel am Mahnmal für die Toten auf der Golzheimer Heide anzubringen, wurde dies durchweg von allen im Düsseldorfer Stadtrat vertretenen Parteien abgelehnt. Ja, zumeist wurde sich sogar sehr negativ über Schlageter geäußert. Kurz darauf wurde dann am Rheinufer eine Gedenktafel für einen Kommunisten angebracht! Als es dann aber 500 national eingestellte, überwiegend junge Deutsche, in Fulda doch noch schafften, eine Gedenkveranstaltung aufzuziehen, hagelte es bundesweit und auch im Ausland lautstarke Proteste. Der israelische Stargeiger Yehudi Menuhim, der gerade auf Tournee durch Deutschland war, sah sich sogar veranlaßt, kurzfristig eine Pressekonferenz einzuberufen und zu erklären, die demokratischen Grundrechte dürften nicht für Personen gelten, die ausländerfeindliche Propaganda vermittelten.

Davon abgesehen, daß es sich wohl jeder Staat auf der Welt – außer Deutschland natürlich – verbieten würde, wenn ein Ausländer sich auf einer eigens einberufenen Pressekonferenz über irgendwelche innenpolitische Dinge äußert, offenbart dies doch ein seltsames Demokratieverständnis. Eine Demokratie darf sich nur dann als Rechtsstaat bezeichnen, wenn er nach rechts genauso offen ist wie für links und umgekehrt. Gerade dies ist aber nicht der Fall.

Gegen Stadtoffizielle, die nach Ansicht vieler Verblendeter angeblich nicht oder nur halbherzig gegen diesen »Rechtsbruch« der Demonstration vorgegangen sind, ermittelt zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe der Staatsanwalt.

Wenn aber Autonome »Spontan«-Demonstrationen abhalten und dabei randalieren und einen Sachschaden von tausenden oder zehntausenden Mark verursachen, hat man derartige Forderungen bislang noch nicht gehört. Das gleiche gilt für die Ausschreitungen des türkischen Mobs nach Solingen, wo Sachschaden in Millionenhöhe entstand und viele Geschäftsleute heute noch immer auf ihrem Schaden sitzen.

Und eines ist doch auffällig: Während es so gut wie keine Demonstrationen Autonomer gibt, die nicht früher oder später in Gewalt ausarten, ist dies auf rechter Seite anders. Im vergangenen Jahr demonstrierten rund 2000 »Neonazis« – in Wirklichkeit handelt es sich natürlich nur um national eingestellte Deutsche – am Jahrestag von Heß in Wunsiedel – und nichts geschah. Nicht eine einzige Scheibe ging zu bruch, und nicht eine einzige Autoantenne wurde abgebrochen. Kein unbeteiligter Bürger brauchte Angst zu haben.

So war es auch dieses Jahr. Wer die Fernsehbilder verfolgte konnte wunderbar erkennen, wie die Demonstranten durch die Innenstadt zogen und nicht einen einzigen Bürger belästigten. Standen angesichts des schönen Wetters Tische von Cafes oder Restaurants auf der Straße, wurde ein Bogen um sie gemacht und wurden diese nicht, wie es bei Autonomen der Fall gewesen wäre, aus dem Weg geräumt.

Die ganze Demonstration verlief friedlicher als der Großteil aller sonstigen Demonstrationen, die sich mit brisanten politischen Fragen befassen. Aber dennoch hört man in den deutschen Medien und von den Politikern nur Hetze, wo vielleicht auch einmal Nachdenken angebracht gewesen wäre.

So kritisierte etwa Bundesaußenminister Klaus Kinkel die Zurückhaltung der Polizei beim »Neo-Nazi-Aufmarsch« in Fulda. Dies sei »ausgesprochen besorgniserregend«, sagte der »Liberale«.

Ähnliche Äußerungen hat man von Kinkel vermißt, als die Polizei etwa bei den Autobahnblokkaden durch türkische Extremisten sogar brav Fernsehsender benachrichtigte und sie bat, sie sollten doch bitte vorbeikommen und die ganze Angelegenheit filmen. Dann würden auch die Türken die Blockade wieder aufgeben.

Ebenfalls nichts Vergleichbares hört man von Kinkel, wenn mal wieder die Autonomen wüteten. Unbestritten ist doch, daß bei rechtens angemeldeten Demonstrationen der von den Rechten verursachte – nicht der auf linken Gegenterror zurückgehende – Schaden minimal ist und vielleicht ein Prozent der Summe ausmacht, der von linken Chaoten verursacht wurde.

Außerdem mußte doch auch die Fuldaer Polizei zugeben, daß die linken Gegendemonstranten, die auf der Autobahn gestoppt und in Schach gehalten wurden, auf Gewalt aus waren. Von daher war das Vorgehen der Polizei doch richtig: Wenn sie zwei Möglichkeiten hat, zum einen eine friedliche, wenn auch nicht angemeldete Demonstration stillschweigend zu »genehmigen« oder ein von den Linken ausgehendes Gemetzel zu provozieren, dann bleibt doch nur Alternative eins als einzige Möglichkeit. □

Kritischer von Weizsäcker

Von den Obermoralisten Deutschlands wird Bundespräsident Richard von Weizsäcker immer wegen seiner zukunftsweisenden Reden gerühmt. Er setze Maßstäbe, an denen sich andere richten müßten. Auch könne er klarer als die meisten anderen Politiker die sich nähernden Krisen erkennen und verschließe nicht die Augen vor ihnen.

Wenn man sich die Vergangenheit von Weizsäckers ansieht, müssen einem hieran gehörige Zweifel kommen. Nach jüngst bekanntgewordenen Akten hat der amtierende Bundespräsident nämlich vor der Wende bei Gesprächen mit DDR-Offiziellen Helmut Kohl jegliche Kanzler-Qualitäten abgesprochen und erklärt, Kohl werde niemals Bun-

deskanzler. Ihm fehle einfach der Background für ein derartiges Amt.

Zwei Dinge sind daran sehr verwunderlich: Zum einen, daß von Weizsäcker einen darart vertraulichen Umgang mit Spitzenleuten der führeren DDR hatte. Schließlich waren dies nicht die ersten abwertenden Dinge, die von Weizsäcker in der DDR über westdeutsche Politiker sagte und die später bekannt wurden.

Bereits im vergangenen Jahr war zu erfahren, daß von Weizsäcker absolut nichts vom derzeitigen Kanzler hält. Auf Verwunderung stieß seinerzeit auch, daß von Weizsäcker sich nicht scheute, für die Doktorarbeit seiner Tochter die Hilfe der DDR-Führungsspitze in Anspruch zu nehmen.

Dieses alles waren weitere kleine Mosaiksteinchen über einen Bundespräsidenten, dessen Amtszeit bei objektiver Betrachtung als die für Deutschland am schädlichste aller bisherigen Bundespräsidenten in die Analen eingehen wird. Wie kein anderer vor ihm, hat von Weizsäcker Deutschland auch heute noch an den Pranger gestellt, auf der einen Seite eine Kollektivhaftung für die Zeit zwischen 1933 und 1945 abgelehnt, auf der anderen Seite durch Sätze wie (sinngemäß) »Wir dürfen nie vergessen«, »Die NS-Zeit muß uns immer eine Mahnung in der aktuellen Politik sein«, »Unser Verhältnis zu Israel wird nie ein normales sein« die deutsche Politik auf einen ganz anderen Level gestellt.

Wenn es in der aktuellen Diskussion etwas Gutes gibt, dann folgendes: Es gibt nun doch keine dritte Amtszeit von Weizsäckers. Zwar verbietet das das Grundgesetz. Aber »angesichts der besonderen Verdienste von Weizsäckers« hatten ursprünglich viele Politiker dafür plädiert, die Verfassung zu ändern und von Weizsäcker eine weitere Amtszeit zu gewähren. Daß dies nicht so kam, dürfte wohl auch daran liegen, daß von Weizsäcker inoffiziell kaum noch für ernst genommen wird und vor allem auch die Bevölkerung sich mit ihm nie so anfreunden konnte, wie durch Statistiken, die niemand verstehen kann, dargestellt.

Um dies festzustellen, genügt eine kleine eigene Umfrage im Bekanntenkreis. Selbst bei Leuten, die politisch nicht rechts, konservativ oder national eingestellt sind, ist der Akzeptanzgrad von Weizsäckers sehr gering. Wie dann nach den offiziellen Statistiken angeblich über 80 Prozent der Deutschen seine Politik begrüßen sollen, ist somit absolut unverständlich. □

Robert Kempner gestorben

Der frühere Chefankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, Robert Kempner, ist Mitte August im Alter von 93 Jahren in Frankfurt am Main gestorben. Er hatte die Anklage gegen die 22 Nazi-Größen vertreten, die sich vor dem völkerrechtswidrigen Kriegsgerichts-Tribunal verantworten mußten.

Bereits Anfang der dreißiger Jahre hatte der gebürtige Freiburger gegen Hitler und seine politischen Ansichten Front gemacht und war Ende der dreißiger Jahre in die USA emigriert, von wo er dann nach Ende des Weltenringens als Chefankläger nach Deutschland zurückgeschickt wurde.

Kempner wurde von den etablierten politischen Kräften immer als Vorkämpfer der Demokratie und des Rechtsstaates dargestellt. Genau das Gegenteil war der Fall – zumindest wenn man das Nürnberger Tribunal betrachtet. So wurde dort unter anderem nach rückwirkend geltenden Gesetzen, die die Siegermächte kurzerhand aufgestellt hatten, geurteilt. Selbst führende amerikanische Richter verurteilten dies und verweigerten eine Mitarbeit an dem Rache-Tribunal.

Nicht so Kempner. Er hatte keine Gewissensbisse den wichtigsten juristischen Grundsatz, eben daß nicht nach eigens für den Fall aufgestellten und rückwirkend geltenden Gesetzen geurteilt wird, zu mißachten und das Recht zu beugen.

Bezeichnend ist, daß später niemand mehr nach den bei dem Skandalverfahren aufgestellten »Rechtsgrundsätzen« verurteilt wurde. So etwa wegen Führens eines Angriffskrieges. Wäre der Grundsatz auf alle in Frage kommenden Personen angewandt worden, so hätten angesichts der vielen hundert Kriege, die es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab, direkt mehrere Kammern aufgestellt werden müssen.

Das gleiche gilt für »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Als der ugandische Diktator Idi Amin, der seine Feinde im wahrsten Sinne des Wortes schlachten ließ und sie danach aufaß, aus seinem Land fliehen mußte, wurde ihm großzügig im Westen Asyl gewährt. Und dies ist nur ein Beispiel, dem hunderte andere folgen könnten.

Es ist unverständlich, wie dann ein derartiger Mann, der sich bis zu seinem Tod nicht von dem von ihm vertretenen Unrecht distanziert hat, als Vorkämpfer für Demokratie und des Rechtsstaates bezeichnet werden kann. □

Verwirrspiel um Bundespräsidenten

Das Verwirrspiel um den neuen Bundespräsidenten hält auch weiterhin an. Nicht eine Woche vergeht, in der nicht ein neuer Name genannt wird. Mal ist es der CSU-Chef und Finanzminister Theo Waigel, dann wieder Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau, dann Bundesverfassungsrichter Herzog, und zuguterletzt darf allen Dementis zum Trotz nicht der frühere Bundesaußenminister und ehemalige FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher fehlen.

Und obwohl er sich noch ziert, ist eben dieser Genscher nach Bonner Insiderinformationen nach wie vor Favorit Nummer 1. Danach soll sich das folgende Szenario abspielen: Immer mehr potentielle Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes sagen ab, andere, die dies nicht tun, sind aus irgendwelchen Gründen »untragbar« für dieses Amt. So kommt es dann, je näher der Wahltermin heranschreitet, fast schon zu einer nationalen Krise, wer denn nun geeignet und würdig sei, angesichts der moralischen Vorgaben Weizsäckers sein Nachfolger zu werden.

Die Politiker streiten sich immer mehr, und schließlich wird dann als von allen tragbarer Kandidat erneut Genscher vorgeschlagen. Dieser kann dann »aus der Verantwortung für diesen Staat« nicht nein sagen und stimmt schließlich nach vielen hin und her zu.

Und angesichts der vielen taktischen Spielchen, die man heute von der Politik gewohnt ist, ist Genscher auch für alle Parteien – mit Ausnahme der CSU – der ideale Kandidat.
Die CDU wertet dies als Zugeständnis für die Fortführung der Koalition. Die SPD erhofft sich durch ihr Ja zu Genscher einen Koalitionswechsel der Liberalen. Und die Grünen müssen schließlich zähneknirschend erkennen, daß nach den kommenden Bundestagswahlen vielleicht nur eine Ampel-Koalition eine Mehrheit hätte. Um sich nicht von vorneherein die Sympathien der FDP zu verscherzen, erklären sich dann schließlich auch die Grünen bereit, Genscher wenn schon nicht zu akzeptieren, ihn dann aber zumindest tolerieren zu wollen. □



Ammenmärchen um sinkende Asylantenzahlen

Alfred König

Seit Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes zum 1. Juli dieses Jahres sind die Asylantenzahlen stark sinkend. Mit rund 20000 Personen haben sich ungefähr ein Drittel weniger Asylbewerber als noch einen Monat zuvor bei den Behörden gemeldet. Damit ist der deutschen Politik ein großer Erfolg gelungen.

So oder so ähnlich klingen zumeist die Presseberichte, die sich in Lobeshymnen über den »ersten tatsächlich wirkenden Schritt gegen die zunehmenden Asylantenzahlen« ergehen. Die Wahrheit sieht – man möchte fast sagen: natürlich – ganz anders aus. Zwar sind die offiziellen Asylbewerberzahlen zurückgegangen; an der tatsächlich nach Deutschland gekommenen Zahl von Asylbewerbern, vor allem erneut aus Rumänien und dem ehemaligen Jugoslawien, hat sich aber nichts geändert.

Meist nur, wenn überhaupt, als kleine Meldung las man in verschiedenen Zeitungen, daß die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Juli deutlich höher war als in der Vergangenheit. Viele grenznahe Gemeinden denken sogar daran, die Zahl der Überwachungsbeamten stark zu erhöhen, um dem illegalen Massenzustrom über die grüne Grenze Herr zu werden.

Die Statistik ist zwar geschönt; an der tatsächlichen Problematik hat sich aber nichts geändert. Später können sich die illegal eingereisten Asylbewerber sogar bei den zuständigen Behörden melden und ganz legal Asyl beantragen. Man muß ihnen nämlich nachweisen, daß sie über »sichere Drittländer« eingereist sind. Wenn diese Leute aber die Angabe hierzu verweigern, kann man sie nicht ausweisen. So schlicht und einfach ist das.

Außerdem: Nicht alle, aber doch sehr viele der Asylbewerber, die jetzt nach Deutschland kommen, sind Kriminelle. Dies kann man unter anderem daran erkennen, daß nach Schätzungen der Behörden etwa 20000 Asylbewerber mehrere Asylanträge gestellt haben, dem Staat damit einen Schaden von mehreren Millionen Mark monatlich zufügen.

Für 100 Dollar den perfektesten falschen Paß

Schaut man sich die steigende Kriminalität an, dann fällt auf, daß besonders die Straftaten von Ausländern von Jahr zu Jahr Steigerungszahlen aufweisen, die deutlich höher als die der Deutschen sind. Trotz eines Ausländeranteils von etwa acht Prozent in der Bundesrepublik stellen diese in der Schwerkriminalität heute schon mindestens ein Viertel und in manchen Bereichen, etwa Rauschgifthandel oder Bandenkriminalität, sogar schon die Mehrzahl. Unumstößliche Tatsache ist, daß hieran Asylbewerber zu einem großen Teil beteiligt sind.

Es gibt kaum eine Großstadt, wo der Großteil der afrikanischen Drogendealer keine Asylbewerber sind. Selbst wenn sie erwischt werden, werden sie nur in den seltensten Fällen abgeschoben, ja, brauchen sogar noch nicht einmal ins Gefängnis, sondern werden nur wenige Stunden nach ihrer Festnahme wieder freigelassen. In Frankfurt gibt es einen 19jährigen Türken, der (Stand Mitte August) bereits 119mal (!) festgenommen wurde, der Haftrichter aber dennoch immer wieder die Ausstellung eines Haftbefehls ablehnt. Da der Türke den Großteil seines Lebens in Deutschland verbracht hat, droht ihm noch nicht einmal die Abschiebung. So etwas sollte sich ein Deutscher mal in einem anderen Staat der Welt erlauben.

Dem kriminellen Teil der Asylbewerber ist es vollkommen egal, ob sie nun die Sozialhilfe erhalten oder nicht. Die paar hundert Mark im Monat wurden von ihnen zwar gerne mitgenommen, aber auch ansonsten reicht das aus Verbrechen stammende Geld für ein sorgloses Leben und für ein dickes Sparkonto.

Außerdem ist es heutzutage kein Problem, für wenige hundert Mark einen perfekt gefälschten Paß eines jeden gewünschten Landes zu bekommen. Besonders für die afrikanischen und südosteuropäischen Länder werden die Ausweise und Pässe regelrecht hinterhergeworfen. Für 100 Dollar Bestechungsgeld bekommt man den perfektesten Paß etwa für Rumänen.

Die Zahl der anerkannten Asylanten bewegt sich schon seit Jahren zwischen zwei und drei Prozent. Bei bestimmten Ländern liegt die Anerkennungsquote sogar bei 0,0 Prozent und bewegt sich etwa für Rumänien bei etwa 0,01 Prozent. Dennoch wird auch nach der jüngsten Asylrechtsänderung das Bundesverfassungsgericht mit sogenannten Eilanträgen traktiert und zum Teil daran behindert, wirklich wichtige Sachen zu entscheiden.

Manche Verfassungsbeschwerden sind schon seit sieben oder acht Jahren anhängig, ohne daß eine Entscheidung gefällt wurde. Damit wird aber ein rechtsfreier Raum geschaffen beziehungsweise wird das jeden Bürger zustehende Recht über Rechtsklarheit ad absurdum geführt.

Was soll man von Politikern halten, die in vielen Stunden in Arbeitskreisen irgendwelche Regelungen zusammenflicken, dann aber noch nicht einmal in der Lage sind, diese wasserdicht zu machen. Denn selbst dem Dümmsten müßte doch eigentlich klar sein, daß bei abgeschlossenem Rechtsweg jedem der Weg zum Bundesverfassungsgericht über eine Verfassungsbeschwerde möglich ist. Entweder waren die die rechtliche Vorlage ausarbeitenden Politiker wirklich dümmer als die Polizei erlaubt, oder, und dies wäre die einzige Alternative, man hat dieses absichtlich »übersehen«.

Und es ist doch wirklich ein schlechter Witz, wenn man Asylantenzahlen von 20000 in einem Monat als Erfolg wertet. Dies sind noch immer eine runde viertel Million Leute, die pro Jahr nach Deutschland kommen – und davon lediglich rund 7500 zu Recht. Die anderen sind nichts anderes als Betrüger, denn unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erhalten sie vom Steuerzahler viel Geld, das ihnen nicht zusteht.

Auch bei diesen, wie dargestellt, nur vordergründig zurückgehenden Zahlen sind dies noch immer zwischen 25 und 30 Milliarden Mark, die die Volkswirtschaft insgesamt für Asylbetrüger aufwendet. Ein Betrag, der ausreichen würde, um viele der derzeit anstehenden Probleme leicht zu beheben.

So müßte zum Beispiel die ohnehin schon utopisch hohe Mineralölsteuer noch weiter erhöht werden. Erst Mitte August kündigten viele Gemeinden und Kommunen an, wegen chronischer Finanznöte städtische Einrichtungen, wie etwa Schwimmbäder, Büchereien oder Spielplätze schließen zu müssen oder den vollen Betrieb nicht mehr aufrechterhalten zu können. Dies alles wäre nicht nötig, wenn nicht viele Milliarden Mark für Asylbetrüger im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Fenster geworfen würden. □

Deutschland

Phantasie ist am Arbeitsplatz gefragt

Selten zuvor sahen die Perspektiven auf dem deutschen Arbeitsmarkt so düster aus wie heute. Allein in Westdeutschland sind binnen Jahresfrist bereits eine halbe Million Arbeitsplätze verlorengegangen. Weiteren hunderttausenden Jobs droht schon bald das Aus – und niemand kann sich so recht vorstellen, wo die neuen Arbeitsplätze entstehen sollen, die zur Kompensation der Beschäftigungsverluste von gestern, heute und morgen benötigt werden.

Der deutsche Arbeitsmarkt steht unter dem Einfluß von mehreren Streßfaktoren, die nach Ansicht von Skeptikern auch noch in der näheren Zukunft wirksam bleiben werden.

Wachstum ohne Beschäftigung

Die Konjunktur: Zwar schrumpft die Beschäftigung im Zeichen der Rezession – doch im Vergleich zur Produktion ist sie bisher nur moderat zurückgegangen.

Dadurch bleibt die Produktivität hinter ihrem Normalstand zurück. Bevor hier keine Besserung eintritt, läuft der Aufschwung am Arbeitsmarkt vorbei. Für eine gewisse Zeit droht daher ein Phänomen, das in den USA als jobless growth, ein Wachstum ohne Beschäftigungseffekt, bezeichnet wird.

Der Standort D: Einerseits werden arbeitsplatzsparende Investitionen häufiger ins Ausland verlagert, andererseits bleiben beschäftigungswirksame Investitionen von Ausländern am Standort D weitgehend aus. Grund dafür sind die Nachteile Deutschlands im internationalen Kostenwettbewerb. Außerdem steht zu befürchten, daß die Integration der osteuropäischen Volkswirtschaften die deutschen Standortprobleme zusätzlich verschärft. Die Kurzformel dafür heißt: Hongkong vor der Haustür.

Das Lean Management: Der Einsatz moderner Management-Methoden in der Arbeitsorganisation führt zu umfangreichen Personaleinsparungen. Die Schlankheits-Kuren haben gerade erst eingesetzt und werden noch über Jahre hinweg Arbeitsplätze freisetzen.

Es drohen weitere Beschäftigungsverluste

Der Öffentliche Dienst: Im Zeichen der Finanznot regiert auch in den staatlichen Personalhaushalten der Rotstift. Bahn und Post planen besonders große Einschnitte in die Personaldecke. Mittelfristige Konsolidierungszwänge sorgen dafür, daß dieser Trend auf absehbare Zeit anhält.

Die Transformationskrise: Die deutsche Wirtschaft hat im Zuge der Transformation bereits Millionen Arbeitsplätze eingebüßt. Der Abschmelz-Prozeß ist gleichwohl noch nicht zu Ende – vor allem der Industrie drohen weitere Beschäftigungsverluste.

Damit gewinnt eine Frage an Aktualität, die der Soziologe Ralf Dahrendorf bereits auf dem Höhepunkt der Rezession von 1982 formulierte. Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus? Genau zehn Jahre nach Dahrendorfs Frage lautete die Antwort allerdings ganz anders als seinerzeit vermutet:

Von 1982 bis 1992 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland um 2,7 Millionen. Bereits vor dem Vereinigungs-Boom waren in Westdeutschland alle Beschäftigungs-Rekorde gebrochen.

Manches spricht dafür, daß auch diesmal die Pessimisten eines Besseren belehrt werden. Wie schon damals, mangelt es auch heute vielen an Phantasie, die neuen Arbeitsplätze der Zukunft zu lokalisieren. Einige Orientierungspunkte:

Telekommunikation: Nach einer EG-Studie ist die Zahl der Beschäftigten in der Telekommunikation zwischen 1980 und 1992 um 100000 gestiegen, vornehmlich in den Dienstleistungsfunktionen. Hier ist eine weitere Expansion zu erwarten.

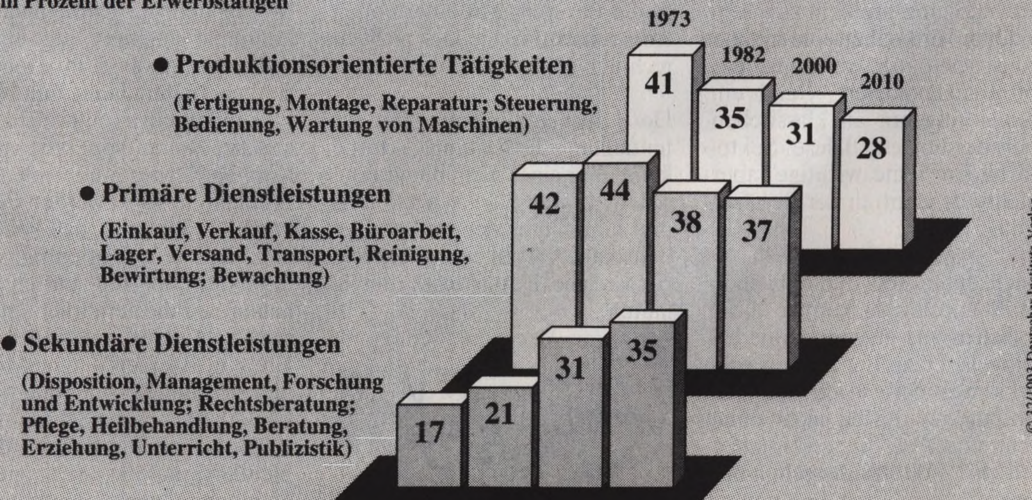
Hier ist weitere Expansion zu erwarten

FuE-intensive Industrie: Gegenüber Mitte der achtziger Jahre liegt die Beschäftigtenzahl fünf Prozent höher, in den speziellen High-Tech-Branchen sind es sogar fast 12 Prozent. Weiteres Wachstumspotential ist vorhanden.

Datenverarbeitung: Arbeitsplatz-Bestand heute: knapp 350000. Das ist, von Mitte der siebziger Jahre an gerechnet, ein Zuwachs von mehr als 250 Prozent. Längerfristige Perspektive: aufwärts gerichtet.

Automobil-Umfeld: Selbst wenn die Beschäftigung im Kernbereich der Automobilindustrie rückläufig sein sollte – im Umfeld der Branche expandierte sie. Neuartige Verkehrsleitsysteme und Infrastrukturmaßnahmen bieten zusätzliche Arbeitsplätze.

Biotechnologie: Nach einer Studie der EG-Kommission dürften in Europa durch die Umsetzung der biotechnischen Erkenntnisse rund zwei Millionen neue Jobs entstehen.



Deutschland

Phantasie ist am Arbeitsplatz gefragt

Kultur und Medien: Nach Berechnungen des ifo Instituts bietet dieser Sektor heute bereits 320000 Arbeitsplätze – rund 70000 mehr als 1988. Voraussichtliche Tendenz: steigend.
Pflegedienste: Durch die allmähliche Vergreisung der Bevölkerung entwickeln sich Altenbetreuung und -pflege zu einem beschäftigungsstarken Dienstleistungszweig.

Weitere Jobs im Dienstleistungssektor

Beratung: Nach der Devise des Lean Managements lagern immer mehr Industrieunternehmen und klassische Dienstleistungsbetriebe viele Funktionen aus – die beratenden Berufe profitieren davon. Auch diese Tendenz dürfte sich in Zukunft behaupten.

Nach einer Vorausschätzung der Prognos AG werden die modernen Dienstleistungen hierzulande bis zum Jahr 2010 insgesamt 800000 zusätzliche Jobs bieten.

Die überschlägige Addition zeigt jedoch: Die Zahl der nachwachsenden Arbeitsplätze reicht aus heutiger Sicht mit großer Wahrscheinlichkeit nicht aus, um das Beschäftigungsproblem zu lösen. Benötigt wird daher eine intakte Industriestruktur diesseits der Spitzentechnologien – und ein breites Angebot an klassischen Dienstleistungen. Diese Sektoren bilden heute wichtige, aber gefährdete Zentren der Beschäftigung.

Einen guten Teil der notwendigen Stabilisierung können diese Branchen aus eigener Kraft bewältigen. Denn die gegenwärtig wirksamen Stressoren des Arbeitsmarktes dürfen nicht ohne Wenn und Aber fortgeschrieben werden. Hoffnungsschimmer bieten:
Beschäftigungswellen: Für die Theorie des jobless growth gibt es bisher keinen schlagkräftigen Beweis. Nachgewiesen ist dagegen, daß die Beschäftigungsschwellen in engem Verbund mit den Lohnstückkosten variieren. Bei stabilen Lohnstückkosten reichen bereits geringe Wachstumsraten, um die Beschäftigung zu stimulieren.

Schlankheitskur: Das Lean Management stärkt die Position im internationalen Kostenwettbewerb. Es schafft auf mittlere Sicht zusätzliche Beschäftigungs-Möglichkeiten in den Branchen mit anspruchsvollen Technologien.

Die nächsten zwei Jahre sind eine Durststrecke

Vernetzung: Auch die neuen Herausforderungen durch die Niedrigkosten-Regionen in Osteuropa bergen Chancen für den Arbeitsmarkt. Durch eine sinnvolle Vernetzung des teuren Standorts D mit diesen kostengünstigen Standorten wird die deutsche Wettbewerbsposition merklich gekräftigt.

Infrastruktur: Die Rationalisierung des Öffentlichen Dienstes ermöglicht eine bessere Dotierung der Investitionshaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Folge: Engpässe in der Infrastruktur werden geöffnet, ergänzende private Investitionen stimuliert.

Mittelstand Mitteldeutschland: Ein gewisses Gegengewicht zu den Beschäftigungsverlusten durch den Umbau in Mitteldeutschland bilden die Zugewinne im Handwerk und in den freien Berufen. Mit einer vollen Kompensation ist jedoch nicht zu rechnen.

Doch auch die Summe aller potentiellen Entlastungsfaktoren kann über eines nicht hinwegtäuschen: In den nächsten zwei bis drei Jahren muß der deutsche Arbeitsmarkt wohl eine entbehrungsreiche Durststrecke durchlaufen. □



Deutschland

Die Strategie der Spannungen

John Springfield

Der nächtliche Brandanschlag auf ein Gebäude in Solingen am 29. Mai dieses Jahres, wobei zwei türkische Frauen und drei Mädchen ums Leben kamen, und die darauffolgenden wilden Tumulte kennzeichnen eine Phase in der Destabilisierung Deutschlands – letztendlich zugunsten der Feinde innerhalb und außerhalb des Landes.

Wie bei dem tödlichen Brandanschlag in Mölln, sollen die Urheber des Vorfalls in Solingen in dem militanten Milieu am rechten Flügel des politischen Untergrunds in Deutschland zu finden sein. Dies sagen Experten, die niemals müde werden, zu behaupten, der Extremismus des rechten Flügels überlappe sich mit dem »Skin-Milieu« und sei von daher gesehen viel unorganisierter als sein Gegenstück am linken Flügel und schwerer einzudämmen. Diese amtliche Lesart verstärkt noch die politische Verwirrung und liefert ein Schlüsselelement der »Strategie der Spannung«, die bereits funktioniert hat, um Italien zu destabilisieren.

Lähmung durch die Regierung

»Man braucht nur zwei Liter Benzin und die ganze deutsche Politik ist gelähmt«, sagt ein altgedienter Analyst in Deutschland und nahm damit zum Nichtvorhandensein irgendwelcher politischer Initiativen seitens der Kohl-Regierung, um mit dem Problem fertigzuwerden, Stellung. Die Tatsache, daß Politiker und die Elite sich offenbar gegen die Notwendigkeit entschieden haben, auf die gefährliche strategische Situation – vor allem der Krieg in Bosnien – zu reagieren und sich hinter bedeutungslosen Erklärungen wie »Schock« und »Terror« zu verstecken, dokumentiert, daß die »Strategie der Spannung« gegen Deutschland bislang recht gut funktioniert hat.



Bundeskanzler Kohl und sein Kabinett ignorieren immer stärker den Wählerwillen und die Volksmeinung; sie schüren damit die Staatsverdrossenheit.

Die im Untergrund agierenden politischen Gruppen, die die Destabilisierung nähren, besonders die militantesten Strömungen unter ihnen, sind nicht organisiert. Es gibt immer mehr dokumentierte Beweise für eine nationale Infrastruktur sowie bedeutende internationale Verbindungen, einschließlich des amerikanischen Ku Klux Klan.

Klansleute waren beim Aufbau von Machtstrukturen in terroristischen Kreisen des rechten Flügels in Deutschland, die mehr von einer »ableitenden« Art sind, anders als die direkte Macht, die das Markenzeichen des Terrorismus des linken Flügels war, recht erfolgreich.

»Links« und »rechts« sind zwei Seiten der gleichen Münze, wie in Solingen in den Tagen nach dem Brandanschlag bewiesen wurde. Zunächst arbeiteten linksgerichtete Türken und Deutsche zusammen, um Straßen und Autobahnen im Bereich von Solingen zu blockieren und machten die angeblich »vom Staat unterstützte« Fremdenfeindlichkeit für den Zwischenfall verantwortlich.

Zwei Seiten der gleichen Münze

Die Massenaktion linker Türken rief rechte Türken auf den Plan, die eine Chance witterten, die momentane Gesetzlosigkeit auszunutzen, um mit der radikalen Linken »alte Rechnungen zu begleichen«. Das Eintreffen türkischer Gruppen, wie die berüchtigten Grauen Wölfe, wurde von den Linken als willkommene Gelegenheit begrüßt, mit ihren Rivalen abzurechnen. Das Einschreiten der Polizei und Sonderverbände zur Aufstandsbekämpfung wurde von Krawall machenden Deutschen und Türken gleichermaßen als Hindernis erachtet. Sie gingen gemeinsam gegen Polizei und Feuerwehr vor. Zwei Nächte lang nach der Brandstiftung konnten Polizei und Sondereinheiten Ruhe und Ordnung immer noch nicht wiederherstellen. Sogar der nordrhein-westfälische Minister für Innere Sicherheit, Herbert Schnoor, ein ultra-liberaler Sozialdemokrat, der gewöhnlich »die Gesellschaft« für Gewalttätigkeiten verantwortlich macht, fühlte sich verpflichtet, die Beschuldigung zu erheben, die Aufstände in Solingen seien von »Provokateuren« inszeniert worden. Aber wenn dort Provokateure waren, für wen arbeiteten sie? Eine Schlüsselrolle wurde zum Beispiel von den linksstehenden türkischen Terroristen von Devrimci Sol (DevSol) und der kommunistischen TKP-ML gespielt.
Im Juli 1991 hatte die 4000 Mitglieder starke DevSol die Alarmglocken ausgelöst, als sie andere Organisationen des linken Flügels dazu aufrief, gemeinsam die »deutsch-türkischen Beziehungen« anzugreifen und bei der Gründung gemeinsamer »autonomer Selbstverteidigungsstrukturen« des Untergrunds mitzuarbeiten.

Die erste gemeinsame Übung

Noch am 24. Mai 1993, fünf Tage vor der Tragödie in Solingen, durchsuchte die Polizei in mehreren Städten um Solingen herum Einrichtungen der DevSol und stellte fest, daß die Gruppe über eine gut ausgebaute Untergrund-Struktur verfügt.
Was die TKP-ML betrifft, so ist deren Parole »Tod dem deutschen Imperialismus«. Vorgeblich war die gewalttätige Allianz zwischen linken Türken und Deutschen bei den Unruhen in Solingen die erste gemeinsame Übung von der Art, zu der DevSol 1991 aufgerufen hatte. Ihre gemeinsame Zielscheibe ist das »Vierte Reich«, das das vereinigte Deutschland angeblich darstellt. Dies widerhallt von internationaler deutschfeindlicher Propaganda und deutet darauf hin, daß die Drahtzieher der Provokateure unter den Feinden des vereinigten Deutschlands im Westen und Osten zu suchen sind.

Geopolitische Ziele entlarvt

Ironischerweise war es keine deutsche Zeitung, sondern die Zeitschrift der türkischen Islamizisten, »Zaman«, die am 1. Juni 1993 schrieb, die Vorfälle in Solingen könnten benutzt worden sein, um die Annäherung zwischen der Türkei und Deutschland, die sich aus Bundeskanzler Helmut Kohls kürzlichen Gesprächen mit dem türkischen Präsidenten Suleyman Demirel, speziell im Hinblick auf eine gemeinsame Strategie, die die beiden Führungspersönlichkeiten gegenüber den islamischen Staaten Zentralasiens ins Auge gefaßt hatten, ergab, zu zerstören.

Die schrecklichen Morde von Solingen liefern den Parteien billige Polemik und Feindbilder, die der Tagespolitik nutzen sollen.

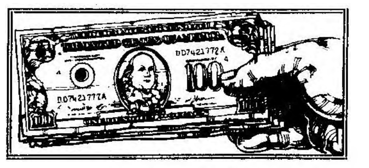
»Zaman« schrieb, daß die lebenswichtigen strategischen und politischen Interessen – amerikanische, französische, britische und israelische – in Zentralasien und im Nahen Osten von der Vereinbarung zwischen Demirel und Kohl getroffen waren, und daß daher die Urheber des Brandanschlags in Solingen und der darauffolgenden Unruhen unter den Geopolitikern zu suchen seien.

Die Geheimdienste und die Falle

Es ist bekannt, schrieb »Zaman«, daß viele ausländische Geheimdienste in Deutschlands Untergrund operieren, und einer dieser ausländischen Agenten könnte neonazistische Jugendliche dazu veranlaßt haben, in Solingen Feuer zu legen.

In einem anderen »Zaman«-Artikel vom 8. Juni 1993 wird das gleiche Argument vorgetragen, und sogar »Sabah«, gewöhnlich nicht gerade deutschfreundlich in ihren Berichten, warnte am 9. Juni 1993 in Deutschland lebende Türken, keine Gegengewalt gegen deutsche Skinheads zu üben und deutete darauf hin, daß irgendjemand diese Brandanschläge zur Aufstellung einer Falle benutzt habe, um die deutsch-türkischen Beziehungen zu zerstören.

Der türkische Ministerpräsident Erdal Inonü rief am 31. Mai 1993 die türkischen Protestierenden in Deutschland dazu auf, von Gewalttätigkeiten Abstand zu nehmen. »Der Zweck dieser Handlung des Brandanschlags besteht darin, zwischen den türkischen und deutschen Gemeinden eine Trennung herbeizuführen und Türken dazu zu zwingen, letztere zu verlassen«, sagte er im türkischen Rundfunk und Fernsehen (TRT). »Wir müssen uns sorgfältig, mit Verantwortungsgefühl, verhalten. Wir müssen diese harte Pflicht erfüllen, indem wir Reaktionen zeigen, die unseren Kummer innerhalb zivilisierter Grenzen zum Ausdruck bringt, und weiterhin nach den notwendigen Maßnahmen fragen.« □



Deutsche Mark

EWS-Turbulenzen als Fanal gegen ECU

Alfred König

Die jüngsten Turbulenzen im Europäischen Währungssystem (EWS) haben gezeigt, wie wahnwitzig eine europäische Währungsunion mit einer einheitlichen Währung, dem ECU, wäre. Aus Bonn und vor allem auch aus Paris kommen allerdings Gerüchte, wonach gerade die chaotischen Vorfälle der letzten Juli-Woche ein Argument für den ECU wären.

Für Finanzminister Theo Waigel waren die Verantwortlichen für das Chaos schnell ausgemacht: Die bösen Spekulanten und hier allen voran der amerikanische Multimilliardär George Soros waren daran schuld.

Dieses ist natürlich ausgemachter Unsinn. Wahr ist zwar, daß die jüngsten Geschehnisse durch die vielen Billionen herumvagabundierenden Dollar ausgelöst wurden, Ursache – und nur hierauf kommt es an – war aber die absolut katastrophale Wirtschafts- und Finanzpolitik nahezu aller europäischen Regierungen, der deutschen eingeschlossen.

Besonders kritisiert werden muß dabei die Politik der Südeuropäer und der Franzosen – obwohl letztere in den vergangenen Monaten – zu spät – den richtigen Weg einschlugen –. Es wurde Geld, Geld und nochmals Geld im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Fenster geschmissen, ohne daß gleichzeitig die Konjunkturentwicklung und vor allem auch die Produktivität dem widersprach. So drückte dies dann zusammen mit einem viel zu hohen Haushaltsdefizit auf die Währung.

Die Franzosen erhielten vor einigen Monaten, wahrscheinlich nach der ersten EWS-Krise, aber anscheinend ihren wirtschaftlichen Sachverstand wieder. Bislang hielten sie sich nämlich an das von der Deutschen Bundesbank vertretene Credo, daß hohe Zinsen selbst bei einer schwachen Konjunktur die Währung stabil halten.

Dies ist – natürlich – ein ganz großer Selbstbetrug! Man kann zwar mit einer konsequenten Hochzinspolitik die Währung vorübergehend stabil halten – nur geht es danach noch viel steiler abwärts.

Die Stabilität und damit der Wert einer Währung wird nämlich nicht von den Zinsen alleine, sondern langfristig von der Konjunkturentwicklung bestimmt. Die Dänen hatten in der Vergangenheit traditionell sehr hohe Zinsen und versuchten damit, ausländisches Kapital heranzulocken, die Wirtschaft war aber sehr schwach mit der Folge, daß die dänische Krone in den vergangenen Jahren zu den schwächsten Währungen Europas gehörte.

Als die D-Mark abgewertet wurde

Wichtig und richtig ist vielmehr, die hohen Zinsen in einer Rezession, sobald die Inflation wenigstens auf einem nicht mehr steigenden Stand stabilisiert wurde, langsam, aber stetig herabzuführen. Geldmengenentwicklung und Inflation sind in einem derartigen Stadium, wie es die Bundesrepublik schon vor einigen Monaten erreicht hat, nur von sekundärer Bedeutung. Zwar muß man aufpassen, daß diese nicht durch eine zu schnelle Zinssenkung überborden – das ist es aber auch schon.

In einer sehr interessanten Studie hat jetzt endlich auch das Institut der deutschen Wirtschaft das bestätigt, was an dieser Stelle schon vor vielen Monaten gesagt wurde, daß nämlich Zinssenkungen zur Ankurbelung der Wirtschaft unbedingt vonnöten sind.

Sinkende Zinsen, verbunden mit einer Abwertung der Mark haben nämlich nach Analyse des Kölner Wirtschaftsforschungsinstituts die deutsche Konkunktur zu Beginn der achtziger Jahre aus ihrer damaligen tiefen Rezession herausgeführt. Damals sei es zu einer Abwertung der Mark um rund 13 Prozent gekommen. Davon habe aber in sehr starkem Maße die Exportwirtschaft profitiert, die sich dann als Konjunkturlokomotive erwiesen hatte. Die positiven Effekte hatten dann die negativen, wie höhere Import- und Rohstoffpreise und damit Gefahr für die Preise, mehr als ausgeglichen.

Das absolut Unverständliche ist nämlich, daß selbst vermeintliche Wirtschaftskapazitäten in einer Rezession den insgesamt sehr geringen Inflationsschub, der auf maximal 0,1 bis 0,2 Prozent anzusetzen und damit absolut zu vernachlässigen ist, als gleichwertig oder sogar höher einschätzen als die zahlreichen positiven Aspekte.

Die Folgen der Hochzinspolitik

Ziehen die Ausfuhren nämlich an, dann profitiert hiervon nicht nur die Exportindustrie, sondern folgt dem der berühmte Rattenschwanz. Durch die Ausweitung der Produktion bekommen die Zulieferer neue Aufträge, diese sowie das ausführende Unternehmen brauchen Rohstoffe, in der Regel werden dann auch die Investitionen wieder ausgeweitet, insgesamt werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen – oder im schlimmsten Fall zumindest gesichert –, der private Verbrauch zieht an, das Verbrauchervertrauen steigt und damit auch die Kredite, die Steuereinnahmen des Staates steigen usw.

Wie dann jemand behaupten kann, daß eine sich geringfügig erhöhende Inflation schwerer wiegt als die vielen oben skizzierten positiven Aspekte, wird für immer dessen Geheimnis bleiben.

Umso unverständlicher ist das Festhalten der Deutschen Bundesbank an ihrer Hochzinspolitik. Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnete nämlich aus, daß entgegen dem wirtschaftlichen Zwang die deutsche Währung in den vergangenen Jahren nämlich immer stärker wurde. Und durch die Turbulenzen im EWS wurde die Mark sogar noch fester.

Die restriktive Geldpolitik der Notenbanker hatte lediglich einen Vorteil: Sie hat die Politiker zum Sparen gezwungen. Festzuhalten bleibt aber, daß die Bundesbank dies zu einem zu teuren Preis eingekauft hat.

Durch eine konsequente Politik niedrigerer Zinsen wäre es nämlich wahrscheinlich zu schaffen gewesen, eine Rezession zu vermeiden und die Wirtschaft, wenn auch auf einem nur abgeschwächten Wachstumskurs zu halten.

Und auch der Hinweis auf ein zu hohes Geldmengenwachstum zieht nicht. So wird dieses praktisch nur noch in der Bundesrepublik als besonders wichtig erachtet. Die anderen Staaten sind wegen der Unzulänglichkeiten der Geldmenge, so sind zum Beispiel auch Stützungskäufe hierin enthalten, die das Bild verzerren oder sind die sich aus der Vereinigung ergebenden Sonderfaktoren nicht miteingerechnet, schon längst dazu übergegangen, diese nur noch als untergeordnet anzusehen.

Fragt man, warum macht die Bundesbank dies denn dann, so fällt einem hierauf keine andere Antwort ein, als daß hier abgehalfterten Politikern anscheinend schnell noch ein gut dotierter Posten untergeschoben wurde. Denn von Sachverstand kann schon lange keine Rede sein.

Wie also dargestellt, sind entgegen der Ansicht Waigels die Politiker und auch die Notenbanker

daran schuld, daß es zu einem wirklich erschrecklichen Ungleichgewicht der einzelnen Staaten Europas kam.

Die Folgen waren unausweichlich. Die künstlich und zum Teil willkürlich aufgestellten Schwankungsbreiten und Richtkurse konnten beim besten Willen und allen Versuchen zum Trotz nicht mehr aufrechterhalten werden. Wenn man es so will, entspricht dies in etwa den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien und in der früheren Sowjetunion, wo künstlich zusammengeschweißte Staaten jetzt auseinanderstreben.

Die von Waigel so gescholtene Spekulation brachte das Kartenhaus lediglich zum Einstürzen, und zwar deswegen, weil die mehr oder weniger subventionierten Kurse gemessen an den wirtschaftlichen Realitäten einfach nicht mehr zu halten waren. Es ist ähnlich wie ein Tischtuch, auf dem die vielen Dinge liegen, an dem aber an beiden Seiten stark gezogen wird. Reißt dieses Tischtuch dann einmal, dann sind nicht diejenigen schuld, die versuchen, durch vielleicht auch Überreaktionen die auf ihm liegenden Dinge vor dem Sturz ins Bodenlose zu retten, durch die Wegnahme dieser Sachen dann aber den Druck noch erhöhen, was letztendlich zum Reißen führt. Schuld sind diejenigen, die aus irgendwelchen Gründen wie die Verrückten an dem Tischtuch zerren.

So war es auch beim EWS. Man braucht sich nur einige Monate zurück zu erinnern. Damals war die erste Zerreißprobe des EWS von einer überraschenden Zinserhöhung der Bundesbank ausgegangen. Damals war die Bundesbank gezwungen gewesen, nur wenige Wochen später ihre Entscheidung zu revidieren und die Zinsen wieder zu senken. Dies erfolgte aber immer nur halbherzig.

Die Inflation stabilisierte sich

Und was mußte man sich damals von den »Experten« der Bundesbank, allen voran Chefvolkswirt Ottmar Issing, alles anhören? Die Inflation würde im Falle »voreiliger« Zinslockerungen davongaloppieren, die Geldmenge könne dann nie mehr in geordnete Bahnen gelenkt werden, etc.

Und wie sieht es wirklich aus? Die Inflation stabilisiert sich knapp über vier Prozent, was angesichts der riesigen Kosten der (Teil-) Wiedervereinigung ein durchaus akzeptabler Wert ist. Angesichts der insgesamt moderaten Tarifabschlüsse in diesem Jahr ist bis spätestens Frühjahr des nächsten Jahres mit einem Rückgang bis etwa drei Prozent zu rechnen. Und auch die Geldmenge M 3, für die ein Zielkorridor zwischen 4,5 und 6,5 Prozent vorgegeben ist, liegt nur unwesentlich darüber und würde bei weniger Stützungskäufen und bei einem noch schnelleren Abbau der Zinsen und damit verbundener Umschichtungen aus Festgeldern in langfristige Anlagen – die nicht in M 3 enthalten sind –, sogar im Zielkorridor liegen.

Nichts, aber auch wirklich rein nichts ist von den vielen angekündigten negativen Entwicklungen eingetreten. Ja, die Mark ist sogar stabiler als vor den Zinssenkungen – mit Ausnahme des Dollar –.

Die Konsequenz darauf müßte nun eigentlich lauten, daß der derzeit bei 6,75 Prozent liegende Diskontsatz so schnell wie möglich deutlich gesenkt wird. Bis zum Jahresende muß dieser Leitzins bis auf mindestens fünf Prozent gesenkt werden. Und auch der Lombardsatz muß von derzeit 7,75 Prozent auf mindestens sieben Prozent herabgeführt werden.

Richtig ist zwar, daß die langfristigen Kredite, die für Investitionen benötigt werden, heute schon so niedrig sind, wie seit vielen, vielen Jahre nicht mehr. Die kurz- und mittelfristigen Zinsen sind aber nach wie vor zu hoch. Und gerade diese werden oftmals von kleinen und mittelständischen Betrieben benötigt.

Kein Verständnis für den Mittelstand

Ein aus vier Personen bestehender Handwerksbetrieb, der mit einem gut sortierten Maschinenpark ausgerüstet ist, braucht nur in den seltensten Fällen einen Kredit mit einer Laufzeit von zehn Jahren oder mehr. Er benötigt vielmehr kurzfristige Überziehungskredite, um zum Beispiel für einen neuen Auftrag benötigtes Material vorzufinanzieren oder größere Reparaturen durchzuführen. Diese kurzfristigen Zinsen sind aber nach wie vor viel zu hoch.

Gerade diese vielen kleinen Problemfälle, die zwar betragsmäßig nicht unbedingt sehr hoch sind, sich aber in tausenden Fällen zu einer beträchtlichen Summe addieren, sind es, die sich in der Konsequenz schlimmer auf die Gesamtkonjunktur auswirken als vielleicht ein Konkurs eines Konzerns. Denn immer noch wird vergessen, daß etwa 80 Prozent aller Arbeitnehmer im Mittelstand beschäftigt sind und der Mittelstand der wahre Wachstumsmotor ist.

Konsequenz all dessen kann nur sein, daß die Bundesbank sich ungeachtet des EWS, das praktisch tot ist, sich endlich zu einer Politik der niedrigen Zinsen entschließt. Je schneller dies geschieht, desto stabiler wird auch die Mark bleiben. Denn für die langfristige Stabilität einer Währung sind die Zinsen absolut unwichtig. Springt die Wirtschaft nämlich wieder an und entwikkelt sich die Lage zu einer Hochkonjunktur, dann stärkt dies automatisch auch die Währung. Ganz egal, ob der Zins dann bei zwei Prozent oder bei neun Prozent liegt.

Eine Währung kann nämlich letztendlich nur so stabil sein, wie die Konjunktur, die hinter ihr steht. Hohe Zinsen stellen nämlich in Wirklichkeit nichts anderes als eine Subvention dar, und zwar eine Subvention, die die Währung zu diesem Zeitpunkt in eine Abhängigkeit treibt.

Wird die Wirtschaft dann aber zu schwach und muß die Notenbank daraufhin die Zinsen »knall auf Fall« senken, flieht das Geld in ein anderes Land, da den niedrigen Zinsen dann kein adäquates Gegenstück, sprich eine stabile Konjunktur, gegenübersteht.

Werden die Zinsen aber zu einem frühen Zeitpunkt gesenkt, zu einem Zeitpunkt, wo die Konjunktur abdroht, in eine Rezession zu gleiten, sich aber noch immer in einer, wenn auch nur schwachen, Wachstumsphase befindet, dann bleibt das Vertrauen in die Währung auch erhalten, da sich eine stabile Wirtschaftslage in so einem Fall viel eher wieder verwirklichen läßt.
Diese Mißpolitik der Bundesbank hat dann auch zum Chaos im EWS geführt. Mit der Quasi-Freigabe der Schwankungsbreiten, anders ist die Erhöhung von 2,25 auf 15 Prozent nicht zu werten, ist das EWS nämlich tot. Schwankungsbreiten von einem Leitkurs von 15 Prozent in beide Seiten, bedeutet also nichts anderes als eine effektive Schwankungsbreite von 30 Prozent!

Damit ist es aber für Deutschland, so paradox es klingen mag, zu einer guten Entwicklung gekommen. Die geringen Schwankungsbreiten wurden nämlich zu Lasten der Mark erkauft. Mit der Freigabe der Schwankungsbreiten gelten jetzt aber wieder die Gesetze des Angebots und der Nachfrage. Und die Nachfrage nach einer Währung wird umso höher sein, je besser sich die Wirtschaft dieses Landes darstellt.

Dies bedeutet aber eine starke Mark und erhöht damit gleichzeitig den Zinssenkungsspielraum. Denn jetzt wird die Mark auch bei kurzfristig stark sinkenden Zinsen stärker bleiben als vorher. Viele »Experten« sagen aber, gerade die Turbulenzen im EWS zeigten, wie wichtig eine einheitliche Währung sei. Dies ist natürlich hahnebüchener Unsinn.

Die Konsequenz eines schwachen ECU

Denn es gibt nach wie vor etwa den amerikanischen Dollar und den japanischen Yen. Zwar wird in den Dollarraum viel weniger exportiert als etwa in die EG-Länder, dafür hat der Dollar aber über andere Faktoren, zum Beispiel über den Ölpreis oder den Handel mit Entwicklungsländern, die oft auf Dollarbasis abgerechnet werden, wichtigen Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung.

Ein schwacher ECU, und dieser wäre die Konsequenz der Ungleichgewichte der verschiedenen Volkswirtschaften, würde aber nicht nur die betreffenden Länder, sondern alle dem ECU angeschlossenen Länder, also auch die gut wirtschaftenden, treffen. Und dieses kann nicht der Sinn sein. □

Die Risiken der Umweltpolitik

Die strengen Umweltstandards am Industriestandort Deutschland sichern dem Bürger hohe Umweltqualität bei wachsendem Wohlstand. Wenn aber die Lasten des Umweltschutzes zu groß werden, kann der ökologische Standortvorteil für die Bürger in einen ökonomischen Standortnachteil für die Wirtschaft umschlagen. In Zeiten konjunktureller Schwäche und schneller Strukturveränderungen muß besonders genau auf die Ökonomieverträglichkeit des Umweltschutzes geachtet werden.

Die Bundesrepublik hat in puncto Umweltqualität große Fortschritte gemacht und zugleich die These vom Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie widerlegt: Der deutschen Volkswirtschaft ist es gelungen, Wachstum und Umweltbelastung zu entkoppeln. Beispiel Luft:

Regelungs-Dickicht im Umweltschutzabkommen

Seit 1970 ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 60 Prozent gestiegen. Gleichzeitig wurden die Schwefeldioxid-Emissionen um 75 Prozent verringert. Bei den Stickoxide-Emissionen wird inzwischen ein Wert wie Mitte der siebziger Jahre erreicht.

Über die politischen Grundbedingungen dieser positiven Entwicklung streiten sich allerdings die Gelehrten. So hängt die Ökonomieverträglichkeit der Umweltpolitik nach Auffassung eines vom Bundesumweltministerium jetzt veröffentlichten RWI/DIW-Gutachtens von vier Kriterien ab:

Der unternehmerische Handlungsspielraum sollte möglichst wenig eingeschränkt werden. Statt weitere Gesetze und Verordnungen zu erlassen, müßte das Regelungs-Dickicht im Umweltschutz abgebaut werden.

Den Unternehmen müssen Anreize geboten werden, Umweltschutzinvestitionen auch außerhalb des eigenen Betriebes vorzunehmen. Das bedeutet: Klimaschutz sollte nicht unbedingt innerhalb der eigenen Landesgrenzen geleistet werden. Statt dessen sollte den Unternehmen, die bereits über günstige Emissionswerte verfügen, ermöglicht werden, ihren Pflichten dort nachzukommen, wo Umweltschutz-Investitionen den größten ökologischen Effekt bringen.

Noch immer dominiert das Prinzip Bestrafung

Umweltschutz muß sich lohnen. Dazu müßten die finanziellen Anreize für den Umweltschutz verbessert werden. Heute dominiert das Prinzip Bestrafung.

Umweltpolitik muß kalkulierbar sein. Umweltpolitik folgt zu häufig populistischen Strömungen. Sie sollte daher in ein langfristiges Konzept eingebunden und nicht Spielball tagespolitischer Entscheidungen sein.

Die aktuelle Umweltpolitik erfüllt diese Bedingungen der Ökonomieverträglichkeit nur unzureichend. Dieses Faktum wird von den RWI/DIW-Gutachtern allerdings nicht beleuchtet. In vier zentralen Punkten ist das Gutachten angreifbar.

Erste These: Das Gutachten behauptet, Umweltschutz bringt unter dem Strich ökonomische Vorteile.

Dieses Argument stützt sich auf die häufig zitierte Holm-Müller-Studie, wonach die Bevölkerung in den alten Bundesländern bereit sei, für die weitere Verbesserung des Umweltschutzes jährlich zwischen 40 und 70 Milliarden DM auszugeben. Tatsächlich übersteigt dieser so definierte Nutzen-Betrag die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Umweltschutz von 38 Milliarden DM 1990 erheblich.

Aber: Die gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Betrachtung läßt die Kostenbelastung des einzelnen Unternehmens, das mit Umweltschutzanforderungen konfrontiert wird, außer acht. So sind die einzelbetrieblichen Umweltschutz-Belastungen während der achtziger Jahre sprunghaft gestiegen.

Der Aufwand für die Umwelt

in Milliarden DM

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Staat	12,7	12,5	11,9	11,6	11,8	13,2	14,5	15,4	16,0	17,5	19,6
Produzierendes Gewerbe	7,8	8,8	10,1	10,5	10,8	13,4	15,3	16,3	17,5	18,1	18,5

Quelle: Statistisches Bundesamt Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Beim Aufwand für die Umwelt haben Industrie und Staat längst gleichgezogen: Im Jahr 1990 gab allein das Produzierende Gewerbe in Westdeutschland knapp 18,5 Milliarden DM für Umweltschutz aus, die staatlichen Umwelt-Aufwendungen lagen bei 19,6 Milliarden DM.

Seit 1989 hat der Staat seinen Aufwand für die Umwelt verstärkt. Dieser optische Effekt ist vor allem dem investiven staatlichen Engagement in den neuen Bundesländern zuzuschreiben.

Die Kosten des Umweltschutzes

Zugleich haben auch die Öko-Ausgaben der Industrie mit 18,5 Milliarden einen neuen Höchststand erreicht. Allerdings sind in diesem Betrag die Ausgaben der Industrie für den vorsorglichen oder integrierten Umweltschutz nicht berücksichtigt. Dieser Aufwand geht statistisch zum größten Teil unter.

Zweite These: Das Gutachten behauptet, die Belastung der Industrie durch Umweltschutz-Kosten ist gering.

Tatsächlich machen die Gesamtaufwendungen der Industrie für den Umweltschutz nach Berechnungen der RWI/DIW-Gutachter im Jahr 1989 nur 0,7 Prozent des Produktionswerts des Produzierenden Gewerbes aus. Dieser Durchschnittswert berücksichtigt jedoch nicht, daß der überwiegende Teil der Umweltschutzkosten sich auf nur ein Viertel der Branchen konzentriert. Realistischer sind folgende Zahlen:

Im Produzierenden Gewerbe lag der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen 1990 bei 5,9 Prozent, in einzelnen Branchen sogar bei bis zu 17 Prozent.

In der Chemie beliefen sich die Öko-Kosten auf 3,2 Prozent des Gesamtumsatzes. Allein die Hoechst AG investierte 1992 rund 230 Millionen DM in den Umweltschutz. Die Kosten des laufenden Betriebs der Hoechst-Umweltschutzanlagen summierten sich auf 1,1 Milliarden DM.

Der Anteil der Umweltschutzkosten an den reinen Fertigungskosten der Hoechst AG erreichte 1991 rund 21,5 Prozent (1980: 10 Prozent).

Dritte These: Strenger Umweltschutz beeinträchtigt nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, sondern erschließt ausländische Märkte für Umwelttechniken.

Tatsache ist: Zwar haben die Hersteller umwelttechnischer Produkte gute Wettbewerbschancen, die Produzenten umweltintensiver Güter stehen jedoch unter Preis-Wettbewerbsdruck.

Umwelttechnische Produkte: Nach Angaben des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung ist Deutschland mit 22 Milliarden Dollar oder 20 Prozent am Welthandel mit potentiellen Umweltschutzgütern beteiligt (1991) – das ist eine Spitzenposition.

Die schleichende Erosion des Standorts Deutschland

Umweltintensive Produktion: Bei den wichtigsten umweltintensiv produzierten Gütern ist die Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von 11,9 Prozent am Welthandel die führende Exportnation. Der Ausfuhrwert lag zuletzt bei 45,6 Milliarden Dollar.

Allerdings zollen die deutschen Produzenten umweltintensiver Güter dieser Führungsposition hohen Tribut – verursacht durch eine enorme umweltrechtliche Kostenbelastung: Der unternehmerische Anteil an den Gesamtausgaben für Umweltschutz ist in der Bundesrepublik erheblich schneller gestiegen als in den konkurrierenden Ländern.

In der Bundesrepublik tragen Industrie und Handel 63 Prozent aller Umweltschutzausgaben. In den USA liegt der unternehmerische Anteil an allen Umweltschutzausgaben bei 59 Prozent, in Japan bei 12 Prozent.

Hohe Umweltkosten und strenge Umweltauflagen haben zu Produktionsstillegungen und damit zur schleichenden Erosion des Standorts Deutschlands geführt. Die bekanntesten Fälle:

Die Hoechst AG hat eine Reihe von Produktionsanlagen für Beta-Naphthol, Resorcin und Natriumsulfat geschlossen, weil der Weltmarkt billigere Produkte aus Anlagen anbietet, die in Umweltschutz und Sicherheit nicht dem hohen Standard in Deutschland entsprechen.

Die Bayer AG gibt 1993 als Folge der steigenden Umweltschutzkosten die traditionsreiche Produktionslinie Anthrachinon-Chemie auf.

Wie viele Investitionsentscheidungen wegen der vergleichsweise harten Umweltschutzauflagen von vornherein gegen den deutschen Standort fallen, ist unbekannt.

Vierte These: Hohe Regelungsdichte im Umweltschutz schafft Rechtssicherheit.

Der unternehmerische Handlungsspielraum wird eingeengt

Die RWI/DIW-Gutachter meinen, eine auf klare Regelungen bezogene Investitionsgenehmigung schließe Rechtsunsicherheit wie zum Beispiel Behördenwillkür weitgehend aus. Die praktische Bedeutung eines solchen Zusammenhangs ist eher gering. Entscheidender ist, daß eine hohe Regelungsdichte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen tendenziell lähmt. Beispiel Genehmigungsverfahren für Investitionen:
Im Bereich der Chemischen Industrie dauert eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz 12 bis 18 Monate.

Zum Vergleich: In den meisten europäischen Industrieländern kann bereits vier bis sechs Monate nach der Antragstellung mit der Errichtung einer Anlage begonnen werden.

Bei größeren Vorhaben sind die Nachteile am deutschen Standort noch deutlicher. Die Bundesregierung hat daraus jetzt erste Konsequenzen gezogen: Seit kurzem ist ein Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz in Kraft, das hier Abhilfe schaffen soll.
Insgesamt hat die hohe Regelungsdichte im deutschen Umweltschutz den unternehmerischen Handlungsspielraum am Standort Deutschland zunehmend eingeengt. Das Gebot der Ökonomieverträglichkeit umweltpolitischer Maßnahmen wurde kumulativ verletzt. □

Deutschland

Beim Genehmigungsverfahren werden Bremsen gelockert

Genehmigungsverfahren dauern in der Bundesrepublik Deutschland meist viel zu lange. Das beklagen auch potentielle ausländische Investoren. Bürokratisch gebremste Investitions-Lust hindert aber die Unternehmen, schnell auf den Strukturwandel zu reagieren. Das soll jetzt endlich anders werden.

Hoffnungen richten sich auf das am 1. Mai 1993 in Kraft getretene Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz. Es beruht einmal auf Arbeiten von Gremien und auf politischen Vorgaben, die zum Ziel haben, die Lage auf dem Wohnungsmarkt zu entschärfen. Dabei sollten Anweisungen und Bereitstellungen von Wohnbauland erleichtert werden.

Zum anderen war eine Arbeitsgruppe beauftragt worden, Vorschläge auszuarbeiten, wie die Investitionen vor allem in den neuen Ländern schneller auf Touren gebracht werden können.

Mit dem neuen Gesetz werden gleich acht Gesetze und zwei Verordnungen geändert, darunter auch das Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Neufassung von 1990.

Die Reaktion der Politik auf behördliche Investitionsbremsen war längst überfällig.

In der Chemischen Industrie vergehen zwischen der Antragstellung bei der Behörde und der Genehmigung selbst bei einfachen Vorhaben durchschnittlich 12 bis 18 Monate.

Dabei ist die Vorlaufzeit im Unternehmen für die Zusammenstellung der erforderlichen Unterlagen noch nicht einmal berücksichtigt.

Besonders prekär: Die Genehmigungsverfahren dauern im Durchschnitt immer länger. Das belegen Statistiken über die Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen.

Bei seit 1980 wachsender Zahl von abgeschlossenen Verfahren ist der Anteil der Anträge, die innerhalb von sechs Monaten bearbeitet werden, deutlich zurückgegangen – umgekehrt stieg die Zahl jener Anträge, die länger als ein Jahr auf die Genehmigung warten mußten.

Die Gründe für die lange Verfahrensdauer von Anträgen:

Quantitative Zunahme und qualitative Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften, die im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen sind. Die Betriebe müssen immer mehr und immer kompliziertere Unterlagen vorlegen. Damit erhöht sich auch der Prüfungsaufwand.

Das führt zu großen verwaltungsinternen, organisatorischen und personellen Problemen bei den Genehmigungsbehörden.

Das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz will durch verschiedene Neuerungen die Verfahren beschleunigen.

Regelfristen: Die Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz werden befristet.

Jetzt soll über den Antrag im förmlichen Verfahren innerhalb von sieben Monaten nach Eingang der Unterlagen entschieden werden. Im vereinfachten Verfahren beträgt die Frist sogar nur drei Monate.

Allerdings kann die Behörde unter bestimmten Bedingungen die Frist um jeweils drei Monate verlängern, zum Beispiel wenn dies aufgrund der schwierigen Prüfungen erforderlich wird. Kommt es zu einer Verlängerung, soll das gegenüber dem Antragsteller begründet werden.

Die Einführung von Regelfristen findet ein geteiltes Echo.

Kritiker weisen darauf hin, daß die Behörden so zusätzlich damit beschäftigt würden, Begründungen für nicht eingehaltene Fristen zu schreiben, den Verwaltungsaufwand also noch erhöhen. Zudem wird eine Überschreitung der Regelfristen nicht mit Sanktionen bedacht.

Befürworter führen an, daß von Regelfristen eine normative Wirkung ausgehen kann. Den Behörden werde signalisiert, welche Genehmigungszeiten der Gesetzgeber grundsätzlich für angemessen hält. Bei häufigen Überschreitungen könnte sich die Notwendigkeit einer besseren Personalausstattung in den Verwaltungen ergeben.

Auch den anderen Behörden, die von der Genehmigungsbehörde zu einer Stellungnahme aufgefordert werden, ist eine Regelfrist vorgegeben. Sie beträgt künftig einen Monat. Wird innerhalb dieser Frist keine Stellungnahme abgegeben, kann die Genehmigungsbehörde davon ausgehen, daß sich die beteiligte Behörde nicht äußern will.

Bauartzulassung: Die Bundesregierung kann per Rechtsverordnung jene Anlagen bestimmen, deren Errichtung keine individuelle Zulassung mehr erfordert. Das ist dann der Fall, wenn es um Errichtung und Betrieb einer Anlage geht, deren Bauart allgemein zugelassen worden ist.

Die Entrümpelung der Verordnung kann jedoch nur dort verfahrensbeschleunigend wirken, wo standardisierte Anlagen eingesetzt werden. Wo Unternehmen überwiegend auf Einzelanfertigung der Anlagen angewiesen sind, beispielsweise in der Chemie, haben Bauartzulassungen aber eine geringe Wirkung.

Vereinfachte Verfahren: Das neue Recht erweitert über eine geänderte Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz den Katalog jener Anlagen, deren Genehmigung künftig nach dem einfachen Verfahren erteilt wird. Außerdem wurde für einige Anlagen der Zwang zur Genehmigung ganz abgeschafft. Beispiel: automatische Autowaschanlagen.

Vereinfachung bei wesentlichen Änderungen von Anlagen: In solchen Fällen kann beim Genehmigungsverfahren auf eine Beteiligung der Öffentlichkeit verzichtet werden – sofern der Antragsteller das verlangt und sofern keine nachteiligen Wirkungen auf die Schutzgüter des Gesetzes zu erwarten sind.

Beschneidung der Planfeststellungsverfahren: Die Zulassung von Abfallentsorgungsanlagen wird jetzt im weniger aufwendigen Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz geregelt.

Nur die Errichtung und der Betrieb von Deponien sowie deren wesentliche Änderungen sind noch an das Planfeststellungsverfahren gebunden.

Insgesamt hat das Gesetz verschiedene Anregungen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren aufgegriffen – aber nicht alles aufgearbeitet, was an guten Ideen am Markt existiert. □

Deutschland

Industrie-Konjunktur ist ein Kosten-problem

Die westdeutsche Industrie hat nach dem Absturz im Winterhalbjahr wieder festeren Boden unter den Füßen. Die Produktion befindet sich im Frühsommer 1993 allerdings nur auf dem Stand von Anfang 1989. Zu den Voraussetzungen für eine allmähliche Erholung der Konjunktur zählt die Trend-Umkehr bei den Lohnstückkosten.

Die Lohnstückkosten, das Verhältnis von Arbeitskosten zur Produktivität, stehen unter doppeltem Druck:

Die Arbeitskosten sind seit Anfang 1989 um rund 30 Prozent gestiegen.

Die Produktivität hat in der gleichen Zeit aber gerade zehn Prozent gutgemacht. Im Winterhalbjahr 1992/93 kam es vorübergehend sogar zu sinkenden Produktivitätsziffern: Die Industriebetriebe haben das Arbeitsvolumen nur zögerlich an die sinkende Produktion angepaßt. Folge:

Im ersten Quartal 1993 lagen die Lohnstückkosten um 18 Prozent höher als im ersten Quartal 1989.

Im internationalen Vergleich hat sich die Preis-Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft damit entscheidend verschlechtert.

Denn zur nationalen Kosten-Ralley kam noch die Stärke der D-Mark hinzu. Auf Dollar-Basis gerechnet stiegen die Lohnstückkosten zwischen Anfang 1989 und Anfang 1993 in Westdeutschland um nahezu 40 Prozent, in Japan um rund 25 Prozent, in Großbritannien um 15 Prozent, in den USA um drei Prozent.

Ihre moderatere Lohnstückkosten-Entwicklung verdankt die Konkurrenz nur zum kleineren Teil den Wechselkursverschiebungen. Stärker ins Gewicht fallen die Unterschiede in der hausgemachten Lohndisziplin. Denn abgesehen von Großbritannien verliefen die nationalen Lohnstückkosten-Pfade bei den Hauptkonkurrenten überall flacher als hierzulande. In nationaler Währung gerechnet erhöhten sich zwischen Anfang 1989 und Anfang 1993 die Lohnstückkosten in den USA um drei Prozent, in Japan um 13 Prozent, in Deutschland um 18 Prozent.

Spuren bei den deutschen Exporten

Bei den westdeutschen Exporten und Importen hat dieses Kostengefälle deutliche Spuren hinterlassen. Der Überschuß der westdeutschen Handelsbilanz dürfte 1992 bei rund 30 Milliarden DM gelegen haben – und damit 100 Milliarden DM niedriger als 1989.

Die Verschlechterung der deutschen Wettbewerbsposition gegenüber der Mehrzahl der Industrieländer ist eine Zeitlang von den Liefer-Erfolgen in die neuen Bundesländer verdeckt worden.

Die Absatz-Erfolge auf den deutschen Märkten können weder vorübergehend noch auf Dauer die Verluste auf den Weltmärkten ersetzen. Dies um so mehr, als die zusätzliche Nachfrage mit dem Geld der westdeutschen Steuer- und Abgabenzahler finanziert ist, aus den alten Bundesländern also Kaufkraft entzieht.

Die westdeutschen Exporteure haben eine ungünstige Ausgangsposition, wenn die Weltkonjunktur wieder anspringt. Die am deutschen Vereinigungs-Boom orientierte Lohnpolitik erweist sich jetzt als Hypothek.

Trotz stark gestiegener Lohnstückkosten waren die westdeutschen Unternehmen gezwungen, zur Sicherung ihrer Märkte bei den Preisen kurzzutreten. Folgen: geschmälerte Ertrags-Margen – und nicht selten Verluste im operativen Geschäft.

Ein eisiges Investitionsklima

Die Unternehmensgewinne in der westdeutschen Gesamtwirtschaft dürften von 1990 auf 1993 um ein Viertel auf knapp 150 Milliarden zurückgegangen sein.

Gemessen am Volkseinkommen sind die Gewinne von 10,5 auf sieben Prozent gesunken. Dramatische Einbußen mußten die Industrieunternehmen verkraften – in diesem Bereich dürfte die Nettoumsatzrentabilität in der Nähe von Null liegen.

Schwache Nachfrage und schlechte Erträge haben ein eisiges Investitionsklima entstehen lassen. Für 1993 rechnet das ifo Institut bei der Nachfrage nach Investitionsgütern im verarbeitenden Gewerbe mit einem Minus von 14 Prozent.
Die Industriebetriebe investieren 1993 in erster Linie in die Kostensenkung: 40 Prozent der Unternehmen nannten im ifo-Investitionstest die Rationalisierung als wichtigstes Investitionsmotiv. In den Vorjahren lag diese Quote jeweils nur bei rund einem Drittel.

Besonders alarmierend: Die Mehrzahl der Rationalisierungs-Maßnahmen dient der Einsparung von Lohn- und Gehaltskosten. Die Industrie wird auf diese Weise versuchen, ihr verlorenes Terrain im Kosten-Wettbewerb zurückzugewinnen.

Nur noch ein Drittel der neuen Investitionsvorhaben dient der Erweiterung von Kapazitäten. In den Jahren 1989 bis 1991 waren es noch etwa 50 Prozent.
Das bedeutet: Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze dürfte sich weiter merklich verringern.

Hinzu kommt: Westdeutsche Unternehmen entscheiden sich immer häufiger für einen ausländischen Produktionsstandort – wenn sie denn ihre Kapazitäten erweitern. Die Direktinvestitionen deutscher Unternehmer im Ausland waren 1986/91 sechsmal höher als die ausländischen Direktinvestitionen hierzulande.
Die Tarifpartner stehen in diesem Umfeld vor einem großen Aufgabenkatalog zur Beschäftigungssicherung.

Moderate Lohnpolitik: Die zwischen Lohnentwicklung und Produktivität entstandene Lücke muß möglichst schnell aus der Welt geschaffen werden. Dies ist allein durch die Beschleunigung des Produktivitäts-Trends nicht zu erreichen. Deshalb sollten die Löhne vorübergehend nicht so schnell steigen wie die Produktivität.

Längere Betriebszeiten: Betriebszeiten und Arbeitszeiten müssen weiter entkoppelt werden. Denn ungenutzte Gerätekapazitäten treiben die Kapitalkosten unnötig in die Höhe. Immerhin muß für einen neuen Arbeitsplatz im Durchschnitt bereits 225000 DM investiert werden – mit steigender Tendenz.

Forderungen nach längeren Maschinenlaufzeiten

Die Forderung nach längeren Maschinenlaufzeiten steht dabei keineswegs im Widerspruch zur gegenwärtig schwachen Kapazitätsauslastung in der Industrie. Denn durch Absenkung der Kapitalkosten wird die Wettbewerbsposition gefestigt. Höhere Exporte bringen eine höhere Produktion – und schaffen eine bessere Auslastung des Maschinenparks.

Erhaltung der Wochenarbeitszeiten: Die in Stufenplänen vereinbarte Verkürzung der Wochenarbeitszeiten sollte noch einmal überdacht werden. Schon heute haben westdeutsche Industriearbeiter weltweit die mit Abstand kürzeste Jahresarbeitszeit. □

Unternehmen

Das Hochschulstudium ist keine Eintrittskarte

Für immer mehr junge Menschen gilt das Studium als Eintrittskarte in ein Berufsleben mit hohem Einkommen, hohem Prestige sowie geringen Risiken auf dem Arbeitsmarkt. Doch die Unternehmen wählen gezielt aus. Folge: Eine Karriere mit Hochschuldiplom wird für viele Absolventen schwieriger. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung über Beschäftigungs-Chancen von Akademikern.

Der kräftige Beschäftigungsaufbau in den achtziger Jahren um rund drei Millionen auf 29 Millionen Erwerbstätige hat sich auch auf den Arbeitsmarkt für Akademiker in Westdeutschland positiv ausgewirkt. Im Jahr 1991 verfügten 3,1 Millionen Erwerbstätige über einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß – Mitte der siebziger Jahre gab es erst 1,8 Millionen berufstätige Akademiker.

Für Akademiker wird der Arbeitsmarkt enger

Die Domänen der Akademiker liegen in den privaten Dienstleistungssektoren und beim Staat:

Bei den freien Berufen verfügen 21,7 Prozent aller Erwerbstätigen über eine Hochschulausbildung, bei den privaten Organisationen 18,6 Prozent und im Öffentlichen Dienst sind es 16 Prozent. Insgesamt arbeiten in diesen Sparten über 1,9 Millionen Akademiker. Allerdings mehren sich heute die Zeichen, daß der Arbeitsmarkt für Akademiker enger wird:

Rund 117000 Erwerbstätige mit einem Hochschulabschluß waren 1992 bei den westdeutschen Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet – mithin 7000 oder sechs Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Angesichts leerer Kassen wird der Öffentliche Dienst als klassisches Feld der Akademikerbeschäftigung künftig Hochschulabsolventen nur noch in begrenzter Zahl einstellen.

Nach Prognosen der Kultusministerkonferenz werden bis zum Jahr 2000 jährlich über 200000 Absolventen die Hochschulen verlassen. Danach soll es bis zum Jahr 2010 jährlich bis zu 260000 akademische Jobstarter geben.
Die unternehmerische Wirtschaft war zwar in den Akademisierungsprozeß eingebunden. Doch blieb ihr Akademikeranteil insgesamt relativ gering.

In der Industrie lag die Akademikerquote im Jahr 1991 bei 6,2 Prozent, im Baugewerbe bei 5,2 Prozent und im Handel bei vier Prozent. Unter dem Strich waren das 827000 akademische Mitarbeiter.

Um künftige Trends zu erforschen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln eine Umfrage bei 1300 westdeutschen Unternehmen durchgeführt, davon schrieben 258 zurück. Ziel war, Umfang und Profil des künftigen Akademikerbedarfs in der privaten Wirtschaft herauszufinden.

Akademikerbedarf der Wirtschaft: Die Unternehmen haben klare Vorstellungen davon, welche Akademiker sie benötigen. Den großen Einstellungskuchen teilen sich die Absolventen aus drei Fachgebieten:



Drei Fünftel der neu eingestellten Akademiker verfügen über eine ingenieurswissenschaftliche Qualifikation, ein weiteres Fünftel hat Wirtschaftswissenschaften studiert. Im verbleibenden Fünftel dominieren Informatiker und Chemiker.

Akademiker mit einem sprach- und kulturwissenschaftlichen Studium haben dagegen nur minimale Chancen: Unter 100 neueingestellten Hochschulabsolventen befanden sich lediglich 17 Geisteswissenschaftler. Derzeit ist aber gut jeder fünfte Student in einem sprach- und kulturwissenschaftlichen Studienfach eingeschrieben.

Bemerkenswert: Absolventen der Fachhochschulen sind deutlich häufiger gefragt als Absolventen der Universitäten: Rund 14 Prozent der an der IW-Umfrage beteiligten Betriebe wollen in den nächsten Jahren mehr Fachhochschüler einstellen – aber nur sieben Prozent mehr Uni-Absolventen.

Akademiker-Positionen: Die meisten Akademiker in der gewerblichen Wirtschaft sind auf mittleren, gehobenen und oberen Führungsebenen tätig. Vor allem auf den mittleren Betriebsebenen wird es Veränderungen geben:

Die Personalchefs der Unternehmen kritisieren die praxisferne Ausbildung der Universitäten und die zu hohe Erwartungshaltung der Akademiker.

Akademiker finden verstärkt Jobs als qualifizierte Sachbearbeiter und Sachgebietsleiter. Ihr Anteil auf der Abteilungsleiter-

und Managerebene sinkt dagegen tendenziell.

Das bedeutet: Akademiker besetzen im Bereich der mittleren und gehobenen Führungskräfte solche Stellen, die bisher von anderen Beschäftigungsgruppen eingenommen wurden.

Kompetenz-Domänen: Am häufigsten besetzen Akademiker Führungs- und Stabsstellen. Aber auch in Forschung und Entwicklung, im Finanzwesen und Controlling, im Rechtswesen, in Verwaltung und Organisation sind Akademiker gefragte Mitarbeiter.

Schlechter stehen die Chancen bei Marketing und Vertrieb, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Datenverarbeitung sowie im Personal- und Bildungswesen.

Nur wenige Hochschulabsolventen sind in Fertigung und Produktion, Beschaffung und Einkauf, Materialwirtschaft und Logistik sowie in Beratung, Verkauf, Service und Kundenbetreuung anzutreffen.

Verdienst-Privilegien: Der Hochschulabschluß macht sich bezahlt. Rund 70000 DM betrug das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen eines 1991 neueingestellten Akademikers – errechnet als Durchschnitt aus Berufsanfängern und bewährten Kräften. Getrennte Daten liegen nicht vor.

Die Gehaltsperspektiven von Akademikern werden sich in den nächsten Jahren allerdings verschlechtern: Heute werden drei von fünf Akademikern außertariflich bezahlt. Künftig wird nur noch gut jeder zweite akademisch vorgebildete Mitarbeiter eine außertarifliche Vergütung erzielen.

Kurze Studiendauer wichtiger als Examensnoten

Qualifikationsprofil: Fachqualifikation ist nicht das einzige, wohl aber eines der wichtigsten Kriterien auf der Wunschliste der Stellenbewerber, also ihre Bereitschaft, auf unterschiedlichen Positionen tätig zu werden. Aber auch regionale Mobilität, praktische Berufserfahrung und ein möglichst niedriges Berufseintrittsalter werden bei der Bewerberauswahl gewünscht. Ebenso wichtig ist eine kurze Studiendauer – wichtiger als die Examensnote oder die besuchte Hochschule. Auf einen Nenner gebracht:

Hoch in der Gunst steht der beruflich flexible und regional mobile Jungakademiker, der sein Examen schnell und mit gutem Abschluß gemacht hat. Er sollte eine Fremdsprache und den PC beherrschen.

Persönlichkeitsprofil: Bei der Akademikerauswahl stehen vor allem Merkmale des gruppenbezogenen Arbeitens wie Problemlösungsfähigkeit, Initiative, Kooperationsfähigkeit, Lernbereitschaft und Teamfähigkeit oben an. Besonders wichtig sind auch Eigenschaften wie Kreativität, Dynamik, Kommunikationsfähigkeit und Durchsetzungsvermögen.

Einstellungsmotive: Wichtigster Auslöser für einen höheren Akademikerbedarf sind die gestiegenen Anforderungen bei der Einführung neuer Techniken. Dem stimmen 81 Prozent der befragten Betriebe zu. Die Internationalisierung ist für 76 Prozent der Personalchefs ein Motiv zur Einstellung von Akademikern.

Dagegen sehen weit weniger Personalverantwortliche die Gründe für einen steigenden Akademikerbedarf in höherer Qualitätsverantwortung der Mitarbeiter (47 Prozent), in flacheren Hierarchien (40 Prozent) oder in neuen Produktionskonzepten (25 Prozent).

Einstellungsbedarf: Große Bedeutung hat die Akademiker-Quote.

Vier von fünf Unternehmen stellen Akademiker ein, um die Positionen von ausscheidenden Akademikern zu besetzen. Ebenso viele Unternehmen sehen Akademiker künftig auch für Stellen vor, die bisher nicht von Hochschulabsolventen besetzt waren.

Lediglich sieben Prozent der befragten Unternehmen planen, neue Stellen speziell für Akademiker einzurichten. Zudem werden den Akademiker öfter auch auf Positionen eingesetzt, für die kein Studium notwendig gewesen wäre. □

Banker-Journal

Die Re-Nationalisierung Europas

Operation gelungen, Patient tot – dieser Eindruck drängt sich dem Beobachter der europäischen Währungsszene nach den Beschlüssen vom 2. August 1993 auf. Zwar haben die Finanzminister und Notenbankchefs das Kunststück fertiggebracht, trotz Verzicht auf eine Leitkursänderung das Europäische Währungssystem (EWS) vor dem Kollaps zu bewahren. Doch wirft die massiv erweiterte Schwankungsbreite für die Wechselkurse auf jetzt insgesamt 30 Prozent die Frage auf, ob es sich hier überhaupt noch um ein »Fest«-Kurssystem handelt.

Die Schuld für das wenig befriedigende Ergebnis den Operateuren am Brüsseler Verhandlungstisch zu geben, wäre indes verfehlt. Sie waren mit einer fundamentalen Systemkrise konfrontiert, aus der es keinen einfachen Ausweg geben kann.

Diesmal ging es ja nicht darum, daß einzelne Länder sich den Stabilitätserfordernissen des Systems nicht hätten beugen wollen. In diesem Fall wäre ein Realignment zum Ausgleich der Inflationsdifferenzen das probate Mittel gewesen. So ist es in den 14 Jahren seit Bestehen des EWS immer wieder mit Erfolg praktiziert worden.

Diesmal war es anders. Die Zielscheiben der Spekulation – französischer und belgischer Franc sowie die Dänenkrone – sind keine inflationsgeplagten Währungen. Im Gegenteil, sie weisen seit geraumer Zeit ein höheres Maß an Preisstabilität auf als die D-Mark. Ironischerweise sind ihnen jetzt gerade die Stabilitätserfolge der Vergangenheit zum Verhängnis geworden.

Vor allem Frankreich konnte die Märkte nicht davon überzeugen, langfristig ein Niedrig-Inflationsland zu sein. Diesen Vertrauensbonus geben sie vielmehr der Bundesrepublik – trotz aller gegenwärtigen internen Probleme. Sie sehen in ihr auch weiterhin das Leitwährungsland mit der auf Dauer niedrigsten Inflationsrate im EWS.

Konsequenz: Die Zinsen in Frankreich und anderswo konnten nicht unter das deutsche Niveau fallen. Bei gleichzeitig deutlich niedrigerer Inflationsrate bedeutet dies für sie aber in der jetzigen Konjunktursituation unerträglich hohe Realzinsen. Dies hatten die Märkte erkannt und begannen, die betroffenen Währungen massiv zu verkaufen. Zur Spekulationsabwehr wären weitere Zinserhöhungen nötig gewesen – ein selbstmörderischer Teufelskreis.

Das Kernproblem aus gesamteuropäischer Perspektive: Die Deutsche Bundesbank macht formal zwar Geldpolitik für Deutschland, faktisch aber für den gesamten EWS-Raum. Beides paßte so lange gut zusammen, als Inflationsbekämpfung allenthalben das Problem Nummer eins war.

Heute dagegen sind die geldpolitischen Bedürfnisse von Deutschland und Europa nicht mehr dekkungsgleich. Während hierzulande einerseits Inflationsrate und Geldmenge noch immer Vorsicht bei der monetären Lockerung diktieren und andererseits die Realzinsen bereits deutlich gesunken sind, lechzen die Partner im EWS geradezu nach kräftiger monetärer Expansion.

Dieser Zielkonflikt läßt sich bei freiem grenzüberschreitendem Kapitalverkehr, wie er innerhalb der Gemeinschaft seit Mitte 1990 herrscht, im Prinzip nur auf zwei Wegen auflösen.

Schaffung einer europäischen Zentralbank: Sie könnte von vornherein ohne nationale Beschränkung Geldpolitik für den gesamten Kontinent machen. Dies war die Vision von Maastricht. Sie erscheint derzeit aber als ökonomisch riskant und politisch nicht durchsetzbar.

Rückkehr zur rein nationalen Geldpolitik: In diese Richtung läuft die Entwicklung nach dem jetzt vereinbarten faktischen Floating. Nun kann jedes Land wieder Geldpolitik nach eigenem Gusto machen und ist nicht mehr an den Frankfurter Kurs gebunden.

Auf diese Weise entstehen aber neue Probleme. Mit dem Wechselkurs-Korsett entfällt ein wichtiges politisches Disziplinierungs-Instrument.

Damit dürfte in manchen Hauptstädten der Gemeinschaft die Versuchung zu einer inflationsträchtigeren Wirtschaftspolitik wieder zunehmen.

Die europäische Wirtschaft verliert mit den jetzigen Beschlüssen an Kalkulierbarkeit. Die Ländergrenzen werden wieder stärker zu Währungs- und Wirtschaftsgrenzen. Das ist das Gegenteil von Binnenmarkt.

In Deutschland hat der Brüsseler Beschluß neue Risiken für die Konjunktur geschaffen. Schon die DM-Aufwertung im vergangenen Jahr hat die Exportwirtschaft schwer getroffen.

Eine neuerliche DM-Aufwertungsrunde würde dem langsam aufkeimenden Optimismus wieder einen Dämpfer versetzen – zumal mit Frankreich der wichtigste Handelspartner Deutschlands betroffen ist.

Ausgemacht ist das allerdings noch nicht. Am 2. August 1993 wurde zunächst nur der Rahmen für Kursschwankungen vergrößert. Ob und inwieweit der vergrößerte Spielraum von den Märkten auch tatsächlich genutzt wird, werden erst die nächsten Wochen zeigen. □

Die weiter steigenden Sozialbeiträge

Die Kosten für den Faktor Arbeit haben sich in Westdeutschland seit 1970 vervierfacht. Doch nur etwa drei Viertel dieser Steigerungsrate sind bei den Arbeitnehmern tatsächlich netto angekommen. Ursache dafür ist die progressive Belastung mit Steuern und Sozialabgaben. So bleiben heute 31 Prozent der monatlichen Arbeitskosten von 4900 DM an den Sozialbeiträgen hängen, um die Risiken von Altersarmut, Krankheit und Arbeitslosigkeit kollektiv abzudecken. Weitere 15 Prozent wandern auf das Lohnsteuer-Konto des Finanzamtes. Damit sind die Entlastungseffekte der dreistufigen Steuerreform 1986/90 wieder zunichte gemacht.

Schon bald wird das Nettoeinkommen auf die Hälfte der Arbeitskosten sinken: Das bewirken ab 1994 die höheren Sätze der Rentenversicherung, die neue Pflegeversicherung und ab 1995 die Solidaritätsabgabe. Zum Vergleich: Im Jahr 1970 beliefen sich die Sozialbeiträge und Lohnsteuer auf 34 Prozent der Arbeitskosten. □

Die Drachen bekommen Konkurrenz

In Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong haben die Arbeitskosten im Verlauf der letzten Jahre kräftig angezogen. Die vier Kleinen Drachen produzieren inzwischen wesentlich teurer als die Reformländer des ehemaligen Ostblocks oder die lateinamerikanischen Schwellenländer wie beispielsweise Mexiko.

Die Erfolge der Kleinen Drachen auf den Exportmärkten der Welt werden in den klassischen Industrieländern als Bedrohung empfunden. Kein Wunder! Die Schwellenländer haben ihren Anteil am Weltexport bei Fertigwaren von 1,5 Prozent im Jahr 1965 auf neun Prozent im Jahr 1991 gesteigert.

Die Wirtschaft der Drachen legte zwischen 1987 und 1992 um fast sieben Prozent im Jahr zu.

Hauptursachen für die außergewöhnlichen Wachstumserfolge der vier Länder sind nach Auffassung der OECD die exportorientierte Industrialisierungsstrategie und die wachstumsfördernden Impulse von Direktinvestitionen aus den Industrieländern.

Andere Faktoren kommen hinzu, etwa die all diesen Staaten gemeinsame konfuzianische Tradition, die auf Fleiß, Sparsamkeit und Disziplin beruht, anpassungsfähige Arbeitskräfte mit hoher fachlicher Qualifikation und Arbeitsmotivation, überdurch-

schnittlich hohe Sparquoten, günstige Investitionsbedingungen, kaum Arbeitskämpfe und nicht zuletzt das niedrige Arbeitskostenniveau. Doch dieser Vorteil schwindet: Binnen zwei Jahren haben sich die Arbeitskosten der Kleinen Drachen um mehr als ein Drittel erhöht.

Eine der Ursachen dafür ist die chronische Knappheit an Arbeitskräften im fernen Osten. obendrein müssen die asiatischen Staaten das wachsende Verlangen ihrer Erwerbstätigen nach mehr sozialer Sicherheit berücksichtigen – ähnlich der Entwicklung in den europäischen Industrieländern vor der Jahrhundertwende. Folge:

Alle vier Drachen haben kräftige Zuwächse bei den Personalzusatzkosten, dem groben Indikator für die Dichte des sozialen Netzes.

Dieses Netz gewinnt im Sog des sozialen Wandels immer mehr an Bedeutung. Der Trend zur Kleinfamilie verstärkt sich. Damit lösen sich Tradition und Ethik der Großfamilien mehr und mehr auf. Sie gaben Schutz durch Unterstützung von Familienmitgliedern bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter. Auf diese Weise ist ein wachsender Finanzierungsbedarf des Sozialsystems programmiert. Daher geraten die Drachen neuerdings gleich von drei Seiten unter Druck.

Konkurrenten aus der Dritten Welt: Dazu zählen asiatische Drachen-Anrainer wie Indonesien, Malaysia, Thailand und Indien, die mit noch günstigeren Arbeitskosten aufwarten.

Konkurrenten aus den mittel- und osteuropäischen Ländern: Polen, Ungarn und die Tschechische Republik haben noch niedrigere Arbeitskosten. Gleichzeitig bieten sie weitere günstige Standortfaktoren, gut ausgebildete Fachkräfte und geografische Nähe zu den europäischen Industrieländern.

Mit welchen Wettbewerbern die einstigen Niedriglohnländer inzwischen in Fernost zu tun haben, macht ein Beispiel vor der südeuropäischen Haustür deutlich: Sogar das Arbeitskostenniveau des EG-Niedriglohnlandes Portugal wird inzwischen von den vier Kleinen Drachen erreicht, von Südkorea und Taiwan sogar übertroffen.

Konkurrenten aus den klassischen Industrieländern: Die einst mit Elan betriebene Auslagerung bestimmter Fertigungen aus den Hochlohn- in die Niedriglohnländer ist zum Stillstand gekommen. Grund:

Hochautomatisierte Fertigungsanlagen entwerten den Arbeitskostenvorteil der Entwicklungsländer. Als Folge wird mancher Fertigungsprozeß aus den Drachen-Standorten wieder in die Industrieländer zurückverlagert.

Die Reaktion der gar nicht mehr so kleinen Kleinen Drachen bleibt nicht aus: Sie forcieren die Automatisierung, stoßen in den Bereich der Hochtechnologie vor und investieren selbst verstärkt im Ausland, vor allem in den ostasiatischen Niedriglohnländern.

Wenn die Drachen an modernen Produktionsanlagen ein ähnlich hohes Arbeitsergebnis je Stunde erzielen wie die führenden Europäer, werden Arbeitskosten wieder zum Argument. Denn die deutsche Arbeitsstunde ist mit rund 42 DM immer noch fünfmal so teuer wie bei den Kleinen Drachen. □

Osteuropas Lernmodell Marktwirtschaft

Die Reformen vom Plan zum Markt in den Ländern Mittel- und Osteuropas stellen völlig neue Anforderungen an Wirtschaft und Bildungssysteme. Deshalb spielt bei diesem Reformprozeß die berufliche Bildung eine Schlüsselrolle. Lernmodell ist die Soziale Marktwirtschaft. Seit Beginn der Reformen unterstützen westdeutsche Verbände und Organisationen den Aufbau beruflicher Aus- und Weiterbildung vor Ort.

Vorrangiges Ziel der Reformer ist es, Management und Belegschaften marktwirtschaftliches Know-how rasch und bedarfsorientiert zu vermitteln – Marktwirtschaft beginnt in den Köpfen. Um diesen wichtigsten Leitgedanken der Systemtransformation in die Praxis umzusetzen, gehen die Reformer deshalb diese beiden Wege.

Reform des Bildungswesens: Eine tragfähige Umgestaltung des Bildungswesens erfordert längerfristig wirkende Maßnahmen. Deshalb werden in vielen Ländern neue Bildungs- und Berufsbildungsgesetze ausgearbeitet, aber auch Bildungseinrichtungen wie Bildungszentren und Bildungswerke sowie Kammerorganisationen aufgebaut.

Management-Training: Kurzfristige Anpassungsmaßnahmen dienen der Qualifizierung von Managern, Beamten und Multiplikatoren. Sie werden oft in Form von Joint-ventures von bundesdeutschen Bildungsträgern mit Hochschulen und Bildungseinrichtungen aus den Reformländern durchgeführt.

Basis dieser Aktivitäten ist unter anderem ein 1989 unterzeichneter deutsch-sowjetischer Vertrag über die Fortbildung sowjetischer Manager und Nachwuchsführungskräfte. Die Federführung für diese Seminare liegt bei der Carl Duisberg Gesellschaft.

Im Jahr 1992 wurden von dieser Institution über 2100 Manager qualifiziert, davon über 1400 in den Reformländern vor Ort.

Zentrale Koordinierungsstellen des deutschen Osteuropa-Engagements in Sachen Bildung und Fortbildung sind das Auswärtige Amt und das Bundeswirtschaftsministerium. Das gesamte Förderpaket der Osteuropa-Beratung hatte bisher ein Volumen von 410 Millionen DM (Stichtag: 31. März 1993) mit insgesamt 1150 Beratungsvorhaben.

Für das laufende Jahr 1993 weist der Bund 596 Vorhaben mit einem Etat von 348 Millionen DM aus.

Die Förderschwerpunkte in Bildung und Fortbildung konzentrieren sich vor allem auf drei Bereiche.

Wirtschaftsverwaltung: Schwerpunkte sind die Aus- und Weiterbildung bei Banken und Versicherungen.

Unternehmensbezogene Aus- und Weiterbildung von Führungskräften in Industrie, Dienstleistung und Landwirtschaft.

Weiterbildungseinrichtungen: Ziel ist eine langfristig angelegte Zusammenarbeit mit diesen Einrichtungen, besonders zur Weiterbildung in Unternehmen und Wirtschaftsverwaltung.

Berufsbildung wird als ein Teil der Wirtschaftsförderung verstanden. Dort wo das duale System der Berufsausbildung der Bundesrepublik als Modell für die Reform der alten Berufsbildungssysteme dient, müssen den Betrieben auch die notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geboten werden.

Kammer- und Verbandspartnerschaften sowie Delegiertenbüros sollen westliches Bildungswissen nach Mittel- und Osteuropa exportieren.

Wichtige Reformanstöße geben aber auch bilaterale Beziehungen und außenwirtschaftliche Kontakte.

Weitere Voraussetzungnen sind die Einrichtung von Berufsbildungszentren und Lehrräumen mit entsprechendem Personal.

Mehrheitlich bewerten die beteiligten deutschen Institutionen ihr Engagement als positiv. So zieht der DIHT-Beirat auf der Basis von rund 200 Projekten seine Bilanz:

Kurzfristige Seminare können eher einen langfristigen Qualifizierungserfolg bewirken, die Kurse sollten von deutscher Seite nicht vollständig bezahlt werden, der Anteil der ausländischen Partner sollte nach und nach steigen, eine Vielzahl deutscher Träger sollte weiterhin mitwirken, um eine Konzentration auf einzelne Organisationen zu vermeiden. □



Osteuropa

Westdeutsche Produkte im Handel bevorzugt

Im Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten ist Deutschland nach wie vor zweigeteilt. Die neuen Bundesländer, einst feste und gewichtige Größe im wechselseitigen Warenaustausch der ehemaligen RGW-Staaten, müssen seit 1989 mit einem gewaltigen Minus fertigwerden. Die alten Bundesländer dagegen konnten ihre Position seit dem Zusammenbruch des RGW sogar noch stärken. Das westdeutsche Plus reicht allerdings nicht aus, um die Einbußen Mitteldeutschlands auszugleichen.

Westdeutschlands Außenhandels-Lust und Mitteldeutschlands Außenhandels-Frust werden in diesen Zahlen offenbar:

Westdeutschlands Lieferungen in die sechs mittel- und osteuropäischen Reform-Länder nahmen im Zeitraum 1989 bis 1992 von 24,4 auf 30,1 Millarden DM zu – um 23 Prozent.

Kräftige Zuwächse für westdeutschen Warenhandel

Noch stärker erhöhten sich die von dort bezogenen Waren, nämlich von 19,2 auf 30,4 Milliarden DM, mithin um 58 Prozent.

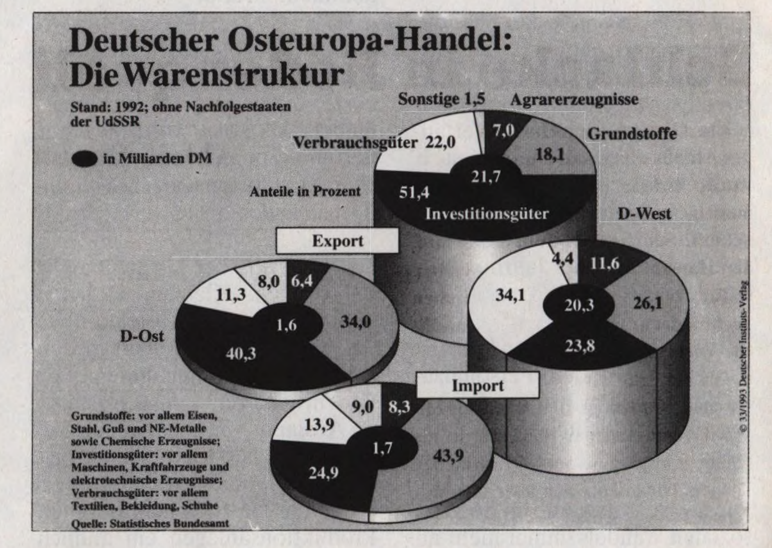
Besonders kräftige Zuwächse gelangen Westdeutschland im Warenhandel mit der Ex-CSFR (Export: +173 Prozent, Import: +166 Prozent) und Polen (Export: +73 Prozent, Import: +108 Prozent).

Mitteldeutschlands Exporte verringerten sich dagegen innerhalb von drei Jahren von fast 29 auf gerade noch sieben Milliarden DM, die Importe von 26 auf knapp fünf Milliarden DM.

Besonders große Verluste wurden eingefahren im Handel mit der Ex-UdSSR (Export: -67 Prozent, Import: -81 Prozent), mit Polen (Export: -83 Prozent, Import: -71 Prozent) und der Ex-CSFR (Export und Import jeweils -79 Prozent).

Gesamtdeutsches Ergebnis im Handel mit den osteuropäischen Reformstaaten der Jahre 1989 bis 1992: Die Exporte schrumpften um 30 Prozent, die Importe um 23 Prozent.

Immerhin sind die wechselseitigen Handelsbeziehungen zuletzt nicht mehr von starken Ungleichgewichten gekennzeichnet: Die Bilanz der alten Bundesländer im Handel mit Osteuropa schloß 1992 mit einem Mini-Minus von 0,3 Milliarden DM. Ein Defizit gab es nur im Handel mit der Ex-UdSSR; mit allen übrigen Partnern im Osten erzielte West-



Die neuen Bundesländer können im Ostgeschäft mit den alten nicht mithalten. Es fehlen ihnen erfahrene Manager und Marketing-Strategien.

Deutscher Osteuropa-Handel: Kunden und Lieferanten

in Milliarden DM

	D-West							
	Export				Import			
	1989	1990	1991	1992	1989	1990	1991	1992
Ex-UdSSR	11,5	10,4	8,6	8,4	8,6	9,1	9,9	10,1
Polen	4,5	4,7	7,5	7,7	3,6	5,2	6,5	7,4
Ex-CSFR	2,7	3,1	4,3	7,5	2,5	2,7	4,4	6,6
Ungarn	3,7	3,4	3,8	4,5	2,7	3,3	4,0	4,5
Rumänien	0,6	1,1	1,0	1,3	1,5	1,1	1,1	1,2
Bulgarien	1,5	0,8	0,7	0,8	0,3	0,4	0,5	0,6
insgesamt	24,4	23,4	25,9	30,1	19,2	21,8	26,4	30,4
	D-Ost							
Ex-UdSSR	16,6	17,8	9,0	5,5	15,1	9,1	4,3	2,9
Polen	3,1	2,9	1,0	0,5	2,9	1,8	0,8	0,8
Ex-CSFR	3,8	3,4	0,6	0,8	3,1	1,7	0,7	0,7
Ungarn	2,6	2,7	0,4	0,2	2,4	1,2	0,3	0,2
Rumänien	1,4	1,5	0,2	0,1	1,3	0,4	0,1	0
Bulgarien	1,4	1,4	0,1	0,1	1,2	0,5	0	0
insgesamt	28,9	29,7	11,4	7,2	26,1	14,8	6,1	4,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

deutschland einen Handelsüberschuß.

Die wichtigsten Kunden und Lieferanten

Die neuen Bundesländer haben dagegen auch im vergangenen Jahr einen Export-Überschuß erzielt – bei deutlich geschrumpftem Handelsvolumen. Allerdings: Von den riesigen Überschüssen des Jahres 1990 ist nur ein kleiner Rest geblieben.

West- und Mitteldeutschland haben aber auch etwas gemeinsam: Die Ex-UdSSR, Polen und die Ex-CSFR sind jeweils sowohl die wichtigsten Kunden als auch die wichtigsten Lieferanten.

Die derzeitige Struktur des westdeutschen Handels mit den Reformstaaten erinnert stark an die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Japan und den benachbarten fernöstlichen Schwellenländern in den sechziger und siebziger Jahren. Sie wurden bestimmt durch die Lieferung von Investitions-Gütern gegen Rohstoffe und Teile sowie durch Lohnveredelung.

Heute benötigen die mittel- und osteuropäischen Staaten – wie damals die asiatischen Schwellenländer – vor allem Investitionsgüter, um ihren immensen Modernisierungsbedarf zu decken. Hierbei dient die westdeutsche Wirtschaft als wichtige Innovations-Quelle:

Gut 51 Prozent des Exports in die Reformstaaten bestehen aus Investitionsgütern, darunter vor allem Maschinen, Kraftfahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse.

Eine andere Form der Arbeitsteilung mit Mittel- und Osteuropa ist die Lohnveredelung. Das läßt sich an der Warengruppe Textilien, Bekleidung, Lederwaren und Schuhe ablesen.

Das Manko der mitteldeutschen Exporteure

Diese Warengruppe erzielt beim westdeutschen Export in die Reformstaaten einen Anteil von fast 15 Prozent. Beim Ost-Import liegt der Anteil sogar bei 22 Prozent. Das Veredelungsprinzip in der Praxis:

Westdeutschland liefert Rohstoffe, Vorprodukte, Design, Know-how und gegebenenfalls über Joint-ventures auch das erforderliche Kapital. Die Niedriglohnländer stellen Fertigprodukte her und reexportieren sie nach Westdeutschland.
Folge: Der Anteil der lohnveredelten Waren im Handel mit Polen, Ungarn und Bulgarien ist etwa dreimal so hoch, im Falle Rumäniens sogar siebenmal so hoch wie der gesamte westdeutsche Anteil an dieser Warengruppe, der 5,5 Prozent beträgt.

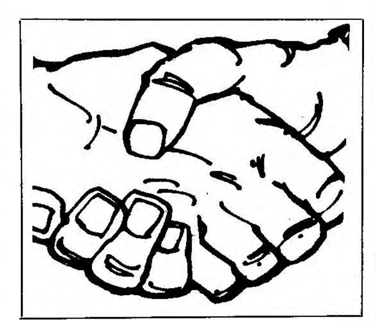
Ähnlich ist das Bild auf der Importseite: Beim westdeutschen Gesamtimport halten Textilien, Bekleidung, Leder und Schuhe einen Anteil von 11 Prozent. Jedoch: Unter den westdeutschen Importen aus Polen und Ungarn liegt diese Quote doppelt, bei den Einfuhren aus Bulgarien dreimal und aus Rumänien viermal so hoch.

Ein großes Manko der mitteldeutschen Exporteure bei ihrem Bemühen, die Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa zu halten oder gar zu steigern: Sie sind derzeit offenbar nicht in der Lage, die von jenen Staaten nachgefragten Produkte anzubieten.
Im mitteldeutschen Ausfuhr-Sortiment haben Grundstoffe und Agrarerzeugnisse ein viel größeres Gewicht als im westdeutschen Export-Warenkorb.

Daß die neuen Bundesländer im Ostgeschäft mit den alten nicht mithalten können, hat mehrere Gründe:

Die Strukturkrise mindert sowohl den Import-Bedarf als auch die Export-Fähigkeit der Unternehmen in den neuen Bundesländern.

In Mitteldeutschland fehlen im Außenhandel erfahrene Manager und Marketing-Strategen. □



Der Druck nach unten

C. Gordon Tether

Da die erhoffte wirtschaftliche Erholung in den USA noch auf sich warten läßt, findet sich die Welt jetzt ohne einen »Motor des Wachstums«, um die weltweite Rezession zu wenden, wieder. Dies ist ein Anzeichen des Erfolgs, den die »Eine-Weltler« bei der Vereinigung der Volkswirtschaften des Globus erzielen konnten.

Es gab eine Zeit, wo es in dem Verhalten der Wirtschaften der schrittmachenden Länder genug Variationen gab, um zu gewährleisten, daß ein Teil des Planeten zu gegebener Zeit ein Wirtschaftswachstum erlebte.

Vor einer neuen Situation

Die Folge war, daß die Wirtschaftstätigkeit in der Welt als Ganzes von einem Jahr zum anderen einigermaßen gut beibehalten wurde. In dieser Situation wurden den Länden, die eine Wirtschaftsflaute durchliefen, darüber hinaus fix und fertige günstige Gelegenheiten geboten, Erholung und Expansion in Gang zu setzen. Sie konnten damit rechnen, daß das Wachstum der Wirtschaftstätigkeit in der Außenwelt ihnen für ihre Waren und Dienstleistungen eine höhere Nachfrage bescheren würde.

Ältere Leser werden sich gut an die Zeit erinnern, als die Vereinigten Staaten und Gruppen der führenden Länder Europas wechselweise die Funktion des »Wachstums-Motors« erfüllen konnten. Dies war in erster Linie so, weil die Rotation so gut funktionierte, daß der Weltwirtschaft, grob gesagt, in den ersten 30 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg alle ernsthaften Windungen erspart blieb.

Jetzt haben wir es mit einer ganz neuen Situation zu tun. Gegen Ende der achtziger Jahre wurden eine Anzahl der führenden Länder Opfer einer Rezession – in den meisten Fällen weil übermäßige Expansion in den vorangegangenen Jahren ihnen Inflationsprobleme beschert hatte, die, wie sie glaubten, nur durch schnelles Anziehen der Bremsen eingedämmt werden konnten.

Der Rückschlag übt unvermeidlich auf das Wachstum in aller Welt einen Druck nach unten aus. Aber der Schaden wurde anfangs durch den ständigen Auftrieb der Wirtschaften zweier der bedeutsamsten schrittmachenden Länder – Deutschland und Japan – begrenzt.

Deutschland war besonders einflußreich

Deutschland war in diesem Sinne besonders einflußreich wegen der Entscheidung seiner Regierung, mit der Vereinigung mit Mitteldeutschland voranzuschreiten. Es wurde angenommen, daß diese einen Aufschwung in der Nachfrage zur Folge haben werde, die nur dann voll befriedigt werden könnte, wenn man auf breiter Basis auf ausländische Lieferanten zurückgreifen würde.

Leider erlitt bald nach Beginn der neunziger Jahre der japanische »Wachstums-Motor« eine derart schwere Entgleisung, daß es schon bald offensichtlich wurde, daß er nicht in der Lage sein wird, diese Rolle für eine vorausschaubare Zeit wieder zu übernehmen.

Das war schlimm genug. Aber Schlimmeres sollte noch kommen. Denn es war nun klar, daß die deutsche Wirtschaft eine gleichermaßen unglückliche Wendung ihrer Geschicke vollzogen hatte, hauptsächlich als Folge der unerträglichen Belastungen, die ihr durch das absurd schnelle Tempo, das für das Programm der Wiedervereinigung angesetzt war, auferlegt wurden.

Wie dramatisch die Fähigkeiten seines »Wachstums-Motors« lahmgelegt wurden, kann an der Tatsache ermessen werden, daß im Augenblick Deutschlands Bruttosozialprodukt – der endgültige Index der Wirtschaftstätigkeit – sich tatsächlich um mehrere Prozente unterhalb des Vorjahresstands beläuft. Darüber hinaus, wie es eine offizielle Stelle formuliert, weisen »derzeitige Indikatoren bislang keine Anzeichen für eine Veränderung zum Besseren auf«.

Wie könnten sie das auch, wenn die Nachfrage auf dem Industriesektor derzeit eine Schrumpfung von nicht weniger als 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr aufweist?

Spektakuläre Verschlechterung der Wirtschaft

Was die anderen großen europäischen Länder anbelangt, so mußten sie sich fast alle eine Zeitlang mit Wirtschaftsflauten mehr oder weniger akuter Natur herumschlagen. Und die Tatsache, daß Deutschland in jüngster Zeit die europäische Szene in einer derart entscheidenden Weise dominiert, bedeutet, daß sich ihre Probleme durch die spektakuläre Verschlechterung der Situation in Deutschland ebenfalls verschärft haben.

Gegen Ende des letzten Jahres sah es so aus, als ob der Weltwirtschaftslage noch rechtzeitig eine dringend benötigte Erholung von dieser Serie von Rückschlägen zuteil werden würde. Der Hoffnungsstrahl nahm die Form von Anzeichen an, daß die überaus wichtige amerikanische Wirtschaft bald in der Lage sein werde, wieder die Funktion ihres »Wachstums-Motors« zu übernehmen.

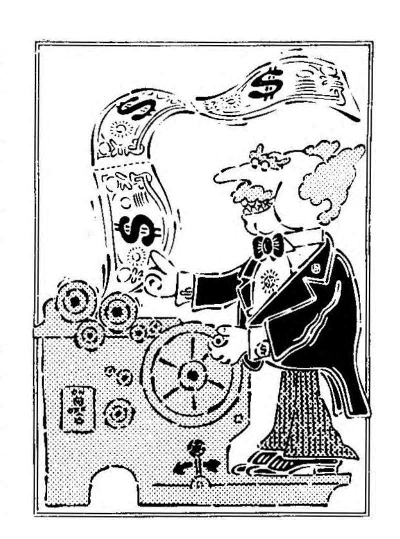
Traurigerweise, nachdem sie im letzten Quartal von 1992 kurzzeitig auf ermutigende 4,8 Prozent gestiegen war, ist die jährliche Expansionsquote der USA wieder auf einen einzigen Prozentpunkt gesunken, und fast alle Experten sind sich darin einig, daß keine Aussicht darauf besteht, daß sie wieder auf bedeutsame Weise in die Höhe steigen wird.

Was dabei herauskommt ist, daß die Welt zum ersten Mal in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ohne einen »Wachstums-Motor« dasteht, der diese Bezeichnung verdient. Und dies ist besonders betrüblich, da Rezessionen, ob auf nationaler oder internationaler Basis, die Tendenz haben, die Merkmale von Teufelskreisen zu entwickeln, wenn sie erst einmal festen Fuß gefaßt haben.

Die Dritte soll die Erste Welt werden

Es ist natürlich beklagenswert, daß sich die Dinge so entwickelt haben. Aber es ist nicht schwierig zu erkennen, warum. Denn die Tatsache, daß Wirtschaftsflaute jetzt fast überall zur Tagesordnung geworden ist, kann als Gipfelpunkt des Erfolges gesehen werden, den die mächtige Eine-Welt-Lobby bei der Vereinigung der Wirtsschaftsangelegenheiten des Planeten erzielt hat, was effektiv so weit geht, daß selbst schwergewichtige Länder unter dem unwiderstehlichen Druck stehen, sich der vorherrschenden Art und Weise anzupassen.

Von daher gesehen ist das, was sich ereignet hat, genau das, was die Gegner der »Eine-Weltler« vorausgesagt haben. Nämlich, daß die Länder der Welt auf den niedrigsten gemeinsamen Faktor hinabgezogen werden. Die Dritte Welt soll die Erste Welt werden und vice versa, und wir werden alle den gleichen niedrigen Lebensstandard erleiden. □



Europäische Gemeinschaft

Die norwegische Politik und die EG-Frage

Arne Vinje

Der Europa-Abgeordnete Professor Emil Schlee war vor einigen Wochen als Mitglied der Norwegen-Delegation des Europäischen Parlaments in Oslo und Alesund. Die Delegation, die sich vor Ort über das gegenwärtige Verhältnis Norwegens zur Europäischen Gemeinschaft informieren wollte, sprach in Oslo mit einigen Botschaftern, Abgeordneten und dem Parlamentspräsidenten sowie mit Norwegens Ministerpräsidenten. In Alesund – an der Küste des Atlantischen Ozeans – sprach Schlee auch mit Fischern und Landwirten dieser Region. Fischer und Landwirte lehnen den Beitritt zur EG ab. Der Vorsitzende des EG-Ausschusses des Norwegischen Bauern- und Kleinbauernverbandes, der Landwirt Arne Vinje, schrieb seine Gedanken zur norwegischen Politik und die EG-Frage nieder.

Norwegen ist ein sehr spezielles Land – oder, wie Hans-Magnus Enzensberger es ausdrückt: ein Land für Leute mit sehr speziellen Interessen. Das Wissen um seine Eigenarten ist ein Schlüssel zum Verständnis des Widerstands gegen die EG-Mitgliedschaft in der norwegischen Bevölkerung.

Die norwegischen Eigentümlichkeiten

Ein norwegischer Beitritt zu der Europäischen Gemeinschaft wird wichtige Elemente unserer Politik eliminieren und möglicherweise die norwegischen bäuerlichen und ländlichen Gemeinschaften, wie sie uns vertraut sind, gefährden.

Unsere Organisation, der norwegische Bauern- und Kleinbauernverband, leistet in nationalen und internationalen Zusammenschlüssen seinen Beitrag für Solidarität, gesicherte Nahrungsmittelversorgung und eine tragbare Entwicklung und ist gegen den freien Handel mit Nahrungsmitteln und einen weltweit offenen Markt.
Obwohl Norwegen geschichtlich, politisch, kulturell und wirtschaftlich eng mit Europa verbunden ist – wir sind in der Tat ein europäisches Volk –, gibt es bestimmte Charakteristika, die Norwegen zu einem Land ganz eigener Prägung machen.

Geographisch und ökologisch gibt es bei uns eine große Vielfalt: Eine lange Küste, die Fjorde und tiefen Täler im Westen, die Ebenen und Wälder im Osten und in der Mitte, die Gebirgsregionen, die einen großen Teil des Landes im Süden bis zum Norden prägen und die sehr eigentümliche Landschaft Norwegens. Der Golfstrom sorgt dafür, daß es klimatisch keine so großen Unterschiede gibt, wie die geographische Ausdehnung vermuten lassen könnte. Für die landwirtschaftliche Erzeugung bietet das Klima in der Tat von Süden bis Norden günstige Bedingungen. Natürlich ist die Zeit, in der ein Anbau möglich ist, kürzer als im südlichen Europa, doch sind für die Produktivität die Länge des Tages und vor allem die Regenmenge im Sommer wichtiger, die von den Landwirten mehr als von den Touristen geschätzt wird.

Auf jeden Fall liegt die Ergiebigkeit der norwegischen Böden in einigen Teilen des Landes über dem Durchschnitt in der Gemeinschaft, wobei auch eine große Erosionsfestigkeit festzustellen ist. Unser Problem ist aber die Knappheit der landwirtschaftlich genutzten Böden: Sie machen nur 2,7 Prozent der Gesamtfläche aus, während in der EG über die Hälfte der Gesamtfläche landwirtschaftlich genutzt wird. Auch ist nur in den südöstlichen Regionen Weizenanbau möglich. Große Teile Norwegens sind heute wie früher Weideland.

Eine einfache und für uns selbstverständliche Schlußfolgerung daraus ist, daß Norwegen seine begrenzte Fläche an fruchtbaren Böden schützen und für die Nahrungsmittelerzeugung nutzen muß. Dies sollte einer unserer Beiträge für eine gemeinsame umweltfreundliche Zukunft sein, in der die gesicherte Lebensmittelversorgung zweifellos eine wichtige Rolle spielen wird.

Keine städtische Tradition

Analog zur geographischen gibt es eine große demographische und kulturelle Vielfalt. Das norwegische Volk war gezwungen – oder ermuntert –, sich an die Gegebenheiten der unterschiedlichen natürlichen Ressourcen auf so vielfältige Weise anzupassen, daß man kaum von einer einzigen Kultur sprechen kann. Diese kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den vielen norwegischen Dialekten, die es Ausländern, die nur ein wenig das Osloer Idiom kennen, schwer machen, mit Menschen aus anderen Landesteilen zu kommunizieren.

Unsere Bevölkerung lebt weit verstreut, die Gemeinden sind klein, und die Zahl der Städte ist sehr gering. Wir haben nicht die städtischen Traditionen der Mitte Europas. Unsere Städte sind neu und haben sich, wie Sie wahrscheinlich bemerkt haben, immer an Lösungen in anderen Ländern orientiert.

Daher spielen die kleinen örtlichen Gemeinschaften meines Erachtens in Norwegen und vielleicht auch in ganz Skandinavien, im politischen Leben eine viel wichtigere Rolle als im übrigen Europa. Unsere Politiker haben in gewissem Umfang versucht, die demographische Struktur während des Modernisierungs- und Industrialisierungsprozesses im Lande nach dem letzten Weltkrieg zu erhalten. Auch unsere Organisation ist Teil einer Bewegung, die sich sehr um die Zukunft der norwegischen örtlichen Gemeinschaften gekümmert hat.

»Wir sind alle Sozialdemokraten«

Unsere politische Tradition und Sozialsysteme unterscheiden sich ebenfalls von denen des europäischen Kontinents. Es läßt sich schwerlich behaupten, daß Norwegen, das 400 Jahre lang vom entfernten Kopenhagen aus regiert wurde, eine ungebrochene Tradition als unabhängige Nation hat. Wichtiger aber ist die Tatsache, daß diese Fremdherrschaft die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der norwegischen Gesellschaft nur sehr wenig beeinflußt hat.

Zu keiner Zeit gab es eine das Volk unterdrückende starke Zentralverwaltung oder mehr als eine nur ansatzweise entwickelte Aristokratie. Die nicht sehr wohlhabenden, aber unabhängigen norwegischen Bauern und Fischer konnten aufgrund ihres Eigentums an Hof und Schiff anders als ihre weiter südlich lebenden Berufskollegen über die Dinge des täglichen Lebens selbst entscheiden. Kurz gesagt war es bis vor kurzem niemandem möglich, wirtschaftlich, politisch oder kirchlich übermäßige Macht an sich zu ziehen.

Die Wertschätzung von Gleichheit und Solidarität

»Wir sind alle Sozialdemokraten«, sagte vor einigen Jahren ein bekannter norwegischer Politiker. Dies läßt sich als Ausdruck einer Grundströmung der politischen Kultur in Norwegen deuten, als Wertschätzung von Gleichheit und Solidarität.

Der Begriff der Nation konstituiert sich nach norwegischen Vorstellungen aus diesen Elementen der Natur, Kultur und Politik. Sie verkörpern die Werte, die wir an jedem 17. Mai feiern. An diesem Tag kann man aber auch feststellen, daß einige versuchen, diese Werte mit chauvinistischem Nationalismus zu verbinden, der Geißel Europas in Vergangenheit

Europäische Gemeinschaft

Die norwegische Politik und die EG-Frage

und Gegenwart. Nichts kann mehr an den Haaren herbeigeholt sein! Unser nationaler Feiertag ist ein Tag der Flaggen, der Lieder und der Kinder, der spontanen Umzüge – ohne Paraden mit Uniformen und Waffen. Ich meine, wenn etwas typisch norwegisch ist, dann ist es dies, und dies möchten wir erhalten wissen.

Grundlegende Wertvorstellungen sind nicht zu vereinbaren

All dies macht verständlich, daß viele Norweger das Beitrittsgesuch unserer Regierung nicht unterstützen und auch nicht das Ergebnis der Verhandlungen abwarten sollen. Die grundlegenden Wertvorstellungen des Binnenmarktes und des Maastrichter Vertrags sind mit den obengenannten Werten nicht vereinbar. Dies ist weder Nationalismus noch Isolationismus, es ist lediglich die Einsicht in die Tatsache, daß die gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die Europa im Wettbewerb mit Japan und den USA zu neuer Wohlfahrt und Stärke führen sollen, auch Norwegen verändern dürften, sollte es der Gemeinschaft beitreten.

In Norwegen war die Politik nach dem letzten Weltkrieg durch eine politische Zweigleisigkeit gekennzeichnet. Die verschiedenen Regierungen haben einerseits für die Schaffung exportorientierter Industrien landesweit viel Geld investiert, um die Einkommen zu erhöhen. Auf der anderen Seite wurden große Bereiche der Wirtschaft durch verschiedene Maßnahmen vor dem Wettbewerb geschützt, um politische Unabhängigkeit zu fördern, und zwar insbesondere in den Bereichen Regionalpolitik, Landwirtschaft und Fischerei. Diese Politik kann als bewußter und aktiver Versuch aufgefaßt werden, dem Einfluß der Marktkräfte gegenzusteuern.

Aufgabe der Politiker ist es, zwischen sehr unterschiedlichen und zum Teil nicht meßbaren Werten kultureller, sozialer, umweltpolitischer und wirtschaftlicher Art zu wählen; an ihnen ist es, die geeignetsten Maßnahmen zur Weiterentwicklung dieser Werte – gegebenenfalls auch bestimmte Formen des Protektionismus – zu ergreifen.

Diese Freiheit verträgt sich nicht mit dem in der EG geltenden Grundsatz des freien Wettbewerbs und des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen in der EG.

Die EG hat andere Ziele

Nun geht es natürlich nicht einfach darum zu entscheiden, ob wir außen vorbleiben wollen, ungestört von der harten und kalten Welt des wirtschaftlichen Wettbewerbs und der strukturellen Veränderungen, oder ob wir die Realitäten angehen wollen, worunter die moderne, auf weltweitem freien Handel und umfassendem Management beruhende Industriegesellschaft verstanden wird. Wir wissen sehr wohl, daß es sich kein Land der Welt leisten kann, seine Möglichkeiten zu verschlafen.

Die große Herausforderung aber ist nicht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der norwegischen Industrie- und Handelsgesellschaften oder die Förderung des Wirtschaftswachstums der reichen Nationen. Es ist im Gegenteil die Anpassung der künftigen Gesellschaft an ein Verbrauchsniveau, das unter dem heutigen liegt sowie eine gänzlich andere Verteilung des Wohlstands.

Diese Aufgabe beinhaltet Veränderungen, die das Leben eines jeden beeinflussen werden, und zwar nicht notwendigerweise zum Schlechteren hin. Gelingt uns dies aber nicht, so werden die Veränderungen härter und unkontrollierbarer sein.

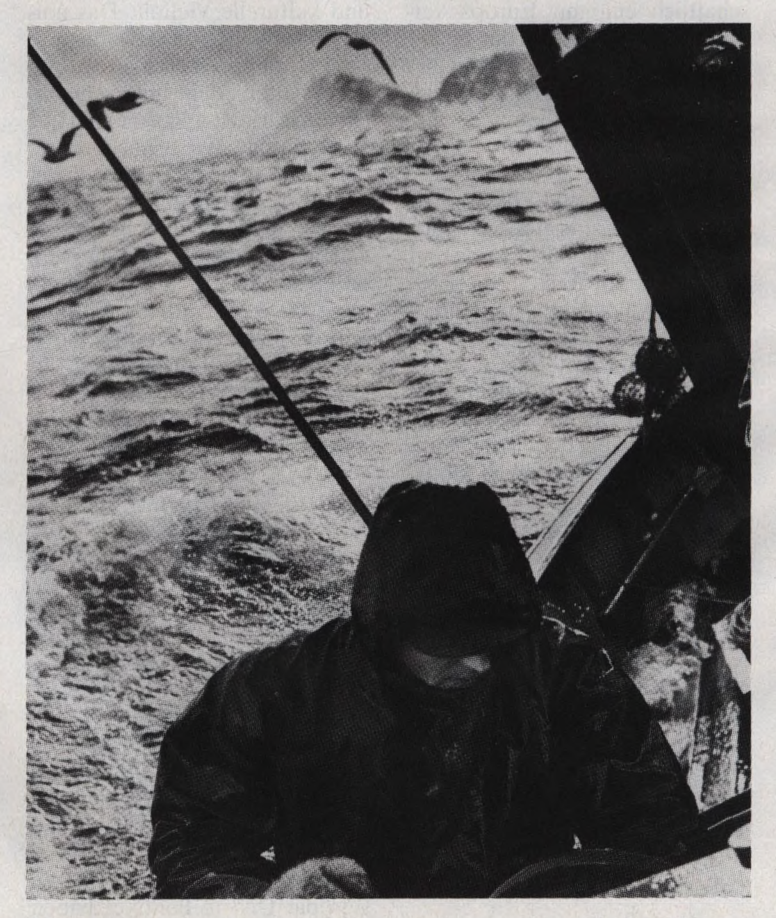
Wir können nicht erkennen, daß die Gemeinschaft im wesentlichen diese Ziele ansteuert, noch glauben wir, daß die norwegische Regierung in der Lage sein könnte, die Vorstellungen des Römischen Vertrags im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung durch Ziele zu ersetzen, die auf eine tragbare Entwicklung gerichtet sind. Wir glauben auch nicht, daß unsere Politiker gewillt sind, alle Bereiche unserer Wirtschaft und Rechtsvorschriften den geltenden Gemeinschaftsregelungen anzupassen, und wir wissen selbstverständlich, daß es nicht damit getan ist, in einem Vertrag einige Worte zu ändern. Wir fürchten die Eigendynamik der Wirtschaft des freien Binnenmarktes mit ihren Auswirkungen auf die kulturelle und soziale Vielfalt in Europa, die es uns von Tag zu Tag weniger gestatten, die wichtigen obengenannten Aufgaben wahrzunehmen.

Ein Einwand dagegen könnte sein, daß Norwegen den EWR-Vertrag unterzeichnet habe, der zu einer fast völligen Integration in das gemeinschaftliche Wirtschaftssystem führe. Damit hätten wir die Position, die wir verteidigen, bereits aufgegeben.

Europa wird durch den Markt bestimmt

Dies trifft zu, wenn man die Einschränkung »beinahe« betont. Wir wollen unsere Grenzen und unsere eigene Agrarpolitik beibehalten, für uns ein entscheidender Punkt. Außerdem können wir diesen Vertrag aufkündigen. Und schließlich wurde er noch nicht von allen vertragschließenden Parteien ratifiziert, so daß noch Hoffnung besteht, daß er nicht Realität wird. Viele von uns teilen diese Hoffnung. Meinungsumfragen haben ergeben, daß ein großer Teil der norwegischen Bevölkerung, wahrscheinlich die Mehrheit, gegen den Vertrag war, als das Parlament zustimmte.

Wenn aber Norwegen, wie es scheint, Mitglied im EWR wird, weshalb lehnen wir dann noch immer einen Beitritt zur Gemeinschaft ab, wo diese doch jetzt einen zu verstärkter Kontrolle der Marktkräfte führenden Prozeß eingeleitet hat? Gibt es, abgesehen von den Interessen der Landwirte und Fischer, irgendein Argument gegen den Zugang zu den mit dem Maastrichter Vertrag geschaffenen politischen Instrumenten? Sollte das Königreich



Warm vermummt trotzt ein Fischer dem eisigen Wind, während das Schiff die rauhe See bei den Lofoten-Inseln durchpflügt.

Norwegen nicht mit am Tisch sitzen, wenn all diese wichtigen Entscheidungen gefällt werden, von denen wir ohnehin betroffen sind?

Wir sollten es nicht. Der Maastrichter Vertrag ist aus unserer Sicht eindeutig ein logischer Schritt auf dem mit der Einheitlichen Akte von 1987 eingeschlagenen Weg. Wir sehen darin weniger die Entwicklung von Instrumenten zur Steuerung der frei im Europäischen Wirtschaftsraum operierenden multinationalen Gesellschaften, sondern mehr einen notwendigen Organisationsprozeß, der die Schaffung einer neuen europäischen Föderation ergänzt, die jetzt mit dem Binnenmarkt begann. Damit dieser Markt funktioniert, sind eine gemeinsame europäische Währung, eine europäische Zentralbank, eine gemeinsame Handelspolitik usw. erforderlich.

Mit anderen Worten, die bereits mit dem Binnenmarkt induzierte wirtschaftliche Dynamik ist auch die dynamische Kraft hinter der politischen Integration. Wenn der Binnenmarkt als solcher Erfolg hat, besteht eine reale Chance, daß die Vereinigten Staaten von Europa Wirklichkeit werden. Da die Politik zunehmend von der Anpassung an die Wirtschaft bestimmt ist, wird das neue Europa sehr viel mehr durch den Markt und die Wirtschaft als durch politische Vorstellungen definiert.

Norwegen sollte seine Eigenart bewahren

Unsere Schlußfolgerung ist daher, daß eine Mitgliedschaft Norwegens in der EG uns noch fester als schon jetzt der EWR-Vertrag an ein im Grunde liberalistisches Marktsystem binden und das Fundament dieses Systems erweitern und stärken wird, das wir als ein System für veraltete Lösungen der Probleme in der Welt betrachten. Ein weiteres systematisches Wachsen der freien Marktwirtschaft in Amerika, Südost-Asien und Europa oder auf globaler Ebene, einerlei ob es sich um EWR, EG, NAFTA, OECD oder GATT handelt, dürfte nur zu einer weiteren Steigerung des Besitzstandes der Großunternehmen und der reichen Nationen führen, wobei die Welt jedoch ärmer wird und die ökologische, kulturelle und soziale Vielfalt rasch schwindet.

Diese Vielfalt betrachten wir als lebenswichtige Ressource für eine tragbare Entwicklung. Daher werden wir weiterhin für das Recht Norwegens kämpfen, als individuelles Land weiterzubestehen, wobei uns sehr wohl bewußt ist, daß der schwerste Teil dieses Kampfes in den eigenen Grenzen stattfinden wird, unter Norwegern mit gegensätzlichen Ansichten und Interessen.
Gleichzeitig aber sehen wir uns als Bauernverband in einer Gemeinschaft mit anderen Bauernverbänden in Europa und anderen Teilen der Welt sowie mit Umweltschützern und Verbraucherverbänden. Wir alle verteidigen keine unbedeutenden, kurzsichtigen Sonderinteressen wie die Exportindustrien und Ölgesellschaften. Auch auf die Gefahr hin, etwas hochtrabend zu wirken, ließe sich mit der Brundtland-Kommission sagen: Wir kämpfen um unsere gemeinsame Zukunft.

»Wir sind gewohnt, langfristig zu denken«

So haben es die Bauern seit jeher überall in der Welt gehalten; solange sie es konnten, sind sie dem ungeschriebenen Gesetz gefolgt und haben ihre Höfe geordnet ihren Nachfolgern übergeben und sich nicht zwingen lassen, aus ihren Betrieben Industriebetriebe zu machen. Für die Kleinbauern ist es heute wichtig, diese idealistische Sicht ihrer Arbeit und Lebensform zu bewahren. Wir müssen uns des Wertes unserer Erzeugnisse trotz vorübergehender und regional begrenzter Nahrungsmittelüberschüsse und der uns gebotenen Niedrigpreise bewußt bleiben. Wir brauchen Vertrauen in den Wert unserer Kultur und der kleinen, örtlichen Gemeinschaften, die den Kontrast zum vorherrschenden internationalen Lebensstil der modernen Großstadt bilden.

Danach streben wir, und deshalb verteidigen wir standhaft unsere Fähigkeit, Nahrungsmittel für die Welt zu erzeugen, auch wenn einmal die Ölquellen versiegen. Wir sind gewohnt, langfristig zu denken, und glauben, daß wir damit einen notwendigen Beitrag zur Bekämpfung des Hungers in der Zukunft leisten. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-juo Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Ron Gostik; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nicholas, Alec de Montmorency, James P. Tucker.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-71229 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Europa-Journal

Eine Versammlung fordert die Abschaffung der englischen Monarchie

»Vor Jahrhunderten wäre es unter Umständen ein Grund für Einkerkerung wegen Hochverrats im Tower of London gewesen«, kommentierte Reuter im Zusammenhang mit einer in der Nähe des Buckingham-Palace abgehaltenen öffentlichen Versammlung, wo Rufe zur Abschaffung oder Reform der britischen Monarchie laut wurden. Die Versammlung unter dem Motto: »Die Monarchie, die Verfassung und das Volk«, organisiert durch die Zeitung »Times« und die Reform-Gruppe Charter 88, wurde als die größte öffentliche Debatte über das Thema seit den Tagen Chromwells bezeichnet.

»Wir sollten im Prinzip eine Republik haben ... Die Frage bleibt immer noch offen, ob sie, die Königsfamilie, Musterbeispiele der Tugend waren«, sagte Edgar Wilson, Verfasser und Mitglied von Republic, eine Pressure Group, die danach trachtet, die Monarchie durch eine gewählte Präsidentschaft abzulösen.

»Dies ist ein Tag ohne Präzedenzfall in der Geschichte der Diskussionen über die britische Verfassung«, äußerte Peter Stothard, Herausgeber der »Times«. □

Die Hochschul-Reform ein akademischer Flickenteppich

Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat will dem Bund die Zuständigkeit für die Hochschulen nehmen. Folge: Im Europa ohne Schlagbäume drohen kleinstaatliche Interessen der Bundesländer die Mobilität der erwerbstätigen Akademiker zu verhindern.

Die nach dem Einigungsvertrag konstituierte Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat hat eine Vielzahl an Vorschlägen zur Änderung der Gesetzgebungskompetenzen des Bundes vorgestellt. Davon nachhaltig betroffen ist die Zuständigkeit des Bundes für die Berufsbildung.

Betroffen ist aber auch die Rahmengesetzgebungskompetenz nach Artikel 75 Grundgesetz – und damit die Gesetzgebungsbefugnis des Bundes im Hochschulrecht. Artikel 75 Grundgesetz bestimmt, daß der Bund das Recht hat, unter den Voraussetzungen des Artikels 72 Rahmenvorschriften über die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens zu erlassen.

Hintergrund: Im Jahr des Berufsbildungsgesetzes 1969 wurde der Artikel 75 in das Grundgesetz eingefügt. Das Motiv: Auch im Bereich der Hochschulen sollten bundesweite einheitliche Regelungen für mehr Effizienz und Transparenz der Hochschulausbildung sorgen und die Konkurrenzfähigkeit deutscher Hochschulausbildung im europäischen Wettbewerb steigern.

Von der Demontage durch die Bundesländer bedroht ist nun mit Artikel 75 Grundgesetz die gesetzgeberische Grundlage des 1975 mit Zustimmung der Länder beschlossenen Hochschulrahmengesetzes:

Artikel 75 Grundgesetz verweist auf Artikel 72. Dieser soll nach den Vorschlägen der Gemeinsamen Verfassungskommission deutlich zu Lasten des Bundes und zugunsten der Länder eingeschränkt werden. Damit wird auch der Spielraum des Artikel 75 enger.

Der Artikel 75 Grundgesetz selbst wird im Wortlaut beschnitten. Dort ist die gesetzgeberische Zuständigkeit des Bundes auf die allgemeinen Grundsätze des Hochschulwesens bezogen.

Nach den Vorstellungen der Verfassungskommission soll diese allgemeine Formulierung in Zukunft durch konkret und abschließend aufgezählte Tatbestände ersetzt werden – wie Zulassung zum Studium, Studiengänge, Prüfungen.

Diese Beschränkung auf ausdrücklich genannte Tatbestände bewirkt, daß Regelungsbereiche, die bisher in die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes fielen, nunmehr zur Länderhoheit werden. Das bedeutet:

Struktur und Aufgabe der Hochschulen, Forschung und Lehre, staatliche Anerkennung von Hochschuleinrichtungen, Organisation und Verwaltung der Hochschulen unterliegen dem direkten und damit erweiterten gesetzgeberischen Einfluß der Länder.

Die Folge könnte sein: Die dann qua Landeshochschulgesetze möglichen stärkeren länderspezifischen Differenzierungen der Studiengänge führen zu inhaltlicher und qualifikatorischer Konturlosigkeit.

Die Unternehmen wären dann bei der Einstellung von Akademikern in der Beurteilung der Vielzahl an Qualifikationsprofilen überfordert.

Forciert werden diese Vorschläge von den Ländern. Vorreiter ist dabei Nordrhein-Westfalen. Die Länderargumente: Der Bund habe in der Vergangenheit von seinem Rahmengesetzgebungsrecht zu exzessiv Gebrauch gemacht.

Unerwähnt bleibt allerdings, daß die Länder via Bundesrat den Gesetzen ihre Zustimmung erteilt haben.

Der Bund habe in den Bereichen wie Personal- und Haushaltswirtschaft, Beschäftigung von Professoren auf Zeit und Bauangelegenheiten überreguliert. Hieraus resultiert das Motiv der Länder mehr Autonomie zu fordern.

Kurios: Genau in diesen Bereichen enthält sich das Hochschulrahmengesetz jeder Regelung. Allein die Ländergesetzgebung führt hier zu der gerügten Regelungsdichte.

Darüber, daß die Hochschulgesetzgebung geändert werden muß, besteht über allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen hinweg Einigkeit: Bund und Länder wollen unter anderem eine Steigerung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen erreichen. Dies ist mit einer schlichten Gesetzesänderung möglich. Dafür bedarf es lediglich der einfachen Mehrheit im Bundestag. Bei einer Verfassungsänderung wäre dagegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich.

Im Gegensatz zur einfachen Gesetzesänderung gibt die Verfassungsänderung den Ländnern jedoch auf Dauer stärkere Rechte.

Mit den Plänen der Gemeinsamen Verfassungskommission zur Reform der Hochschulgesetzgebung steht auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen zur Disposition. Die Entscheidungen werden auf den Standort Deutschland direkt einwirken. Darin sind sich Spitzenverbände, Gewerkschaften und Hochschulen einig: Bei 16 verschiedenen Länder-Reglements werden sich wünschenswerte Mobilität der Studenden und Akademiker und europaweite Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen nur noch schwerlich unter einen Hut bringen lassen. □

Schweden und die EG

Dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Opposition in Schweden, Ingvar Carlsson, zufolge sei es »keine Wirtschaftskatastrophe«, wenn sein Land nicht zur Europäischen Gemeinschaft (EG) gehörte; er gab aber zu, es würde politischen Einfluß in Europa verlieren. □

Michael Gorbatschow beim Grünen Kreuz

Michael Gorbatschow hat in Den Haag das Büro des Internationalen Grünen Kreuz eröffnet, dessen Vorsitzender er ist. Er sagte bei dieser Gelegenheit, er glaube, in naher Zukunft kein neues politisches Amt zu übernehmen. Darüber hinaus war er der Auffassung, die ehemalige

Sowjetunion hätte eine Einheit bleiben sollen, und er bedauerte, daß zum Beispiel heute Russen einen Paß benötigen, wenn sie Familienangehörige in anderen Republiken der früheren Sowjetunion besuchen möchten. □

Rußland entwirft neue Militär-Doktrin

Eine neue russische Militär-Doktrin ist fertiggestellt worden, und es wird im russischen Sicherheitsrat bald darüber abgestimmt, gab der Verteidungsminister Pawel Gratschew in Moskau bekannt. Er verkündete, daß die Doktrin bei der im Gange befindlichen Umorganisation der bewaffneten Streitkräfte, die planmäßig spätestens 1995 beendet sein soll, »neue strategische Technologien« und »neue Militärverbände« vorsieht. Gratschew sagte, die neue Doktrin habe »einen rein defensiven Charakter«, da Rußland keine Feinde habe, und niemals einen Erstschlag ausüben werde. Atomwaffen werden nur als allerletzte Zuflucht eingesetzt. Es wird damit gerechnet daß die neue Doktrin in den nächsten Wochen veröffentlicht wird.

Gratschew gab auch bekannt, daß die Verteidigungsminister der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sich in Eriwan, Armenien, getroffen haben. Auf der Tagesordnung stand der russische Plan, eine gemeinsame GUS-Streitmacht zu schaffen, um in der ehemaligen UdSSR Konfliktlösungen durchsetzen. Diese wird zuerst aus Soldaten aus Rußland und den fünf Republiken bestehen, die 1992 den kollektiven Sicherheitsvertrag von Taschkent unterzeichnet haben. □

Die Mobilität der Studenten

Bayerische Abiturienten des Jahrgangs 1992 erweisen sich als sehr heimatverbunden: Neun von zehn Studenten in spe wollen im weißblauen Freistaat ein Studium aufnehmen. Hohe Attraktivität bescheinigen auch die jungen Berliner den heimischen Hochschulen: Nur einer von sieben kehrt den Hochschulen der Bundeshauptstadt den Rücken, um in der Ferne mit einer wissenschaftlichen Ausbildung zu beginnen.

Umgekehrt verhält es sich bei den benachbarten Brandenburgern: Fast drei Viertel beabsichtigen, eine Hochschule außerhalb des Landes zu besuchen. Bundesweit wollen drei von vier studienwilligen Abiturienten in dieser Region studieren, wo sie zur Schule gegangen sind.

Im Westen planen nach wie vor über zwei Drittel der Abiturienten, sich an einer Universität oder Fachhochschule einzuschreiben. In Mitteldeutschland sind es gut 60 Prozent – mit steigender Tendenz (1991: 50 Prozent). Ein weiteres Fünftel ist sich darüber noch nicht im klaren. □

Ungarischer Minister lehnt Schocktherapie ab

Die Auferlegung einer radikalen »Schocktherapie« in Ungarn würde eine dramatische Verschlechterung der dortigen Wirtschaftslage herbeiführen, erklärte Bela Kadar, der ungarische Minister für internationale und wirtschaftliche Beziehungen in einem Interview mit ausländischen Pressekorrespondenten in Budapest.

Kadar wies nicht die Politik der »Privatisierung« ehemaliger staatlicher Unternehmen, die gewöhnlich zur Schließung der Produktionskapazität führt, zurück, wies aber nachdrücklich darauf hin, daß die Politik vorsichtig sein sollte. Er sagte, das Gesamtvolumen der Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe werde in diesem Jahr auf das Äquivalent von sechs Milliarden DM (3,75 Milliarden Dollar) begrenzt.

Er sagte, obwohl Ungarn immer noch unter den Folgen eines abrupten Absackens der Industrieproduktion um 30 Prozent und einer Verschlechterung des Gesamtlebensstandards um 20 Prozent im Jahre 1991 leide, was zu einer offiziellen Arbeitslosenquote von 15 Prozent im Jahre 1992 geführt habe, sei eine langsame Umstellung der Wirtschaft die einzige passende Lösung für die Situation des Landes. □

Ein neuer Rekord: Weniger Lehrlinge, mehr Studenten

Mit 1,83 Millionen Studenten in Ost und West hat die Nachfrage junger Menschen nach einem akademischen Abschluß im Wintersemester 1992/93 einen neuen Höhepunkt erreicht. Allein in Westdeutschland führte der Run auf die Hochschulen seit 1980 zu einem Zuwachs von über 700 000 Studenten. Das entspricht vier kompletten Abiturientenjahrgängen. Insgesamt verfügen bereits 34 Prozent der jungen Leute zwischen 18 und 21 Jahren über die Hochschulreife – 1980 waren es gerade 22 Prozent.

Die Kehrseite der Medaille: Seit Mitte der achtziger Jahre hat sich die Zahl der Lehrlinge in Westdeutschland um gut 430 000 auf 1,4 Millionen verringert. Es gibt jetzt in ganz Deutschland 150 000 Studenten mehr als Azubis. Damit steht dem zunehmenden Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern ein schrumpfendes Fachkräfte-Angebot gegenüber – sofern sich die Akademiker nicht unter dem Druck des Arbeitsmarktes beruflich umorientieren. □

Italien gegen Einwanderer

In Italien sind Einwanderer ungern gesehen: Trotz einer leichten Verbesserung im Vergleich zum Vorjahresbericht vertreten 64 Prozent der Italiener (1992: 65 Prozent) die Ansicht, daß es zu viele Einwanderer aus Drittländern in ihrem Land gibt. Damit rangieren sie klar vor den Deutschen, die sich mit 60 Prozent noch kritischer als schon im vergangenen Jahr zeigten (1992: 55 Prozent), vor den Griechen mit 57 Przent (1992: nur 45 Prozent), den Franzosen 56 Prozent (1992: 52 Prozent) und den Belgiern mit 54 Prozent (1992: 53 Prozent). Am tolerantesten sind die Iren, von denen nur acht Prozent (1992: 11 Prozent) meinen, daß zu viele Ausländer in ihrem Land leben. Danach folgen die Luxemburger mit 21 Prozent (1992: 32 Prozent), Portugiesen mit 25 Prozent (1992: 28 Prozent) und Spanier mit 25 Prozent (1992: 23 Prozent).

Diese Reaktionen stehen in keinem Verhältnis zum Bevölkerungsanteil der Einwanderer, denn in Italien stammen nur 0,4 Prozent der Bürger aus Drittländern, in Deutschland 5,7 Prozent, in Frankreich 3,8 Prozent, in Belgien 3,3 Prozent und in den Niederlanden drei Prozent.

Dabei wehren sich die Befragten gegen den Vorwurf des Rassismus: Italiener haben zwar etwas gegen die Anwesenheit von Menschen aus Drittländern, doch nichts gegen ihre Rasse (nur 13 Prozent), Nationalität (11 Prozent) oder Religion (11 Prozent). Diese Probleme sieht man vor allem in Griecheland: 28 Prozent der Griechen stoßen sich an einer fremden Religion, 28 Prozent an der Nationalität und 25 Prozent an der Rasse. Die Deutschen liegen annähernd im Gemeinschaftsdurchschnitt: An der Nationalität der Einwanderer stoßen sich 13 Prozent (EG: 13 Prozent), an der Rasse 15 Prozent (EG: 16 Prozent) und an der Religion 12 Prozent (EG: 12 Prozent).

Trotz alledem befürwortet eine große Mehrheit der Europäer die Beschränkung der Zuwanderung aus den Mittelmeeranrainern (56 Prozent) und von Asylbewerbern (51 Prozent). □



Neue Weltordnung

Die Folgen tragen alle, von dem, was in Europa passiert

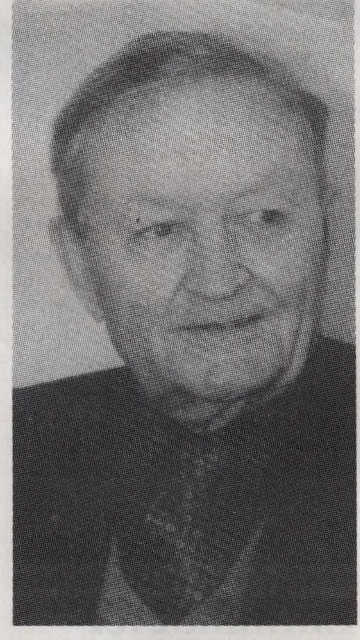
Ivor Benson

Unser inzwischen verstorbener politischer Mitarbeiter Ivor Benson bereitete einen abschließenden Blick auf die Neue Weltordnung vor, wie sie nach dem Niedergang des europäischen Kommunismus zustandegekommen ist. Obwohl Benson starb, bevor er seine Arbeit abschließen konnte, beendete seine Frau Joan diese Studie auf Grund seiner Aufzeichnungen.

Es besteht eine enge historische Bindung zwischen dem, was sich in Europa ereignet – politische Kriegsführung, um die separaten Länder in einem einzigen zentral regierten Staat zu unterdrücken – und dem, was sich in Südafrika ereignet – politische Kriegsführung, die darauf abzielt, die lokale Regierung der Weißen zu beenden –. Beide Vorgänge können als Stufen bezeichnet werden, die in dem Prozeß einer Neuen Weltordnung (NWO) erklommen worden sind, die beharrlich und unter strenger Geheimhaltung schon vor der Jahrhundertwende angestrebt wurde.

Der internationale Finanzkapitalismus

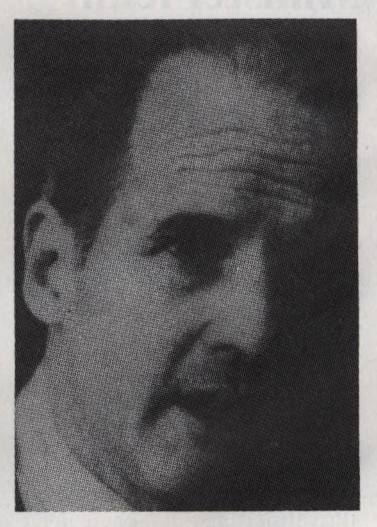
Was die Menschen Europas daher heute wissen müssen, wenn sie in ihren Köpfen ausreichend bewaffnet sein wollen, um die Eigenstaatlichkeit ihrer separaten Nationen zu verteidigen, ist, daß diese weltrevolutionäre Bewegung, die NWO-Ambitionen, alles, was damit zusammenhängt, ihr erstes klar und deutliches Debut in Südafrika unter britischen Auspizien hatte.
Man kann das noch anders sagen: Der englisch-burische Krieg markierte den Anfang vom Ende eines britischen Finanz- und politischen Imperiums, und die Einweihung eines neuen Imperialismus, eines solchen ohne Präzedenzfall in der Geschichte: des internationalen Finanzkapitalismus.



Ivor Benson, unser verstorbener Mitarbeiter, hinterließ eine eindrucksvolle Darstellung der Hintergründe der »Neuen-Weltordnung.«

Die Tatsache, daß viele scheinbar separate Konfliktsituationen eigentlich alle zusammengehören, das Produkt der gleichen Kräfte und langfristiger Motive, wird heute sogar in akademischen Kreisen offen zugegeben. Drei amerikanische Historiker, F. P. Chambers, C. P. Harris und C. G. Bayley, sagen folgendes:

»Zwei Weltkriege und die dazwischen liegenden Kriege, Revolutionen und Krisen werden jetzt allgemein als Episoden in einem einzigen Zeitalter des Konflikts anerkannt, das 1914 begann und noch nicht abgelaufen ist. Es ist ein Zeitalter, das der Welt mehr Veränderung und Tragödie gebracht hat, als jede andere gleiche Zeitspanne in der Geschichtsschreibung. Und dennoch, was auch immer seine letztendliche Bedeutung und Konsequenz sein wird, wir können schon darüber denken – und darüber schreiben – als ein historisches Ganzes.«
Die »letztendliche Bedeutung« unseres Zeitalters des Konflikts, die diese Berufshistoriker vergeblich suchten, ergibt sich leichter aus dem, was seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Südafrika geschehen ist als irgendwo anders – bis Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts, als die Bolschewisten in Rußland ein noch lebhafteres Beispiel dessen abgaben, was über das ganze 20. Jahrhundert hinweg zu erwarten war.



Dr. Carroll Quigley beschrieb in seinem Buch »Tragedy and Hope« die Geschichte der Welt in unserer Zeit.

Obwohl es stimmt, daß die NWO-Ambition im Kopf des Bergbau-Millionärs Cecil John Rhodes erstmals Gestalt annahm, und es Rhodes und seine Geschäftspartner waren, die ein Netzwerk von Organisationen zur Befriedigung dieses Ehrgeizes schufen, können vielleicht einige Mißverständnisse von vornherein ausgeschaltet werden, wenn Leser rechtzeitig gewarnt werden, daß die NWO-Operation in ihrer derzeitigen Form sich radikal von der unterscheidet, die vor der Jahrhundertwende vom Stapel gelassen wurde.

Das Ideal von Cecil Rhodes

Ein Netzwerk, das zu dem Zweck gebildet wurde, eine NWO auf den Fundamenten des britischen Weltreichs zu bauen, war nämlich nach Ende des letzten Krieges die Hauptursache für die Auflösung dieses Imperiums, wobei jener kleine, von den Briten regierte afrikanische Staat, der ein immerwährendes Denkmal zu Ehren des Gründers dieses Netzwerkes sein sollte – Rhodesien –, zerschlagen wurde. Und in Zimbabwe ist der Name Rhodes überall ausgelöscht worden und sogar Statuen des Landesgründers wurden zerstört.
Die Geschichte wird erzählt werden müssen, wie das ursprüngliche Rhodes-»Ideal«, komplett mit all seinen Finanzen, Besitztümern und gutem Willen, entführt und in völlig andere langfristige Absichten eingespannt wurde – wobei es jedoch in jeder anderen Hinsicht genau so blieb, wie es von Anfang an war.

Ein Netzwerk von Organisationen, die ihr Hauptziel in der Förderung einer völlig anderen Art von globalem Imperialismus sehen, ist niemals vollständiger der Inspektion durch die Öffentlichkeit ausgesetzt gewesen als durch einen seiner treuesten und redegewandtesten Fürsprecher, Dr. Carroll Quigley, Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der angesehenen Foreign Service School an der Georgetown University in Washington, Quigley schrieb in dem 1300seitigen Buch »Tragedy and Hope« die Geschichte der Welt in unserer Zeit:
»Ich kenne die Machenschaften dieses Netzwerks, weil ich es 20

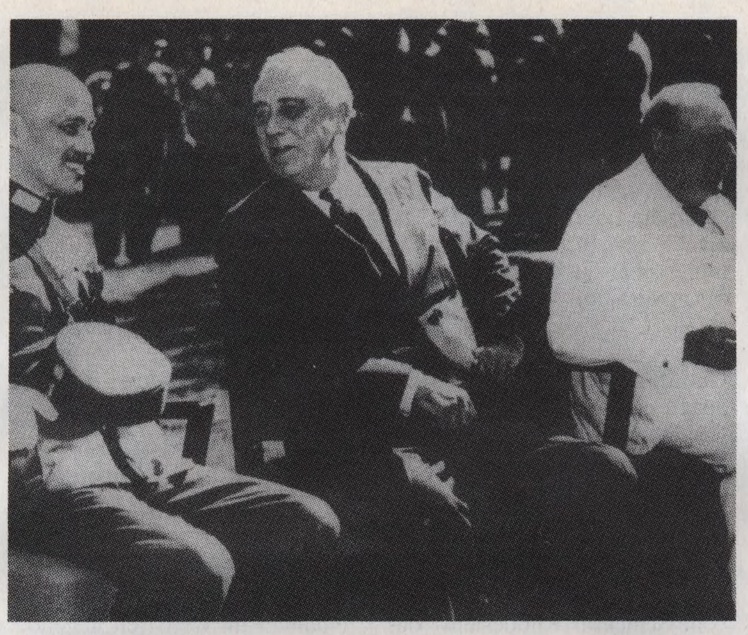
Jahre lang studiert habe und Anfang der sechziger Jahre zwei Jahre lang seine Papiere und geheimen Aufzeichnungen untersuchen durfte. Ich habe keine Abneigung dagegen oder gegen die meisten seiner Ziele, und ich stand ihm und vielen seiner Instrumente einen Großteil meines Lebens lang sehr nahe. Ich habe mich sowohl in der Vergangenheit als auch in jüngster Zeit einigen seiner Richtlinien widersetzt ... aber im allgemeinen besteht meine Hauptmeinungsverschiedenheit darin, daß es unbekannt bleiben möchte, und ich glaube, seine Rolle in der Geschichte ist bedeutsam genug um bekannt zu werden.«

Die Geheimhaltung durchbrochen

Die wesentlichen Fakten über das Netzwerk waren schon lange bekannt, bevor Quigley sein Buch schrieb; sie wurden wie Spuren bei einer Fahndung der Kriminalpolizei von sogenannten Amateur-Historikern zusammengefügt, die schon immer die Existenz einer Art Netzwerk oder Verschwörung als einzig mögliche Erklärung für das Muster der Gleichförmigkeit und Konsequenz in der globalen Machtpolitik argwöhnten.

Das Quigley-Buch machte es zum ersten Mal möglich, von innen heraus zu sehen, was bislang nur von außen sichtbar war, wobei viele Indizien in handfeste tatsächliche Geschichte umgewandelt wurden. Wir wissen, daß das Netzwerk, als Organisation, erstmals im Kopf von Cecil Rhodes Gestalt annahm, und daß es nach Ende des Ersten Weltkriegs einer Art Jekyll-und-Hyde-Umwandlung unterzogen wurde. Nichtsdestoweniger ist es notwendig, die Entwicklung des Netzwerks, seitdem Rhodes es vom Stapel ließ, zu verfolgen, wenn wir uns ein klares Bild von der revolutionären Bewegung, mit der wir es heute zu tun haben und die enorme Geldmengen und geistige Energie in ihren Umkreis hineingezogen hat, machen wollen.

Geld und Verstand kamen zu einem bemerkenswerten Ausmaß in der Persönlichkeit von Cecil Rhodes zusammen und brachten ihm einen gewaltigen Wohlstand, den er fast zur Gänze wieder dafür ausgab, seinen idealistischen Plan zu verwirklichen.



Tschiang Kai-schek (links) traf sich mit US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill, britischer Premierminister, in Kairo am 22. November 1943.

Rhodes wurde zur lebendigen Verkörperung einer Zielsetzung, die ihn bereits stark zu motivieren begann, als er im Alter von 24 Jahren, bereits wohlhabend, sein zweites Testament aufsetzte. Darin ernannte er Testamentsvollstrecker, denen er seinen gesamten Wohlstand überließ: »... an und für die Etablierung, Förderung und Entwicklung einer geheimen Gesellschaft, deren wahrer Zweck und Ziel die Ausdehnung der britischen Herrschaft in der ganzen Welt sein wird, ... und schließlich die Begründung einer so großen Macht, die von nun an Kriege unmöglich macht und die besten Interessen der Menschheit vertritt.«

Weltweite Rhodes-Stipendien

Zu dem Zeitpunkt, als er sein siebtes und letztes Testament schrieb, war Rhodes zu dem Schluß gekommen, daß die beste Methode der Ausdehnung des britischen Empire zu einer weltweiten Föderation zivilisierter Länder die Förderung eines Systems von Stipendien an der Oxford University sei, wo junge Männer, sorgfältig aus Universitäten in allen Englisch sprechenden Ländern, einschließlich Amerika, zusammengebracht und in die vorhandenen Geheimnisse seiner großen Vision eingeführt werden konnten.

Nachdem er, nach einem Interview mit Kaiser Wilhelm, noch einmal darüber nachgedacht hatte, wurden Stipendien auch für eine Anzahl deutscher Studenten verfügbar gemacht, um einem möglichen Widerstand oder Antagonismus von dieser Seite aus dem Wege zu gehen. Eine geheime Gesellschaft wurde in diesem letzten Testament nicht ausdrücklich erwähnt, weil es zu diesem Zeitpunkt bereits eine gab. Quigley schreibt:

»In dieser geheimen Gesellschaft war Rhodes der Führer; Stead, Brett (Lord Esher) und Milner sollten einen Exekutiv-Ausschuß bilden; Arthur (Lord) Balfour, (Sir) Harry Johnston, Lord Rothschild, Albert (Lord) Grey und andere waren als potentielle Mitglieder eines ›Kreises von Eingeweihten‹ aufgeführt, während andere einen als ›Gesellschaft von Helfern‹ bezeichneten äußeren Kreis bilden sollten; (später von Milner als Round Table Organization organisiert) ... So wurde spätestens 1891 der zentrale Teil der geheimen Gesellschaft etabliert.«

Möglicherweise waren die brennenden persönlichen Ambitionen begabter einflußreicher Männer niemals zuvor auf so erregende Weise mit der Begeisterung eines Idealismus kombiniert worden. Darüber hinaus wurde ein Geist des expansionistischen Nationalismus, der einige intellektuelle Bedenken und Zweifel in sich geborgen haben mag, in eine Art weltliche Religion umgesetzt, die die brennendsten Wünsche an einen gemeinsam empfundenen Altruismus kettete.

Ruskins geistiges Kind

Rhodes war jedoch der Urheber eines Traumes, in dem ein Appetit auf Macht, sowohl persönlich als auch staatlich, mit einem internationalistischen Idealismus verbunden wird.

Quigley schreibt: »Bis 1870 gab es keine Professur für feine Künste in Oxford, aber in dem Jahr wurde John Ruskin dank des Slade-Vermächtnisses auf einen solchen Posten berufen. Er schlug in Oxford wie ein Erdbeben ein, nicht so sehr weil er über die feinen Künste sprach, sondern weil er auch über das Empire und Englands niedergetrampelte Massen sprach.«

Ruskin führte in seiner Antrittsrede aus:

»Es gibt nun für uns ein mögliches Schicksal, das höchste, vor das ein Land gestellt wird, um entweder akzeptiert oder abgelehnt zu werden. Wir sind immer noch rassenmäßig undegeneriert; eine aus dem besten nordischen Blut gemischte Rasse. Wir sind in unserem Naturell noch nicht ausschweifend, haben aber immer noch die Festigkeit, zu regieren und die Demut, zu dienen.

... Wird die Jugend von England Ihr Land wieder zu einem Thron von Königen machen, eine Insel mit einem Szepter, für die ganze Welt eine Quelle des Lichts, ein Szepter des Friedens, eine Herrin des Lernens und der Künste, treue Wächter der altehrwürdigen Grundsätze unter Verlokkung liebenswürdiger Erfahrungen und zügellosen Wünschen und lautstarken Eifersüchteleien der Länder, verehrt in ihrer seltsamen Tapferkeit, von gutem Willen gegenüber den Menschen beseelt?

... Dies ist es was England entweder tun muß, oder untergehen; es muß Kolonien suchen, so weit

Neue Weltordnung

Die Folgen tragen alle, von dem, was in Europa passiert

her und so schnell es dazu in der Lage ist, gebildet aus seinen energischsten und ehrenwertesten Männern, jedes Stück fruchtbaren Brachlands, auf das es seinen Fuß setzen kann, an sich reißen ...«

Es wäre schwierig, den Eifer der Missionare der »Englisch sprechenden Idee«, wie sie nach allen Seiten quer über den Globus ausschwärmten, zu übertreiben.

Wie Lionel Curtis, der über Lord Lothian nach dessen Tod im Jahre 1940 schrieb: »Er vertrat die Auffassung, daß die Menschen danach streben sollten, das Königreich des Himmels auf Erden aufzubauen, und daß die Führung bei dieser Aufgabe zu allererst den Englisch sprechenden Völkern zukommt.«
Bei anderen Gelegenheiten rief er aus: »Die Welt ist in den Klauen, die der Schöpfung oder dem Tod vorausgehen. Unsere ganze Rasse ist aus dem lediglich nationalen Staaten herausgewachsen, und wird so sicher, wie die Nacht dem Tage folgt, entweder zu einem Gemeinwohl der Nationen oder anderenfalls zu einem Reich von Sklaven übergehen.«

Wie das Ideal verfälscht wurde

Das NWO-»Ideal«, dem Rhodes und seine Geschäftsfreunde Geld und organisatorische Substanz gaben, lief jedoch völlig in die verkehrte Richtung. Aber es war von leidenschaftlich guter Absicht beseelt, wie Rhodes' aufeinanderfolgende Testamente bezeugen. Aber der heute geförderte NWO-Plan ist etwas viel Schlimmeres, birgt geheime Absichten in sich, die sich völlig von dem unterscheiden, was Rhodes und sein Kreis sowie viele seiner Nachfolger wollten.

Deswegen wurde Professor Caroll Quigleys Geschichte der Welt in unserer Zeit »Tragedy and Hope« von ihrem ursprünglichen Herausgeber, die McMillan Co., schleunigst wieder aus dem Verkehr gezogen, und Quigleys akademische Laufbahn zunichte gemacht: Er gab zu viele Informationen über die Veränderung der Machtverhältnisse an der Spitze preis.

Und deswegen bestand eine der ersten Aufgaben des »Netzwerks« nach Ende des Zweiten Weltkriegs darin, das britische Weltreich zu demontieren, das, wie von Rhodes und seinem Kreis ins Auge gefaßt, das Fundament einer Neuen Weltordnung sein sollte – ganz zu schweigen vom Schicksal Rhodesiens, das ein bleibendes Denkmal zu Ehren des Erbauers des Empires sein sollte.

Daraus ergibt sich, daß Amerikaner, die versuchen wollen, die Art der Einflüsse zu verstehen, die auf ihren ersten Rhodes-Schüler-Präsidenten ausgeübt werden, sich mehr damit befassen müssen, was mit dem »Netzwerk« geschah, lange nachdem diejenigen, die es gründeten, von der Bildfläche verschwunden waren – genauer gesagt in den dreißiger Jahren.

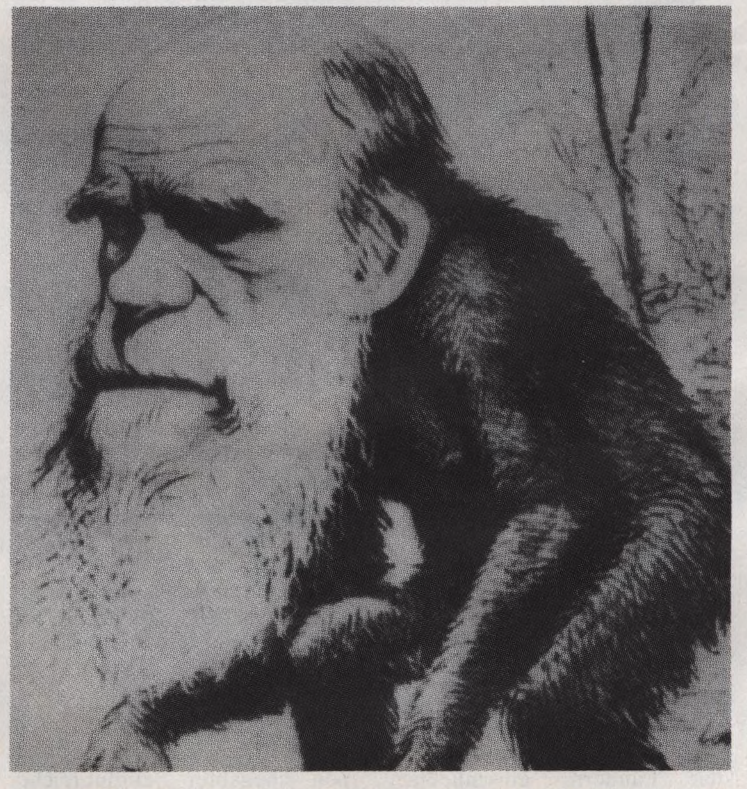
Nichtsdestoweniger muß die Geschichte von Anfang an erzählt werden, wenn wir verstehen wollen, was später geschah.

Heute können viele sich kaum noch die Auswirkung des wunderbaren Neue-Welt-Evangeliums, das Cecil Rhodes an der Oxford University dermaßen inspirierte und das die ideologische Blaupause für die NWO-Organisation abgeben sollte, die Rhodes und seine Kollegen dann auf die Beine stellten, vorzustellen.

Das Suchen nach einem neuen Glauben

Zunächst einmal sanktionierte es das vorherrschende Klima miteinander im Wettstreit liegender Imperialismen, das eines seiner Hauptventile in dem, was als »Gerangel in Afrika« bekannt wurde, fand; und das »Ergreifen jedes Stücks fruchtbaren Brachlands« war umso aufregender und befriedigender, nachdem es die Eigenschaft einer edlen Pflicht für die Menschheit angenommen hatte.

Am wichtigsten von allem ist die Tatsache, daß Ruskins weltliches Evangelium, mit dem versprochenen »Königtum des Himmels auf Erden«, zu einer Zeit in Erscheinung trat, als die Lehren von Charles Darwin und anderer die Fundamente des orthodoxen Christentums zerschmettert hatten und sehr viele Menschen, besonders die gebildeten Schichten, verzweifelt nach einem neuen Glauben oder Glaubenssystem umhertappen ließen.



Charles Darwin, Begründer der Lehrer über die Entstehung der Arten, in einer Karikatur der Zeitschrift »Hornet«.

Und wir können jetzt klarer, als es seinerzeit möglich gewesen sein mag, erkennen, daß die Religion oder der Religionsersatz, der den Geist Cecil Rhodes und einer ganzen Generation von Politikern des britischen Establishments anfeuerte, etwas mit dem marxistisch-leninistischen Evangelium gemeinsam hat, das gleichermaßen rationalistisch und materialistisch und ebenso von dem Traum eines »Königreichs des Himmels auf Erden« inspiriert wurde. Und in beiden Fällen waren die Ziele, von denen man träumte, von einer derartigen Bedeutung für Leben und Tod, daß alle Mittel, um sie zu erreichen, gerechtfertigt zu sein schienen.
Die meisten der großen Religionen – und die Natur selbst – haben stets die Aufhebung moralischer Grundsätze in jedem Konflikt, in dem die lebenswichtigen Interessen der Gesellschaft auf dem Spiel standen, sanktioniert, aber dies war eine »Religion« einer ganz anderen Art, die nach Aufhebung moralischer Grundsätze innerhalb einer Gesellschaft, unter Leuten verlangte, die von der Natur her zusammengehörten und langfristige Interessen gemeinsam hatten.

»Und warum nicht?«, könnten die Anhänger von Rhodes gefragt haben. »Warum nicht, wenn das angestrebte Ziel nichts Geringeres – als die Rettung der gesamten Welt und ihrer Bevölkerung ist?«

Wie die Briten hintergangen wurden

Nicht sehr viel veröffentlicht bis zum heutigen Tage ist die Tatsache, daß Rhodes und seine Anhänger, von denen der bedeutendste Alfred (später Lord) Milner, der Hochkommissar, keine Skrupel hatten, die faulsten Tricks anzuwenden, um Britannien in einen Krieg gegen die burischen Republiken hineinzuziehen.
Generalleutnant Sir William Butler schrieb vor seinem Rücktritt

als Oberkommandierender der britischen Streitkräfte in Südafrika in einer Depesche an den Kolonialminister: »Alle politischen Fragen in Südafrika und beinahe alle Informationen, die aus Kapstadt kommen, werden von dem bearbeitet, was ich bereits als kolossales Syndikat zur Verbreitung von Falschmeldungen bezeichnet habe.«

Sicherlich war niemals in der Geschichte eine so ausgedehnte Kampagne der Lügenpropaganda erforderlich, um ein Volk in einen Krieg hineinzuziehen, wie diejenige, die von Rhodes und seinen Günstlingen benutzt wurde, um den öffentlichen Widerstand in Britannien zu überwinden.

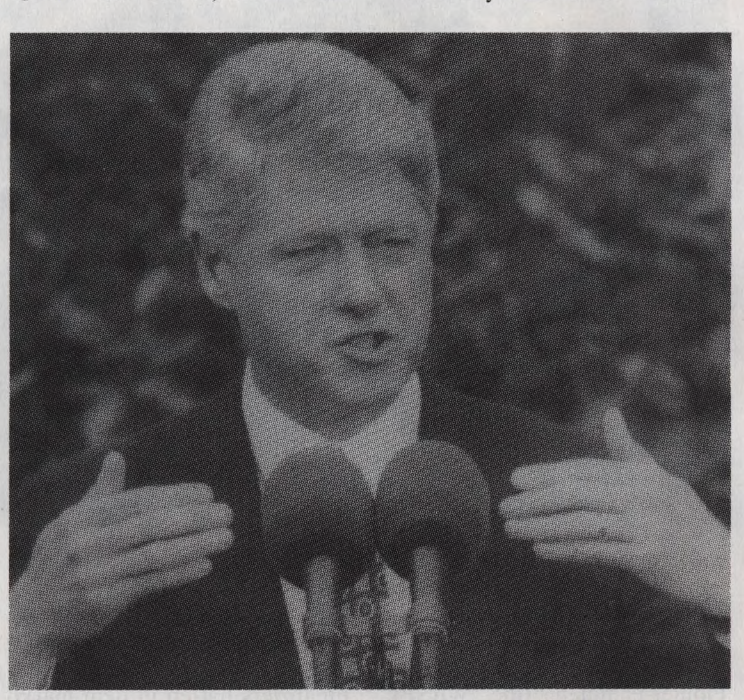
J. A. Hobson, ein führender britischer Schriftsteller, faßte die Dinge in seinem Buch über den Krieg wie folgt zusammen: »Wir kämpfen, um eine kleine internationale Oligarchie von Bergwerksbesitzern und Spekulanten in Prätoria an die Macht zu bringen. Engländer werden gut daran tun, zu erkennen, daß das wirtschaftliche und politische Schicksal Südafrikas in Händen von Männern liegt und dort zu bleiben scheint, deren Beruf die Finanz ist und deren Interessen keine britischen Interessen sind.«

Diese »ausländischen« Finanziers, die fast alle einen britischen Paß in der Tasche hatten, betrachtete Rhodes in seiner unmäßigen Eitelkeit als bloße Instrumente, die er zur Förderung seines großen Planes für eine Neue Weltordnung benutzen konnte.

Die ersten Konzentrationslager

Für das britische Volk war der Buren-Krieg eine traumatische Erfahrung. Ein Krieg, der nur ein paar Wochen dauern sollte, zog sich nahezu drei Jahre lang auf Kosten von mehr als 20000 britische Menschen hin und konnte nur durch Anwendung drakonischer Maßnahmen beendet werden, die überall Reaktionen der Abscheu hervorriefen. Horatio Kitcheners Politik der verbrannten Erde verwandelte ganz Transvaal und den Freistaat Orange in eine Wildnis verwüsteter Farmen und unbestellter Felder, und führte zum Tod von mehr Frauen und Kindern in seinen Konzentrationslagern als Männer auf beiden Seiten der Kämpfe getötet wurden.

Durch seine moralisch blinde Auswahl der Mittel, mit denen er versuchte, seine »idealistischen« politischen Ziele zu erreichen, konnte Rhodes kaum mehr getan haben, um den Traum Ruskins von einem England als »eine Quelle des Lichts, eines Zentrums des Friedens ... Wächter der altehrwürdigen Prinzipien unter Verlockung liebenswerter Erfahrungen und zügelloser Wünsche« zunichte zu machen.



Bill Clinton ist der erste Rhodes-Schüler, der amerikanischer Präsident wurde.

Es war daher kaum überraschend, daß sich der Burenkrieg als Anfang vom Ende des britischen Empires herausstellte und somit die Vorhersage des britischen Historikers J. A. Froude erfüllte, daß Transaktionen von der Art, wie sie zum Burenkrieg führten, »auf die moralische Regierung der Welt ausgestellte Kreditbriefe« sind, die zwar ihr unmittelbares Ziel erreichen, »die aber nach und nach zur Zahlung vorgelegt werden, mit Zins und Zinseszinsen, bis auf den letzten Cent«.

Der englisch-burische Krieg signalisierte nicht nur den Anfang vom Ende des britischen Weltreiches, sondern auch den Anfang vom Ende nationaler Finanzsouveränitäten in der ganzen westlichen Welt, ein Prozeß, der erst seinen Höhepunkt erreichte, als die großen Pionier-Familien, die die Vereinigten Staaten von Amerika geschaffen hatten, schließlich aus ihrer dominierenden Position an der Wall Street hinausgedrängt wurden.

Mit dem Eintreffen amerikanischer Stipendiaten an der Oxford University wurden die von Rhodes und seinem Kreis aufgestellten Gruppen des Round-Table auf die Vereinigten Staaten ausgedehnt.

Der Anfang vom Ende

Eine Bewegung für die Wiedervereinigung Britanniens und Amerikas, »Union Now« genannt, weckte die Begeisterung vieler wohlhabender Amerikaner – einschließlich Andrew Carnegie –, und auch für diese Männer schien die Idee »eines Königreichs des Himmels auf Erden« eine neue Art des politischen Patriotismus zu sein, eines Patriotismus, der alle Völker »angelsächsischer Herkunft« umfaßt, ein nordwesteuropäischer Patriotismus der stark genug ist, so nahm man an, um die ganze Zukunft der Welt zu gestalten.

Quigley schreibt dazu: »Am Ende des Krieges von 1914 wurde es klar, daß die Organisationen des Systems stark erweitert werden mußten«, und er schreibt, wie in England und in den Dominions eine Front-Organisation für die bstehenden Gruppen des Round-Table, das Royal Institute of International Affairs genannt, etabliert wurde.



Die Absprachegremien des Netzwerkes

In New York war dieses Institut als Council on Foreign Relations (CFR) bekannt. Die neuen Organisationen verfolgten einen doppelten Zweck: Sie dienten als »Brain Trusts«, die sich der Förderung des »Eine-Welt-Ideals« widmeten. Und da sie direkte Beziehungen zu den obersten Ebenen der Geschäftswelt, den Banken, Regierungen, politischen Parteien und den Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Beschäftigungs-Agenturen, deren Aufgabe darin bestand, geeignete Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo sie den größten Einfluß zur Förderung des NWO-Planes geltend machen konnten.

Auf diese Weise wählte eine Generation von Rhodes-Schülern die nächste aus, und erobert die empfindlichen Institutionen Washingtons – Schlüsselpositionen auf Capitol Hill, in Think Tanks, in meinungsmachenden Zeitschriften, im CIA, im Verteidigungsministerium und innerhalb des Weißen Hauses.

Der CFR hat seit den Tagen Franklin Delano Roosevelts fast jede Schlüsselposition in der amerikanischen Regierung besetzt. Mindestens 47 CFR-Mitglieder befanden sich unter der amerikanischen Delegation bei der Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco im Jahre 1945; und in den 38 Jahren vor 1972 waren alle Außenminister mit Ausnahme von dreien Mitglieder des CFR, darunter Henry Kissinger.

Der CFR brütete eine Reihe von Tochterorganisationen aus, von denen eine der wichtigsten das Institute of Pacific Relations ist, das, wie Quigley und andere im Einzelnen erklärt haben, hauptsächlich für den Sturz des nationalistischen Regimes von Tschiang Kai-schek in China und dessen Ablösung durch die Kom-

Die Folgen tragen alle, von dem, was in Europa passiert



munisten unter Mao Tse-tung verantwortlich war.

Ein Welt-System der Finanzkontrolle

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden eine Reihe von anderen geheimen und halbgeheimen Organisationen, nicht sichtbar mit dem Rhodes-»Netzwerk« verbunden, die aber alle die gleichen langfristigen, geopolitischen Ziele verfolgen. Dazu gehören die Bilderberger und die Trilaterale Kommission.

Der CFR hatte in der Gestaltung der amerikanischen Politik, sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik, eine so bedeutsame Rolle gespielt, daß er ohne Übertreibung als lebenswichtiger Teil der unsichtbaren Regierung Amerikas bezeichnet werden kann. Es ist viel über den CFR geschrieben worden, aber fast alles kann als »Untergrund-Literatur« bezeichnet werden, die in Zentren des Establishments nicht zu finden ist.

Wer verstehen will, was »Weltregierung« und die NWO wirklich bedeuten, braucht nur zu wissen, was mit den Vereinigten Staaten geschah – wer die Politik finanziert, wer die Massenmedien beherrscht, wer die Institutionen des höheren Bildungswesens, den Buchhandel usw. dominiert. Quigley läßt in seinem detaillierten Bericht über das Auswerfen des »Anglo-amerikanischen Netzwerks«, das einen so mächtigen Einfluß auf die Weltpolitik ausübte und das nun wild dazu entschlossen ist, alle bestehenden nationalen Regierungen in eine NWO einzutauchen, viele Dinge unerklärt; er könnte das absichtlich getan haben.

Quigleys große »Geschichte der Welt in unserer Zeit«, »Tragedy and Hope« beweist jedoch ohne auch nur den Schatten eines Zweifels das Vorhandensein einer finanz-kapitalistischen Macht-Elite in den Händen alter Pionier-Familien (die WASP), die sich darauf versteift hat, »ein Welt-System der Finanzkontrolle in privater Hand zu schaffen, um das politische System eines jeden Landes und die Weltwirtschaft als Ganzes zu dominieren«.

Die Übernahme des Netzwerkes

Quigley gibt viele Informationen über das amerikanische Ende des »anglo-amerikanischen Netzwerks«, das »von den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis zu den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts« völlig von J. P. Morgan beherrscht wurde, und diese Fakten versetzen uns in die Lage, die Spur von Veränderungen in einem Netzwerk zu verfolgen, das bereits mächtige Einzelpersonen enthielt, die eine Mischung von Motiven darstellten, die nicht immer miteinander übereinstimmten.

Erbarmungsloser Zynismus hinsichtlich der angewendeten Methoden war ebenso sehr ein Charakteristikum des Netzwerks vor dem Wechsel der Eigentümerschaft und Kontrolle in den dreißiger Jahren wie danach. Sowohl die nationalen Finanzkapitalisten als auch die internationalen Finanziers hatten in dem marxistischen Sozialismus/Kommunismus mit all seinen »nützlichen Idioten« schnell das Mittel erkannt, das sie für die Verwirklichung ihrer erträumten »NWO« benötigten.

Quigley fährt fort, den Untergang Morgans zu beschreiben, und wie mit dem Verlust der Spitzenposition an der Wall Street die elitären WASP-Familien ihre Macht über führende Institutionen des Bildungswesens wie zum Beispiel die Universitäten von Columbia, Harvard, Yale und Princeton verloren.
Nach J. P. Morgans Niederlage in Columbia fiel die Wall Street wie eine überreife Pflaume in die Hände der internationalen Finanziers. Es war eine Übernahme unter Anwendung von Methoden, die in der westlichen Welt immer noch übliche Praxis ist, darunter die Finanzierung der Parteipolitik, Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Massenmedien.

Das »Anglo-amerikanische Netzwerk« mit all seinen Trusts, Organisationen und so fort, wurde nicht liquidiert. Es wurde entführt; mit allem Drum und Dran übernommen, zusammen mit all dem gesammelten »guten Willen«, dem Image der Respektabilität des Establishments, dem »Idealismus« und der Mystik und natürlich der Gelder.

Henry Kissinger wurde als Mitglied des CFR amerikanischer Außenminister, was eigentlich die politische Regel ist.

Eine Allianz des Geldes und des Intellekts wurde auf subtile Weise durch eine andere abgelöst, und die Tatsache, daß eine solche Allianz des Geldes und des Intellekts sich fast auf die gleiche Weise verhält, ungeachtet dessen, wer sie an der Spitze beherrscht, machte es noch schwieriger, die Veränderung zu entdekken.

Es gibt kein Geheimnis um die Folgen, die sich aus diesen okkulten Ereignissen ergeben: Das wirtschaftliche und politische Schicksal der Vereinigten Staaten ging in die Hände von Fremden über, deren Geschäft das Geld ist und deren Interessen und Ambitionen keine amerikanischen sind.

Das »Ideal« der neuen Weltordnung (NWO) wird in den Vereinigten Staaten immer noch in seiner Originalverpackung gehandelt, und politische Führer des Westens wie der Rhodes-Schüler Bill Clinton spielen weiterhin gehorsam die ihnen zugeteilte Rolle.

Der zionistische Faktor

Als die alten angelsächsischen Eliten auf beiden Seiten des Atlantiks ihre Position an der Spitze des westlichen Finanzkapitalismus verloren, wurden sie nicht ausgelöscht. Sie wurden ganz einfach in die Umlaufbahn einer Konstellation der Finanzkraft hineingezogen, die sie nicht länger beherrschen konnten, und sie wurden danach durch starke Motive eines gemeinsamen Wirtschaftsinteresses auf Vordermann gehalten.

Die NWO-Verschwörung – denn es ist sicherlich eine Verschwörung – hat im Laufe der Jahre ständig Fortschritte gemacht.

Wir wissen, daß die Operationen des »Netzwerks« nach wie vor von einer Kontinuität der Absicht und einer inneren Disziplin gekennzeichnet werden, die nicht dem bloßen Zufall zugeschrieben werden können.

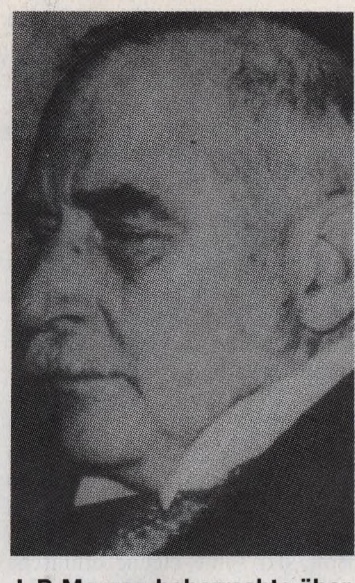
Westliche Geschichte/Geografie gibt keinen Sinn, wenn wir den zionistischen Faktor in der heutigen Machtpolitik nicht in Betracht ziehen.

Wir müssen erkennen, daß auf den höchsten Ebenen der Macht ein zionistischer Imperialismus an die Stelle des alten angelsächsischen Imperialismus getreten ist: Es ist ein zionistischer Imperialismus, der jetzt seine eigene nationale Erfüllung in der Auflösung aller anderen Nationalismen und der Aufstellung einer Weltregierung sieht, die völlig in seiner Gewalt ist.

Alle diese Entwicklungen sind mit dem weiteren Übel eines Systems der Geldschöpfung und Schulden verknüpft, in dem die Länder des Westens gleichzeitig sowohl Täter als auch Opfer sind.

Dies bedeutet, daß in den verschiedenen nationalen Machtstrukturen des Westens schon etwas schiefgelaufen war: Alle hatten sich in ein wucherndes Geldsystem eingegliedert; eine von stillschweigenden Auswirkungen unendlicher Komplexität beeinflußte Korruption.

Eine klare Trennungslinie muß gezogen werden zwischen dem Tempo und der Quantität der Veränderungen in der Welt bis 1939, als das neue zionistische Imperium immer noch im Entstehungsprozeß war, und dem Tempo und der Quantität der Veränderung und des Konflikts, nachdem das neue Imperium als einziger wirklicher Gewinner des Zweiten Weltkriegs in Erscheinung getreten war.



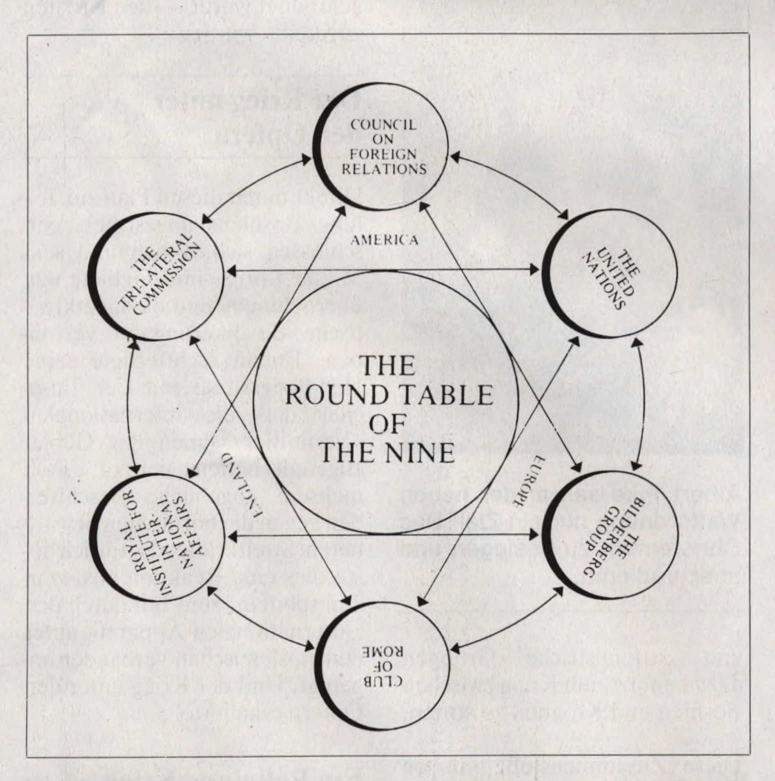
J. P. Morgan beherrschte über Jahrzehnte das anglo-amerikanische Netzwerk mit all seinen Trusts.

Widerstand gegen die Machtkonzentration

Die Hauptförderer und Diener der NWO wissen, daß sie, wenn sie ihre finsteren Ziele erreichen wollen, erst alle Länder Europas des Wenigen, was noch von ihrer nationalen Souveränität übriggeblieben ist, berauben müssen; sie müssen einer natürlichen echten »Europäischen Gemeinschaft« zuvorkommen und sie verhindern, indem sie die Menschen hinters Licht führen und unter Druck setzen, eine ganz andere Art »Neues Europa« gutzuheißen.

Was hat dies alles mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu tun?

Die Antwort lautet, daß das, was heute in Europa geschieht, eine genaue Parallele in den Meinungsverschiedenheiten hat, die jetzt die Führung in Amerika von dem Volk trennt, das sie zu repräsentieren behauptet.



Das Netzwerk der Internationalisten mit ihren internationalen Absprachegremien.

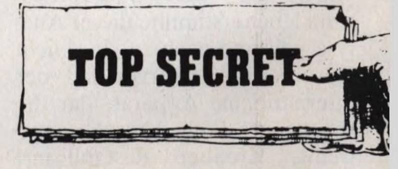
Die große und sich schnell ausweitende Kluft, die aufgetreten ist, ebensosehr in Amerika wie in Europa, klafft nun zwischen der gesamten herrschenden Schicht und dem Volk, dessen Führung sie zu sein für sich in Anspruch nimmt.

Da sich überall die Konflikte vermehren, sehen die Bürger die Gesetzmacher als die größten Gesetzbrecher an. Widerstand gegen den ganzen Prozeß der Machtkonzentrationen baut sich derzeit in einem Ausmaß aus, der ohne Präzedenzfall ist, seitdem der NWO-Moloch Anfang dieses Jahrhunderts erstmals in Bewegung gesetzt wurde. Vom Standpunkt der Moral aus gesehen, hat die Geschichte noch klarer eine Bedeutung, die sich völlig von den Fetzen der Desinformation und Lügenpropaganda, die uns ständig von den Massenmedien serviert werden, unterscheidet.

Und was bringt uns die Zukunft?

Wir meinen, daß die Zukunft für alle Völker des Westnes von dem bestimmt wird, was heute in Europa geschieht, wo zahllose Kräfte sich kontinuierlich verändern, einige durch menschliche Gewalt. Andere aber sind von einer zutiefst unberechenbaren Natur.

Die Gefechtslinien in dem großen Ringen sind gezogen worden, und es ist damit zu rechnen, daß wir in einem ständig wachsenden Ausmaß eine Konfrontation zwischen den beiden großen historischen Formen unseres geplagten Jahrhunderts erleben werden: Einerseits eine höchst konzentrierte und aggressive Macht, die ihre Quelle und Mittelpunkt im Geld hat, und andererseits eine empörte menschliche Natur, die endlich in allen Ländern des Westens ihre Präsenz spürbar macht. □



Serbien

Der Krieg der Marionetten-Meister

Peter Blackwood

»Wir können nicht einfach wie Marionetten weiterkämpfen, wir müssen an die Spitze gehen und uns mit Marionetten-Meistern, den Bossen des Versailler Systems, den Briten, dem internationalen Freimaurertum auseinandersetzen.« Diese Art von Aussage ist in kroatischen und bosnischen Kreisen um die ganze Welt herum immer häufiger zu hören.

Die »Marionetten« sind natürlich die von Slobodan Milosevic angeführten Verfechter eines Großserbiens. Die »Marionetten-Meister« sind jene internationalen kräfte, die über die Führung der Vereinten Nationen tätig werden, die die serbische Aggression angeheizt haben und jetzt versuchen, bei der Zerstörung zunächst der Unabhängigkeit Bosniens, dann kurz darauf der kroatischen, bis ans Ende zu gehen.

Die Pläne des internationalen Apparates

»Es herrscht kein Zweifel daran«, sagte ein führender strategischer Denker in Kroatien, Sreko Jurdana. »Was die Briten jetzt tun wollen ist, die Neuschöpfung einer anderen Form von Jugoslawien, um die geopolitische Ordnung von 1918 wiederherzustellen, als nach dem Ersten Weltkrieg die Sieger – Britannien, Frankreich und US-Präsident Woodrow Wilson – die Etablierung des ersten Jugoslawiens beschlossen.«

Ein anderer Gelehrter, ein Weltexperte für Geschichte, Politik und Religion auf dem Balkan – der anonym bleiben wollte, weil viele seiner Verwandten auf dem von Serben beherrschten Territorium leben – stimmte dieser Analyse voll und ganz zu. In einem Gespräch hob er hervor, daß »der internationale Apparat, der die sogenannte Weltordnung vorantreibt, Kroatien destabilisiert und extremistische Gruppen dazu benutzt, um Krieg zwischen Bosnien und Kroatien zu stiften.



Albert Pike sah in der neuen Weltordnung nur ein Ziel: Das Christentum zu besiegen und auszuradieren.

Diese Zusammenstöße müssen als Ausdruck eines Willens, der von außerhalb des Gebietes von jenen Mächten kommt, die eine neue Form von Jugoslawien wiederherstellen wollen – eines Jugoslawiens, das jenen Zentren zu Füßen liegt. Ich rede von den Mächten, die Jugoslawien schufen; ich rede von der internationalen Freimaurerei. Das ganze Projekt ist nachweisbar.«

Der Gelehrte erläuterte auch, daß die Aktivitäten sowohl des nominellen kroatischen Führers in Herzegowina, Mate Boban, wie gewisser, dem Namen nach moslemischer Kräfte im Zusammenhang mit dem internationalen Plan der Freimaurer, die beiden Länder zu destabilisieren und zu einer Form von Jugoslawien zurückzukehren, gesehen werden müssen.

Die Zusammenstöße zwischen kroatischen und bosnischen Kräften haben den Chetniks unter Radovan Karadzic, Führer der bosnischen Serben, die Mittel in die Hände gespielt, um eine potentiell vereinte Kraft, die er nicht hätte stoppen können, lahm zu legen. Es war Boban, der dem kroatischen Präsidenten General Franjo Tudjman sehr nahestehen soll, der seine eigene ethnische Säuberung in den Gebieten begann, die durch den Vance-Owen-Plan – der von dem »internationalen Apparat«, der Jugoslawien wiederherstellen will, ausgearbeitet wurde – »den Kroaten zugeteilt« wurden.

Der Krieg unter den Opfern

Direkt durch diesen Plan zur Teilung Bosniens angestiftet, entschlossen sich Boban und sein Militär-Korps, ihre Gebiete »zu übernehmen« und die nichtkroatische Bevölkerung zu vertreiben. Boban rechtfertigte seine Handlungsweise mit der Tatsache, daß die internationalen »Vermittler« ihnen das Gebiet zugeteilt hätten, und er erhob mehrere angebliche Beschwerden gegen die bosnischen bewaffneten Streitkräfte. Natürlich löste dies eine Reaktion aus, zum Teil spontan, zum Teil durch den »internationalen Apparat« unter den moslemischen Verbänden angeregt. Und der Krieg unter den Opfern eskalierte.

Ein Religions-Krieg mit dem Islam

Immer tatkräftig, innerhalb des korrumpierenden Zusammenhangs mit dem Vance-Owen-Plan handelnd, trat Boban immer offener für einen Deal mit den Chetniks – irreguläre serbische Streitkräfte – ein. Am 20. Juni 1993, in einem Ferienort in Montenegro, trafen sich Mate Boban und Radovan Karadzic sieben Stunden lang vor einer Karte von Bosnien. Am Ende, berichtete die serbische Zeitschrift »Politika«, verließen die beiden lächelnd den Raum. Es war ein großer Sieg für jene Kräfte, die verzweifelt versuchen, einen Angriffskrieg in einen seltsamen Religionskrieg zwischen dem Christentum und dem Islam zu verwandeln.

Das Treffen zwischen Boban und Karadzic fand statt, während von den Vereinten Nationen und anglo-französischen Kräften immer stärkerer Druck auf die bosnische Regierung ausgeübt wurde, eine noch brutalere Teilung des Landes zu akzeptieren als der Vance-Owen-Plan vorsieht. Als ihm bei den Genfer »Friedensgesprächen«, der von den Anglo-Franzosen unterstützte und von Boban, Tudjman, Karadzic und Milosevic aktiv geförderte Plan zur ethnischen Aufteilung vorgelegt wurde, erklärte Bosniens Präsident Alija Izetbegovic, er sehe keinerlei Veranlassung, die Verhandlungen fortzusetzen, da der Vorschlag unannehmbar sei.

Izetbegovic bat stattdessen um Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien, damit das Land sich verteidigen könne. Der Vorschlag wurde auf der Zusammenkunft der Europäischen Gemeinschaft am 20. Juni 1993 in Kopenhagen von Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützt.

Der Widerstand kam von John Major

Trotz der Tatsache, daß ein von US-Präsident Bill Clinton unterzeichneter Brief, in dem der Vorschlag unterstützt wird, während der Gespräche in Umlauf gesetzt wurde, arrangierten die Briten eine wütende Reaktion. Premierminister John Major sagte: »Das ist keine Politik, die ich befürworte, ich will das Töten beenden, es nicht noch verstärken. Ich glaube nicht, daß eine Aufhebung des Waffenembargos und Überflutung des Gebietes mit Waffen etwas anderes hervorbringen wird, als jede Chance für eine ausgehandelte Regelung kaputtzumachen.«

Major hatte den Nerv, diese Erklärung abzugeben, als konservative Schätzungen die Zahl der Massakrierten durch die von Großserbien angeführten Streitkräften mit 200000 angegeben wurde; und während die Gegend, die bereits mit serbischen Waffen

überflutet ist, für die »Endlösung« vorbereitet wird.

Am 21. Juni 1993, auf einer dramatischen Sitzung in Zagreb, konnten die neun Mitglieder der bosnischen Präsidentschaft über die Genfer Friedensgespräche nicht zu einer einstimmigen Einigung kommen. Präsident Izetbegovic und Vizepräsident Ejup Ganic weigerten sich hartnäckig, nach Genf zu reisen, während die anderen beschlossen, daß sie es versuchen sollten. Nach allen Beobachtern war diese Spaltung, die die anglo-französischen Medien aufzubauschen und zu dramatisieren versuchen, die unmittelbare Folge des gewaltigen Drucks, der von London, Paris und der Führung der Vereinten Nationen ausgeübt wird.

Die alten Ziele der Freimaurerei

Dieser Plan des »teile und herrsche« wurde am 15. Mai 1993 durch die höchste religiöse Autorität in Kroatien, Kardinal Franjo Kuharic, verurteilt. »Was dieses Übel noch verschlimmert, es fand in Bosnien und Herzegowina eine Konfrontation zwischen den Opfern der Aggressoren statt: Der Krieg zwischen Kroatien ist zustandegekommen. Und derartige Zusammenstöße werden von Verbrechen, Mord, Brandstiftung und Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern begleitet!«, sagte er.

Der »internationale Apparat« hat wenig Zeit. Mehrere Signale kommen sowohl aus Bosnien als auch aus Kroatien, daß das Versailler »Spiel« herausgefordert und das blutige kontrollierte Umfeld durchbrochen wird. Eines der stärksten Signale zeigte sich ein Monat vor dem mutigen Appell des Kardinals für Bosnien in Form eines Artikels. Er erschien in der Zeitschrift der kroatischen katholischen Kirche, »Glas Koncila«, mit der Überschrift: »Neue Weltordnung?!«

In dem Artikel in »Glas Koncila« heißt es: »Die neue Weltordnung ist ein langjähriges Projekt der von den Briten angeführten Freimaurerei. Dies wird, zum Beispiel, im 19. Jahrhundert durch die enge Verbindung zwischen dem britischen Premierminister Palmerston und Palmerston-Kreisen in England einerseits und den Netzwerken Jung-Europa und Jung-Amerika, geführt ... von Guiseppe Mazzini, symbolisch dargestellt. Eine Schlüsselfigur in jenen Kreisen war der Verrräter und Satanist Albert Pike. Pike sagte klar und deutlich und immer wieder, auch in Dokumenten, die sich in der Freemasonic Library in Washington befinden, der Hintergrund des Gedankens an eine neue Weltordnung bestehe darin, das Christentum zu besiegen und auszuradieren. Daher ist dieser Neo-Malthusianismus etwas, was mit den rassischen Doktrinen von Palmerstone-Mazzini-Pike und ähnlichen Kreisen im internationalen Freimaurertum in Verbindung steht.«

Die Spieler sitzen in London, Paris und Washington

»Die westlichen Mächte sind nicht dazu bereit, ihre Fehler zu korrigieren. Sie sind immer noch entschlossen, das kontinentale Europa, speziell Deutschland, aus geopolitischen Gründen zu zerstören. Dies ist ihr Spiel! Das Spiel der Serben ist in Wirklichkeit das Spiel gewisser Mächte in Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten, und diese Mächte sind entschlossen, ihr Spielchen bis zum Ende zu betreiben. Das Spiel wird auch in Zusammenarbeit mit gewissen Kräften in Moskau betrieben, symbolisch dargestellt durch Marschall Jasow und die frühere Gorbatschow-Bande ... Und der Westen versucht, mit einer neuen Form eines neuen Jalta-Abkommens in Erscheinung zu treten, in der Hoffnung, daß seine Freunde unter den russischen sogenannten Verfechtern des harten Kurses ihre Kooperation mit London und Washington aufrecht erhalten werden.«

Die Veröffentlichung dieses Angriffes auf die Geopolitik und die Freimaurerei in der Zeitung der kroatischen katholischen Kirche hatte die Auswirkung eines Elektroschocks auf die psychologische Kriegsführung der Ärzte, die das bosnische Experiment durchführen. Die Botschaft war klar.« Wir wissen, wer Sie sind und was Sie tun!«

Am 25. April 1993, genau eine Woche später, veröffentlichte die führende kroatische Zeitung »Vjesnik« ein langes Interview mit dem führenden kroatischen Prälat im Vatikan, Monsignore Milan Simcic. Es war eine scharfe Verurteilung der Rolle, die das internationale Freimaurertum bei der Auslösung der Tragödie im ehemaligen Jugoslawien gespielt hatte. Die Motivation des Freimaurertums: Die Schaffung eines unabhängigen und wohlhabenden Europas und das Wiederauferstehen katholischer Länder aus der Asche des Kommunismus zu verhindern. Das Interview ging zu detaillierten Informationen über Sitzungen, öffentliche und geheime Gespräche der Verschwörer über.

Während er Abkommen mit den Chetniks traf und die moslemfeindliche ethnische Säuberung anführte, hatte Mate Boban den Nerv, beleidigend auf den Appell von Kardinal Kuharic zu reagieren. Am Abend des 20. Juni 1993 drangen seine Männer, bis auf die Zähne bewaffnet, in ein Lager für moslemische Flüchtinge in Posuje ein. Sie trieben die verängstigten Frauen und Kinder zusammen, zwangen sie in Autobusse und fuhren sie in die Gegend von Medjugorje, die der Vance-Owen-Plan den »Moslems« zuteilt.

Kein neues Libanon in Jugoslawien

Der kroatische Gelehrte sagte: »Die Haltung Bobans ist so, daß jede anständige Person und vor allem jede religiös eingestellte Person, sie verdammen muß. Man kann nicht die gleichen Methoden anwenden, die man bei anderen verurteilt. Man kann niemals die Zivilbevölkerung zur Zielscheibe machen – niemals.« Glücklicherweise nahmen die Italiener jene Flüchtlinge auf. Der katholische Bischof von Mostar verurteilte diese Ereignisse öffentlich. Boban sagt, daß die Moslems Kroaten aus traditionell von Kroaten bewohnten Gebieten vertreiben; selbst wenn dem so ist, muß das, was er tut, mit den klarsten Worten verurteilt werden.

»Der Punkt ist, daß es westliche Kräfte gibt – Geheimdienstler und andere –, die die Gewalttätigkeiten paramilitärischer kroatischer Verbände schüren. Hinter diesem zynischen Plan verbirgt sich die Absicht, zu beweisen, daß die Kroaten wie die Serben sind, und vor allem die Absicht, Kroatien zu destabilisieren. Diese Herren wollen Jugoslawien wieder zusammenflicken. Und dies muß als ein Plan gesehen werden, der von jenem internationalen Banken- und Finanz-Establishment vorangetrieben wird, das die Sozialistische Internationale benutzt, ein Plan für eine Strategie zur Eroberung der Macht und der völligen Beherrschung der Wirtschaft des ehemaligen kommunistischen Europas.«

Die Maus in einem britischen Experiment

Sreko Jurdana vertritt den gleichen Standpunkt: »Kroatien muß aus der britischen Falle entweichen. Was die Briten tun, ist das Gleiche, was sie im Libanon getan haben: Die Benutzung dreier Gewalten, manchmal Bündnisse zwischen zwei von ihnen gegen die dritte schaffen. Ich schlage vor, daß Kroatien alle bewaffneten Streitkräfte aus Bosnien zurückzieht und mit den deutlichsten Worten seine Unterstützung für die Unabhängigkeit und Einheit von Bosnien zum Ausdruck bringt. Boban muß gesagt werden, daß Kroatien sich von seinen Aktivitäten distanziert, und daß wir alle Lieferungen einstellen. Wenn das getan ist, wird Kroatien den Streitkräften der Vereinten Nationen, deren Mandat Ende Juni ausläuft, mitteilen, daß wir zum ursprünglichen Vance-Plan zurückkommen wollen, das heißt, sie müssen an den Grenzen zwischen Kroatien, Bosnien und Serbien stationiert werden. Serbische Kriegsverbrecher, die kroatisches Gebiet mit den Truppen der Vereinten Nationen verlassen, werden eine Amnestie erhalten. Falls die Vereinten Nationen dies nicht tun, muß Kroatien klar herausstellen, daß es bereit ist, um sein Territorium zu kämpfen. Wir müssen damit aufhören, die Maus in einem britischen Experiment zu spielen!« □



Neue-Welt-Ordnung

Materielle und mentale Umweltverschmutzung

Arnulf Neumaier

Gewisse internationale Kreise setzten die Instrumentarien der Psychologie bereits vor dem Ersten Weltkrieg zur Kriegsvorbereitung und anschließend zur Kriegsführung gegen Deutschland ein. Erinnert sei an jene Greuellüge von den abgehackten Kinderhänden im Ersten Weltkrieg zur Verleumdung der deutschen Soldaten mit dem Zweck, die übrige Welt gegen uns aufzubringen. Obwohl jedermann wissen konnte, daß beim Öffnen der Pulsadern sehr schnell der Tod durch Verblutung eintritt, wurde die angebliche Untat mit Bildern von Kindern mit abgehackten Händen glaubhaft gemacht.

Die Wirkung solcher Verleumdungen bestärkte jene Kräfte, Lügen- und Verleumdungsinstitute aufzubauen, die im Verlauf des Zweiten Weltkriegs und danach, offiziell und professionell mit mehreren hundert Mitarbeitern allein in England, die psychologische Kriegsführung betrieben. Man darf aber nicht annehmen, daß es sich hierbei lediglich um eine Anzahl skrupelloser Journalisten und Propagandisten handelte, sondern man muß erkennen, daß diesen Organisationen eine Zielsetzung vorgegeben war, die nur dann realisiert werden konnte, wenn Fachleute aus den verschiedensten Wissensgebieten und vor allem Psychologen, die die Massenpsychologie beherrschen, zur Verfügung standen.

Zur Durchsetzung politischer Ziele

Nachdem die Hintergrundmächte die Bedeutung dieser Einrichtungen immer mehr erkannten, dienten diese hoch entwickelten Instrumente, auch als Denkfabriken bekannt, zur Manipulierung der Massen und zur Durchsetzung politischer wie wirtschaftlicher Ziele. In Verbindung mit den von den gleichen Kräften beherrschten Medien wurde das System komplett. Besonders wirksam ist eine solche Kombination von Lügenerzeugern und Lügenverbreitern, wenn sie auf ein gutgläubiges, zur Ehrlichkeit erzogenes Volk wie das deutsche Anwendung findet. Nicht wenige Deutsche stellten sich meist gutgläubig in den Dienst der Berufslügner und schadeten dem Deutschen Volk und sich selbst.

Wie bei den meisten Lebewesen und auch den Menschen, werden in Gefahrensituationen Instinkte aktiv, deren Aufgabe es ist, Kräfte zur Überwindung unmittelbarer Gefahren zu mobilisieren, wobei gleichzeitig Existenzprobleme anderer Natur zurückgedrängt und aus dem Blickfeld gerückt werden. Die Instrumentalisierung der Angst zur Beherrschung der Menschen ist nicht neu und findet in der jüdischen Religion, wie das Alte Testament deutlich macht, einen beredten Ausdruck und setzte sich im Christentum weiter fort.

Das Ziel heißt Machterweiterung

Wir stehen heute vor den komplexen Problemen der Umweltschädigung in materieller und mentaler Hinsicht. Um Angst zur Beherrschung der Völker zu erzeugen, bedient sich die One-World-Mafia echter und vorgetäuschter, künstlich geschaffener Gefahren mit dem Ziel der Machterweiterung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.



Die Alliierten in der Pose der Sieger: Churchill (von links), Truman und Stalin auf der Potsdamer Konferenz.

Kein anderes Lebewesen als der Mensch des technischen Zeitalters ist in der Lage, seine Umwelt so ernsthaft zu schädigen, daß dabei seine eigene Existenz in Frage gestellt werden könnte. Aber bereits die alten Römer haben böse Eingriffe in die Natur, wie die Abholzung des Apennin und der dalmatinischen Wälder vorgenommen, die heute noch sichtbar sind. Der moderne Mensch der Technik ist nicht nur in der Lage, die Umwelt zu schädigen, er hat bei entsprechendem Verantwortungsbewußtsein und richtiger Gesellschaftsordnung auch die Mittel, Schäden zu vermeiden und zu beheben. Voraussetzung für die Wirksamkeit geeigneter Umweltschutzmaßnahmen ist die zahlenmäßige Begrenzung der Menschen auf den vorgegebenen Lebensraum.

Aus der Tierwelt kennen wir das Regulativ der Unfruchtbarwerdung zur Steuerung der Überbevölkerung durch eine Art. Bei einigen Tierarten führt die zu hohe Dichte selbst bei ausreichender Nahrungszufuhr zur Selbstauslöschung infolge eines gesteigerten Aggressionsverhaltens. Diese Gegebenheiten sind in den Denkfabriken der One-World-Mafia wohl bekannt und finden, wie jeder leicht feststellen kann, auch auf Menschen gezielt, ihre Anwendung.

Das Geschäft mit der Angst

Hier seien zwei Beispiele erwähnt, in welcher Weise Angst und Schrecken instrumentalisiert werden. Die Hoechst AG erzielte mit der Produktion ß-Naphtol und Resercin, deren Fabrikation 1992 eingestellt wurde, einen Jahresumsatz von 80 Millionen DM. Um einer Abwasserbelastung zu begegnen, wurde eine Investition von 55 Millionen DM getätigt. Grund für die Einstellung der Produkte war der Umstand, daß ausländische Anbieter weit unter den Herstellungskosten bei Hoechst liefern konnten, weil an deren Standorten Umweltschutzmaßnahmen nicht gefordert sind. Die sonst so aktiven internationalen Umweltschützer haben sich in Schweigen gehüllt. Der sachunkundige Bürger wird sich durch eine solche Produktions-

stillegung in den ihm eingeimpften Ängsten bestätigt fühlen.

Der zweite Fall bezieht sich auf die Ozon-Kampagne beziehungsweise das FCKW-Verbot. Dazu die amerikanische Zeitung »Detroit News« vom 18. April 1993: »Die Apokalypse findet nicht statt ... Die Wahrheit ist, daß die größere Bedrohung immer von Umweltverbesserern ausging, die die Wissenschaft für politische Zwecke einspannten, um daraus Gewinne zu schlagen« und die »Washington Post« schrieb, daß die Ozonlochgefahr nichts anderes als ein weiterer Umweltkatastrophenbluff ist. Diese medialen Äußerungen in jüngster Zeit fußen auf wissenschaftlichen Arbeiten ernst zu nehmender Forscher, deren Ergebnisse in Bälde weltweite Nachdenklichkeit hervorrufen wird.

Am Schluß einer wissenschaftlichen Arbeit über das Klima der Erde schreibt Prof. R. S. Lindzen, Cambridge/USA: »Ebenso offensichtlich ist es, daß die Neigung der Gesellschaft, auf unbegründete Hinweise auf eine angebliche Katastrophe zu reagieren, nur eine Fähigkeit behindert, auf konkrete identifizierbare Probleme zu reagieren. Es gibt bereits starke Impulse für eine ordnungspolitische Regelung dieses vorgetäuschten Problems.«

Das deutsche Volk muß vernichtet werden

Als Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in Schutt und Asche lag, glaubte die übrige Welt, daß damit dem deutschen Volk die letzte Stunde geschlagen habe. Der Verlauf der Nachkriegsgeschichte beweist, daß eine weitgehend zerstörte materielle Basis nicht den Untergang eines Volkes bedeuten muß, solange die ethischen Werte, Lebenswille und Lebenskraft, vorhanden sind. Aus den gesunden, unverdorbenen geistigen und seelischen Kräften heraus, in Verbindung mit einer von den breiten Massen getragenen Sozialverpflichtung gelang der Wiederaufbau unseres Landes, wofür es in der Geschichte kein Beispiel gibt.

Diese unerwartete Entwicklung rief die teuflischen Gegner auf den Plan, deren Ziel seit langem die Vernichtung des deutschen Volkes war. Ein Volk wie das deutsche kann nicht so leicht durch eine schadhafte Umwelt zerstört werden, solange des Volkes Seele und Geist in Ordnung sind. Solch ein Umstand war schon während des Krieges von gewissen satanischen Kreisen erkannt worden. So forderte Nathan Kaufmann bereits 1941 in seinem Buch »Deutschland muß ausgelöscht werden«: »... das deutsche Volk muß für immer vollständig vernichtet werden und das nicht nur theoretisch, sondern wirklich und wahrhaftig.« Zwecks physischer Vernichtung des deutschen Volkes plante er die Sterilisierung aller Deutschen und legte dafür entsprechende Berechnungen vor.

Im Jahre 1942 war das erste der zwischen Roosevelt und Stalin vereinbarten Kriegsziele die »Abschaffung der völkischen Exklusivität«. Kurz darauf, im Jahre 1943, schlug der Professor für Anthropologie, Earnest Hooton, laut einer New Yorker Zeitung vor: »Während dieser Besatzungszeit (ohne Friedensvertrag sind wir praktisch heute noch ein besetztes Land; Bemerkung des Verfassers) soll die Einwanderung und Ansiedlung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern in den deutschen Staaten gefördert werden.«

Ablenkung mit Umweltproblemen

Im Hinblick auf den relativ hohen Ausländeranteil in Deutschland ist für jedermann sichtbar geworden, daß mit der Vernichtung der mentalen Umwelt auch das Ende des deutschen Volkes gekommen wäre. So läßt sich heute sagen, daß die hochgespielten Umweltprobleme materieller Natur häufig als Ablenkungsmanöver von der beabsichtigten geistigen, kulturellen und ethnischen Zerstörung des deutschen Volkes wie anderer Völker, zu gelten haben. Alle Zweige der Kultur, ob Bildende Kunst, Theater, Literatur, sind heute ein beredtes Zeichen des Niedergangs, eine Beleidigung der Ästhetik, Ausdruck seelischer Deformationen zur Förderung der Entwicklung negativer menschlicher Werte.

Dazu kommt die Zerstörung der Familie, der kleinsten Zelle eines Volkes, die Förderung einer kriminellen Entwicklung durch Asylgewährung an ausländische Kriminelle, die unzulängliche Bekämpfung der Drogenszene sowie die Diskreditierung von Polizei- und Sicherheitskräften.

Kriminalität ist geeignet, die Menschen dauernd in Angst und Schrecken zu halten und von den kriminellen Zielen der One-World-Mafia abzulenken. Wie die Vorgänge in Italien zeigen, sind staatliche und gewöhnliche Kriminalität eng verbunden.

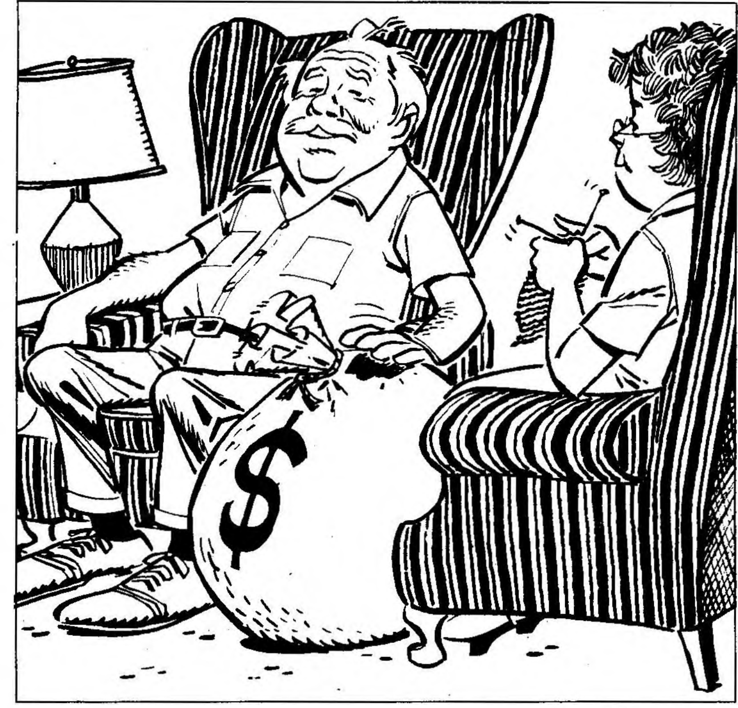
Um die schöpferischen Kräfte eines Volkes, beginnend bei der Jugend, zu zerstören, wurde das Bildungswesen auf ein tiefes Niveau gesenkt, die Geschichte verfälscht, der Wissensstoff eingeengt, das geistige Erbe vorenthalten und die Sprache als formendes Instrument von Seele und Geist verunstaltet. Zur Verschleierung der Zerstörung der mentalen Umwelt dient der irreführende Ausdruck Multikultur, ein für jedermann sichtbarer Widerspruch in sich. Das Entstehen einer großen Kultur war immer an ein Volk gebunden und fand häufig durch Überfremdung ein Ende.

Eine ethnische Rückbesinnung beginnt

Ein staatliches Gebilde wie die USA, das sich von Anbeginn als eine »multikulturelle Gesellschaft« entwickelte, gelangte nie zu einer echten eigenständigen Kultur. Die damals von den Einwanderern mitgebrachten Prägungen erfuhren keine Entfaltung und Fortentwicklung, weshalb dieses Land im Sinne von Hochkulturen als kulturlos zu betrachten ist. Der staatliche Verfall mit all den schrecklichen Folgen ist wegen des Fehlens kultureller Bande auf Dauer nicht aufzuhalten.

Da die One-World-Mafia in und mit den USA zu Macht und Reichtum gelangte, glaubte sie mit einer den Völkern aufgezwungenen Multikultur, das heißt, der Vernichtung der mentalen Umwelt der Völker, die Weltherrschaft antreten zu können. Nach dem Untergang der Sowjetunion, selbst ein Geschöpf von Kräften gleichen Ursprungs wie im Falle der heutigen USA, bahnt sich eine ethnische Rückbesinnung an, die noch viele Völker erfassen wird. Somit wird die bewußte Zerstörung der Völker und ihrer Kulturen ein Ende nehmen und das Ende der One-World-Mafia einleiten.

Die nationalen Kräfte aller Völker, besonders jene in Deutschland, müssen die Methoden der One-World-Mafia zur Vernichtung der Völker entlarven und dürfen sich nicht zum Schaden der ganzen Menschheit in die Irre führen lassen. □



Rußland

Wirtschaft auf dem Weg der Besserung

Die russische Wirtschaft befindet sich zwar noch immer auf Talfahrt. Doch hat sich das Abwärtstempo inzwischen verlangsamt. Gleichzeitig sind erste Reformerfolge unübersehbar. Zu dieser vergleichsweise optimistischen Einschätzung kamen Wissenschaftler zweier führender Moskauer Wirtschaftsforschungsinstitute auf einem Forum des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

Makroökonomisch stellt sich die Wirtschaftslage Rußlands auch im dritten Reformjahr noch immer desolat dar. Die beiden Brennpunkte:

Die Inflation galoppiert weiter

Die Wirtschaftsleistung schrumpft. Das Sozialprodukt ging im Zeitraum 1990 bis 1992 um insgesamt rund ein Drittel zurück. Besonders drastisch sackte das Wachstum im vergangenen Jahr durch – um 19 Prozent. Die Investitionen haben sich (mit -45 Prozent) nahezu halbiert.

Für 1993 rechnen die russischen Konjunkturexperten mit einem weiteren BIP-Rückgang um acht Prozent.

Die Inflation galoppiert weiter. Allein 1992 betrug der Preisanstieg 2500 Prozent. Anfang 1993 schlitterte das Land mit einer monatlichen Geldentwertungsrate von rund 30 Prozent weiter am Rand einer Hyper-Inflation dahin. Inzwischen konnte die Inflationsrate halbiert werden – von einer leidlichen Preisstabilisierung kann freilich noch immer nicht gesprochen werden.

Der wichtigste Handelspartner ist Deutschland

Wichtige Weichenstellungen sind erfolgt. Trotz Wirtschaftskrise und Inflation: Die schlimmsten Befürchtungen zahlreicher Beobachter haben sich nicht bewahrheitet. Weder kam es zu einem allgemeinen Energie- und Nahrungsmittelnotstand, noch ist Rußland im Chaos versunken.

Vielmehr sind wichtige Weichen für eine bessere ökonomische Zukunft gestellt worden. So haben sich im Gefolge des Referendums vom 25. April 1993 die Marktwirtschaftler in vielen Punkten durchgesetzt. Fortschritte gibt es daneben vor allem bei der Privatisierung und der Reform des Außenhandels.

Umstrukturierung des Außenhandels: Wie alle ehemaligen Ostblockstaaten war auch die Sowjetunion im Außenhandel stark auf bilaterale Handelsstrukturen im Rahmen des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) konzentriert. Heute wickelt Rußland bereits mehr als die Hälfte seines Außenhandels mit westlichen Industriestaaten ab. Darunter kommt der Bundesrepublik eine besondere Bedeutung zu:

Deutschland war 1992 sowohl auf der Exportseite (14,4 Prozent) als auch auf der Importseite (19,2 Prozent) mit weitem Abstand wichtigster Handelspartner von Rußland.

Vom absoluten Niveau her gesehen ist der russische Außenhandel in den letzten Jahren beträchtlich zusammengeschrumpft. Allein in 1992 sanken Ausfuhren und Einfuhren dem Volumen nach um rund ein Fünftel. Grund: Das russische Exportsortiment erweist sich auf den Weltmärkten als wenig attraktiv. Damit fehlen auf der anderen Seite die Devisen für den Import.

Besonders betroffen von der russischen Import-Baisse sind die neuen Bundesländer. Sie waren früher der Hauptlieferant vor allem der russischen Abnehmer hochwertiger Investitionsgüter. Der Zusammenbruch der traditionellen Handelsbeziehungen macht sich heute für beide Seiten schmerzlich bemerkbar. Vor diesem Hintergrund sind auch unkonventionelle Ansätze willkommen, um wieder mehr Schwung in den deutsch-russischen Handel zu bringen – beispielsweise innovative Tauschgeschäfte.

Privatisierung: Die am tiefsten greifenden Veränderungen in der russischen Volkswirtschaft vollziehen sich derzeit beim Umbau der Eigentumsordnung. Zwar hinkt das Land noch deutlich hinter den osteuropäischen Konkurrenten her.



Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin. Deutschland ist für Moskau der wichtigste Handelspartner.

Doch schon kurz nach dem Big Bang zu Beginn des Jahres 1992 erhielt die russische Privatisierung von Mittel- und Großbetrieben durch das »Staatliche Programm zur Privatisierung von Staats- und Kommunalbetrieben« einen institutionellen Überbau:

Fortschritte beim Umbau der Eigentumsordnung

Das »Staatskomitee für die Verwaltung staatlicher Vermögenswerte« steuert und überwacht die Privatisierung. Es untersteht dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Tschubais und kontrolliert zusammen mit den Niederlassungen in allen 88 Regionen der Föderation den gesamten Privatisierungsprozeß im Lande.

Dem »Fonds des Föderationseigentums« obliegt die technische Abwicklung. Er fungiert sozusagen als russische Treuhandanstalt.

Um die Zustimmung zur Privatisierung bei Belegschaften und Bevölkerung zu gewinnen, wurde im Oktober 1992 getreu dem tschechischen Vorbild mit der Ausgabe der ersten Privatisierungsgutscheine begonnen.

Inzwischen sind so rund 150 Millionen russische Bürger zumindest vorübergehend in den Besitz von »Wautscheri« gekommen.

Die Voucher-Privatisierung gilt als die große Entdeckung beim Umbau der Wirtschaftsordnungen des ehemaligen Ostblocks:

In 16 der mittlerweile 23 Reformstaaten des ehemaligen Ostblocks steht die Privatisierung des Volksvermögens über die kostenlose Verteilung von Coupons an die Bevölkerung auf der Tagesordnung. In sieben Staaten ist sie geplant, in vier wird sie derzeit vorbereitet und in fünf weiteren Ländern ist sie schon voll im Gange.

Die ersten staatlichen Wertpapiere

Das Prozedere in Rußland: Jeder Bürger hat Anspruch auf einen Privatisierungsgutschein in Höhe von 10000 Rubel. Damit können vier verschiedene Transaktionen getätigt werden: Direkt-Erwerb von Betriebsaktien; Anteils-Erwerb bei einem Investmentfonds; Kauf der selbstgenutzten Wohnung oder eines gepachteten Grundstücks; Einlösung gegen Bargeld.

Inzwischen hat sich aufgrund zunehmenden Bekanntheitsgrads und zahlreicher gesetzlicher Verbesserungen ein regelrechter Wautscheri-Markt entwickelt. Sie können mittlerweile als das erste staatliche Wertpapier gelten.

Auch der anfängliche Kursverfall ist gestoppt. Die Zahl der Aktien im Nominalwert von 1000 Rubel, die der Inhaber für einen Privatisierungsgutschein erhält, ist deutlich gesunken.

Die Wautscheris können bereits seit Anfang 1993 in Aktien umgetauscht werden. Der Erfolg: Seit Beginn 1993 wurden etwa 1550 mittlere und größere Staatsbetriebe mit durchschnittlich mehr als 200 Beschäftigten privatisiert.

Noch ein weiter Weg ist zurück zu legen

Durch die stark dezentrale Ausrichtung wird diese Form der Privatisierung inzwischen schon in 72 der 88 russischen Regionen praktiziert. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, ist das selbstgesteckte Ziel von 6000 Privatisierungen in diesem Jahr nicht unrealistisch.
Auch die kleine Privatisierung von Dienstleistungsbetrieben, die überwiegend im Wege der Versteigerung vor Ort verläuft, ist gut vorangekommen. Neue Schätzungen beziffern die Zahl der privatisierten Betriebe bereits auf 61000. Bei einem Anfangsbestand von etwa 84000 könnte damit die kleine Privatisierung noch in diesem Jahr beendet werden.

Nach Auffassung von Experten arbeitet derzeit schon jeder vierte Erwerbstätige im privaten Sektor.

Zahlreiche Fachleute gehen davon aus, daß der Privatisierungsprozeß unumkehrbar ist. Aber: Gemessen am Anfangsbestand von etwa 41000 Unternehmen ist noch ein weiter Weg zurückzulegen. Und: Noch immer fehlt ein Gesetz über den Eigentumserwerb an Grund und Boden. □

Geheimdienste

Wer steht hinter dem Terrorismus?

Naim Giladi

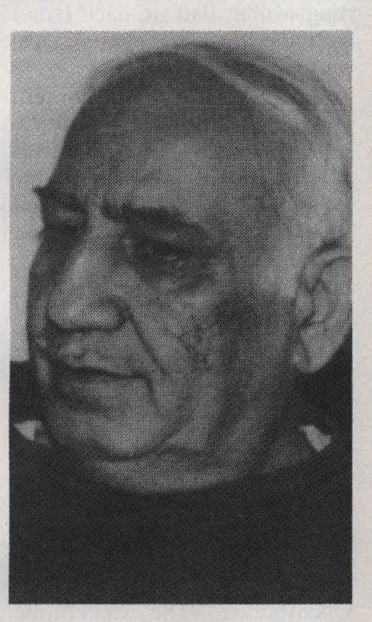
Die derzeitigen Schreckensnachrichten in den Medien des Establishments über eine »apokalyptische Welle des islamischen Terrorismus«, wie »Time Magazine« es formulierte, sind für einen Beobachter des Nahen Ostens aus erster Hand nichts Neues.

Obwohl sie Jahrzehnte der Täuschung, Milliarden an verschwendeten Ausgaben des Steuerzahlers und Tausende von Opfern mit sich gebracht hat, ist die verborgene Rolle des CIA und ihres langjährigen Alliierten, des Mossad, Israels Geheimdienst, bei der Herbeiführung und Ausbeutung gelenkter »terroristischer« Zwischenfälle den meisten Menschen immer noch unbekannt.

Als jüdischer Historiker und Journalist, der sowohl im Irak als auch in Israel studiert und gelebt hat, als Organisator der weltweiten Allianz von Juden aus islamischen Ländern und jetzt amerikanischer Bürger habe ich diesen geheimen Krieg mehr als ein Vierteljahrhundert lang genau beobachtet. Ich stieß nämlich frontal damit zusammen, sobald ich erwachsen war.

Als Sohn einer wohlhabenden, hochangesehenen Familie im Irak wurde ich Anfang 1951 in die Selbstregierung unserer wohlhabenden Ortsgemeinschaft involviert, als eine Reihe von terroristischen Angriffen unsere Geruhsamkeit empfindlich störten. Durch Bombenexplosionen wurde die große Bibliothek des US-Information Service an der belebten Rashid Street in Bagdad zerstört.

Jahre später, nachdem ich mich in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatte, freundete ich mich mit dem inzwischen verstorbenen Wilbur Crane Eveland, damals ein im Ruhestand lebender hochrangiger CIA-Beamter, an. Obwohl ich es damals nicht



Naim Giladi ist Vorsitzender des Weltkongresses der Juden der islamischen Länder.

wußte, hatte Evelands erster Geheimdienstauftrag ihn 1951 kurz nach den ersten Bombenexplosionen nach Bagdad verschlagen.

»Es gibt keinen Zweifel daran, daß jene Zwischenfälle des ›islamischen Terrorismus‹ vom Mossad inszeniert wurden«, sagte Eveland zu mir. »Es ist eine fast überall, mit Ausnahme von Amerika, wo die Presse stets in das israelische Horn tutet, wohlbekannte Taktik der Israelis.«

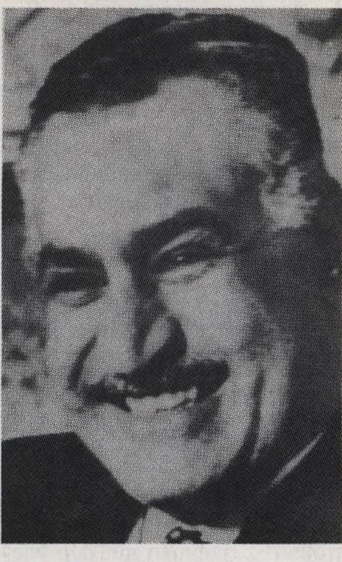
In seiner späteren Autobiographie erläuterte Eveland, daß ein derartiger israelischer Terrorismus mehr als einen Zweck verfolgt. Er ziele in erster Linie darauf ab, einen Keil zwischen Ame-

Geheimdienste

Wer steht hinter dem Terrorismus?



Schah Reza Pahlevi wurde mit Gewalt und mit Hilfe des CIA auf den Pfauenthron installiert.



Gamal Abdel Nasser war das Ziel des Widerstandes der Geheimdienste CIA und Mossad.

rikaner und Araber zu treiben, um »die Irakis als amerika-feindlich und zu Gewalttätigkeiten neigend« hinzustellen.

Andererseits war Iraks jüdische Gemeinschaft wohlhabend. »Sie bildete das Rückgrat der Kaufmannsschicht und beherrschte die meisten Banken«, berichtete Eveland. Die israelische Regierung wollte, daß sie nach Israel kommen und ihre Vermögenswerte mitbringen sollten.

»Kurz nach den Bombenexplosionen tauchten in ganz Bagdad in Israel gedruckte Flugblätter auf, in denen Juden eindringlich aufgefordert wurden, sich gegen solche Gewalttätigkeiten durch Flucht nach Israel zu schützen«, schrieb Eveland.

Viele taten das auch. Die Führer des Kleinstaates hatten herausgefunden, daß inszenierter Terrorismus sowohl politische als auch finanzielle Gewinne zeitigen konnte.

Es lag natürlich ein Element des Risikos in diesen verdeckten Operationen. »Die wiederholte Anwendung solcher bizarren Provokationen, um die Westmächte gegen die Araber aufzubringen, ging in Ägypten beinahe nach hinten los, als die Verwicklung der Israelis darin bekannt wurde«, berichteten zwei altgediente israelische Journalisten, Yossi Melman und Dan Raviv, in einem kürzlich herausgekommenen Buch über Israels Geheimdienste.

Das Ziel war Zorn auf die Moslems zu erregen

Im Sommer 1954 startete der Mossad eine Welle von terroristischen Anschlägen auf Ägypten. Aber »die Bombenziele waren keine ägyptischen Militäreinrichtungen. Es waren Geschäftsgebäude, Kinos und amerikanische und britische Institutionen. Das Ziel war, den Zorn der Amerikaner gegen Moslems und gegen die Araber zu wecken«, berichteten die beiden Untersuchungs-Journalisten.

Ausgeschickt mit Brandgranaten um das US-Information Center in Alexandria, Ägypten, niederzubrennen, am 30. Juni 1954, setzte Philip Nathanson, ein in den USA geborener Mossad-Agent, versehentlich seine Hose in Brand. Von der Polizei »gelöscht« und befragt, legte er ein Geständnis ab und schilderte die Umrisse eines großen terroristischen Netzwerks im Nahen Osten.

Der darauffolgende Skandal führte in Israel zu einer Kabinettskrise und zu einer ministeriellen Direktive des Kleinstaats, bei den vom Mossad inszenierten Terroroperationen wo immer möglich arabische Agenten einzusetzen. Die Entscheidung beschleunigte einen weiteren Schritt des israelischen Geheimdienstes: die Durchdringung und Unterwanderung islamischer Bewegungen.

Eine günstige Gelegenheit für den neuen Vorstoß bot sich bald in Ägypten selbst, wo die sowjetfreundlichen Tendenzen des damaligen Präsidenten Gamal Abdel Nasser innerhalb der Moslemischen Bruderschaft eine militante Opposition erzeugten. Mit den ersten Ratenzahlungen in Höhe von mehreren Dollar in das, was eine lange Aufeinanderfolge von neuen Zweigstellen des CIA werden sollte, drang der Mossad in die Reihen der Moslemischen Bruderschaft ein und stachelte sie zum gewalttätigen Widerstand auf.

Geheime Zweigstellen des CIA

Etwa zur gleichen Zeit wurde die Initiative des Mossads, in islamische Bewegungen einzudringen und sie zu manipulieren, vom CIA im Iran nachgeeifert. Mit was er selbst seitdem als »mehrere Schiffskoffer vollgestopft mit Bargeld« bezeichnet hat, traf der CIA-Agent Kermit Roosevelt im Iran ein, um den populistischen Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh, der die Ölproduktion seines Landes verstaatlicht hatte, zu stürzen.

Es war ein ungleicher Kampf. Unter Anwendung der Taktik des Mossad und mit dem Geld amerikanischer Steuerzahler drang Roosevelt in einige der fundamentalistischen schiitischen Parteiungen des Irans ein und korrumpierte sie. In einer Welle von Sabotagehandlungen, Bombenexplosionen und gewalttätigen Straßendemonstrationen, die von der Presse »moslemischen Radikalen« zugeschrieben wurden, wurde Mossadegh gestürzt und der Schah auf seinem Pfauenthron installiert. Was dann folgte war ein Vierteljahrhundert der Ausbeutung, Gier, Bank-Maschen und Unterdrückung à la Mossad, die unmittelbar zu Irans fundamentalistischer Revolution von 1979 führten.

Aber der CIA und der Mossad dehnten ihre Infiltration und Manipulation islamischer Bewegungen weiter aus. In ihrem kürzlichen Krieg gegen die Palestine Liberation Organization (PLO) kanalisierten israelische Agenten Waffen und guten Zuspruch zu einer als Hamas bekannten rivalisierenden Fraktion, deren strenge moslemische Militanz den weltlichen Lehren der PLO zuwiderlief.

Jetzt, wo die Kämpfer der Hamas in eine Phase des bewaffneten Widerstands gegen die Besetzung des Westufers und des Gazastreifens eingetreten sind, werden sie als typische »arabische Terroristen« in Bausch und Bogen verdammt.

Obwohl sie arabischer Nationalität sein mögen, sind die Aktivisten vom Mossad bewaffnet, finanziert und zu militanten Aktionen aufgeputscht worden.

Die gleiche Art versteckter Manipulation fremder Geheimdienstagenten stand in den achtziger Jahren hinter der Welle von Entführungen im Libanon, habe ich herausgefunden. Es war ein außergewöhnlich schmerzvolles terroristisches Zwischenstadium, für das die Massenmedien beharrlich – und fälschlicherweise – ausschließlich islamische »Nationalisten« und »Extremisten« als verantwortlich abstempelten. □

Wer kontrolliert die UNO?

Alfred König

Als quasi über allen Wolken schwebendes Organ, das die Kontrolle über die ganze Welt ausübt, präsentiert sich derzeit die UNO. Versucht man aber zu erfahren, wer denn die UNO eigentlich kontrolliert, dann kommt man nur zu einem Ergebnis: Niemand!

Offiziell werden die Entscheidungen der UNO durch die Mitglieder kontrolliert. Doch bereits da gibt es zwei Unterschiede. Da sind zum einen die »normalen« Entscheidungen, und dann gibt es die Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates, bei dem die fünf ständigen Mitglieder, die USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland und China über ein Veto-Recht verfügen. Gegen ihren Widerstand kann dort nichts entschieden werden. Damit bestimmen praktisch diese fünf Staaten über das Schicksal der Welt. Da die USA derzeit aber nicht zuletzt wegen des Chaos in der ehemaligen Sowjetunion und den innenpolitischen Problemen in China die einzige Weltmacht sind, bestimmen sie de facto auch die Politik der UNO.

Zum Schutze der Interessen der USA

Wer glaubt, daß die UNO eine objektive Politik betreibt, irrt sich. Ein Wiener Mitarbeiter hat es vor einigen Jahren in CODE bereits deutlich ausgesprochen: Die UNO ist nichts anderes als ein Spiegel der derzeit herrschenden Machtverhältnisse. Die Sieger des Zweiten Weltkriegs haben gleichzeitig auch den stärksten Einfluß auf die Politik der UNO.

Und dies wird jeden Tag aufs Neue bestätigt. Man schaue sich nur einmal an, wie einseitig die UN-Politik derzeit auf die Interessenlage der USA ausgerichtet ist.

Am deutlichsten wurde dies erstmals in Panama. Obwohl der damalige Präsident Noriega jahrzehntelang mit dem CIA zusammengearbeitet hatte, wurde er, als er einen eigenen Weg gehen wollte, kurzerhand durch einen Einmarsch von amerikanischen Truppen in Panama gestürzt. Offiziell hieß es, man habe ein verbrecherisches Regime, das durch den Rauschgifthandel finanziert wurde, gestürzt und dem Volk die Freiheit wiedergegeben.

Der zweite Punkt war der Irak. Obwohl die Iraker niemals vorhatten, die kuwaitischen Grenzen etwa in Richtung Saudi-Arabien zu überschreiten, wurde ein Schreckgespenst größten Ausmaßes an die Wand gemalt. Dabei ging es lediglich um das Öl und die Interessen, die unter anderem die Familie des damaligen US-Präsidenten George Bush, die selbst ins Ölgeschäft involviert ist, dort hat.

Mit bewußten Lügen und gekauften »Zeugen« wurde die Welt in einen total unnützen Krieg getrieben, der zu hunderttausenden irakischen Opfern, darunter auch viele Zivilisten, führte.

Selbst sich zurückziehende unbewaffnete irakische Truppen wurden von amerikanischen Bombern regelrecht niedergemetzelt, ohne daß die Verantwortlichen, also Präsident Bush oder zumindest die beiden obersten Militärs Schwarzkopf und Powell sich hierfür wegen Kriegsverbrechens verantworten mußten.

Machtpolitik unter dem Mantel humanitärer Hilfe

Obwohl das Völkerrecht ausdrücklich territoriale Zugewinne durch einen Krieg ausschließt, wurde der einzige Hafen des Iraks zum Persischen Golf teilweise den Kuwaitis zugesprochen und wurde über zwei Drittel des Landes, angeblich zum Schutz der Schiiten und Kurden, ein Flugverbot für irakische Flugzeuge verhängt und angebliche oder auch tatsächliche Verstöße mit militärischen Vergeltungsschlägen beantwortet. Obwohl das gegen Serbien verhängte Flugverbot zigfach mißachtet wurde, geschah dort seltsamerweise nichts.

Nachdem dubiose Zeugen aussagten, daß der irakische Geheimdienst beim Besuch von Bush in Kuwait angeblich ein Attentat gegen den damaligen US-Präsidenten geplant hatte, wurden kurzerhand Marschflugkörper abgeschossen, die nicht nur die Geheimdienstzentrale dem Erdboden gleichmachten, sondern auch viele Zivilhäuser zerstörten und viele unschuldige Personen umbrachten. Die UNO hieß dies im nachhinein gut.

Unter einem sozialen Vorwand marschierten amerikanische Truppen dann in Somalia ein, ohne natürlich zu vergessen, sich vorher einen entsprechenden UN-Beschluß zu holen. Seltsam ist nur, daß dies eigentlich nur auf einen humanitären Auftrag beschränkt war, nun aber genau das Gegenteil eingetreten ist. Die militärischen Kosten übersteigen die humanitäre Hilfe um ein Vielfaches.

Gleichzeitig benehmen sich die amerikanischen Truppen in dem afrikanischen Land wie die Besatzer, zerstören Häuser, Krankenhäuser, verhaften und foltern (so zumindest Berichte) Anhänger des »Rebellen« Aidid. Obwohl sich viele Clanchefs dort gegeneinander befehden, ist Aidid für die USA der gefährlichste, da er für ein souveränes Somalia kämpft. Die USA sind aber nicht bereit, ihre für den gesamten afrikanischen und asiatischen Raum strategisch wichtigen Stützpunkte aufzugeben. Seltsam ist doch, daß in vielen anderen Ländern, wo die Not noch viel größer ist, die UNO keine humanitäre Hilfe bewilligt.

Das Veto im Sicherheitsrat

Im ehemaligen Jugoslawien sind die USA bislang noch nicht eingeschritten, obwohl dort bereits jetzt hunderttausende Leute umgekommen sind. Man solle den Sanktionen Zeit geben zu wirken, hieß es als Begründung hierzu. Seltsam, als der Irak in Kuwait einmarschierte, was weniger als 100 Todesopfer forderte, hieß es, es würde zu lange dauern, auf die Durchsetzung der Sanktionen zu warten, und aus diesem Grunde müsse militärisch eingeschritten werden.

Ja, mit ihrem Veto im Sicherheitsrat verhinderten die USA sogar die Öffnung von Massengräbern im ehemaligen Jugoslawien, die den Serben zugesprochen werden. Der Grund hierfür ist ganz einfach: Bestätigen sich die Berichte über Massenermordungen, dann würde der Druck der westlichen Bevölkerung wahrscheinlich so stark, daß der Westen eingreifen müßte – was er tatsächlich ja gar nicht will.

Die serbischen und zugegeben auch kroatischen Landraube werden mit dem Hinweis des Bedauerns toleriert; schließlich müsse man sich manchmal der Kraft des Faktischen beugen, um überhaupt zu einem Frieden zu kommen.

Der neueste Druck wird auf Libyen ausgeübt, zwei angebliche Lockerbie-Attentäter, die gleichzeitig auch libysche Staatsangehörige sind, an die USA auszuliefern. Ansonsten will die UNO die ohnehin schon verhängten Sanktionen gegen das Land weiter verschärfen.

Die Rätsel der UNO

Man stelle sich einmal diese Perfidie vor. In nahezu jeder Verfassung eines Landes ist zwingend vorgeschrieben, daß ihre Staatsangehörige nicht ans Ausland ausgeliefert werden müssen. So unter anderem auch im deutschen Grundgesetz. Die Bundesregierung dürfte also gar nicht, selbst wenn sie es wollte, einen deutschen Staatsbürger an das Ausland ausliefern. Und das gilt auch für Libyen. Wie man dann aber Sanktionen gegen ein Land verhängen kann, wird für immer ein Rätsel der UNO bleiben, ebenso aber auch, wie sich die Bürger der sogenannten zivilisierten Staaten mit dieser Politik einverstanden erklären. □

USA

Das Trauma von US-Präsident Clinton

Mike Blair

Ein von dem gewählten amerikanischen Präsidenten Bill Clinton für einen Geschäftsmann aus Arkansas an vietnamesische Regierungsbeamte geschriebenes Einführungsschreiben verfolgt Clinton jetzt im Traum.

Ein von US-Präsident Bill Clinton an vietnamesische Führungspersönlichkeiten geschriebener Brief, kurz bevor er im Januar 1993 sein Amt übernahm, wird im Hinblick auf Behauptungen, daß US-Handelsminister Ron Brown insgeheim mit vietnamesischen Führern verhandelt haben soll, um das Embargo gegen Vietnam aufzuheben, möglicherweise bedeutsamer als zunächst angenommen wurde. CODE berichtete darüber.

Eine Untersuchung des FBI

Brown ist von einem angesehenen vietnamesisch-amerikanischen Geschäftsmann beschuldigt worden, sich insgeheim mit Hanoi verschworen zu haben, um als Gegenleistung für viele Tausende von Dollar, die auf ausländische Bankkonten eingezahlt wurden, und für Anteile an dem geldlichen Gewinn, den Vietnam aus Geschäften mit amerikanischen Firmen einstreicht, das Embargo gegen Vietnam aufheben zu lassen.

Als er noch designierter amerikanischer Präsident war, schrieb Clinton auf amtlichem Papier des Staates Arkansas einen Brief an vietnamesische Führungspersönlichkeiten, in dem sie mit einem Mitbürger aus Arkansas, der daran interessiert war, die Beziehungen zu Hanoi zu verbessern, bekanntgemacht wurden.

Kurz, nachdem Clinton sein Amt übernahm, tauchte dieser Brief in Hanoi auf, und der neue Präsident wurde beschuldigt, in aller Stille versucht zu haben, den Weg zu einer Annäherung an Hanoi zu ebnen. Wenn das stimmt, dann wäre dies ein möglicher Verstoß gegen den Logan Act, der die Führung der Außenpolitik des Landes auf den Präsidenten beschränkt.

Jetzt, wo eine Untersuchung der angeblichen Abmachungen Browns mit der vietnamesischen Regierung durch das FBI im Gange ist, wirft der von Clinton an die Führer Hanois geschriebene Brief eine Frage auf, die einst von dem ehemaligen US-Senator Howard Baker auf dem Höhepunkt des Watergate-Skandals, der schließlich die Präsidentschaft von Richard Nixon beendete, gestellt wurde: »Wieviel wußte der Präsident, und wann wußte er es?«

Nachdem der Brief ans Tageslicht gekommen war, bestritt Clinton, die geheime Kontaktaufnahme zwischen seinem Mitbürger aus Arkansas und den vietnamesischen Führern in die Wege geleitet zu haben. Die Regierung hat den Brief jedoch zu keinem Zeitpunkt vollständig erklärt.

Auf jeden Fall schrieb Clinton im Dezember für Clyde E. Pettit Jr. einen »Einführungsbrief« an hohe vietnamesische Führungspersönlichkeiten. Darin wird festgestellt, daß Pettit »für die schließliche Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Vietnam arbeitet«.

Wie berichtet wird, lernten Pettit und Clinton sich in den sechziger Jahren kennen, als beide für den damaligen US-Senator J. William Fulbright arbeiteten, der seinerseit als Vorsitzender des Senate Foreign Relations Committee diente, der eine Reihe von umstrittenen, über das Fernsehen ausgestrahlte Anhörungen durchführte, bei denen meistens diejenigen Leute als Zeugen auftraten, die gegen den Krieg in Vietnahm waren.

Pettit war ebenso gegen den Krieg wie Clinton. Schon 1965 reiste Pettit in Vietnam und anderswo in Asien umher, und verfaßte für zwei Rundfunktstationen in Arkansas Berichte mit einer gegen den Krieg gerichteten Tendenz.

Ein alter Freund aus frühen Tagen

Clinton verbrachte die Kriegsjahre als Wehrdienstverweigerer und half mit, im Ausland Demonstrationen gegen den Krieg zu organisieren. Zu der Zeit war er Student in England, wohin er geflohen war, um dem Militärdienst auszuweichen und das College als Rhodes-Schüler zu besuchen.

Mitte der siebziger Jahre schrieb Pettit ein Buch mit dem Titel »The Experts«, das von dem Konflikt in Südostasien handelte. Er zitierte umfangreich vietnamesische Regierungsbeamte, die in den Krieg verwickelt waren, um die Geschichte zu erläutern.

Eine Form der Höflichkeit

Pettit ist Inhaber eines Grades der Yale University vor der ersten Prüfung und eines Rechtsgrades der Universität von Arkansas.

Zu der Zeit, als der Brief in den Nachrichten auftauchte, versuchte die Pressesekretärin des Weißen Hauses, Dee Dee Myers, diesen als eine »Höflichkeit« abzutun, die Pettit als Wähler des damaligen Gouverneurs Clinton zuteilgeworden sei.

In einem Telefoninterview aus Bangkok, Thailand, sagte Pettit zur Nachrichtenagentur Reuter, er habe das Schreiben zusammen mit ähnlichen Briefen vom ehemaligen Senator Fulbright und von Lee Williams, ebenfalls ein früherer Mitarbeiter Fulbrights, an nicht näher spezifizierte vietnamesische Regierungsbeamte weitergeleitet.

Pettit sagte, die Aushändigung des Schreibens an vietnamesische Regierungsbeamte sei ein Versuch gewesen, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Vietnam zu verbessern.

Frau Myers bestätigte, daß Clinton den Brief abgeschickt hat und bezeichnete ihn als »Einführungsschreiben vom Gouverneur von Arkansas«.

Sie sagte: »Es ist nichts Ungewöhnliches, aber es soll nicht den Eindruck erwecken, daß dieser Herr für die Clinton-Regierung sprach oder sie repräsentierte.«

Es ist jedoch klar, daß Clinton mehr als nur ein ehemaliger Gouverneur von Arkansas war, als er den Brief schrieb. Er war bereits zum Präsident der Vereinigten Staaten gewählt worden und hätte sich daher mit dem Problem der Aufhebung des Handelsembargos sowie damit befassen müssen, daß Vietnam keinerlei Rechenschaft über amerikanische Kriegsgefangene und Vermißte in Südostasien aus dem Vietnam-Krieg abgelegt hatte.

Die Behauptungen, es seien zwischen Brown und dem vietnamesischen Ministerpräsidenten Vo Van Kiet im gleichen Zeitraum, als Clinton den Brief für Pettit schrieb, Abkommen ausgearbeitet worden, wirft die berechtigte Frage auf, ob diese beiden Episoden, falls richtig wiedergegeben, miteinander in Verbindung gebracht werden können. Brown war seinerzeit immerhin Clintons Wahl für den Posten des Handelsministers.

»Es gibt mehr als genug Gründe dafür, warum beide Berichte über behauptete Unregelmäßigkeiten durch die entsprechenden Ausschüsse des Kongresses gründlich untersucht werden sollten«, sagte ein mit dem Fall Brown vertrauter Informant zu unseren Korrespondenten. □

USA

FBI untersucht den Fall Ron Brown

Mike Blair

Nach Aussage eines vietnamesisch-amerikanischen Geschäftsmannes, der den US-Handelsminister Ron Brown beschuldigt, mit der Regierung von Vietnam ein Abkommen getroffen zu haben, hat der Direktor des FBI, William Sessions, die Untersuchung dieser Beschuldigung selbst dirigiert.

FBI-Direktor William Sessions führte in diesem Jahr persönlich die Oberaufsicht bei der Untersuchung der Behauptung eines vietnamesisch-amerikanischen Geschäftsmannes, Ly Tranh Binh, der amerikanische Handelsminister Ron Brown habe mit vietnamesischen Führungspersönlichkeiten ein Abkommen zur Aufhebung des US-Embargos gegen Vietnam getroffen.

Der US-Präsident muß jetzt entscheiden

Als Gegenleistung dafür, sagte Binh zu unseren Korrespondenten, soll Brown, ein ehemaliger Landesvorsitzender der Demokraten, auf einer Bank in Singapur deponiertes Bargeld erhalten haben und soll an von Hanoi nach Aufhebung der Handelsbarrieren aus den Geschäften mit amerikanischen Firmen erzielten Einkünften beteiligt werden.

Indessen wurden unsere Korrespondenten auf einen anderen Zeugen bezüglich des angeblich von Brown mit Hanoi abgeschlossenen Deals aufmerksam. Code berichtete darüber.

Es wird damit gerechnet, daß US-Präsident Bill Clinton in diesem Monat die Gewährung von Darlehen durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) billigen wird, und im September muß er entscheiden, ob das Embargo, das dann ausläuft, weitergehen soll.

Skeptiker hinsichtlich Clintons wiederholter Versprechen, die Angelegenheit der amerikanischen Kriegsgefangenen und Vermißten des Vietnam-Kriegs der Sache des Handels mit Hanoi Vorrang einzuräumen, befürchten, daß der Präsident die Gewährung von IWF-Darlehen billigen wird. Dann, im September, werde er dahingehend argumentieren, daß, da der IWF weitgehend von den Vereinigten Staaten finanziert wird, es nicht fair sei, das Embargo aufrechtzuerhalten und amerikanischen Firmen und damit Arbeitern ihres fairen Anteils an Gewinnen und Arbeitsplätzen aus Geschäften mit dem kommunistischen Regime zu berauben.

Der in Florida ansässige Geschäftsmann Binh, 37, ein naturalisierter amerikanischer Staatsbürger und Schlüsselfigur bei dem behaupteten Brown-Deal mit Hanoi, sagte zu unseren Korrespondenten in umfangreichen Interviews und einer notarisch beglaubigten eidesstattlichen Aussage, daß Brown sich als Gegenleistung für 700000 Dollar, die für ihn auf einem Konto in der Singapurer Zweigstelle der Banque Indosuez eingezahlt werden sollten, und für einen Anteil an den Einkünften Hanois aus Geschäften mit amerikanischen Ölgesellschaften und anderen amerikanischen Investitionen in Vietnam, für die Aufhebung des Handelsembargos einsetzen würde. Die schließliche Normalisierung der Beziehungen zu Hanoi und die Gewährung des Status einer meistbegünstigten Nation für Vietnam waren laut Binh ebenfalls Teil des Abkommens.

FBI-Direktor William Sessions führte persönlich die Aufsicht bei der Untersuchung des Falles Ron Brown.

Binh traf im vergangenen Juli mit Nguyen Van Hao zusammen. Hao ist ein ehemaliger Ministerpräsident des früheren Südvietnam, der im kommunistischen Regime zu einer Figur auf hoher Ebene wurde, als dieses 1975 die Regierungsgewalt über Südvietnam übernahm.

Mit einer Beteiligung Duvaliers

In gemeinsamer Arbeit, meistens in Haos Wohnung, 1362 NW 97 Terrace in Coral Springs, Florida, gründeten sie die Vietnam Development Corporation, die sich als eine Fassade für Hanoi entpuppte. Als er dies herausfand, brach Binh Anfang dieses Jahres mit Hao und arbeitete schließlich bei einer Untersuchung der Operation durch das FBI mit.

Laut Binh wurde Hao mit Brown bekannt, als Hao sich in Haiti aufhielt. Brown ist ein ehemaliger Interessenvertreter für die gestürzte haitianische Regierung von Jean-Claude »Baby Doc« Duvalier, der jetzt in Frankreich lebt.

Laut Binh arrangierte Brown, daß Duvalier 50 Millionen Dollar beisteuerte, um eine neue vietnamesische Bank zu finanzieren. Sie sollte alle neuen Geschäfte abwickeln, die sich nach einer Aufhebung des Handelsembargos in Vietnam ergeben würden.

Binh sagte zu unseren Korrespondenten, daß er, nachdem er sich mit dem FBI in Miami in Verbindung gesetzt hatte, diesem bei seinen Ermittlungen assistiert und ihm gegebene Anweisungen, seine Kontakte mit Hao zu erneuern, befolgt habe.

Binh, der befürchtet, daß das FBI angewiesen worden ist, auf die Untersuchung zu »verzichten«, sagte, er sei sich ziemlich sicher, daß Agenten sich Kopien von Federal-Express-»Luftfrachtbriefen« für Briefe und Päckchen zwischen Hao und Brown und mindestens einen von Hao im vergangenen September für ein per Federal-Express an Brown geschicktes Päckchen ausgestellten, inzwischen annullierten Scheck beschafft haben, in dem der organische Aufbau und die Ziele der Vietnam Development Corporation im einzelnen dargelegt sind. Außerdem, sagte Binh, glaube er, daß das FBI sich Aufzeichnungen von Telefongesprächen zwischen Hao und Brown beschafft hat.

USA

FBI untersucht den Fall Ron Brown

deragenten zusammengearbeitet, und daß »praktisch nichts ohne vorherige Genehmigung des Direktors Sessions unternommen worden ist«.

Binh sagte, die Agenten hätten ihm wiederholt gesagt, daß sie nichts unternehmen könnten, wie zum Beispiel die Aufzeichnung von Ferngesprächen zwischen Binh und Hao, ohne sich zunächst die Genehmigung oder Anweisungen »vom Direktor« einzuholen.

Im vergangenen November, behauptet Binh, trafen sich Brown und Hao auch in einem Restaurant in der Gegend von Fort Lauderdale, Florida, wo sie über ihren »Deal« diskutierten.

Krach wegen der Frage der Legalität

Binh reiste Ende des vergangenen Jahres mit Hao und zwei Geschäftsfreunden nach Vietnam, wo sie mit Ministerpräsident Vo Van Kiet und dem Vorsitzenden der Vietnamesischen Kommunistischen Regierung Du Mnoi zusammentrafen. Am Schluß der Sitzung, erläuterte Binh, entwarf er einen Brief für die vietnamesischen Führer, den Hao mit in die Vereinigten Staaten nahm und am 26. oder 27. Dezember an Brown in dessen Wohnung in Washington aushändigte, sagte der Geschäftsmann zu unseren Korrespondenten.

Zu diesem Zeitpunkt fanden eine Reihe von Zusammenstößen zwischen Hao und Binh statt, der, wie er behauptet, hinsichtlich der Ethik und der Legalität der Arrangements skeptisch geworden war.

Jedenfalls sagt Binh aus, daß Hao ihn am 1. Januar gebeten habe, ihn in seiner Wohnung zu besuchen und ihm sagte, er habe soeben per Federal-Express einen Brief von Brown erhalten, den dieser an Kiet geschrieben hatte, der vermutlich die Finalisierung der Vereinbarung enthielt. Er bat Binh, ihm zu helfen, für eine Reise nach Vietnam zu packen, die er am nächsten Tag mit dem Brief von Brown beginnen werde.

Binh sagte zu unseren Korrespondenten, er habe mit Beamten des FBI sowohl aus Miami als auch mit einem von der Hauptgeschäftsstelle des FBI in Washington nach Florida entsandten Son-

Das FBI schweigt sich aus

In der letzten Entwicklung in diesem Fall stand ein internationaler Geschäftsmann, der die Operationen einer malaysianischen Zweigstelle einer riesigen europäischen Industriefirma leitet, aber ein Haus in Florida unterhält, mit Binh in Verbindung.

Am 20. Januar fand im Crown Sterling Hotel in Fort Lauderdale ein Mittagessen mit Binh, dem Geschäftsmann und dem Produzenten eines landesweiten Fernseh-Nachrichtenmagazins statt. Sie trafen sich dort, um über den Fall zu diskutieren, an dem die Reportermannschaft des Fernsehnetzes schon mehrere Monate gearbeitet hatten.

Der Geschäftsmann, der darum bat, nicht namentlich genannt zu werden, dessen Name den mit diesem Fall beauftragten FBI-Agenten aber bestens bekannt ist, erklärte, daß Hao zweimal mit ihm über seine Verbindungen mit Brown gesprochen habe, einmal als Hao und Binh auf ihrer Reise nach Vietnam Ende des vergangenen Jahres kurz in Malaysia zwischenlandeten.

Der Geschäftsmann sagte, Hao habe ihm gesagt, daß er (Hao) »sofort nach Washington zurückkehren müsse, um sich dort mit Brown zu treffen«.
Der Geschäftsmann erklärte sich bereit, in vollem Umfang mit den US-Beamten, die den Fall untersuchten, zu kooperieren, aber als Binh eine seiner FBI-Kontaktpersonen anrief, um sich Anweisungen geben zu lassen, habe ihm der Agent gesagt, er müsse sich zunächst »bei meinen Vorgesetzten« vergewissern, und er werde sich dann wieder mit Binh in Verbindung setzen. □

USA

Das geheime Vietnam-Abkommen

Mike Blair

Schritte in Richtung auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Vietnam und Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos gehen planmäßig weiter, während ein angeblicher Skandal, der sich um die Verwicklung des US-Handelsministers Ron Brown in ein Abkommen mit den Vietnamesen dreht, weiterhin Verschlußsache ist.

Weitere Einzelheiten zu einem angeblichen Deal des amerikanischen Handelsministers Ron Brown mit den kommunistischen Führern Vietnams, das 1975 gegen Vietnam verhängte US-Handelsembargo als Gegenleistung für Millionen Dollar an Bestechungsgeldern seitens der Hanoi-Regierung aufheben zu lassen, treten jetzt ans Tageslicht.

Die Gelder des IWF fließen

Indessen scheint Browns Boß, US-Präsident Bill Clinton, sicher gehen zu wollen, daß das behauptete Arrangement mit Vietnam planmäßig verläuft.

Clinton gab jetzt bekannt, daß die US-Regierung ihre Bemühungen, ein von Frankreich und Japan getroffenes Abkommen, 140 Millionen Dollar an längst überfälligen Schulden an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu tilgen, vorläufig einstellen werde, was den Weg zum Verleih von weiteren Millionen an den marxistischen Staat des harten Kurses durch den IWF und die Weltbank, weitgehend vom amerikanischen Steuerzahler finanziert, ebnen wird.
In Exklusiv-Berichten vom Juli wurden Einzelheiten über das von Brown mit vietnamesischen Führern, darunter der Chef der Kommunistischen Partei Du Muoi und Ministerpräsident Vo Van Kiet, geschmiedete Abkommen von dem vietnamesisch-amerikanischen Geschäftsmann Ly Tranh Binh enthüllt.

Binh war als stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Vietnam Development ein Insider bei den Machenschaften zwischen Brown und den vietnamesischen Führern.

Die Vietnam Development Corporation wurde im vergangenen Jahr durch ihren Vorstandsvorsitzenden Nguyen Van Hao, ein ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident der früheren Republik Südvietnam, der bei der Umwandlung Südvietnams als Teil eines von einem brutalen kommunistischen Regime in Hanoi geführten Vietnam zu einer Schlüsselfigur geworden war, ins Leben gerufen.

Laut Binh vermittelte Hao ein Deal zwischen Brown und Vietnams obersten Führern, wozu auch die Beendigung des amerikanischen Widerstands gegen IWF-Darlehen, die Aufhebung des US-Handelsembargos, die Normalisierung der Beziehungen zu dem kommunistischen Staat und schließlich die Gewährung des Handelsstatus einer meistbegünstigten Nation (MFN) gehörten.

Die amerikanischen Medien schweigen

Als Gegenleistung für Browns Dienstleistungen wurden laut Binh Bestechungsgelder in Höhe von 700000 Dollar in der Singapurer Zweigstelle einer französischen Bank deponiert, plus Garantie eines Anteils an Gewinnen, die Vietnam aus Handelsge-

schäften mit amerikanischen Ölgesellschaften und anderen Firmen nach Aufhebung des Handelsembargos erzielen würde.

Binh sagte in seinem letzten Interview zu unseren Korrespondenten, weitere 300000 Dollar seien von Hanoi bereitgestellt worden, um der Vietnam Development Corporation, die Einführung von US-Firmen, die Brown angeblich bereits aufgetan hatte, in Vietnam zu erleichtern.

Das angebliche Abkommen zwischen Brown und den Vietnamesen scheint genau nach Plan zu verlaufen, weil die amerikanischen Medien die Korruption der Clinton-Regierung nicht an den Pranger stellen möchten.

Clinton hielt Stichtag ein

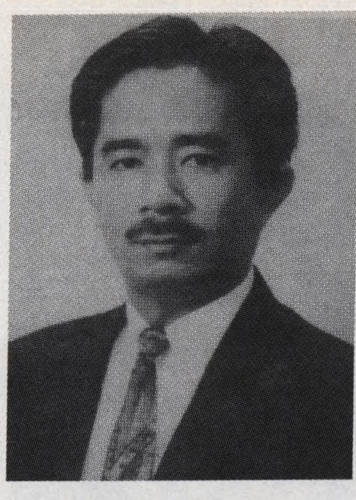
Zwecks zeitlicher Abstimmung mit einem Zusammentreffen des Vorstands des IWF, bei dem das französisch-japanische Abkommen, mit dem der Weg für neue Darlehen an Vietnam geebnet werden soll, erörtert werden sollte, mußte Clinton den Widerstand der USA gegen die IWF-Darlehen noch vor dieser Sitzung vorläufig einstellen, was durch eine Bekanntgabe des Präsidenten geschah.

Wenn der Zeitplan eingehalten wird, wird Clinton zunächst die Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos verkünden, wenn Mitte September die jährliche Erneuerung ansteht.

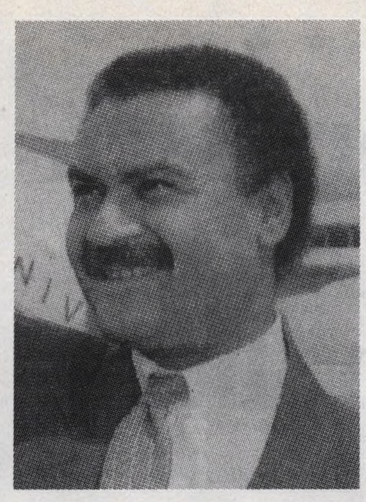
Dann werden volle diplomatische Beziehungen zu Vietnam und die Gewährung des Handelsstatus einer meistbegünstigten Nation folgen, meinte Binh.

Am 1. Juli vollzog Clinton die Charade, sich mit Vertretern von sieben führenden US-Veteranen-Organisationen und zwei Gruppen von Kriegsgefangenen- und Vermißten-Familien im Weißen Haus zu treffen, um sich mit ihnen über den kurz bevorstehenden Stichtag für die Entscheidung über die IWF-Darlehen zu »beraten«.

Repräsentanten der Veterans of Foreign Wars (VFW), der American Legion, der Amvets, der Vietnam Veterans of America,



Ly Tranh Binh, vietnamesisch-amerikanischer Geschäftsmann, ist die Schlüsselfigur bei dem behaupteten Brown-Deal mit Vietnam.



Ron Brown, US-Handelsminister, wird beschuldigt, mit Vietnam ein Abkommen getroffen zu haben, wofür er geheime Zuwendungen erhielt.

der Disabled American Veterans, der American Ex-POWs und der Retired Officers Association nahmen zusammen mit der National Alliance of Families for the Return of America's Missing Serviceman und der National League of Families of Prisoners and Missing in Southeast Asia an dieser Sitzung teil.

Repräsentanten der Regierung auf dieser Sitzung waren Clinton, Vizepräsident Al Gore, der assistierende Außenminister Winston Lord, der assistierende Verteidigungsminister William Pendley, der Berater für nationale Sicherheit Anthony Lake, der stellvertretende Berater für Nationale Sicherheit Sandy Berger, die Leiterin des National Security Staff Nancy Soderberg und der Kommunikationsleiter des Weißen Hauses David Gergen.

Nur die VFW deutete auf der Sitzung an, sie sei für die IWF-Darlehen an Vietnam, eine Position die Tausende von amerikanischen Kriegsteilnehmern zutiefst verärgerte. Die American Legion führte die anderen beim Widerstand gegen jede Handelskonzession an Vietnam an, bis die Sache der Kriegsgefangenen und Vermißten von den Kommunisten vollkommen geklärt ist.

Dolores Alfond, die die National Alliance of Families leitet, ließ Clinton »mit rotem Gesicht und unangenehm berührt« stehen, als sie auf der Sitzung ihre Meinung darlegte, sagte ein Informant zu unseren Korrespondenten.

»Mr. President«, sagte sie. »Wenn Sie die Finanzierung durch den IWF bewilligen, dann werden Sie nach Ansicht meiner Mitgliederschaft und der National Alliance of Families jedem US-Kriegsgefangenen, der von Vietnam festgehalten wird, eine Kugel in den Kopf jagen. Ich meine dies in einem sehr wörtlichen Sinne, weil die Vietnamesen schon nach jedem Vorteil jagen, den diplomatische Anerkennung ihnen gewährt, und die Festhaltung der Gefangenen wäre eine Verpflichtung, während eine Freilassung nur gewährleisten würde, daß die Finanzierung durch den IWF abgelehnt wird.«

Ein schmählicher Verrat

»Eine Tötung der Kriegsgefangenen wird das Problem der Vietnamesen lösen«, sagte sie, und schaute dabei den Präsidenten direkt an, »und sie wird das politische Problem der USA, das die Kriegsgefangenen darstellen, lösen ... Ich und meine Mitgliederschaft werden diese Handlung als schmählichen Verrat an Ihrem Versprechen an die Familien betrachten.«
Mehrmals und in zahlreichen Briefen an Familienmitglieder und POW-MIA-Aktivisten versprach Clinton vor und nach seiner Amtsübernahme, er werde keine weiteren Schritte unternehmen, um Vietnam zu helfen, falls die Angelegenheit der Kriegsgefangenen und Vermißten nicht vorher geregelt wird.

»Es ist unsere Hoffnung«, sagte die Leiterin der Allianz zu Clinton, daß »Sie Ihr Versprechen und Ihre ›reale Verpflichtung‹ wie Sie sagten, den Familien gegenüber einhalten ...

Jedoch, falls ich von Ihnen heute etwas anderes höre, und wenn Sie die IWF-Gelder bewilligen, dann werde ich der Presse sagen, daß Ihre Verpflichtungen nichts bedeuten, und daß Sie die Familien schmählich verraten haben.«

»Außerdem, Mr. President, kann ich Ihnen versichern, daß, wenn Sie ein Versprechen brechen, das viele Familienmitglieder glauben, daß das Leben ihrer Lieben gekostet haben könnte, dann können Sie sicher gehen, daß diese Leute der Presse gegenüber in dieser Sache kein Blatt vor den Mund nehmen werden, und sie werden wahrscheinlich alles in ihrer Macht stehende tun, damit Sie nicht wiedergewählt werden.«

Clinton läßt sich nicht beeindrucken

Sich auf eine Konfrontation, die Clintons Vorgänger George Bush hatte, als er im vergangenen Jahr an einer Sitzung von Familien in Washington teilnahm, auf der er einer Gruppe enttäuschter Mütter und Frauen der Vermißten, sie anschreiend, die Wahrheit zu sagen, zurief: »Halten Sie den Mund und setzen Sie sich hin«, beziehend, sagte sie zum Schluß:

»Es ist nur so, daß die Geduld der Familienmitglieder mit gebrochenen Versprechen so tief gesunken ist wie noch nie, und wenn Sie Vietnam die IWF-Gelder bewilligen, dann könnte Ihnen das, was Bush geschah, als er im vergangenen Jahr auf unserer Konvention sprach, sehr wohl auch geschehen.«

Nichtsdestoweniger verkündete Clinton am darauffolgenden Tage, genau plangemäß, daß er den Widerstand der USA gegen IWF-Darlehen an Hanoi beenden werde.

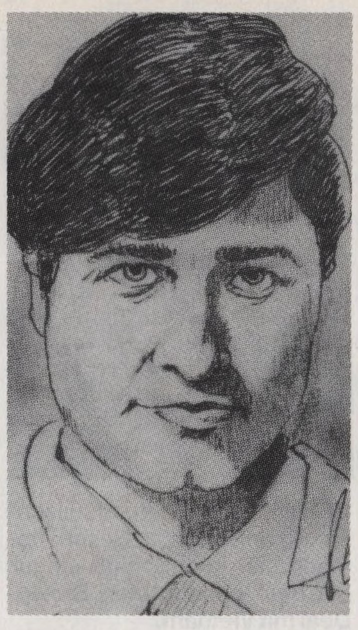
Er behauptete, eine Gewährung der IWF-Darlehen bietet »die beste Hoffnung, den Familien amerikanischer Kriegsgefangenen und Vermißten die Antworten und den Seelenfrieden zu geben, die sie verdienen«. □

USA

Wie moralisch ist die US-Außenpolitik?

Joseph Sobran

Der jüngste Bombenangriff auf Bagdad hat mir Veranlassung dazu gegeben, noch einmal darüber nachzudenken, ob ich Pazifist bin. Ich glaube es nicht; ich kann mir viele Situationen vorstellen, in denen Gewalt gerechtfertigt wäre. Das Problem ist, daß diese gewöhnlich abstrakte Musterbeispiele sind, die im wirklichen Leben kaum vorkommen. Ich habe keine moralischen Bedenken, auf einen bewaffneten Räuber zu schießen, oder auf eine einmarschierende Armee. Aber Städte bombardieren?

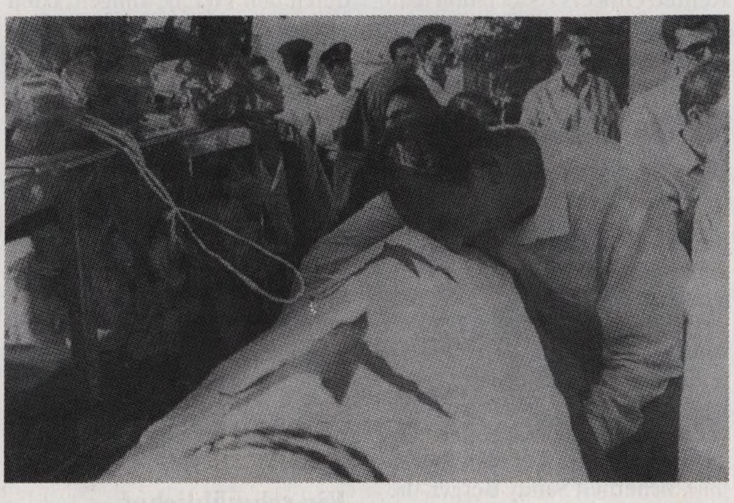


Joseph Sobran kritisiert die Haltung der USA in Fragen des Nahen Ostens, die nur Rache zur Folge haben kann.

Wie die Kirche und ihre Moraltheologen uns oft gesagt haben, sind moderne Waffen zur Kriegsführung wahllos. Es ist schwierig, sie einzusetzen, ohne unschuldige Menschen zu töten. Atomwaffen wurden mit völliger Gleichgültigkeit gegenüber diesem Umstand geschaffen; sie sind dazu bestimmt, wahllos zu töten. Der Gedanke an eine Wasserstoffbombe, die sich nur Kombattanten aussucht, ist absurd. Selbst Bomben niedrigeren Grades sind kaum präziser.

Dies hat praktische Auswirkungen; bei moralischen Wahrheiten ist das gewöhnlich der Fall. Wenn wir Bagdad bombardieren, töten wir gezwungenermaßen einige unschuldige Menschen. Selbst wenn dies im vorliegenden Falle als Akt der Vergeltung für einen Mordanschlag auf George Bush moralisch gerechtfertigt wäre, was ich aus mehreren Gründen bezweifle, dann bleibt die Tatsache bestehen, daß ein solcher Akt Feinde für unser Land schafft. Einige dieser Feinde könnten eigene Wege finden, sich für amerikanische Gewalt zu rächen, wie zum Beispiel durch Bombenlegung, sagen wir einmal im World Trade Center.

Diese Art von Terrorismus gilt gewöhnlich als ziellos und irrational, weil dabei Menschen getötet werden, die nichts getan haben, um ihn zu provozieren. Und auch deswegen, nehme ich an, weil



Mahmoud Khlij trauert am Sarg seines Sohnes, der zum Opfer des amerikanischen Bombenangriffs auf Bagdad am 27. Juni 1993 wurde.

dies durch private Einzelpersonen anstatt durch Regierungen geschieht, was Amerikaner, die Gewalttätigkeiten ihrer Regierung überlassen, unverständlich finden. Wir nennen solche Handlungen »sinnlos« – ein Wort, das etwas über unsere Gedankengänge aussagt. Unsere Regierenden nennen sie fast immer »feige«. Aber wozu gehört mehr Mut: Bombenangriffe aus dem Oval Office des Weißen Hauses zu befehlen, mit der ganzen Autorität der US-Regierung hinter einem, oder gefährliche Sprengstoffe herzustellen und sie höchstpersönlich in ein schwer bewachtes Gebäude in einem Ballungsgebiet zu bringen?

Wir sollten uns der Tatsache bewußt sein: Fanatiker sind oft sehr tapfer. Sie ordnen alles, einschließlich ihr eigenes Leben, einem einzigen Ziel unter. Und amerikanische Außenpolitik scheint im Ausland sehr viel Fanatismus auf den Plan zu rufen.

Fanatiker sind oft sehr tapfer

Wieder einmal offenbart unsere Sprachregelung unser Unverständnis. Wir sprechen von »Terrorismus« und »Amerikafeindlichkeit«, als ob dies einfache und unergründliche Dinge seien. Amerikaner können sich kaum vorstellen, wie ihnen zumute wäre, wenn sie von ausländischen Flugzeugen und Raketen angegriffen würden. Wir wären alle erschreckt und wütend. Einige von uns könnten wütend genug sein, nach Möglichkeiten zu suchen, um das Land, das dies getan hat, zu bestrafen, wenn unser Land nicht dazu in der Lage wäre.

Sage ich jetzt, daß »Terrorismus« und »Amerikafeindlichkeit« gerechtfertigt sind? Nein. Vorsätzlich Unschuldige zu töten ist von innen heraus Unrecht. Und »Amerikafeindlichkeit« bedeutet zuviele Dinge für eine einfache Beurteilung. Aber ich bin nicht erstaunt, daß diejenigen, die unserem Land nur auf der Empfängerseite unserer Waffen begegnen, uns bitter hassen. Das ist nur menschlich.

Es sieht so aus, als ob wir uns auf eine Periode des kalten Krieges, und oft sogar heißen Krieges mit der moslemischen Welt zubewegen. Viele Amerikaner, besonders, aber nicht ausschließlich, die Anhänger Israels, scheinen dies so zu wollen. Sie warnen uns ständig, wie gefährlich der Islam ist, während sie eine Politik forcieren, die die Dinge nur verschlimmert.

Nach dem Bombenangriff auf Bagdad wurde uns gesagt, daß arabische Diplomaten, was sie auch immer in der Öffentlichkeit sagen, in Privatgesprächen die Aktion unterstützen. Vielleicht, aber das ist nicht gerade beruhigend. Warum sollten sie ihre Billigung nur auf privater Basis vertreten. Aber die arabischen Massen hassen uns, und verachten die arabischen Herrscher, die mit uns kooperieren. Die Amerikafeindlichkeit – eine verallgemeinerte Verabscheuung unseres Landes, seiner Kultur – wird sich unter Arabern unweigerlich noch verstärken und sogar untrennbar von ihrer eigenen Kultur werden. Und wir verstärken diese Tendenz mit jedem Militärschlag auf arabische Ziele.

Es hat keinen Zweck, wenn wir sagen: »Sorry, nichts Persönliches. Wir wollen nur Saddam Hussein bestrafen.« Nun, sie sehen sehr wohl, daß Saddam Hussein, was auch immer seine Verbrechen sein mögen, nicht zu den Zehntausenden von Arabern gehört, die wir getötet oder ver-

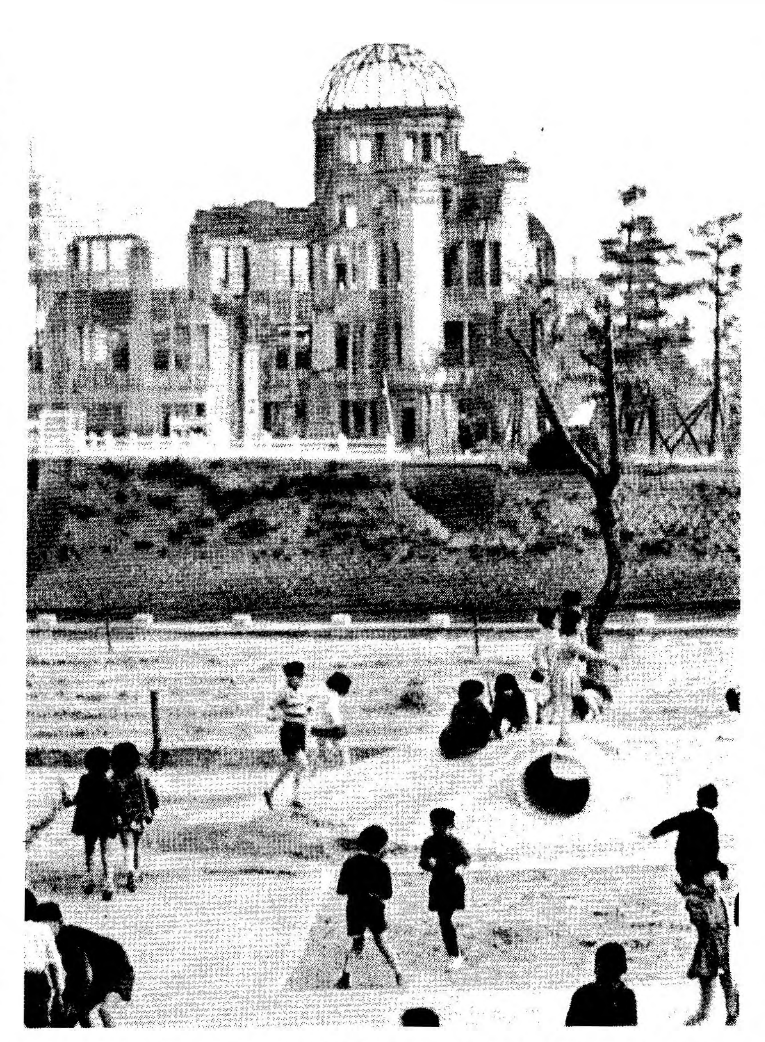
stümmelt haben. Er könnte sogar zum Symbol des arabischen Widerstands gegenüber dem Westen und daher zu einem Helden werden. Aber auf jeden Fall spielt er letztendlich keine Rolle mehr. Wir greifen die arabische Welt, die gleichzeitig das Herz der riesigen moslemischen Welt ist, ständig an. Wir bombardieren keine serbischen Städte, um die Verfolgung von Moslems zu bestrafen.

Niemand sagt frei heraus, daß unsere Politik darin besteht, uns die moslemische Welt so weit wie möglich zum Feind zu machen. Unsere Führer sehen das, was sie tun, vielleicht nicht einmal unter diesem Aspekt. Aber das ist die Auswirkung davon. Dies, und nicht nur ein paar »tote und verletzte Privatpersonen« stellt die eigentliche »nebensächliche Gefahr« dar, die mit unseren Bombenangriffen verbunden ist.

Jeden Sinn für Normalität verloren

Wenn Sie mir hier ein bißchen Autobiographie zugestehen, mir war der Gedanke an Krieg immer zuwider. Er hatte für mich niemals einen Glanz. Ich glaubte, der Kalte Krieg war eine Notwendigkeit, aber eine die zu bedauern war, die uns nicht nur ein Vermögen, sondern auch einige unserer Freiheiten gekostet hat; und es beunruhigte mich irgendwie, daß bei so vielen Konservativen die Kosten keine Rolle spielten. Als der Kalte Krieg beendet war, hoffte ich, daß alles wieder normal werden würde. Aber wir scheinen über die Zeit hinweg jeden Sinn für Normalität verloren zu haben. Der Frieden ist normal.

Vor einigen Jahren geriet ich in eine gewaltige Auseinandersetzung dadurch, daß ich bemerkte, daß die Interessen Israels mit denen der Sowjetunion übereinstimmten: nämlich die USA gegen die gesamte arabische Welt aufzubringen, dies lag nicht in unserem Interesse, dachte ich leidenschaftlich, und wir sollten uns vor der Kampagne der Interessenvertreter Israels hüten, die uns in Feindseligkeiten mit den Arabern hineinmanövrieren wollen. Dies brachte mir Kummer nicht nur seitens der Israel-Lobby, sondern auch seitens der Konservativen ein, die im Bündnis mit der Lobby dazu bereit waren, den Verrat der Israelis an unserem Land zu übersehen. Die gleichen Leute, die immer noch im Schlaf über Alger Hiss redeten, waren oft schnell damit bei der Hand, die Pollard-Affäre zu entschuldigen, obwohl amerikanische Geheimnisse von Israel sehr wohl an die Sowjets verraten worden sein können.



Das größte Verbrechen der USA war der Atombombeneinsatz gegen Hiroshima 1945.

Weit davon entfernt, den Frieden zu begrüßen, scheinen solche Konservativen begierig zu sein, in den nächsten Krieg zu ziehen. Aber wenn Konservatismus überhaupt etwas bedeutet, dann eine Politik, die von einem starken Sinn für das Normale, in religiöser – speziell katholischer – verwurzelter Tradition, getragen wird.

Israel wurde gegründet, so daß Juden einen Ort haben, um normal dort zu leben; die Tragödie liegt darin, daß es ein chronisch abnormales Land geworden ist, abhängig von Unterstützung aus dem Ausland, während es seinen abnormalen Kurs verfolgt. Um unserer selbst willen sollten wir uns von ihm entfernt halten. Aber Israels Amen-Ecke tut alles, was in ihrer Macht steht, um Amerikaner daran zu hindern, ihre eigenen separaten Interessen klar zu erkennen.

Verunglimpfungen und möglicher Ruin

Der Aufruhr, den ich hervorrief, ist es wert, einmal darüber nachzudenken, eben deswegen weil er ungewöhnlich war. Der Grund, warum er ungewöhnlich war, ist der, daß die meisten Journalisten gelernt haben, ihre Köpfe hängen zu lassen. Pat Buchanan hat die gleiche Erfahrung gemacht wie ich, nur in einem weit größeren Umfang, als er versuchte, Amerikas wirkliche Interessen im Nahen Osten festzulegen. Aber die Regel in diesem Geschäft ist, daß die Experten es vermeiden, der Ecke in die Quere zu kommen. Die Folge ist das große Schweigen, wo eigentlich eine ernsthafte Debatte vonstatten gehen sollte.

Von Gesetz wegen haben wir Redefreiheit. Aber die Israel-Lobby, die nicht damit zufrieden ist, viele wichtige Presseorgane zu besitzen, versucht, viele potentielle Dissidenten in Angst und Schrecken zu halten. Es genügt der Lobby nicht, eine Stimme zu haben; ihre Widersacher – gewöhnlich amerikanische Patrioten – müssen zum Schweigen gebracht werden. So wird der Journalismus auf diesem einen Gebiet von der ständigen Bedrohung verfolgt, die jeden trifft, der vielleicht versucht, selbständig zu denken: Verunglimpfung und möglicher Ruin. Und wir werden ständig mit einseitiger Propaganda über »Terrorismus«, »islamischer Fanatismus«, »arabische Diktatoren« und natürlich »unser einziger zuverlässiger Alliierter im Nahen Osten« beharkt.

Das Schlimmste daran ist, daß die meisten Amerikaner glauben, daß sie alle Standpunkte über den Nahen Osten hören, was aber nicht der Fall ist. Sie sind sich nicht darüber im klaren, wie viele normalerweise frei heraus sprechende Journalisten über ein Thema ihr Maul vorsichtig geschlossen halten. Für jeden Buchanan gibt es buchstäblich Hunderte, die niemals einen Piepser von sich geben, nicht einmal um grundsätzlich gegen die Taktik der Einschüchterung zu protestieren. Wir haben Tabus, die nicht einmal als solche anerkannt werden, und nichts ist heimtückischer als die Illusion der Freiheit ohne deren Substanz. Dies wird nicht wieder das Land der Freien werden, ehe es nicht die Heimat der Tapferen wird.

Wir können uns auf mehr Druck für militärische Aktionen im Nahen Osten, mit mehr frustrierten Arabern, auf rachsüchtige Terrortaktiken gefaßt machen, die wiederum verwendet werden, um weitere Militäreinsätze im Nahen Osten zu rechtfertigen. Kein arabischer Staat kann möglicherweise unsere Küsten bedrohen, aber eine Handvoll selbständiger Terroristen können ein paar Amerikaner töten, und dann werden die Amen-Ecke und andere eingefleischte Kriegswütige stets schnell damit bei der Hand sein, für uns die falsche Lehre daraus zu ziehen. □

Hintergrund-Journal

Gaidar Alijew ergreift in Aserbaidschan die Macht

Die Kreatur des anglo-sowjetischen »Trust«, Gaidar Alijew, ein ehemaliges Mitglied der kommunistischen Nomenklatura, steht kurz davor, offiziell als neuer Staatschef in Aserbaidschan gekrönt zu werden. Er wurde zum amtierenden Ministerpräsidenten mit Vollmachten über die Armee und Polizei ernannt. Alijew erzwang den Rücktritt von Isa Gambarow als Vorsitzende des aserbaidschanischen Parlaments, womit der Weg zu einer Parlamentsabstimmung, um Alijew auch diesen Posten zu übertragen, frei wird.

Nach Gambarows Rücktritt flog Alijew nach Gyandzha (ehemals Kirovabad), die zweitgrößte Stadt in Aserbaidschan, und Hauptquartier des Rebellen Oberst Surat Huseinow, um sich mit Huseinow wegen der Bildung eines Staatsrats und Regierung der »nationalen Einheit« zu treffen. Es war Huseinow, der Alijews Comeback mit einer Revolte, bei der diese Stadt erobert wurde, und mit einer Erklärung, die dazu aufrief, daß Alijew Aserbaidschans neuer Staatschef werden soll, ausgelöst hatte.

Präsident Elcibey ist zu einer Gallionsfigur geworden, was klar wurde, als, nachdem Alijew seine Gespräche mit Oberst Huseinow beendet hatte, die Streitkräfte der Rebellen zu einem »Marsch auf Baku« antraten und Elcibey die Regierung von Aserbaidschan anwies, den Rebellen keinen Widerstand zu leisten. Dieser Befehl zeigte, daß Alijew keine Zeit verschwendete, seine neue Vollmacht über die Armee in die Tat umzusetzen.

Alijew führte in Baku Gespräche mit Vertretern von British Petroleum and Amoco. Präsident Elcibey unterzeichnete nach Rippenstößen durch Alijew einen Erlaß mit dem Aserbaidschan aus der Rubel-Zone herausgenommen wurde.

Alijew hat sich geschworen, daß, wenn er seine Macht erst einmal gefestigt hat, er auf breiter Basis einen Krieg gegen die armenische Enklave Karabach und Armenien selbst führen werde. In einer Vorweg-Reaktion begannen armenische Streitkräfte, die aus Karabach heraus operieren, in dem aserbaidschanischen Distrikt Agdam mit einer Großoffensive, wobei sie Dörfer einnahmen und sich der Distrikt-Hauptstadt gleichen Namens näherten. □

Vereinte Nationen besorgen in Bosnien die Sache der Serben

Ein hochrangiger Beamter der Vereinten Nationen in Sarajewo gab der Nachrichtenagentur Reuter gegenüber unter der Bedingung, daß sein Name nicht genannt wird, zu, daß »wir in einem gewissen Ausmaß die Sache der Serben betreiben«. Er sagte, daß durch die Einrichtung von »sicheren Gebieten« und Entwaffnung der Moslems, die Streitkräfte der Vereinten Nationen in Bosnien »effektiv mit unseren Friedenserhaltern und der Befriedung moslemischer Enklaven, anstatt dies serbischen Soldaten zu überlassen, moslemische Truppen binden«.

Der UNO-Informant setzte hinzu: »Die Serben haben verhältnismäßig wenig Industrie, daher suchen sie nach irgendetwas, das sie in die Lage versetzt, ihre Soldaten wirkungsvoller einzusetzen. Sichere Gebiete bieten sich dazu an.«

Reuter zitierte auch Oberst Jovar Divjak, stellvertretender Kommandeur der bosnischen Armee: »Die territorialen Ziele der Serben sind klar: Sie wollen ganz Ostbosnien und einen Landkorridor zu den Serben im Westen. Sie werden den Vance-Owens-Plan akzeptieren, aber nicht die Karten, die dazugehören. Wir haben damit gerechnet, daß sie Feuereinstellungen und Diskussionen über die Gebiete als Tarnung für weitere Angriffe benutzen werden. Das tun sie auch.« □

Nordkorea wirft seine Entscheidung über NPT über den Haufen

Nordkorea gab bekannt, es werde nicht auf den Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT)-Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen – verzichten, wie es zunächst beabsichtigt war, und nahm damit der Krise über diese Frage ebenso plötzlich und willkürlich den Wind aus den Segeln, wie sie angeheizt worden war. Die plötzliche Umkehr verleiht dem Argument vieler chinesischer Nationalisten mehr Gewicht, daß die ganze Nordkorea-NPT-Krise von Peking arrangiert worden ist, um sicherzugehen, daß Clinton Rotchina den Status einer meistbegünstigten Nation (MFN) verleiht.

Peking hatte zu Washington gesagt, daß nur die chinesischen Kommunisten wissen, wie man mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Il-Sung fertig wird. Jetzt ist Clinton im Sinne einer Unterstützung des MFN-Status für China hervorgetreten, und Kim Il-Sung hat seine plötzliche Provokation weitgehend rückgängig gemacht. □

Schottische Zeitung berichtet über ADL-Skandal

Die Edinburgher Zeitung »Scotland on Sunday« brachte eine Story mit der Überschrift: »Spy Scandal Rocks U.S. to the Core« (»Spionage-Skandal erschüttert USA bis auf den Kern«). Der Skandal, schreibt die Zeitung, »konzentriert sich auf zwei undurchsichtige Figuren in San Francisco, die Informationen an südafrikanische Geheimdienstagenten und an eine mächtige jüdische Gruppe, die ADL (Anti-Defamation League), verkauft haben«.

Die Zeitung zitiert die Anti-Apartheid-Aktivistin Anne Poirier, Klägerin in einem Verfahren gegen die ADL, wie folgt: »Iran, Palästinenser, Armenier – in welchem Ausmaß gibt es eine Sicherheitsfront, die auf internationaler Ebene mit der südafrikanischen Regierung, der britischen Regierung oder mit sonstwem kooperiert?«

Die Wochenzeitung erwähnt auch, daß die Polizei-Razzia gegen ADL-Offizielle zur Beschlagnahme von »Notizen über das Eindringen in Sitzungen, einschließlich einer auf der der kürzlich ermordete schwarze südafrikanische Führer Chis Hani in Los Angeles sprach, führte«. □

Arafat kritisiert USA und Israel

Die Palestine Liberation Organization (PLO) gab bekannt, daß sie ihre Mannschaft bei den Nahost-Friedensgesprächen von 14 auf drei Personen verringert habe, weil die USA und Israel ihre Versprechen gegenüber den Palästinensern nicht eingehalten hätten. Der Vorsitzende der PLO, Jassir Arafat, sagte in einer Botschaft an die zwei Millionen Palästinenser der besetzten Gebiete, daß die Vereinigten Staaten und Israel die Versprechen nicht eingehalten und damit versucht hätten, die Glaubwürdigkeit der PLO in Frage zu stellen.

»Amerikanische Versprechen, die uns von arabischen Bruder- und freundschaftlichen Parteien zugetragen wurden, sind nicht in die Tat umgesetzt worden, und man hat versucht, die Glaubwürdigkeit der PLO herabzuwürdigen«, wetterte Arafat. Er setzte hinzu, daß die Manöver der israelischen Delegation in den ersten beiden Wochen der neunten Verhandlungsrunde »und die kriminelle, vorsätzliche Eskalation der Gewalttätigkeiten gegen unser Volk in den besetzten Gebieten eine Entwicklung darstellt, die die Dinge wieder einmal an einen gefährlichen Scheidepunkt heranbringt«.

Die palästinensische Delegation wies auch Israels Angebot zurück, weiteren 25 der Palästinenser, die es im Dezember deportiert hat, die Rückkehr in die Heimat zu gestatten. »Sie wissen genau, daß sie, um einen Unterschied zu machen, diese Zahl verdoppeln oder verdreifachen müssen ... Dies ist eigentlich ein Widerruf, weil wir über handfeste Zahlen sprachen, Zahlen, die wirklich einen Unterschied machen«, sagte die Sprecherin Hanan Ashrawi. »Wir haben weder die Zeit noch die Neigung dazu, uns mit dieser Sache nicht einmal Zoll für Zoll, sondern nur Millimeter für Millimeter zu befassen.« □

Warnung vor Bedrohung Europas durch die Serben

Auf einer Pressekonferenz in Triest sagte der italienische Verteidigungsminister Fabio Fabbri, daß Italien ein Hauptziel für terroristische Angriffe durch das ehemalige Jugoslawien werden könnte. Fabbri meinte, es bestehe ein »beunruhigendes Risiko des Terrorismus, besonders in Nordost-Italien, das gemeinsame Grenzen mit den ehemaligen jugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien hat. Er sprach auf einer Pressekonferenz nach einem Zusammentreffen mit Beamten des Innenministeriums und der Polizei, um Sicherheitsprobleme in den nordöstlichen Regionen Italiens zu erörtern.

Kürzlich drohte der Kommandeur der bosnischen Serben, Ratko Mladic, damit, den bosnischen Krieg bis zu der Region zwischen Triest und Wien auszudehnen, und er bezeichnete Triest als »alte serbische Stadt«.

Französische politische Persönlichkeiten läuten auch die Alarmglocken. In einem Kommentar in der »International Herald Tribune« schrieb der ehemalige französische Außenminister Michel Jobert: »Selbst der südlich gelegene französische Hafen Marseilles – der sich prahlerisch in seiner Position als Sieger beim jüngsten europäischen Fußball-Cup räkelt – ist nicht außer Reichweite der ebenso prahlerichen, aber unendlich finsteren serbischen Generale und deren Scud-Raketen.« □

Geldstrafe für Wucher?

Das Recht auf wirtschaftliche Entwicklung ist eine Menschenrecht und ein Verstoß gegen dieses Menschenrecht durch Wucher sollte mit einer Geldstrafe belegt werden, heißt es in einer Initiative, die von der American Association of Jurists der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vorgelegt wurde. Der relevante Abschnitt lautet: »Die Machenschaften von Staaten, Institutionen oder Einzelpersonen, die stillschweigend Einschränkungen des Rechts auf Entwicklung und der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte, wie zum Beispiel die Praxis des Wuchers, illegalen Finanzgeschäfte, Störungen des internationalen Geldsystems, schwere Schäden an der natürlichen Umwelt, den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht und ähnliche Dinge mit sich bringen, werden als Verstoß gegen die Menschenrechte angesehen.«

Die Initiative, die besagt, es sei unerheblich, ob diese Verstöße gegen die Menschenrechte sich »bewußt, irrtümlicherweise oder durch kriminelle Verheimlichung« ereignen, greift ausdrücklich die multinationalen Kartelle, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds als Agenturen an, die solche Verbrechen begehen. □

Israels Rabin sagt, Siedlungen sind ein Fehler

Israels Ministerpräsident Yitzhak Rabin nannte in einem Interview im israelischen Fernsehen in englischer Sprache die jüdische Siedlungsbewegung einen »Fehler«. Rabin äußerte, »ein Judenstaat« ist in den Ländern »Judäa, Samaria und Gaza nicht möglich«.

Rabin will jedoch nicht die UNO-Resolutionen 242 und 338 akzeptieren, nach denen Israel sich auf seine Grenzen von vor 1967 zurückziehen muß. In dem Interview bekräftigte er erneut Israels Recht, ein »vereintes Jerusalem« unter israelischer Souveränität zu beherrschen. Ost-Jerusalem wird unter den Resolutionen 242 und 338 als »besetzte Gebiete« erachtet.

Joseph Polakoff, Korrespondent für die Jewish Telegraph Agency, schrieb im Houstoner »Jewish Daily Herald«, daß die Freigabe der Bemerkungen in englischer Sprache »so gesehen wird, daß sich die Diaspora vielleicht auf einen Schritt der Rabin-Regierung in Richtung auf den Abzug aus den meisten, wenn nicht allen Gebieten, die in dem Krieg von 1967 erobert wurden, einstellen soll«.

Es gibt innerhalb der jüdisch-amerikanischen Gemeinde immer mehr Diskussionen darüber, »Land gegen Frieden« zu tauschen. Die Neokonservativen, angeführt von Norman Podhoretz, das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) und die Anti-Defamation League (ADL), sind hartnäckige Gegner aller Abkommen mit den Palästinensern oder arabischen Regierungen, in denen im Rahmen der Friedensvereinbarung irgendwelches Land aufgegeben werden soll. □

Seltsame Machenschaften Libyens und Israels

Zwei Beteiligte an der Iran-Contra-Affäre, der saudische Waffendealer Adnan Khashoggi und der Agent des israelischen Mossad Yacov Nimrodi, haben den Besuch von 200 libyschen Pilgern nach Jerusalem arrangiert, verlautet aus mehreren Geheimdienstkreisen. Eine dritte darin verwickelte Person ist Raphael Falach, Leiter der libysch-jüdischen Gemeinde in Rom.

Khashoggi und Nimrodi scheffelten in den achtziger Jahren Millionen in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Oberstleutnant in Ruhe Oliver North und anderen beim Verkauf von Waffen an den Iran. Sie waren auch an der Herstellung von Verbindungen zwischen US-Präsident Carters Bruder Billy und Libyens Mohammar Gaddafi beteiligt.

Nimrodi und Khashoggi riefen ein Joint-Venture für Touren zu den heiligen Stätten Jerusalems für arabische und andere moslemische Besucher ins Leben. Wie aus israelischen Kreisen verlautet, war keiner der Libyer ein einfacher Pilger und alle standen sie Gaddafi und dem libyschen Sicherheits- und politischen Apparat sehr nahe.

Der nächste Schritt läuft auf eine religiöse Konferenz heraus, die im Juli in Tripolis, Libyen, abgehalten wurde, an der libysche Juden aus Israel und Italien teilnahmen. Danach soll der Besuch zweier libyscher Minister in Israel und sogar ein Besuch Gaddafis selbst erfolgen. □

Ministerpräsident von Haiti zurückgetreten

Der Ministerpräsident von Haiti Marc Bazin trat unerwartet zurück, nachdem er die Allianz, die ihn an die Macht gebracht hat, zerschlug. Das Parlament und die Armee weigerten sich, ihn weiter zu unterstützen, nachdem er genau den Pakt, durch den seine Regierung im vergangenen Jahr zustande kam, gebrochen hatte.

Eine Woche zuvor feuerte Bazin vier Mitglieder seines Kabinetts, darunter die beiden, die von der Armee ernannt worden waren, und löste sie durch vier seiner eigenen engsten Mitarbeiter ab. Aber niemand aus dem Parlament oder der Armee wohnte deren Vereidigung bei, und sie konnten ihr Amt nicht übernehmen. Indessen behaupteten die vier geschaßten Kabinettsmitglieder, ihre Entfernung aus dem Amt sei ungesetzlich, und sie weigerten sich, ihre Posten zu verlassen.

Bazin, ein ehemaliger Beamter der Weltbank, hatte kürzlich bekanntgegeben, er sei bereit, sich mit den ehemaligen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide zu treffen. □

Bill Clinton

Die Frage nach der Befähigung

Andrew Arnold

Es liegen viele Anfechtungen gegen die Legitimität des neuen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton vor, die, obwohl sie in den Medien des Establishments nicht publiziert sind, nichts desto weniger vor Gericht ernst genommen werden.

1992 wurden mehrere Verfahren eingeleitet, mit denen Clintons Befähigung, ein öffentliches Amt zu bekleiden oder amerikanischer Präsident zu werden, in Frage gestellt wird. Einer dieser Zivilprozesse, angestrengt von James Mace, ist in einem Bundesgericht im US-Bundesstaat Missouri anhängig. Darin wird Clinton auf der Grundlage seiner Wehrdienstverweigerung und seiner Teilnahme an amerikafeindlichen Demonstrationen kritisiert und zu einer Feststellung aufgerufen, ob Clinton sich vielleicht des Verrats schuldig gemacht hat.

Clintons Position im Vietnam-Krieg

Am 12. März bat Clinton darum, seine privaten Anwälte aus dem Fall zurückzuziehen, und daß seine Vietnam-Tätigkeiten vom Justizministerium verteidigt werden. Clintons Antrag wurde stattgegeben, und heute verteidigt das amerikanische Justizministerium Clinton gegen die Anklage, daß er in einem Krieg, der das Leben von über 58000 US-Soldaten forderte, gegen Amerika war.

Georges Wirges, ein ehemaliger Zeitungsherausgeber aus Arkansas, ist über ein Gerichtsverfahren verärgert, das so lange wartete bis Clinton gewählt wurde, um über den Fall und über ein System zu verhandeln, das die Steuerzahler dazu zwingt, die Verteidigung von Aktionen zu finanzieren, die Wirges für verräterisch hält.
»Die Berichte über Bill Clintons Wehrdienstverweigerung im Zusammenhang mit dem Krieg in Vietnam, die 1992 ans Tageslicht kamen, waren schockierend«, sagte Wirges. »Tag für Tag erfuhr man über Clintons lässigen Umgang mit der Wahrheit und über seine Kavalierseinstellung zu dem, was dieses Land groß macht.«

Gefordert ist eine Untersuchung

Clintons »Standpunkt als Student wurde so dargestellt, als ob er mehr wisse als diejenigen, die diesen Staat gründeten und die Verfassung entwarfen«, setzte der Zeitungsmann hinzu. »Zweifellos ist es wirtschaftlicher für Clinton, eine öffentliche Verteidigung zu haben als eine private.«

Wirges – eine langjährige Nemesis der demokratischen Partei in Arkansas – behauptet, daß das geltende Gesetz des US-Justizministeriums (Title V. Ch. 31 Sec. 517) dem Ministerium verbietet, sich an einer Aktion zum Schutz von Privatrechten zu beteiligen. Wirges rief im vergangenen Jahr zu einer Untersuchung der Tauglichkeit Clintons für ein öffentliches Amt auf und lieferte dem FBI mehr als 30 Seiten Informationen, aber bislang hat keine Untersuchung stattgefunden.

Die »koordinierten Bemühungen«

Und dies trotz der Tatsache, daß die 14. Änderung zur Verfassung besagt, daß niemand ein Amt auf Bundesebene bekleiden kann, wenn er oder sie sich an Aufständen oder Rebellion gegen die Vereinigten Staaten beteiligt oder deren Feinde begünstigt hat. Außerdem wird in Artikel III, Paragraph 3, der Verfassung als Verrat definiert, wenn jemand dem Feind »Aid and Comfort« (Begünstigung) zuteil werden läßt.

Wirges ist davon überzeugt, daß Clinton genau das getan hat. Er sagt, eine Durchsuchung des Archivs an der University of California-Berkeley habe Vietcong-Dokumente ans Tageslicht gefördert, aus denen hervorgeht, daß Proteste gegen den Krieg in Vietnam als »koordinierte Bemühungen« zwischen kommunistischen Streitkräften und Kriegsgegnern bezeichnet wurden.

»Andere kommunistische Dokumente beziehen sich auf die Moratorium-Group, für die Clinton sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in England Proteste organisierte«, behauptet Wirges. Clinton mogelte sich aus seiner Einberufung hinaus, trat dann dem kriegsfeindlichen Moratorium bei und organisierte und führte Demonstrationen von Kriegsgegnern in London an. All dies geschah, nachdem die kommunistische Regierung in Hanoi die Demonstrationen gegen die Vereinigten Staaten öffentlich unterstützt hatte.

Clintons Handlungen in der Vergangenheit traten während seines kürzlichen Präsidentschaftswahlkampfes wieder ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, wurden aber im allgemeinen von den Nachrichtenmedien ignoriert, die ihn Bush und Ross Perot vorzogen.

Wirges hatte zu einer Untersuchung auf der Grundlage von Erklärungen aufgerufen, die Clinton als Rhodes-Schüler-Kandidat an der Oxford University abgegeben hatte.

In einem Brief von 1969, den er an Oberst Eugene Holmes, seinerzeit Leiter der ROTC an der University of Kansas, schickte, gab Clinton zu, »gegen den Krieg, geschrieben, gesprochen und marschiert zu haben«.

Zum Beispiel arbeitete Clinton mit der Moratorium-Group zusammen, die einen Protest organisierte, der am 15. November 1969 mit einem Marsch durch Washington zum Abschluß gebracht wurde. Es handelt sich hierbei um den gleichen Protest, der in den obenerwähnten Vietcong-Dokumenten beschrieben wird.

Das Ziel war die Botschaft

In England, sagte Clinton, »ich habe am 15. und 16. Oktober die Amerikaner hier in London für Demonstrationen organisiert«.

Protestierende nahmen sich unter anderem die amerikanische Botschaft in London zum Ziel. Außerdem nahm Clinton an Sitzungen der Group 68 – Amerikaner unterstützt durch den sowjetfreundlichen British Peace Council – teil, als er im Ausland »studierte«.

Wirges behauptet, diese Proteste hatten dem Feind der USA geholfen und seien ein Verstoß gegen Titel 18 des US-Code (Gesetzbuch):

»Wer den Vereinigten Staaten gegenüber zur Loyalität verpflichtet ist, dennoch Krieg gegen sie schürt oder ihre Feinde unterstützt, indem er sie innerhalb der Vereinigten Staaten oder anderswo begünstigt, macht sich des Verrats schuldig und soll den Tod erleiden, oder wird zu einer Freiheitsstrafe von nicht unter fünf Jahren und einer Geldstrafe von nicht unter 10000 Dollar verurteilt und darf unter den Vereinigten Staaten kein öffentliches Amt bekleiden.«

»Hiermit wird klar und deutlich Clintons Verwicklung in den kommunistischen Block und seine Rolle bei der Organisation von Demonstrationen demonstriert«, behauptet Wirges. »Es scheint gemäß Titel 18 klar relevant zu sein da es sich auf das Ersuchen um eine amtliche Untersuchung bezieht.«

Tatsächlich setzte sich der einstige Publizist vor der Wahl dreimal mit FBI-Beamten in Little Rock, Arkansas, in Verbindung und bat um eine Untersuchung. »Wir haben entschieden, daß dies keiner Untersuchung bedarf« sagte ein Sprecher des FBI. »Nach den uns vorliegenden Informationen ist kein Vergehen gegen das Bundesgesetz begangen worden.« □

Bill Clinton

Verbindungen zum CIA?

Michael Collins Piper

Warum half der Gouverneur von Arkansas Bill Clinton mit, die Untersuchung zu vertuschen, die gegen den damaligen CIA-Chef George Bush eingeleitet worden war wegen des Waffen- und Drogenschmuggelstützpunkt zur Versorgung der Contras auf dem kleinen ländlichen Flughafen in Mena, Arkansas? Wäre das nicht die ideale Wahlkampfmunition für den auf das Weiße Haus versessene junge Gouverneur gewesen? Es ist viel mehr an der Sache als einem zunächst auffällt.

Nicht wenige Washingtoner Insider vermuten, daß der CIA seinen ehemaligen Direktor und langjährigen »deep cover agent« Bush durch einen der jüngeren tief verdeckten Agenten aus ihren Reihen abgelöst haben könnte.

In Oxford für den CIA gearbeitet?

Das ist richtig. Es gibt Leute, die davon überzeugt sind, daß der heutige amerikanische Präsident schon seit seiner Studienzeit an der School of Foreign Service der Georgetown University, eine der Hauptanwerbungsstätten des CIA, eine Stütze des CIA ist.

Dann studierte Clinton bekanntlich als Rhodes Stipendiat an der Oxford University in England (CODE berichtete darüber). Insider glauben, daß der junge Clinton in Oxford erstmals im Namen des CIA tätig wurde.

Seinerzeit war der sowjetische KGB sehr aktiv, unter Oxford-Studenten verdeckte Agenten anzuwerben. Man glaubt, daß Clintons jetzt als berüchtigt geltende Reise in die Sowjetunion tatsächlich nicht auf Betreiben der Bolschewisten, sondern des CIA unternommen wurde.

»Der Zeitpunkt zu dem Clinton nach Moskau gereist sein soll, war auch die Zeit, als der CIA sehr damit beschäftigt war, amerikanische und andere Studenten anzuwerben, nach Moskau und Helsinki zu reisen und sich dort an Friedensaktivitäten zu beteiligen, um sowjetischen Aktionen entgegenzutreten«, sagte Victor Marchetti, ein ehemaliger CIA-Beamter und Mitarbeiter von CODE.

»Ohne irgendwelche Geheimnisse zu verraten, wie ich zu dieser Schlußfolgerung gekommen bin, also ich wäre nicht überrascht, wenn festgestellt würde, daß Clinton irgenwie für den CIA arbeitete.«

Ein kluger junger amerikanischer Internationalist wie Clinton wäre ein vortreffliches Ziel für den KGB gewesen, und der CIA hatte das auch erkannt, da er wahrscheinlich mitgeholfen hatte, Clintons Weg nach Oxford zu ebnen.

Kannte Bush die Wahrheit?

Der ehemalige Direktor des CIA, George Bush, wußte höchstwahrscheinlich die Wahrheit, als er andeutete, daß Clinton als Folge seiner Reise nach Rußland während seiner Studienzeit ein kooptierter Agent des sowjetischen KGB war.

Wir werden jedoch niemals erfahren, ob Clinton sich nicht gedreht und für den KGB gearbeitet hat. Es ist wohlbekannt, daß der CIA in beide Seiten des Konflikts über die Beteiligung der USA am Vietnam-Krieg eingedrungen ist und Proteste für und dagegen angeführt hat. Clinton verbrachte natürlich sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im Ausland einen Großteil seiner Zeit innerhalb der Protestbewegung gegen den Krieg.

Nach Beendigung seiner Undercover-Tätigkeit in Oxford studierte Clinton an der Yale University – eine weitere Anwerbestätte des CIA – die Rechte. Drei andere »Yalies«, von denen man glaubt, daß sie an der Yale University für den CIA angeworben wurden sind Bush, William F. Buckley jun. und James J. Angleton. In Yale lernte Clinton auch seine zukünftige Frau Hillary Rodham kennen.

Mrs. Clinton arbeitete später für die mächtigste Anwaltspraxis in Arkansas – eine Firma, die für ihre engen Bindungen zu den Rockefeller-Interessen im Heimatstaat ihres Mannes bekannt ist.

Einige Witzbolde haben behauptet, Hillary Rodham könnte selbst eine tief verdeckte Stütze der CIA gewesen sein. Die junge Anwältin diente als Mitarbeiterin des Kongresses bei der Untersuchung des Watergate-Schlamassels, eine Kontroverse, bei der die feine Hand des CIA von Anfang an und von oben nach unten erkannt – oder nicht erkannt – wurde.

Die steile Karriere von Bill Clinton

Nach Absolvierung der juristischen Fakultät an der Universität wurde Clinton schnell in die höchsten Rangstufen seines Heimatstaates gehievt. Ein Jahr, nachdem er die juristische Fakultät verlassen hatte, wurde er zum Professor an der University of Arkansas ernannt, obwohl er inzwischen einen Wahlkampf zum Kongreßabgeordneten verloren hatte. Zwei Jahre später wurde er – im Alter von 30 Jahren – zum Generalstaatsanwalt von Arkansas gewählt. Zwei Jahre danach wurde er auf den Posten des Gouverneurs katapultiert.
Man wird sich daran erinnern, daß schon bevor Clinton 1978 im

David Rockefeller mit seinem Familien-Clan gehörte zu den hilfreichen Freunden von Bill Clinton.

Bill Clinton

Verbindungen zum CIA?

reifen Alter von 32 Jahren erstmals zum Gouverneur von Arkansas gewählt wurde, er von den Medien des Establishments bereits als »zukünftiger Präsidentschaftskandidat« gefördert und als aus »präsidentialem Holz geschnitzt« über den grünen Klee gelobt wurde.

Noch einmal, dies war bevor Clinton gewählt wurde – sogar bevor seine Talente zum Regieren getestet worden waren. Es steht eindeutig fest, daß Clinton an einigen sehr hohen Stellen einflußreiche Bewunderer hatte.

Man wird sich auch daran erinnern, daß die Familie Rockefeller in Arkansas seit langem enge Bindungen und deftige Finanzinteressen unterhält.

Ein Schützling der Rockefeller

Es war nämlich niemand anders als Winthrop Rockefeller, Bruder des Finanzchefs der Familie Rokkefeller, David Rockefeller, der Mitte der sechziger Jahre als republikanischer Gouverneur von Arkansas diente. Clinton war damals im wesentlichen nur ein Rockefeller-Schützling im Stall der Demokratischen Partei.
Es ist daher kein Wunder, daß der junge Clinton, der Gouverneur des rückständigen Staates Arkansas, nicht nur aufgefordert wurde, dem Council of Foreign Relations (CFR) der Familie Rockefeller, sondern auch deren noch einflußreicheren Trilateralen Kommission beizutreten – und dies über die Köpfe dienstälterer und besser etablierter Gouverneure größerer, politisch mächtigerer Staaten hinweg.

Kein Wunder, daß er 1991 zu der hinter verschlossenen Türen stattfindenden Bilderberg-Sitzung eingeladen wurde (CODE berichtete seinerzeit darüber).

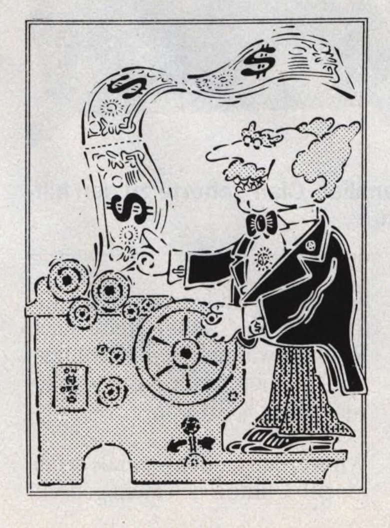
Bei seiner endgültigen Bewerbung um die Präsidentschaft hatte Clinton jedoch die Unterstützung von »Insidern«. Seine hauptsächlichen finanziellen Förderer aus der Geschäftswelt waren Geschäftsfreunde des internationalen Spezialunternehmens für Emissionen, Goldman Sachs, eine Firma mit engen Bindungen zur Bankendynastie der Rothschilds und einigen der reichsten Familien der USA.

Die hilfreichen Freunde

Andere an dieser Entwicklung hauptsächlich Beteiligte waren Mitarbeiter der in New York ansässigen Anwaltspraxis Willkie Farr & Gallagher. Dies ist die Firma, hinter der sich Kenneth Bialkin, eine hochrangige Figur in der Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge, lange Zeit verborgen hatte. Bialkins ADL ist bekanntermaßen eine illegale, nicht eingetragene Agentur für den Staat Israel und eine der Haupttriebfedern der Israel-Lobby in den USA.

Es sei zum Schluß festgestellt, daß nur wenige Tage vor der Präsidentschaftswahl niemand anders als David Rockefeller jun., Sohn des Familienoberhaupts und Thronerbe, den Leitartikel in der »New York Times« unterzeichnete, in dem er verkündete: »Warum ich Clinton traue«, und so ganz nebenbei einen »Erdrutsch« für Clinton prophezeite. Ganz offensichtlich, bei der Art von »Freunden« die Clinton seit seinen ziemlich geheimnisvollen Tagen an der Universität um sich geschart hat, benötigte er sicherlich nicht die finanzielle Unterstützung des amerikanischen Volkes – nur dessen Stimmen.

Und das hat er auch erreicht. □



Hillary Clinton

Die Super-Mama der USA

Andrew Arnold

Hillary Clinton wird von ihren Bewunderern in den Medien des Establishments als stark engagierte Sozialreformerin dargestellt, aber das stand ihr niemals im Weg, um schnelles Geld zu machen.

Kurz nachdem die Clintons in Washington eingetroffen waren, kursierten dort häßliche Gerüchte über Hillary Rodham Clinton, ihre Haltung, ihre Gewohnheiten – selbst über ihr Geschlechtsleben. Wochen später konterte das Establishment mit einer konzertierten Bemühung, Hillary als so etwas wie eine Heilige erscheinen zu lassen.

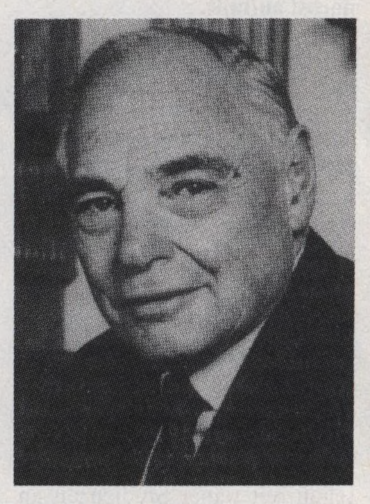
Die Folge war eine Beliebtheitsquote seitens der Öffentlichkeit für Mrs. Clinton von etwa 78 Prozent im ersten Quartal von 1993, wie aus dem Center for Media and Public Affairs verlautet.

Aber ist Hillary Clinton wirklich die Super-Mama, wie sie in den Medien des Establishments dargestellt wird, die die Anforderungen einer Karriere, an eine Ehefrau und Mutter miteinander abwägt, oder zielt dieser Blitzkrieg der Medien darauf ab, etwas zu verbergen?

Ihr ganzes öffentliches Leben hindurch hat Mrs. Clinton eine äußerst liberale Ideologie vertreten, die darauf abzielt, eine von der Regierung geleitete Gesellschaft herbeizuführen:

Als Backfisch vertrat sie ein soziales Evangelium, das auf dem Wege einer geistigen Erneuerung dringend nach sozialem Aktivismus verlangt.

Als Studentin an der Universität trieb Hillary das voran, was sie »menschlichen Wiederaufbau« als Heilmittel für die gesellschaftlichen Wehwehchen, die ihre Vorfahren ihr hinterlassen hatten, nannte.



Von Harry Oppenheimers Diamanten-Monopol hat Hillary Clinton 200 Aktien in ihrem Portefeuille.

Als Leiterin der New World Foundation (Stiftung Neue Welt) leistete Mrs. Clinton marxistischen Terroristen in El Salvador finanzielle Unterstützung und sie steht in dem Ruf, die UN-Convention on the Rights of the Child, die Kindern gesetzliche Rechte verleihen will, die denen von Eltern gleichkommen, zu unterstützen.

Eine pseudo-religiöse Propaganda

Die First Lady und ihre »Eine-Welt«; »Neues-Zeitalter«-Hundeführer bedienen sich der Propaganda, um Amerika ihre liberalen, pseudo-religiösen Überzeugungen aufzuzwingen.

Zum Beispiel hat Mrs. Clinton oft die Ansichten von Michael

Lerner, Publizist und Herausgeber der »progressiven« jüdischen Wochenzeitung »Tikkun« vertreten. Lerner tritt für das ein, was er die »Politik von Bedeutung« (politics of meaning) nennt, für die sich die First Lady eingesetzt hat, und die Lerner als Schwelle zu landesweiter Publicity benutzt hat.

Diese Philosophie »spricht die psychologischen, ethischen und geistigen Notwendigkeiten der Amerikaner« an, meint Lerner in einem veröffentlichten Interview.

Das ganze psychologische und pseudo-profunde Geschwafel einmal beiseitegelassen, besagt diese sogenannte Philosophie, daß, anstatt nach ihnen oder auf eine Institution wie zum Beispiel die Arbeit der Kirche oder von Freiwilligen zu schauen sind, die Autorität der Bundesregierung zu verbessern ist. Sie betrachtet die Regierung als Werkzeug, um Veränderungen in die Tat umzusetzen – ungeachtet dessen, ob Einzelpersonen dies wollen oder nicht.

Antwort auf das Unbeantwortbare

»Wir brauchen eine neue Definition der bürgerlichen Gesellschaft als Antwort auf die unbeantwortbaren Fragen, wie wir zu einer Gesellschaft kommen können, die uns wieder ausfüllt und uns das Gefühl verleiht, ein Teil von etwas Größerem als wir selbst sind zu sein«, äußerte Mrs. Clinton vor einer Klasse von Hochschulabsolventen. Die Bundesregierung »versucht, ihre Mittel der Eintreibung von Steuergeldern einzusetzen ... um uns zu helfen, eine bessere, gerechtere Gesellschaft zu werden«.

Einem Interview mit Lerner in der »Washington Post« zufolge, trafen Mrs. Clinton und Lerner sich am Tage bevor das Holocaust-Museum eröffnet wurde auf einem Empfang im Weißen Haus. Sie fragte ihn: »Bin ich Wortführer? Es ist erstaunlich, wie sehr wir auf der gleichen Wellenlänge zu senden scheinen.«

Lerner sagte: »Ich glaube das auch, und wir hatten uns einige Gedanken darüber gemacht, daß wir einige Ideen darüber hätten, wie die ›politics of meaning‹ in eine politische Richtung gebracht werden kann.« Und sie sagte: »Großartig, lassen Sie uns darüber reden«.



Hillary Clinton (links) mit Mitgliedern des Health Care Tast Force on the South Lawn im Weißen Haus.

Am darauffolgenden Montag traf Lerner noch einmal eine halbe Stunde lang mit ihr in ihrem Washingtoner Büro zusammen. Das Gespräch war ziemlich erstaunlich, weil bei dem ersten kurzen Gedankenaustausch, wo sie sofort fragte: »Was bin ich, Ihr Wortführer?« Das Gespräch war fast wie in Halbsätzen verlaufen, weil sie alles gelesen hatte.

Kritiker vertreten die Ansicht, daß Clinton & Co. die Verfassung und die Bibel als Richtlinien für Gesetz und Moral aus dem amerikanischen Leben verdrängen wollen, so daß sie den Leerraum mit ihrem »nach den Rechten orientierten Liberalismus« füllen können, wie der »World«-Korrespondent Terry Eastland es formulierte.

»Sie (Mrs. Clinton) spricht anklagend darüber, ›wieder an einem Ort leben zu wollen, wo ich die Straße hinuntergehen kann, ohne Angst zu haben‹«, schreibt Eastland. »Sie erinnert sich an eine Zeit, bevor der auf den Rechten basierende Liberalismus seinen Schaden anrichtete.«

»Wird sie auch begreifen, daß er begrenzt, ja sogar zurückgerollt werden muß, bevor das Moralgefühl des amerikanischen Volkes gedeihen und über das Gesetz mindestens einige wirksame Ausdrucksformen annehmen kann«, fragte er.

Langjährige Hillary-Beobachter sind über die sozialistischen Tendenzen auf der Tagesordnung der First Lady keineswegs überrascht, wenn man an einen geistigen Berater wie Lerner, an Beraterrollen von Hollywood-Liberalen wie Norman Lear und daran denkt, daß sie ein Kind der sechziger Jahre ist.

Keine Probleme mit Interessenkonflikten

Was viele naive Wähler nicht erwartet hätten, als sie Bill Clinton wählten, war, daß Hillary bei wichtigen Entscheidungen, die zu treffen sind, Partner des Präsidenten sein würde. Abgesehen davon, daß sie eine mächtige Liberale ist, ist die nicht gewählte Ko-Präsidentin der Vereinigten Staaten auch eine große Heuchlerin.

Zum Beispiel: Obwohl Mrs. Clinton von ihrem Mann zum Zar der Gesundheitspflege ernannt worden ist, sind sich nur wenige Leute darüber im klaren, daß Clintons Aktien-Portefeuille nach Schätzung des Zeitungsherausgebers aus Arkansas, Paul Greenberg, einen Anteil von fast 100000 Dollar an einem Fonds aufweist, der »schwer« zu Aktien der Gesundheitspflege neigt. Obwohl sie im wesentlichen eine Regierungsbeamtin, das heißt, Zar der Gesundheitspflege und Ko-Präsident ist, unterliegt die First Lady nicht den Gesetzen zur Regelung von Interessenskonflikten. Sie ist technisch davon befreit, weil ihre Positionen nicht gewählt und inoffiziell sind.

In den achtziger Jahren zum Beispiel, benutzte sie das gleiche Steuergesetz, das sie jetzt zum Schaden der Gesellschaft umkrempeln möchte, zu großem persönlichem Profit.

Mrs. Clinton, Anwältin in einer der prominentesten Anwaltspraxen in Arkansas, Rose Law Firm, heimste Mitte der achtziger Jahre von einer in Konkurs geratenen Spar- und Darlehenskasse in Arkansas Anwaltshonorare in Höhe von 2000 Dollar pro Monat ein, um mit dem Staat Geschäfte zu machen.

In eine weitere Abmachung war Vince Foster, ein Clinton-Gehilfe verwickelt, der wie berichtet wird, kürzlich Selbstmord begangen hat. Foster war Hillarys langjähriger Freund und Geschäftspartner. 1983 gründeten Hillary, Foster und Webster Hubbell, ein anderer Clinton-Mitarbeiter im Weißen Haus, eine Investment-Partnerschaft. Die für diese Partnerschaft angegebene Adresse ist die gleiche wie die der Anwaltspraxis Rose Law Firm.

Aus den Steuererklärungen Clintons geht hervor, daß dieser Deal niemals sehr viel versteuerbares Einkommen erbrachte, eine Tatsache, die einen Broker, der mit dem Deal sehr vertraut ist, in Erstaunen versetzt. »Sie kauften eine Menge Aktien in mehreren Firmen – Firestone Tire und Diamond Shamrock sind zwei, an die ich mich erinnere«, sagte der Broker.

Dies war nicht der einzige lukrative Aktienhandel der dem Clinton-Portefeuille zu Buche schlug, und den Hillary steuerte. Lange nachdem Gruppen, die gegen die Apartheid sind, zu einem Boykott gegen das betreffende Land ausgerufen hatten, unterhielten die Clintons immer noch annähernd 200 Aktien von DeBeers Consolidated Mines Ltd., das in Südafrika ansässige größte Diamenten-Monopol, das von dem engagierten Internationalisten und Zionisten Harry Oppenheimer beherrscht wird. □

Naher Osten

Bill Clintons neue Strategie

Martin Indyk

Nachstehend ein Ausschnitt aus einer Rede von Martin Indyk an das Soref Symposium des Washingtoner Institute for Near East Affairs, ein pro-israelischer Think-Tank (Beraterstab). Indyk, der ehemalige Leiter des Instituts, ist jetzt rangälterer Direktor für nahöstliche und südasiatische Angelegenheiten im National Security Council der USA. Seine Zuhörer waren eine Mischung von pro-israelischen Aktivisten, Akademikern, die sich auf den Nahen Osten spezialisiert haben, und Regierungs- und Geheimdienstbeamte. Indyk erläuterte die wesentlichen Punkte der Strategie der Clinton Regierung für die Region, vor allem hinsichtlich des »dualen Aufhaltens« des Iraks und des Irans.

Es ist eine Ehre für mich, anläßlich des Ausscheidens von Barbi Weinberg aus dem Präsidium des Instituts und ihres Aufstiegs zur Vorsitzenden vor Ihnen zu sprechen. Die meisten von Ihnen werden wissen, daß Barbi die Gründungsmutter des Instituts und mehr als acht Jahre lang dessen Inspiration und Leitlicht war. Ohne Barbi gäbe es kein Washingtoner Institute – so einfach ist das. Und ohne Barbi stünde ich heute Abend nicht vor Ihnen als Sprecher für die Clinton-Regierung. Ich wäre wahrscheinlich mit irgendwelchen zwingenden Forschungsarbeiten über Australiens Beziehungen zu Vanuatu (eine kleine Insel-Republik im Südwestpazifischen Ozean) beschäftigt. Wir alle in der Gemeinde der Washingtoner Politikmacher schulden Barbi ungeheuer viel Dankbarkeit. Denn ohne ihre Vision und Energie und Weisheit wäre die politische Debatte über Fragen des Nahen Ostens ermattet, und viele Leute wären nicht angeregt und ohne wertvolle Informationen zum Thema Naher Osten. [Barbi Weinberg ist eine Hauptfinanzstütze für die Interessen Israels, die Indyks Institute hauptsächlich finanziert hat.]

Die Vorstellung der Clinton-Regierung

Ich kam nach Washington mit einigen Gedanken im Kopf, wie Barbis Vision von einem Beraterstab für den Nahen Osten in die Praxis umgesetzt werden kann. Ich hatte mir niemals vorgestellt, daß das Institut eine derart bedeutsame Quelle der Forschung, Wissenschaft und Beratung in politischen Dingen für die Regierung, die Diplomatie und die Medien werden würde. Wir waren – und Sie sind immer noch – in einem edlen Unternehmen engagiert. [Tatsächlich kam Indyk nach Washington, um dort zu studieren und im American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) zu arbeiten.]

Barbi und ich geben das Institut jetzt in die sehr fähigen Hände von Mike Stein und Dennis Ross [ehemaliger Leiter des Planungsstabs für Politik im Außenministerium der Bush-Regierung] und Rob Satloff sowie John Hannah und Carole Stem und Ihnen allen, in der Hoffnung und von dem Glauben beseelt, daß Sie gemeinsam die Aktivitäten auf ein außergewöhnliches Leistungsniveau bringen und dennoch jenes Missionsgefühl beibehalten, das das Institut als einen ganz besonderen Ort kennzeichnet.

Amerikas Interesse an Öl und Israel

Meine Aufgabe besteht darin, vor Ihnen die Einstellung der Clinton-Regierung zum Nahen Osten auszubreiten.

Trotz der dramatischen Entwicklungen in der weltweiten Arena in den letzten vier Jahren haben wir immer noch ein bleibendes Interesse an dem freien Strom nahöstlichen Öls zu angemessenen Preisen. Wir haben ein bleibendes Interesse daran, die Freundschaft derjenigen in der arabischen Welt zu erwidern, die gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten anstreben. Wir haben immer noch ein bleibendes Interesse an der Sicherheit, dem Überleben und dem Wohlergehen des Staates Israel.

Änderungen in der Politik – gegenüber den Bush-Jahren – ergeben sich aus den dramatischen weltweiten und regionalen Entwicklungen, die auf die politische Dynamik der Region einwirken. Das Ende des Kalten Krieges hatte für den Nahen Osten tiefgründige Folgen. Die Supermächte liegen nicht mehr um Einfluß in dieser unsicheren Region miteinander im Wettstreit, und das bedeutet, daß die Vereinigten Staaten die Region nicht mehr durch ein globales Prisma des Konkurrenzdenkens zu betrachten brauchen. Zum ersten Mal können wir die dortigen Entwicklungen mehr unter dem Aspekt betrachten, welchen Einfluß sie auf unsere regionalen, statt auf unsere weltweiten Interessen haben.

Zum ersten Mal seit den fünfziger Jahren sind die USA unangefochtene dominierende Macht in der Region und alle Seiten schauen nun auf Washington, damit dieses seinen Einfluß ausübe. Das Nichtvorhandensein eines Wettbewerbs unter den Supermächten bringt jedoch in seinem Kielwasser weniger Einfluß auf die Politik der regionalen Mächte, schon gar nicht auf unsere europäischen und japanischen Alliierten des Kalten Krieges mit sich. Wir tragen größere regionale Verantwortung und sind dennoch weniger dazu in der Lage, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Mit der Verbreitung von ballistischen Raketen einerseits und der Ausbreitung des Extremismus andererseits können Konflikte oder Tumulte in einem Teil der Region dramatische Auswirkungen auf Ereignisse anderswo haben. Es könnte kein Krieg mehr acht Jahre lang zwischen zwei Mächten in der Region – Irak und Iran – geführt werden, während die übrige Welt zur Tagesordnung übergeht. Das Raketenzeitalter im Nahen Osten hat eine Lage herbeigeführt, in der Riad und Tel Aviv gleichzeitig vom Irak angegriffen werden könnten.

Die Politik ist gegen Iran und Irak gerichtet

In gleicher Weise hat der Iran seine regionale Reichweite demonstriert, indem er über die ganze Strecke vom Golf, über Ägypten und Libanon nach Algerien hinweg in trübem Wasser fischt. Seine Finanzierung, Bewaffnung in Ausbildung von Hisbollah und Hamas haben ihm die Fähigkeit verliehen, sich auch in den arabisch-israelischen Friedensprozeß einzumischen. Und seine nordkoreanischen Raketen könnten ihn in die Lage versetzen, auf Israel und die arabischen Staaten einzudreschen.

Unsere Problemlösung beginnt mit einem Konzept der Unabhängigkeit zwischen der östlichen und westlichen Hälfte der Region. Somit wird die Eindämmung der Bedrohungen durch Irak und Iran im Osten einen großen Einfluß auf unsere Fähigkeit ausüben, Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarn im Westen zu fördern.

Die Politik der Clinton-Regierung des »dual containment« des Iraks und des Irans leitet sich von der Einschätzung ab, daß die derzeitigen Regime des Iraks und Irans beide amerikanischen Interessen feindlich gegenüberstehen. Die Koalition, die gegen Saddam Hussein kämpfte, bleibt zusammen, solange wir unsere militärische Präsenz in der Region aufrechterhalten können, solange es uns gelingt, die militärischen Ambitionen sowohl des Iraks als auch des Irans einzuschränken.

Solange wir uns auf unsere Verbündeten in der Region – Ägypten, Israel, Saudi-Arabien und den Golf-Kooperationsrat und die Türkei – verlassen können, um ein Gleichgewicht der Macht in der weiteren Region des Nahen Ostens zu bewahren, werden wir auch die Mittel haben, sowohl dem irakischen als auch dem iranischen Regime die Zähne zu zeigen.

Wir brauchen uns nicht auf eines dieser beiden Länder zu verlassen, um dem anderen entgegentreten zu können. Einfach ausge-

US-Präsident Bill Clinton setzt bei seiner Politik im Nahen Osten voll auf die kostspieligen Beziehungen zu Israel.

drückt, wir verlangen, daß der Irak sich an alle Resolutionen der Vereinten Nationen hält. Das Regime von Saddam Hussein darf niemals wieder eine Gefahr für Iraks Nachbarn darstellen. Einige haben versucht, unsere Politik als Milderung der früheren Politik darzustellen.

Inzwischen sollte jedoch klar geworden sein, daß wir verlangen, daß alle irakische Regime sich an die Resolutionen halten. Wir werden nicht mit Saddam Husseins Sturz zufrieden sein, um zustimmen zu können, daß die Sanktionen aufgehoben werden. Auch streben wir keine Versöhnung mit Saddam Husseins Regime an und erwarten auch keine.

Die Notwendigkeit zu handeln

Unsere Absicht steht fest, sie besteht darin, klar und unzweideutig festzulegen, daß das derzeitige Regime im Irak ein verbrecherisches Regime ist, außerhalb der Völkergemeinschaft steht und unserer Beurteilung nach nicht korrigierbar ist.

Die Bedrohung aus dem Iran aufzuhalten ist ein schwierigeres, wenn auch nicht weniger notwendiges Unterfangen. Der Iran ist der erstrangige staatliche Sponsor von Terrorismus und Mord um den ganzen Erdball herum.

Der Iran fischt durch die ganze arabische Welt hindurch in trübem Wasser und strebt aktiv danach, freundliche Regierungen zu unterminieren. Durch seine aktiven Bemühungen, Angriffswaffen zu erwerben, strebt der Iran danach, den Golf mit militärischen Mitteln zu beherrschen. Und was vielleicht am meisten beunruhigt, ist die Tatsache, daß der Iran Massenvernichtungswaffen, einschließlich heimliche Atomwaffen und ballistische Raketen zum Abschuß von Sprengköpfen zur Massenvernichtung auf Länder des Nahen Osten, erwerben will.

Die Notwendigkeit, jetzt zu handeln, ergibt sich aus der Tatsache, daß Irans Drohabsichten im Augenblick noch seine Fähigkeiten übertrifft, diese auch wahr zu machen. Aber dieser Augenblick wird nicht lange anhalten. Wenn wir bei unseren Bemühungen, das Verhalten des Irans zu modifizieren versagen, dann wird der Iran in fünf Jahren für Israel, für die arabische Welt und für die Interessen des Westens im Nahen Osten eine noch viel größere Bedrohung darstellen.

Die Partnerschaft mit Israel vertiefen

Andererseits leitet sich die günstige Gelegenheit, jetzt zu handeln, von der Tatsache ab, daß der Iran auf kommerzieller Ebene nicht mehr so gut dasteht. Er liegt bei seinen kurzfristigen internationalen Darlehen mit fünf Milliarden Dollar im Rückstand, und diese Zahl steigt sprungartig an. Der Iran leidet an einer 30prozentigen Inflation und 30prozentigen Arbeitslosigkeit. Kurz gesagt, der Iran ist sowohl unter dem kommerziellen als auch strategischen Aspekt gesehen eine schlechte Kapitalanlage, und das nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern auch für die Völkergemeinschaft.

Dieses Argument dürfte auch noch aus einem anderen Grund einleuchtend sein. Der Iran hat es noch nicht mit der Art von internationalem Regime zu tun, wie es dem Irak auferlegt worden ist. Ein strukturelles Ungleichgewicht besteht daher zwischen den verfügbaren Maßnahmen um den Irak und den Iran aufzuhalten. In dem Ausmaß, wie es der Völkergemeinschaft gelingt, den Irak aufzuhalten, sie aber daran scheitert, den Iran aufzuhalten, läßt sie unachtsamerweise zu, daß das Gleichgewicht der Kräfte am Golf sich zugunsten des Irans neigt, mit sehr gefährlichen Folgen. Das Ungleichgewicht spricht daher für energischere Bemühungen, den Iran im Zaum zu halten und ein Verhalten zu modifizieren, selbst wenn wir die Sanktionen gegen den Irak beibehalten.

Der amerikanische Präsident und der Außenminister haben es deutlich gemacht, daß unsere Einstellung zu den Friedensverhandlungen es mit sich bringt, daß wir mit Israel zusammen, nicht gegen Israel arbeiten. Wir sind dazu verpflichtet, unsere strategische Partnerschaft mit Israel im Streben nach Frieden und Sicherheit zu vertiefen.

Diejenigen, die ehrlich einen umfassenden und wirklichen Frieden anstreben, erkennen, daß dies nicht vollbracht werden kann, ohne daß Israel einen Rückzug aus dem Territorium vollzieht, mit greifbaren Gefahren für seine Sicherheit. Und diejenigen, die einen realen Fortschritt anstreben, sollten verstehen, daß dieser nicht ohne diese Art von besonderen Beziehungen zwischen den USA und Israel eintreten wird. □



Israel

Das Jesus-Problem

Victor Marchetti

Die kürzliche Aufregung zwischen jüdischen Religionsführern und Raphael Farber, Israels nordamerikanischer Beauftragter für den Tourismus, weist auf die immer problematischer werdende Allianz zwischen der christlichen evangelischen Rechten und der jüdisch-amerikanischen israelfreundlichen Interessengruppe hin.

Farber versuchte kürzlich, Kritik von Reformern und orthodoxen Führungspersönlichkeiten zurückzuweisen, die behaupteten, er habe sie lächerlich gemacht, als sie ihre Besorgnisse über seine Zusammenarbeit mit christlichen Gruppen, wie zum Beispiel Juden für Jesus, die versuchen, Juden in den USA und Israel zu bekehren, zum Ausdruck brachten.

Die Christen melken

In einem Artikel in »Forward«, eine in New York erscheinende und landesweit vertriebene jüdische Zeitung, brachte Farber Religionsführer weiter in Rage, indem er suggerierte, daß Juden für Jesus – eine messianische jüdische Organisation, die als eine der größten christlichen Missionsgruppen mit Zielrichtung auf das amerikanische Judentum bezeichnet wird – keine Bedrohung für die »jüdische Kontinuität« darstelle. Er brachte sie noch mehr in Harnisch, indem er sagte, er müsse seine Bemühungen darauf konzentrieren, evangelische Gruppen zu einer Rundreise durch Israel zu bewegen, weil »das Problem darin besteht, daß Juden [hier in Amerika] durch Mischehen in 20 Jahren verschwunden sein werden«.

Rabbi Alexander Schindler, Präsident der Union of American Hebrew Congregations, verlangte von Farber eine Entschuldigung. »Effektiv sagte er: ›Vergeßt die amerikanischen Juden, die sind ohnehin verdammt, was wichtig ist ist Israel«, äußerte er. Rabbi Pinchas Stolper, leitender Direktor der Orthodox Union, frage: »Haben wir dafür Israel geschaffen? Um Touristen zu bekommen?«

Dieser Ausbruch ist nur der jüngste Zwischenfall einer andauernden Schlacht zwischen israelischen Offiziellen, die Bemühungen zu christlichen evangelischen Gruppen in Amerika als Gegenleistung für politische und finanzielle Unterstützung pflegen, und jüdisch-amerikanische Gruppen, die sich aktiv darum bemühen, christliche Missionstätigkeiten unter Juden in Israel und Amerika zu vereiteln.

Aber Farbers Erklärung kann man auf zweifache Weise betrachten, und anscheinend ist den Rabbinern der wichtigere Punkt entgangen. Sie legten Farbers Bemerkungen so aus, als wolle er sagen, daß Israel die Christen solange melken soll, wie es geht, da der Markt für den jüdisch-amerikanischen Tourismus in Israel von der Auslöschung bedroht wird.

Die Bedrohung der jüdischen Kontinuität

Farbers Argument war eigentlich subtiler. Er sagte nämlich, es sei Zeitverschwendung, sich über die Möglichkeit, ein paar jüdische Seelen an das Christentum zu verlieren, Sorgen zu machen, wo doch Mischehen und wachsende Sekularisierung bei weitem die größte Bedrohung für die jüdische Kontinuität darstelle.

Konvertierung von Juden zu anderen Glaubensbekenntnissen ist ganz einfach statistisch unwesentlich; aber das Aufgeben des Judentums schon.

Die Sache wird weiter kompliziert durch die Tendenz der jüdischen Gemeinde, messianische jüdische Gruppen und evangelische Christen in einen Topf zu werfen, was ein Fehler ist. Juden für Jesus und andere messianische Gruppen glauben fest daran, daß Jesus der im Alten Testament verheißene Messias und seine Fleischwerdung auf Erden streng die Erfüllung von Gottes Abkommen mit den Juden war. Sie verstehen sich selbst nicht als Christen, sondern als »erfüllte Juden«, und glauben nicht, daß Christus eine universale Botschaft hatte. Ihre Botschaft richtet sich vielmehr an Juden. Während christliche Gruppen danach streben, alle Menschen zu bekehren, konzentrieren sich messianische Juden auf Juden.

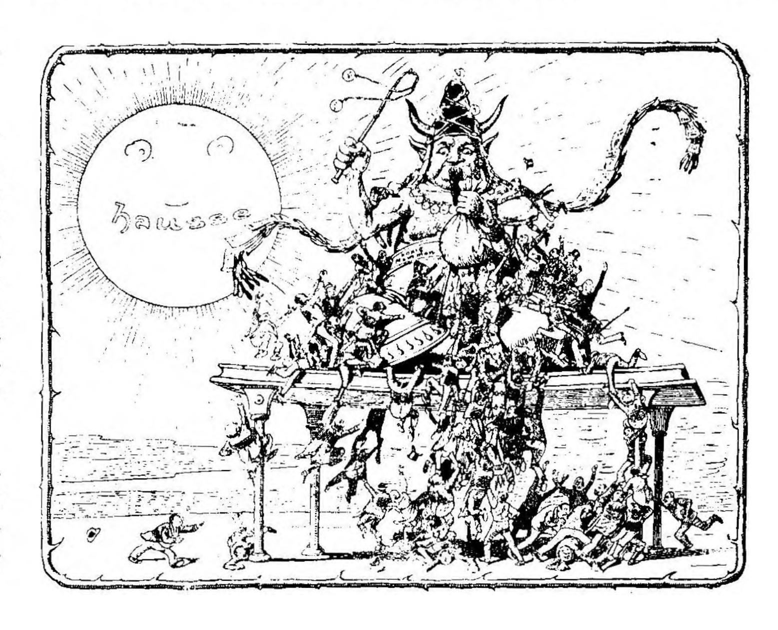
Die Allianz als Einkommensquelle

Die Gruppen finden gemeinsam Boden in konvergierenden Interessen, wie zum Beispiel Israel als Erfüllung biblischer Prophezeiung und die kommende »Endzeit«. Dies wiederum bindet die messianischen Juden an den in Virginia ansässigen »Televangelist« (Fernseh-Evangelist) Pat Robertson und seine Christliche Koalition. Wegen Robertsons Verbindung zu messianischen Gruppen hat er sich in die Schußlinie einiger Religionsführer begeben, weil er sich verschworen habe, Juden zu bekehren.

Aber das Ganze ist lediglich ein bequemer Deckmantel für die tiefergehende Besorgnis israelfreundlicher Juden: Robertsons aufsteigender politischer Stern. Die politischen Aktivitäten seiner Christlichen Koalition an der Basis, der Versuch, fundamentalistische Christen in örtliche Wahlbüros zu schleusen, hat sie direkt gegen die jüdische pro-israelische Gemeinde aufgebracht, deren liberal-soziale Tagesordnung der christlichen Weltanschauung zuwiderläuft. Der Aufruhr in New York City im vergangenen Jahr zwischen konservativen Christen aller Konfessionen und »progressiven« Juden war ein leuchtendes Beispiel dafür.

Der Kampf wegen des Vorsitzenden des Schulausschusses, der auf einem Lehrplan für die Klassen K bis 12 bestand, in dem Homosexualität als annehmbarer alternativer Lebensstil und andere »Innovationen« hervorgehoben werden, war ein großer Sieg für Christen und eine schockierende Niederlage für die ultra-liberale jüdische Gemeinde. Im Kielwasser der Kontroverse, gewannen Robertsons Leute eine Reihe von Gemeindewahlen, was die jüdische Gemeinde in Panik versetzte und für die Zukunft noch größere Konflikte heraufbeschworen hat.

Aber die Allianz zwischen evangelischen Christen und Israel bleibt fest bestehen. Der Judenstaat kann es sich einfach nicht leisten, diese überaus wichtige Einkommensquelle abzuweisen. Die sozial-politischen Kämpfe zwischen Robertson und der jüdischen Interessengruppe wird jedoch in den Vereinigten Staaten weiter ausgefochten werden – sowohl an der Basis als auch auf nationaler Ebene. □



Israel

Stirbt der Antisemitismus?

Peter Blackwood

Nein, aber die Gründe warum nicht, werden Sie überraschen. Seit einigen Jahren hat sich die organisierte amerikanische Judenheit in einer verwirrenden Debatte über das Ausmaß und die Bedeutung des Antisemitismus verfangen. Einige »Verteidigungs«-Gruppen, wie zum Beispiel die Anti Defamation League (ADL), deren bloße Existenz davon abhängt, kontinuierlich antisemitische Trends zu erkennen, um ihre Geldauftreibungstätigkeiten zu rechtfertigen, behaupten, die »Krankheit« des Antisemitismus sei in Amerika und in der ganzen Welt im Ansteigen begriffen.

Andere aktivistische Organisationen mit breiter angelegten politischen Missionen erkennen zwar das Vorhandensein eines Antisemitismus an, sehen ihn aber mit fallender Tendenz. Ungeachtet dessen ist er nach wie vor ein aktuelles Thema für hitzige Diskussionen unter Juden und jenen schuldbeladenen Amerikanern, die über die Meinung der Juden besorgt sind.

Die Kritik eines Rabbis

In der neuesten Ausgabe der angesehenen »New York Review of Books« ringt der jüdische Gelehrte und Aktivist Rabbi Arthur Hertzberg mit dem Problem und nagelt es beinahe fest. Hertzberg, der Professor Emiritus für Religion in Dartmouth, Gastprofessor für Geisteswissenschaften an der Universität von New York und Mitvorsitzender des American Jewish Congress ist, kommt zu einigen überraschenden Schlußfolgerungen, von denen die meisten zumindest ein wenig unbequem für hartnäckige jüdische Berufshetzer wie der Landesdirektor der ADL, Abe Foxman, sind. Der gute Rabbi macht so ziemlich Hackfleisch aus den kürzlich von der ADL weithin publizierten Meinungsumfragen, die ergeben haben, daß der Antisemitismus im Aufstieg begriffen sei. Hertzberg schreibt: »Das jüdische Establishment versichert



Juden sind heute keine Außenseiter mehr, aber ihr Schicksal ist mit dem der Vertriebenen und Fremden verbunden.

nun schon seit einer Generation, daß es politische Macht über seine zahlenmäßige Größe hinaus will, und sie auch bekommt. Warum ist es Antisemitismus, wenn Nichtjuden sich dieses Wunsches bewußt sind?«

»Eine der Hauptaufgaben der organisierten jüdischen Gemeinde besteht darin, im amerikanischen Schmelztopf aller Rassen jüdische Identität zu bewahren, und Mitglieder jüdischer Organisationen sind besonders stolz auf die Behauptung, daß Juden Kontinuität höher bewerten als alle anderen Volksgruppen. Unter den meisten Juden ist es jedoch offensichtlich eine Tugend, sich anderen Juden näher zu fühlen als irgendjemand anders. Warum ist es ein Zeichen für Antisemitismus, wenn andere Amerikaner sich dessen bewußt sind, daß Juden so fühlen?«

Darüber hinaus, schreibt Hertzberg, wollen die Führer der ADL und andere verteidigungsgesinnte Aktivisten »die Schlußfolgerung vermeiden, daß der zeitgenössische Antisemitismus mit wirtschaftlicher Entbehrung – speziell in der schwarzen Gemeinde – verknüpft ist«. Dies zu tun, sagt er, würde suggerieren, »daß die Schlacht gegen den Antisemitismus am besten nicht von professionellen Antisemiten, sondern von Sozialreformern geschlagen wird«.

Lieber das Christentum beschuldigen

Er stellt auch fest, daß es kein Zufall ist, daß die ADL und andere jüdische Verbände, die sich der Aufgabe gewidmet haben, den Antisemitismus zu bekämpfen, diesen als »langjährige Krankheit der westlichen Kultur ansehen wollen, die in der Verteufelung der Juden durch das Christentum verwurzelt ist«. »Das Christentum zu beschuldigen hat für Juden gewisse Vorteile«, sagt Hertzberg. Es ermöglicht ihnen, zu bestreiten, daß ihre eigenen Fehler etwas mit Antisemitismus zu tun haben.

Eine überzeugendere Auslegung des Antisemitismus ist die des französisch-jüdischen Historikers des 19. Jahrhunderts Bernard Lazare, sagt Hertzberg. Lazare stellte die Behauptung auf, daß Antisemitismus seit heidnischen Zeiten bis in das moderne Zeitalter hinein kontinuierlich gewesen sei. Der Grund: »Das Anderssein der Juden.«

Das Anderssein der Juden

Mit anderen Worten, das Beharren der Juden darauf, sie seien die Auserwählten, und daher ihre Weigerung, sich zu assimilieren. Juden seien folglich wegen ihres »Andersseins« stets als anders und als Außenseiter betrachtet worden.

An dieser Stelle folgt Hertzberg der Logik seiner eigenen Auslegung der Geschichte nicht mehr. Er versucht, für das heutige »Anderssein der Juden« religiöse Gründe zu finden. Dies ist verständlich, denn schließlich ist er ein Rabbiner. Aber Hertzberg ist sich darüber im klaren, daß das religiöse Argument in dieser Zeit des jüdischen Sekularismus wenig Bedeutung hat, und vertritt diesen Standpunkt auch nur halbherzig. Auch kann er die Schlußfolgerung nicht vermeiden, daß das heutige »Anderssein der Juden« mehr kultureller und stammesbezogener als religiöser Natur ist.

An dieser Stelle gibt Hertzberg schließlich das Problem auf. Er schreibt: »Trotz aller Erklärungen steckt im Kern des Antisemitismus ein Mysterium, aber das Überleben der Juden ist gleichermaßen ein Mysterium.«

Es gibt keine spezifische Kur für den Antisemitismus, sagt er. »Er flammt in schwierigen Zeiten auf. Und er tritt eher unter denjenigen auf, die sich über ihren niedrigen und prekären Platz in der Gesellschaft ärgern. Wir müssen das Los der Armen verbessern, um den Antisemitismus zu verringern.«

Die Aufwiegelei der Berufs-Antisemiten

Völlig außer Kontrolle geratend, kommt er jetzt zu dem Schluß: »Die Juden wurden lange als Außenseiter gehaßt. Heute sind sie zum größten Teil nicht mehr schwach oder fremd, aber ihr Schicksal bleibt mit dem Schicksal der Vertriebenen und derern, die als Fremde angesehen werden, verbunden.«

Vergessen Sie dieses ganze Brimborium, Rabbi Hertzberg. Sie hatten das erste Mal Recht. das »Anderssein der Juden« ist die Ursache des Antisemitismus. Und natürlich die Aufwiegelei der »Berufs-Antisemiten«. □



Ägypten

Die Wirtschaftskrise verursacht eine politische Explosion

John Springfield

Ägypten, das bevölkerungsreichste arabische Land und treuester arabischer Alliierter des Westens, steht kurz vor einer erschütternden Explosion. Falls sich innerhalb Ägyptens, und vom Westen, besonders den Vereinigten Staaten her, Ägypten gegenüber kein radikaler Wandel in der Politik sich vollzieht, ist es nur noch eine Frage der Zeit bis Mubaraks Regierung gestürzt wird und eine radikale islamische Welle Kairo überschwemmt und von dort über den ganzen Maghreb hinwegfegt.

Die Lage, in der sich der ägyptische Präsident Hosni Mubarak befindet, ist ähnlich wie die des König Lear bei Shakespeare: Auf den böswilligen Rat übler Berater hin, hat er seine einzige treue Anhängerschaft – das ägyptische Volk und die arabische Nation – verleugnet und ist als Gegenleistung dafür einem Prozeß der progressiven Ausplünderung seines Volkes ausgesetzt. Wie König Lears unwürdige flatterhafte Töchter Goneril und Regan, lassen der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank seine Ressourcen auf unersättliche Weise dahinschwinden und verprellen seine Anhängerschaft solange, bis er nackt in der Heide steht. Und das Gewitter hat gerade erst begonnen. Was kann er anderes tun als »die Götter« zu tadeln und im ohnmächtigen Zorn um sich zu schlagen?

Ägypten befindet sich heute in einem unerklärten, aber dennoch praktisch vorherrschenden Bürgerkrieg. Das vergangene Jahr hindurch haben islamische Kämpfer der radikalen Gruppen el-Gamaat el-Islamiya and Jihad terroristische Angriffe auf Regierungsgebäude und -personal, sowie auf unschuldige Zivilisten, einschließlich Touristen, deren Devisen in der angeschlagenen Wirtschaft des Landes zu einer Haupteinnahmequelle geworden sind, verübt.

Mubaraks Reaktion auf diese Aufstände bestand darin, »Kräfte von außen«, speziell den Iran und den Sudan, dafür verantwortlich zu machen und sie zu beschuldigen, einem »islamisch-fundamentalistischen« Vorstoß zur Errichtung eines khomeiniähnlichen Regimes Rückendeckung zu verleihen. Dies war der wesentliche Inhalt von Stellungnahmen, die er während seiner Rundreise durch Europa und die Vereinigten Staaten gegenüber der Presse gab, einschließlich seiner Erklärung, daß es »Kräfte außerhalb des Landes« gebe, die sich die »negativen Auswirkungen der Wirtschaftsreformen zunutze machen wollen, um das Land zu destabilisieren«.

Er unterstützte seine Behauptungen auch mit Aktionen. Mitte März schickten ägyptische Sicherheitskräfte mehrere sudanesische Bürger, die über Libyen ins Land gereist waren, nach Hause und nahmen Hunderte andere fest. »Diese Maßnahmen wurden im Kielwasser von Informationen getroffen, daß das Militärregime im Sudan und der Iran durch Unterstützung und Ausbildung von Terroristen an der Umsetzung von geplanten Angriffen auf Touristen in die Tat verwickelt sind«, sagte ein ägyptischer Sicherheitsbeamter zur Londoner »Times«.

Einige Tage zuvor berichtete die ägyptische Presse über Mubaraks Drohungen, militärisch gegen den Sudan vorzugehen, wenn Ägyptens südlicher Nachbar iranischen Kriegsschiffen im Hafen von Sudan Ankerrechte verleihen würde. »Ich werde nicht sanftmütig gegen Bedrohungen für unser Land vorgehen«, soll Mubarak zu der amtlichen Zeitung »Al Jomhouriya« gesagt haben. »Wenn iranische Kriegsschiffe in den Hafen von Sudan einlaufen, werden sie angegriffen.«

Dann, Ende April, verurteilten sudanesische Regierungsbeamte das Vorhandensein einer in Kairo ausgeheckten Verschwörung zur Durchführung eines Staatsstreichs gegen die sudanesische Regierung von Generalleutnant Omar Hassan Al Bashir. Ägyptische Sondereinheiten sollten im Hafen von Sudan landen und sich auf die Hauptstadt zubewegen.

Gewalt hat den Terrorismus eingedämmt

Gleichzeitig wärmte Ägypten einen uralten Grenzstreit wieder auf, indem es militärische Kräfte in die ölreiche Region Halaib entsandte, die historisch von Sudanesen verwaltet und bewohnt, aber von Kairo beansprucht wird. Khartum reagierte mit der Erklärung einer allgemeinen Mobilmachung. Die Spannungen mit ihrem südlichen Nachbarn



Ein Symbol des Imperialismus, das Shephards Hotel in Kairo, von Fanatiker 1952 niedergebrannt.

wurden dadurch weiter eskaliert, daß ägyptische Einheiten, wie berichtet wird, Manöver begannen, als ob sie sich auf einen Angriff vorbereiten würden.

Mubarak steht in der Tat vor einer Krise, wie sie seit der Ermordung seines Vorgängers Anwar Sadat im Jahre 1981 ohne Präzedenzfall ist. Irreguläre kriegerische Angriffe erfolgen fast täglich, Touristen sind ebenso die Zielscheiben dieser Angriffe wie Soldaten und Polizisten. Im vergangenen Oktober wurde ein britischer Staatsbürger getötet und zwei andere verwundet, als Extremisten in der Region Assiut auf einen Bus schossen; im November wurde in einem anderen Bus auf fünf deutsche Touristen geschossen. 1992 sollen rund 116 Menschen bei zunehmenden Gewalttaten getötet worden sein. Der März dieses Jahres war bislang der blutigste Monat, mit Bomben, die in zentralen Cafés, Museen und Pyramiden – alles Touristenorte – in Kairo, Assuan und anderswo hochgingen. Als Folge davon ist der Tourismus um 50 Prozent zurückgegangen.

Und dennoch war Mubaraks innenpolitische Reaktion, Gewalt mit Gewalt zu behandeln, zwecklos. Obwohl Sicherheitskräfte über die letzten Monate hinweg in Alexandria, Kairo und Oberägypten Razzien durchgeführt und dabei Hunderte getötet oder verwundet wurden und Tausende von verdächtigten Terroristen in die Gefängnisse wanderten, wo angeblich gefoltert wird, haben die aufständischen Kräfte bislang noch keine Anzeichen gegeben, daß ihre Kräfte nachlassen.

Selbst die Niedermetzelung von 29 Verdächtigen in Kairo und Mubaraks jüngste Entscheidung, sieben Verdächtigte zum Tode zu verurteilen, hat den Aufstand nicht beendet.

Somit ist Mubarak in einem vorgeblich unentwirrbaren Sachzwang: Er ist verdammt, wenn er sein Regime weiterhin mit polizeistaatlichen Maßnahmen verteidigt, und er ist verdammt, wenn er es nicht tut. Wie Spezialisten für die Region ausführen, wird das »Gesetz der Rache«, das vor allem in Oberägypten waltet, dafür garantieren, daß Tausende von Ägyptern, auch diejenigen, die jetzt noch nicht den islamischen Bewegungen nahestehen, sich selbst auf die Gefahr des Todes hin dieser Sache annehmen und sich daran beteiligen werden, die durch Sicherheitskräfte Getöteten zu rächen.

»Mubarak hat mit Blut reagiert«, sagte ein arabischer Experte, »und er wird Blut bekommen.« »Wenn er sich für einen militärischen Angriff auf den Sudan entscheidet, in der Hoffnung, daß dies nationalistische Kräfte zur Unterstützung für sein Regime auf den Plan ruft, dann wird die Hölle los sein und innenpolitisch Bedingungen für oppositionelle Elemente in der Armee, das Bollwerk des Staates, herbeiführen, um ihn abzulösen.«

Mubarak bemüht sich um Hilfe von außen

Mubarak weiß dies alles nur zu gut. Seine Reaktion bestand darin, sich um Hilfe von außerhalb zu bemühen, um sein brüchiges Regime an der Macht zu halten. Daher seine Reise über Bonn und London nach Washington, wo ihm die Auszeichnung zuteil wurde, der erste arabische Führer zu sein, der mit dem neuen amerikanischen Präsidenten zusammentraf. Was er als Gegenleistung für weitere finanzielle und politische Rückendeckung aus Europa und den Vereinigten Staaten anbot, war Vermittlung in den nahöstlichen »Friedensgesprächen«, ein Thema, das er vor seiner Abreise mit dem syrischen Präsidenten Hafez al-Assad und dem Führer der Palestine Liberation Organization (PLO), Jassir Arafat, besprochen hatte. Nach dieser Reise gestattete Israel die Repatriierung einer Gruppe von Palästinensern, denen dieses Recht 25 Jahre lang verweigert worden war.

Obwohl dies als bedeutsames »Zugeständnis« seitens Israels hochgespielt wurde und das Ansehen der PLO verbesserte, konnte dies unter den islamischen Fundamentalisten nur den Zorn noch weiter anheizen, da 400 ihrer führenden Repräsentanten, die im Dezember 1992 nach Südlibanon deportiert wurden, die Rückkehr immer noch nicht erlaubt wird. Die Friedensgespräche, die am 20. April 1993 wieder aufgenommen wurden, verzeichneten bislang noch keine bedeutsamen Erfolge.

Mubarak bekam von der Clinton-Regierung einen Teil dessen, was er wollte – fortlaufende Auslandshilfe in der Größenordnung von 2,1 Milliarden Dollar pro Jahr, was beinahe den drei Milliarden Dollar pro Jahr, die Israel offiziell jährlich erhält, gleichkommt. Der ägyptische Führer wurde mit massiven Presseberichten begrüßt, und Clinton gab ihm gegen seine islamischen Widersacher verbale Unterstützung und erklärte, daß die Vereinigten Staaten und Ägypten »entschlossen seien, gegen die Verwicklung des Iran in Terrorismus und dessen aktiven Widerstand gegen den Friedensprozeß im Nahen Osten zu Felde zu ziehen«. Mubarak wiederholte dies und sagte, er habe mit dem neuen US-Präsidenten »Mittel und Wege erörtert, um unsere Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terrorismus zu festigen«. Insidern zufolge bezieht sich dies auf einen bereits bestehenden Vertrag zwischen dem CIA, der ägyptischen Regierung, zusammen mit Algerien und Tunesien, Personal in der israelischen Technik der Terroristenbekämpfung auszubilden, um gegen militante Islamisten vorzugehen. Wie berichtet wird, wird die Rechnung von den Saudis berappt.

Anscheinend noch nicht zufriedengestellt, unternahm Mubarak im Mai dieses Jahres eine zweite Reise, diesmal zu den reichen Staaten am Persischen Golf, mit zwei Forderungen in seinem Gepäck: Daß sie sich Ägypten in einer Koalition à la Wüstensturm gegen den Iran, der weltweit hinter den Islamisten stehen soll, anschließen, und daß sie, vor allem die Saudis, den Strom von Geldern zu oppositionellen Gruppen einstellen. Es ist bekannt, daß die saudische Dynastie die Islamisten bei dem Versuch unterstützt hat, Ägyptens Rolle zu unterminieren. Ähnliche Forderungen wurden von den Ägyptern und Tunesiern auf einer Sitzung der Außenminister der Organization of Islamic Conference (OCI) in Karachi erhoben. Die Reise hatte jedoch keinen Erfolg, da viele Golfmächte den Iran nicht verprellen wollen. Zu dem Zeitpunkt als Mubarak Mitte Mai nach Kairo zurückkehrte, hatten sich die Zustände verschlimmert, nicht verbessert.

Obwohl, anscheinend auf Anregung des CIA, deren Chef James Woolsey Kairo besuchte, Mubarak seinen Innenminister Abdel Alim Moussa gefeuert und ihm mit einer kosmetischen Maßnahme, um die Befürchtungen der Opposition zu zerstreuen, durch General Hassan al-Alfi ersetzt hat, sind die Gewalttätigkeiten nicht abgeflaut. Die neuen Todesurteile wurden nämlich nach diesem Ministerwechsel gefällt.

Wenn Mubarak sich dazu verpflichtet zu haben scheint, sich auf einem bockigen Gaul festzuschnallen und hin- und herzuschlingern, um sich im Sattel zu halten, dürften einige Zentren für politische Strategie im Westen noch einmal über ihre Politik gegenüber seinem Regime nachdenken, wegen der stillschweigenden Auswirkungen nicht nur für Ägypten, sondern auch für Algerien, Tunesien und für die islamische Welt im weitesten Sinne.

Wie die »International Herald Tribune«, die in einem Leitartikel zu Clintons ersten 100 Tagen im Amt Stellung nahm, schrieb, hatte Washington sich Mubarak gegenüber zu weiterer Unterstützung verpflichtet, da es ihn als Bollwerk gegen eine geopolitische Bedrohung erachtet: »Eine islamische Welt geeint unter dem Banner eines Fundamentalismus à la Iran im unbedingt notwendigen Kampf gegen den ungläubigen Westen. Ägypten ist der Schlüssel für dieses Projekt Saladin gegen die Kreuzzügler. Als größter und bedeutendster arabischer Staat würde Ägyptens Sturz die Umwandlung der islamischen Welt in eine Zone des ständigen Konflikts mit dem Westen beschleunigen.« Daher Clintons andauernde Rückendeckung.

Das Gleiche kann man jedoch nicht von dem britischen Premierminister John Major sagen. Die Anzeichen für das Umdenken der Briten wurden offensichtlich, als Mubarak in London die Bühne betrat. Anstatt ihn als treuen arabischen Verbündeten des Westens willkommen zu heißen, hauten ihn die Medien in die Pfanne und die Behörden organisierten nicht einmal eine Pressekonferenz für ihn.

Der »Independent« fragte rundheraus: »Wie lange wird der Präsident überleben?« Laut »Inde-

Ägypten

Die Wirtschaftskrise verursacht eine politische Explosion

pendent« vom 3. April 1993 machen die Briten Mubarak dafür verantwortlich, daß er es unterlassen hat, mit seiner islamistischen Opposition ein Gespräch zu führen.

Der der Regierung nahestehende »Telegraph« war noch deutlicher: Wenn auch über dem Wunsch nach politischer Stabilität in der ölreichen Region zerstritten, sei der Westen auch über den Mangel an »Demokratie« dort »beunruhigt«. Der Militärputsch, der den Aufstieg der Islamisten in Algerien zur auf Wahlen beruhenden Macht vereitelt hat, habe das Land zu einer »Zunderbüchse« gemacht, und jetzt begehe Ägypten unter Mubarak die gleichen Fehler, indem es der verhältnismäßig gemäßigten Moslemischen Bruderschaft den Status einer politischen Wahlpartei verweigere. »Und dennoch liegt eine demokratische Zukunft eben bei solchen moderaten Kräften«, schrieb der »Telegraph« in seinem Leitartikel. »Durch seine kluge Behandlung der Bruderschaft hat König Hussein von Jordanien für seine arabischen Nachbarn ein Beispiel gesetzt.«

Kommt eine Theokratie wie im Iran?

Die wesentlichen Punkte der andauernden Beratungen über die britische Politik scheinen darin zu bestehen, daß für den Westen der Zeitpunkt gekommen ist, Optionen für die bislang undenkbare Eventualität zu untersuchen, daß Mubarak den Konflikt nicht überlebt. Der »Independent« regte freiweg eine Allianz mit den »gemäßigten« Islamisten gegen die Radikalen an: »Die Moslemische Bruderschaft ist vielleicht nicht der ideale Mechanismus dafür – aber eine ihrer ersten Aufgaben, sollte sie jemals zur Macht kommen, wäre die Zerschlagung des el-Gamaat.«

In einem Artikel im Londoner »Economist« vom 15. Mai wird eine andere Meinung vertreten. Unter Anführung der weitverbreiteten Unzufriedenheit unter der Bevölkerung mit Mubaraks Regierung, einschließlich innerhalb des als Beraterstab bekannten Shura-Rats, sieht die britische Zeitschrift voraus, daß Mubarak dazu gezwungen werden könnte, die Armee einzusetzen.

Sie kommentiert: »Einige Gamaat-Aktivisten hoffen, daß die Armee zu dem Schluß kommen wird, daß Mr. Mubarak selbst die Ursache der Unstabilität ist. In diesem fundamentalistischen Traum würden die Generale dann den Präsidenten absetzen und angesichts der fehlenden Unterstützung aus dem Volk heraus ihren Staatsstreich dadurch legitimieren, daß sie Ägypten zu einer Theokratie wie den Iran machen«.

Indem er ganz richtig feststellte, daß »die Denkweise der Armee unbekannt ist«, kommt der »Economist« mit der unheilvollen Beobachtung zum Schluß, daß der Präsident, »allein an der Spitze der Pyramide« sich so isoliert hat, daß er keinen Nachfolger bestimmt hat. Diese Unbekümmertheit im Hinblick auf seine Nachfolge könnte sich als der am meisten destabilisierende Faktor im ägyptischen Leben erweisen ... Sollte ihm etwas zustoßen, kann es sein, daß es dann keine Institution gibt, die bereit ist, die Macht zu übernehmen. Außer der Armee.«

Obwohl derartige Diskussionen über Optionen der Politik – ob zur Rückendeckung der »Islamisten« oder der Armee wie es in Algerien geschah, oder um an Mubaraks unhaltbarem Regime festzuhalten – das Bewußtsein widerspiegeln, daß der derzeitige Stillstand nicht mehr lange anhalten kann, hat keiner der weisen Strategien in London oder anderswo Anzeichen für seine Bereitschaft erkennen lassen, die zugrundeliegende Dynamik, die Mubarak das derzeitige Dilemma beschert hat, zu ergründen. Sie spielen mit politischen Kräften wie mit Schachfiguren, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß das Spiel sich geändert hat.

Es gibt zwei grundlegende Prozesse, die die Dynamik in der islamischen Welt anheizen. Einer ist die Verteufelung des Islam, der im »Wüstensturm« begann und im Angriffskrieg der Serben gegen Bosnien auf völkermordende Proportionen gebracht wurde. Wie der ehemalige Leiter des deutschen militärischen Abwehrdienstes General Paul Albert Scherer in einer Erklärung zur Politik warnte: »Sollte der Westen die Zerstörung des bosnischen Staates und den Massenmord an seiner Bürgerschaft dulden, dann könnte dies der Auslöser für eine neue Welle islamischer Feindschaft gegenüber dem Westen sein, die weit über das hinausgeht, was wir bisher erlebt haben. Es wäre kein billiges Stück Propaganda gegen den Westen, sondern es würde die Wahrheit über die Komplizenschaft des Westens bei dem Massenmord an islamischen Menschen auf dem europäischen Kontinent auf den Punkt bringen.«

Die Verteufelung des Islams

Der andere noch grundlegendere Prozeß ist die Erosion der Wirtschaft als unmittelbare Folge der vom Westen auf Länder wie Ägypten und Algerien auferlegten Konditionalitäten des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Reihen islamischer Kräfte hier, ebenso wie in Tunesien, Jordanien und anderswo, sind in den letzten vier Jahren stark angeschwollen, nicht nur als Reaktion auf die gegen den Irak bei der Operation Wüstensturm und an den Moslems in Bosnien begangenen Greueltaten, sondern vor allem weil diese Kräfte inzwischen mit dem Widerstand gegen die wirtschaftliche Ausbeutung durch jene bevorzugten Partner von Hosni Mubarak: London, Washington und die Plünderungsmechanismen des IWF identifiziert werden.

Die Moslemische Brüderschaft in Ägypten hatte durch ihren Appell an wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit in den großen Berufsverbänden, den Gilden der Ärzte, Anwälte und Ingenieure schon praktisch die Führung übernommen. Dem el-Gamaat el-Islamiya war es praktisch gelungen, in Ägyptens Städten eine Situation der dualen Macht zu etablieren, indem er Sozialdienste organisierte, um die dringendsten Bedürfnisse einer von einem korrupten, bürokratischen und unfähigen Staatsapparat im Stich gelassenen Bevölkerung zu decken. Diese wirtschaftliche Dimension ist in der Tat ein Hauptmitspieler in dem ägyptischen Drama, den aber keiner der angehenden Vorkämpfer, ob in Kairo, Washington oder London, anerkennen will. Um die reale, zugrundeliegende Dynamik der Entwicklungen in Ägypten – wie in Algerien und anderswo – zu begreifen, um zu verstehen, warum islamische Bewegungen jetzt die Hoffnungen der enterbten Massen verkörpern, muß man den harten Tatsachen ins Auge schauen.

Wer hat die ägyptische Wirtschaft zerstört?

Im Gegensatz zu dem schlechten Image, das seine Städte und das flache Land heute bieten, ist Ägypten eigentlich ein sehr reiches Land, oder hatte das Potential dazu, ein reiches Land zu werden. Über die letzten 20 Jahre hinweg hat der Internationale Währungsfonds dieses Potential zerstört. In den siebziger Jahren war Ägypten in der Nahrungsmittelproduktion autark, während es heute 60 Prozent seines Bedarfs einführen muß, eine Hälfte davon aus den Vereinigten Staaten.

Das Organ der Wehrkunde »Europäische Sicherheit« bemerkte in seiner ersten Vierteljahresausgabe von 1993 in einem reißerisch aufgemachten Artikel über Ägypten: »Die Nahrungsmittellieferungen aus den Vereinigten Staaten gewährleisten, daß die Bevölkerung Ägyptens nicht hungert.« Dank des Eingreifens des IWF wurde die unter dem Nasser-Institut für Landreform begonnene Politik, mit der die Landwirtschaftsproduktion verbessert wurde, ins Gegenteil verkehrt und die Rückkehr großer privater Landbesitzer unterstützt. Abgesehen davon, daß sie die Rolle des Getreidelieferanten für Ägypten haben, haben die Vereinigten Staaten anscheinend die Ägypter auch aus dem Baumwollmarkt herausgedrängt. Die Statistik belegt, daß 1981 bis 1982 Ägypten 899000 Ballen Baumwolle exportierte, aber 1989 fiel die Ziffer auf 196000 herunter. Im gleichen Zeitraum stiegen

Amerikas Baumwollexporte von 12000 Ballen 1981 bis 1982 auf 425000 Ballen in den Jahren 1989-90 an.

Die »Reformen«, auf die sich Mubarak oft bezieht und sagt, daß sie »schwierige Anpassungen« herbeiführen, waren normale IWF-Kost: Staatliche Subventionen für den Produktionssektor, ebenso wie für lebenswichtige Sozialdienste wurden gekürzt; Zinssätze in die Höhe getrieben und dadurch eine uferlose Inflation herbeigeführt. Im Mai 1990 stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel, darunter Reis, Mehl, Speiseöl, für elektrische Energie und Haushaltsgas und Erdölprodukte um zehn bis 100 Prozent. Die inflationäre Tendenz wurde durch eine zehnprozentige Umsatzsteuer weiter aufgeheizt.

Eine soziale Reflektion des zusammenbrechenden Lebensstandards ist die Quote der Analphabeten von 70 Prozent, eine weitere ist die Arbeitslosigkeit, die in einigen Städten auf bis zu 85 Prozent geschätzt wird.

Rückwirkungen auf die Reformen des IWF

Der einzige Wirtschaftssektor, an dem der IWF und die Weltbank Interesse gezeigt haben, ist die Entwicklung des Tourismus. Finanzierung seitens der Weltbank wurde nämlich für die »Infrastruktur«, wie zum Beispiel Luxushotels, bereitgestellt. Daher rührt auch die in Finanzkrisen vorherrschende Besorgnis über terroristische Angriffe auf den Tourismus. Wie die Madrider Tageszeitung »El Pais« berichtete, werden die gewaltigen Verluste an Deviseneinkommen aus dem Tourismus aufgrund politischer Gewalt »dramatische Rückwirkungen auf das vom IWF geforderte Reformprogramm haben. Ohne Reformen, sagt der IWF, ist die augenblickliche Armut in Ägypten dazu bestimmt, unumkehrbar zu werden.«

Als unmittelbare Folge der Ausplünderungspolitik des IWF ist das Pro-Kopf-Einkommen für Ägyptens 59 Millionen Einwohner von 750 Dollar pro Jahr auf 600 Dollar pro Jahr gesunken. 1983, als die Ziffer 750 Dollar betrug, lag Ägypten weltweit auf dem 110. Platz.

Vor dem Krieg am Persischen Golf beliefen sich Ägyptens Auslandsschulden auf 49 Milliarden Dollar. Obwohl 20 Milliarden Dollar abgeschrieben wurden, als Belohnung für Ägyptens Rolle in der »Koalition« gegen den Irak, trägt das Land derzeit eine Schuldenlast von 32,2 Milliarden Dollar, bei nur 3,8 Milliarden Dollar an Exporteinkünften und atemberaubende 11,8 Milliarden Dollar an Importkosten.



Die siegreichen Rebellen, darunter General Mohammed Nagib (winkend) und Oberst Gamal Nasser (ganz oben), werden nach Faruks Sturz im Jahr 1952 gefeiert.

Die Strategie des IWF besteht darin, die Lücke mit Einnahmen aus dem Tourismus zu füllen, die etwa 2,6 Milliarden Dollar ausmachen und erwartungsgemäß bis spätestens 1991 bis 1992 auf das Doppelte steigen sollten, wenn die Gewalttätigkeiten nicht ausgebrochen wären. Andere Einkünfte kommen aus Kanalgebühren – etwa zwei Milliarden Dollar – und Überweisungen von im Ausland beschäftigten Arbeitern.

Der Golfkrieg, der dazu führte, daß über eine Million ägyptische Arbeiter den Irak und andere Golfstaaten verließen, hat der Finanzrechnung Ägyptens einen schweren Schlag versetzt. Angesichts dieser Tatsachen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Agentur, die an dem Faden gezogen hat, der das Gewebe der ägyptischen Wirtschaft und der Gesellschaft aufgeribbelt hat, der IWF ist, unterstützt durch die gleichen Kräfte in den Vereinigten Staaten und Europa, die jetzt in der Klemme sitzen und nicht wissen, was sie tun sollen, um zu verhindern, daß soziale Unstabilität die fortlaufende Rückzahlung der Wucherschulden gefährdet.

In dieser Situation kann weder eine kosmetisch »islamisierte« gemäßigte Regierung, noch eine Militärjunta das Problem lösen. Die Frage lautet nicht, wer Ägypten regiert, sondern welche Politik betrieben wird. Wenn es der IWF ist, dessen Politik die wirtschaftliche Entwurzelung in Ägypten herbeigeführt hat, im Zuge derer Islamisten politische Glaubwürdigkeit gewonnen haben – eben wegen ihres Widerstands gegen den Wucher des IWF und wegen ihrer Versuche, ein soziales Netz zu knüpfen, das die Regierung nicht mehr bieten kann –, dann muß der IWF zur Rechenschaft gezogen und die Ursache des Problems beseitigt werden. Wenn Mubarak das Zeug eines Nasser hätte, könnte er den IWF herausfordern und das Land von der Knechtschaft befreien.
Wie Shakespears tragischer Held Lear, weiß Mubarak ganz genau, wer für das Übel verantwortlich ist, das ihn befallen hat. Es war der gleiche Hosni Mubarak, der die Welt vor Jahren schockierte, indem er öffentlich erklärte, daß die Konditionalitäten des IWF für den äußerst unnötigen Tod von über 500 Millionen Menschen verantwortlich seien.

Um seinen politischen Hals zu retten und sein Land vor weiterer Verwüstung durch den IWF zu bewahren, hat Mubarak keine andere Wahl als ein Moratorium für die Auslandsschulden zu fordern und die ganze ägyptische Wirtschaft über souveräne Bankstrukturen herum neu zu organisieren. Er müßte Kredite schaffen, nicht für den Tourismus, sondern zum Neuaufbau der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsstätten.

Nach seiner bisherigen Leistung zu urteilen, liegt allerdings kein Grund dafür vor, zu glauben, daß der ägyptische Führer dies tun wird. Wie arabische Insider berichtet haben, als Mubarak vor die Option einer Kooperation mit dem Sudan auf landwirtschaftlichem Gebiet gestellt wurde, um die beiden Länder in einen Brotkorb für Afrika zu verwandeln, war seine Reaktion: »Wer kauft den amerikanischen Weizen?«.

Diese Bemerkung weist in der Tat auf das andere Horn des Dilemmas hin: Sollte Ägypten seine Politik auf die Verteidigung nationaler Interessen verlagern, dann würde dies erforderlich machen, daß die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtung gegenüber dem IWF, die malthusianische Politik aufgeben und daheim und weltweit eine wirtschaftliche Erholung fördern.

Washington würde gut daran tun, die Krise in Ägypten mit mehr Verstand zu untersuchen, mit dem Gedanken im Kopf: So wie die Dinge in Ägypten laufen, so laufen sie auch in Algerien, Tunesien und Marokko und, ja, vielleicht auch sogar in Saudi-Arabien. □

Vertrauliches

Rußland und Türkei unterzeichnen Verteidigungspakt

Rußland unterzeichnete mit der Türkei ein Kooperationsabkommen zur Verteidigung, heißt es in einer Erklärung des Verteidigungsministeriums. Der russische Verteidigungsminister Pawel Gratschew und sein türkischer Kollege, Nevtat Ayaz, unterzeichneten eine Denkschrift zur Verständigung, in der zur Kooperation bei militärischer Ausbildung und in den Rüstungsindustrien aufgerufen wird.

Gratschew sagte zu Reportern, das Abkommen werde dazu beitragen, Bindungen auf anderen Gebieten zu fördern. Ayaz, der die Unterzeichnung einen historischen Augenblick nannte, meinte, die Denkschrift werde einen Teil der von Premierminister Süleyman Demirel und dem russischen Präsidenten Boris Jelzin vor einem Jahr in Moskau unterzeichneten Kooperationsabkommen in der Größenordnung von 300 Millionen Dollar in die Tat umsetzen.

In einer damit zusammenhängenden Entwicklung wollen türkische, amerikanische und russische Regierungsvertreter bald zusammentreffen, um einen Friedensplan zu erörtern, der auf eine Beendigung des fünf Jahre alten Streits zwischen Azeris und Armeniern bezüglich der armenischen Enklave Berg-Karabach abzielt, berichtete die anatolische Nachrichtenagentur.

Aus Kreisen des türkischen Außenministeriums verlautet, daß man über Armeniens Zurückweisung des eine Woche zuvor vorgeschlagenen Friedensplans sprechen wolle. Armenien klagte an, der Plan liege im Interesse von Aserbaidschan.

Ein westlicher Regierungsbeamter in Paris sagte, daß die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 200 Friedensbewahrer nach Berg-Karabach entsenden werde, wenn sich Armenier und Azeris über eine Feuereinstellung dort einigen. Dies wäre die erste militärische Streitmacht, die jemals von der KSZE ins Feld geschickt würde. □

UN-General gibt ethnischer Säuberung Rückendeckung

Generalmajor a.D. Lewis Makkenzie, ehemaliger Oberkommandierender der UNO-Streitkräfte im ehemaligen Jugoslawien, befürwortet eine sanfte »ethnische Säuberung«, um den Konflikt zu beenden. Mackenzie äußerte diese Meinung während einer Konferenz über die zukünftige Rolle Kanadas bei der internationalen Friedenserhaltung.

In einem Interview mit »L'Express«, Torontos französischsprachige Wochenzeitung, charakterisiert der Journalist Charles-Antoine Rouyer die Ansicht des Generals wie folgt: »Nur eine Lösung ist möglich. Sie besteht darin, jede ethnische Gemeinde in klar abgegrenzte geographische Zonen umzusiedeln, ›diese mit Stacheldraht abzutrennen‹, und die Zeit arbeiten zu lassen.« »Eine ›Umverteilung der Bevölkerung‹ ist der Begriff, den der General vorsichtig verwendet, nichtsdestoweniger ein Synonym für ›ethnische Säuberung‹. ›Die Menschen bringen diesen Begriff mit ›Völkermord‹ in Verbindung, was völlig falsch ist‹. Der Ausdruck sei, so der General, irrtümlich mit den Lagern und den Greueltaten, über die in den Medien berichtet wird, in Zusammenhang gebracht worden.«

Mackenzies Ansicht ist bei einigen Beobachtern in Toronto nicht gut angekommen. »Ist er ein Interessenvertreter für die serbische Seite?«, fragte das Parlamentsmitglied Alex Kindy im Unterhaus. Laut »Commons Debates Journal« stellte Kindy seiner eigenen Regierung in dieser Sache folgende Frage:
»Ich habe eine Frage an den Minister für nationale Verteidigung, die er in der Lage sein sollte, zu beantworten. Wer bezahlt Mr. Mackenzies Reisen? Ist er ein Interessenvertreter? Ist er ein Interessenvertreter für die serbische Seite? Dies sind unserer Ansicht nach durchaus berechtigte Fragen. Er ist mit Serben zusammengetroffen. Er hat ein besonderes Verhältnis zu einem serbischen Führer in Bosnien. Dies sind also Fragen, die von dem Minister of National Defense beantwortet werden sollten. Welche Funktion hat Mr. Mackenzie? Befindet er sich in einer Situation des Interessenskonflikts? Er war ein Kommandeur der Vereinten Nationen, und jetzt ist er anscheinend ein Berater für die Serben in Bosnien. Dies sind also die Fragen, die sich daraus ergeben.«

Mackenzie wird von den Bosniern auf Grund von Aussagen von Augenzeugen wegen der Anklage gesucht, persönlich vier moslemische Frauen aus einem serbischen Lager für vergewaltigte Frauen herausgeholt und selbst vergewaltigt zu haben. □

Nordkorea von UN-Sanktionen bedroht

Nordkorea könnte bald implodieren oder explodieren«, warnte der scheidende Kommandeur der US-Streitkräfte in Korea, General Robert RisCassi, das Armed Services Committee, berichtete die »Far Eastern Economic Review«. In seiner barschen Erklärung, die bislang von den Medien ignoriert wurde, hob RisCassi hervor, daß er »anderer Meinung ist als diejenigen, die behaupten, Nordkorea drohe ganz einfach nur, als es kürzlich aus dem Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen (NPT) ausschied, »um zu versuchen, die beste Regelung zu erzielen, als Gegenleistung dafür, daß es dem Vertrag wieder beitritt«. Vielmehr, sagte er nachdrücklich, habe Nordkorea nicht die Absicht, dem Vertrag wieder beizutreten, weil »Nordkorea sein Atomprogramm als wichtig für das Überleben der Regierung erachtet und alles tun würde, um es zu schützen ... Wir müssen uns von dem Vertrauen abbringen, daß wir während des Kalten Krieges erwarben, daß Nordkorea beherrschbar ist«, meinte RisCassi. »Nordkorea ist nicht mehr beherrschbar.«

Angeführt durch die »Far Eastern Economic Review« haben die westlichen Medien wild mit der »Irak-Behandlung« gedroht, weil, wie sie sagen, sein Ausscheiden aus dem NPT bedeutet, daß das Regime von Kim Il-Sung eine unmittelbare nukleare Bedrohung darstellt.

Ein erschreckter japanischer Diplomat äußerte dazu, er befürchtete, daß Nordkorea ein »nukleares Waco« werden könnte. □

Serben verstärken Drohungen gegen Italien und Österreich

Erkühnt durch die Fünf-Mächte-Vereinbarung, mit der ein neues »Großserbien« anerkannt wird, rasseln serbische Regierungsbeamte in Richtung Triest, Italien und Wien mit dem Säbel.

Die italienische Tageszeitung »Corriere della Sera« zitierte General Ratko Mladic, Kommandeur der bosnischen Serben, der mit der serbischen Zeitschrift »Duga« sprach, wie folgt: »Triest ist eine serbische Stadt, und der Krieg, der jetzt in Bosnien stattfindet, wird sich bis zu dem Gebiet zwischen Triest und Wien ausweiten. Anstatt uns zurückzuziehen, sollte unser Ziel darin bestehen, jene Streitkräfte zu zerschlagen, die Jugoslawien zerstört haben. Wir sollten einen Gegenangriff beginnen, vor allem längs der Linie Triest-Wien, weil Triest eine alte serbische Stadt war.«

»Es wäre besser gewesen, Italien und Österreich und mit ihnen jene Kräfte anzugreifen, die diesen Krieg begonnen und diesen Zerfall möglich gemacht haben.« Nach dem Zweiten Weltkrieg war Triest ein paar Jahre lang von Titos jugoslawischer Armee und den Briten besetzt und kam dann durch internationale Vereinbarungen nach Italien. Das Gebiet birgt das Potential für weitere Destabilisierung. □

Stasi spionierte das SDI-Programm aus

Im Auftrag des sowjetischen KGB spionierte der Staatssicherheitsdienst der DDR von Anfang an das Programm der US-Strategic Defense Initiative (SDI) aus, sagte der ehemalige Geheimdienstbeamte der DDR, Heinz Busch, im Prozeß gegen den ehemaligen Stasi-Chef Markus Wolf in Düsseldorf aus.

Busch, der kurz vor dem Sturz des kommunistischen Regimes der DDR im Januar 1990 dem Auslandsgeheimdienst der Bundesregierung beitrat, berichtete, daß ab 1982 Wolfs Apparat »besondere operative Maßnahmen« gegen die Stationierung von taktischen Atomraketen durch die NATO und gegen die SDI getroffen habe.

Die SDI wurde als wesentliche Herausforderung an den Warschauer Pakt gedeutet, die den gesamten Ostblock dazu gezwungen habe, »dringend benötigte Hilfsmittel, die ursprünglich zur Umgestaltung des zivilen Sektors bestimmt waren, in militärische Projekte zu investieren«, erklärte Busch. Der Stasi habe Kopien jeder geheimen NATO-Akte und »andere Geheimdienstnachrichten« nach Moskau geschickt, berichtete Busch. □

Warnung vor Balkanisierung Rußlands

Einer der hauptsächlichen politischen Rivalen des russischen Präsidenten, der Vorsitzende des Parlaments Chasbulatow, warnte davor, daß Rußland unter Einfluß des Westens in ein Szenario der »Balkanisierung« hineingedrängt wird, und daß Jelzins »diktatorische« Versuche, bei dem Entwurf, eine neue Verfassung zu entwerfen, die Gesetzgebung zu umgehen, Anarchie und »Zerfall« herbeiführen könne.

Chasbulatow warnte auch, daß »Versuche, die derzeitige Krise ... mit verfassungsfeindlichen Mitteln zu lösen, unwiderruflich zum Zusammenbruch Rußlands führen werde – etwas was einflußreiche internationale politische, Finanz- und Industriekreise auf höchst offene Art und Weise anstreben. Die Zeit ist gekommen, wo nicht nur Abgeordnete und Minister, nicht nur regionale Behörden, sondern alle Bürger die Gefahr des Todes, des Krieges und der Unterjochung, in der das Land schwebt, erkennen sollten. Die Gefahr der ›Balkanisierung‹ Rußlands ist eine reale Gefahr.« Vor ausländischen Journalisten sprechend, drohte Chasbulatow damit, daß, wenn Jelzin die Verfassung verhöhnt, dann herrscht Anarchie im Lande, »und das bedeutet, daß jene nuklearen, biologischen, chemischen und andere ... Waffen, die für die Umgebung und für andere Staaten sehr gefährlich sind, schließlich außer Kontrolle geraten«. □

Seminar in Moskau über Antisemitismus

Russische Parlamentarier und westliche Politiker haben in einem in Moskau abgehaltenen Seminar über »Antisemitismus und Rassismus« diskutiert, berichtet Reuter. Das zweitägige Seminar, das »einen beunruhigenden Anstieg des Rassismus und Antisemitismus bekämpfen« soll, wurde vom Europa-Rat und vom European Jewish Congress, einem Ableger des von Edgar Bronfman geleiteten und in New York ansässigen Jüdischen Weltkongreß organisiert.

Peter Leuprecht, stellvertretender Generalsekretär des Council of Europe, sagte zu Zeitungsleuten, daß »es in den ehemaligen kommunistischen Ländern einen Trend zur Bildung nationalistischer und populistischer Bewegungen gibt, die nach Sündenböcken für wirtschaftliche Härten suchen«. Bezüglich der Freiheit der Meinungsäußerungen meinte Lamprecht: »Einige Dinge dürfen nicht gesagt werden. Der Kampf gegen Intoleranz muß auch eine repressive Seite haben.«

Der ehemalige französische Ministerpräsident Jacques Chirac, ein Kandidat für die Präsidentschaftswahlen von 1995, die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der russische Außenminister Andrey Kozirew gehören zu den Personen, die auf dem Seminar sprachen. □

Haiti lehnt UN-Plan für Polizeiaktionen ab

Die haitanische Regierung und das Militär lehnten nach zweitägigen Gesprächen mit einer Delegation der Vereinten Nationen einen Plan ab, nach dem 500 bis 1000 internationale »Polizeibeamte« nach Haiti entsandt werden sollen, um die Rückkehr des gestürzten terroristischen Präsidenten Jean-Baptiste Aristide zu erleichtern. Haiti »hat es auf die Vereinten Nationen und Washington ankommen lassen«, wie die »New York Times« es formulierte.

In der amerikanischen Presse wird jedoch nicht berichtet, daß Haiti den Plan scharf zurückgewiesen und ihn mit der Invasion Haitis durch Woodrow Wilson im Jahre 1915 verglichen hat, die zu einer Besetzung durch die Vereinigten Staaten wurde, die mehr als 20 Jahre andauerte.
Als Reaktion auf die Zurückweisung rufen die Vereinten Nationen, die Medien und die Aristide freundlich gesinnte Interessengruppe in den Vereinigten Staaten sowie Präsident Clinton lauthals dazu auf, harte Maßnahmen, einschließlich einer möglichen Seeblockade und einer völligen Einstellung der Öltransporte, zu treffen. □

Taiwan will offenbar der UNO wieder beitreten

Taiwan hat Pläne für einen diplomatischen Vorstoß bekanntgegeben, den Vereinten Nationen wieder beizutreten, aus denen es 1971 ausgestoßen wurde, als die Volksrepublik China seinen Sitz einnahm. Taiwan muß die Billigung von mindestens 120 Mitgliedern der Vereinten Nationen bekommen, bevor es einen formellen Beitrittsantrag stellen kann, aber die Insel unterhält derzeit nur zu 29 Ländern diplomatische Beziehungen.
»Wenn wir 120 bis 130 Stimmen haben, selbst wenn sich das kommunistische China gegen unseren Antrag stellt, glaube ich, daß wir immer noch einen Weg finden werden, um mit der Opposition fertigzuwerden«, meinte Außenminister Frederick Chien auf einer Pressekonferenz, auf der er einige Richtlinien für die Kampagne bekanntgab.

Die ehemalige amerikanische Botschafterin für die Vereinten Nationen, Jeane Kirkpatrick, die Taiwan besuchte, sagte, der Antrag der Insel-Regierung sei wegen der Veto-Macht der Volksrepublik als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zum Scheitern verurteilt. □

Geht der Krieg in Bosnien weiter?

Die Welt wird sich wohl an den Gedanken gewöhnen müssen, daß die Krise in Bosnien noch jahrzehntelang anhalten wird, genau wie der arabisch-israelische Konflikt, sagte der russische Außenminister Andrej Kozirew zur französischen Tageszeitung »Le Monde«.

Kosirew meinte, er habe soeben mehrere Telefongespräche mit dem französischen Außenminister Alain Juppé und dem dänischen Außenminister Niels Petersen geführt, und er stehe in regelmäßiger Verbindung mit dem amerikanischen Außenminister Warren Christopher.

Kozirew berichtete, daß »niemand einen konkreten Vorschlag auf den Tisch legt. Abgesehen von Fragen zur Debatte, drängt sich niemand eindeutig danach, nach einer Lösung zu suchen. Auch ich nicht. Ich bin nicht dazu bereit, Vorschläge zu machen, die sich auf die Anwendung von Gewalt stützen.«
Über die Frage des Einsatzes militärischer Gewalt unter Druck gesetzt, antwortete Kozirew: »Ist es notwendig, um jeden Preis etwas zu tun?« □

Briefe

Betr.: Leserbrief zu »Die Schuldenkünstler«, Nr. 5 und 8/93.

Das Gesetz über die »Unrechtmäßigkeit des Kommunismus«, das der tschechische Präsident Vaclav Havel gerade unterzeichnet hat, sollte unser Bundeskanzler in ähnlicher Form (z.B. Anti-Sozialismus-Gesetz) auch in unserer Bundesrepublik einführen, denn zumindest im bundesdeutschen Gesundheitswesen herrscht seit einem Vierteljahrhundert nackter Sozialismus.

Erinnert sei nur daran, daß 1970, unter der SPD-Regierung die sogenannte Verdienstgrenze in der Sozialversicherung aufgehoben wurde (um mehr »Gleichheit« in der Krankenversicherung zu erreichen!), so daß heute über 95 Prozent Bundesbürger mit Krankenschein zum Arzt kommen können. (Bei Bismarck waren noch 15 Prozent sozialversichert!)

Und selbst die privaten Gebührenordnungen für Ärzte 1982 und für Zahnärzte 1988 – in denen die ehemaligen sechs Gebührensätze zu 2,3 Gebührensätzen mit Punktwerden, die alle drei Jahre überprüft werden, zusammengeschrumpft sind – können ihre Herkunft aus einer sozialistischen Geisteshaltung nicht verleugnen.

Ganz schlimm sozialistisch gefärbt ist aber das jüngste GSG (Gesundheits-Struktur-Gesetz) von 1993, das von Minister Seehofer erarbeitet und verordnet wurde. Es hat mit sozialer Marktwirtschaft, mit der Deutschland seit dem letzten Krieg groß geworden ist – nicht das geringste mehr zu tun, dafür umsomehr mit Gleichschaltung, Freiheitsberaubung und Verbürokratisierung aller Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Krankengymnasten! Wer sich in der sozialistischen-marxistischen Literatur auskennt, kommt nicht daran vorbei: das Seehofersche GSG als nach der Empfehlung von Wladimir Iljitsch Lenin konzipiert zu empfinden, denn Lenin hat einmal gesagt: »Wenn man ein Land sozialisieren will, muß man bei den Gesundheitsberufen anfangen!« Mit dem von mir vorgeschlagenen Gesetz könnte man die Verantwortlichen für sozialistische Gesetze zumindest zum Abdanken bewegen.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: Deutschland-Journal »Zweifel am Holocaust«, Nr. 7/93.

Es muß gesagt werden, daß derartige Umfragen nur in allen anderen Ländern der Welt durchgeführt werden können, nur nicht in Deutschland. Hier wird alles, was diese Angelegenheit betrifft, mit dem Begriff »Offenkundigkeit« abgetan. Selbst bei sogenannten KZ-Prozessen werden Verteidiger daran gehindert, entlastendes Beweismaterial für die Angeklagten abzugeben. In diesem freiesten Rechtsstaat den es je auf deutschem Boden gegeben hat, in dem im Grundgesetz, Paragraph 5 die Meinungsfreiheit garantiert ist, werden Bücher beschlagnahmt und indiziert, inzwischen sollen es schon mehr sein, die auf dem Index stehen, wie im Dritten Reich.

Günter Hellmich, Wolfenbüttel

Betr.: SPD »Würde Kurt Schumacher seine Partei heute wiederkennen«, Nr. 8/93.

Unter dem Aufmacher »Versager aller Länder, vereinigt euch! Europa hat Bosnien aufgegeben – jetzt muß es wenigstens für die Opfer sorgen« (in der österreichischen Tageszeitung »Der Standart«) ist der Leiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, Daniel Cohn-Bendit, der Auffassung, daß er und seine Genossen in ihrer Sturm- und Drangzeit ihren »schäbigen Egoismus mit einer wohlgemeinten pazifistischen Utopie vernebelt haben«.

Diese Einsicht kommt zwar ein bißchen spät – aber, immerhin. Doch dann ist er wieder ganz der alte aus den 68-Jahren, wenn er weiter schreibt »nackt vor dem Urteil der Geschichte zu stehen«, weil »französische und englische Demokraten« und die Alliierten von 1936 bis 1944 versäumten, jeweils zum richtigen Zeitpunkt einzugreifen.

Versailles und den darauffolgenden Druck auf die Deutschen in den Ostgebieten erwähnt Herr Cohn-Bendit wohlweislich nicht, wie auch bezeichnenderweise die Verbrechen an den Deutschen ab 1945. Er kehrt somit wissentlich unter den Tisch, daß die von ihm erwähnten Demokraten und Alliierten seit 1920 und erst recht 1945 so gar nichts dagegen hatten, daß Deutsche damals mit denselben Methoden aus ihrer Heimat vertrieben wurden wie die bosnischen Muslime heute aus ihrem Siedlungsgebiet. Aber unabsichtlich erwähnt er sie doch, die 13 Millionen vertriebenen und davon drei Millionen ermordeten Deutschen, wenn er unter anderem schreibt, daß er »die Generation unserer Eltern für ihr politisches Versagen so verachtet hat«.

Es ist eben angenehmer, wenn man, wie Cohn-Bendit unter anderem meint, sich in die »glorreiche Tradition« der Geschichte einreiht, in der sich immer wieder »die Sieger verewigen und die Verlierer schnellstens vergessen« werden. Aber hat die Geschichte nicht auch immer wieder langfristig für die Durchsetzung des Rechts gearbeitet? War und ist es nicht immer eine Frage der Zeit, wann Unrecht gesühnt wird? Natürlich muß dann die Generation von morgen die Rechnung für die Fehler von gestern bezahlen.

Einen gerechten Frieden zu stiften hatten die Sieger von 1919 und 1945 in der Hand; sie haben diese Chance vertan und so die Nachahmungstäter von heute und morgen mit hervorgebracht. Sie alleine trifft die Schuld an den heutigen und zukünftigen Kriegen in Europa, denn die alte geopolitische Lage scheint sich wieder von selbst herstellen zu wollen.

Ach ja, unter anderem schreibt Herr Cohn-Bendit auch, daß er »kaum noch den bosnischen Muslimen in Frankfurt in die Augen sehen« kann. Ob er, was das angeht, gegenüber den vertriebenen Deutschen auch so dachte und denkt?

Heiko Urtel, Traisen

Betr.: Deutschland-Journal »Zu Lasten der Arbeitnehmer«, Nr. 8/93.

Auch eine Zeitschrift muß konsequent bleiben. Man kann nicht in einem Artikel fordern, daß die Pflegeversicherung von den Unternehmen mitfinanziert werden soll, und in einem anderen derselben Nummer die Tatsache beklagen, daß die Personalzusatzkosten deutscher Unternehmen fast dreimal so hoch sind wie in Japan. Offensichtlich betrachten aber nicht nur Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte und linke Politiker die Unternehmen etwa so wie Spatzen einen Kirschenbaum.

Die Unternehmen sind keine Wohlfahrtsinstitutionen und verfügen auch nicht über unbegrenzte Finanzmittel, sondern müssen ihr Geld gegen harte ausländische, zum Teil subventionierte Konkurrenz erarbeiten, wobei sie durch schikanöse bürokratische Bestimmungen und teure Auflagen ohnehin schon schwer genug benachteiligt sind.

Zur Pflegeversicherung selbst, die die Unternehmen nun wirklich nichts angeht, ist in aller Kürze folgendes zu sagen:

Es wird von ihren Initiatoren und Befürwortern der Öffentlichkeit suggeriert, ohne Versicherung gäbe es eben keine Pflege. Das ist natürlich nicht wahr, nur trägt in vielen Fällen, wenn die eigenen Mittel und die der Familie erschöpft sind, die Kosten das Sozialamt. Folglich geht es nur darum, die Gemeinden und Länder zu entlasten. Dagegen ist nichts einzuwenden, man muß sich dafür nur einen anderen Zeitpunkt aussuchen als ausgerechnet eine schwere Rezession.

Bei dem bis auf weiteres herrschenden Arbeitsmangel verpuffen nämlich solche – notwendigen – Ausgleichsmaßnahmen für die Wirtschaft wie Karenztage und gestrichene Feiertage zu nichts, weil man sie gar nicht nutzen kann. Abgesehen davon, neigt der Durchschnittsarbeitnehmer dazu, sich die Karenztage durch verlängerte Krankmeldung wiederzuholen.

Nach dem derzeitigen Modell ist die Pflegeversicherung nicht einmal kurzfristig zu finanzieren, geschweige denn langfristig. Schon jetzt klafft eine Finanzierungslücke von 4,5 Milliarden DM, da sich die Länder weigern, die ersparte Sozialhilfe als Bundeszuschuß dem Bund zur Verfügung zu stellen und auch die Krankenkassen zu einer Anschubfinanzierung nicht bereit sind. Es bleibt wirklich nur die Finanzierung über private Vorsorge übrig, die im Endeffekt für die Volkswirtschaft billiger ist.

Wer's nicht glaubt, möge einmal die Leistungen der BfA und der LVA's mit denen befreiender Lebensversicherungen vergleichen! Mit der fortschreitenden Entmündigung der Bürger durch den Staat muß endlich Schluß sein, man muß Politikern den Zugriff auf unser sauer verdientes Geld verwehren. Wer garantiert uns denn, daß nicht auch die staatliche Pflegeversicherung eines Tages für Personen »geöffnet« wird, die zwar nichts eingezahlt haben, aber jetzt trotzdem Leistungen zu unseren Lasten empfangen?

Dr. Helmut Fasbender, Bergisch Gladbach

Betr.: Schweiz »Arrogante Verlierer nach EWR-Abstimmung«, Nr. 4/93.

Nach der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 ist wohl allen Schweizern bewußt geworden, daß der Dauerschlag des Souveräns ein Ende zu finden hat. Die täglichen Nachrichten zeigen uns deutlich, daß ein EWR/EG-Beitritt unser Land in ein endloses Debakel führen würde.

Die Eidgenossenschaft weiß zu beweisen, daß Probleme mit Hilfe von bewährten dezentralen, demokratischen und föderalen Strukturen besser gelöst werden als durch große Länder mit Zentralmacht-Regierung. Souveräne Bürger unseres Landes werden genügend Menschen in Europa und anderen Kontinenten finden, mit denen sie in gegenseitigem Respekt und in Freiheit Zusammenarbeit und Handel betreiben können.

Wir können auch bessere Problemlösungsmodelle ausprobieren, und mit sachpolitischen Beispielen in Europa mehr erreichen, als wenn wir eine in sich zerrissene EG-Bürokratie-Organisation unterstützen, zumal sich diese nur als Bollwerk gegen berechtigte Ansprüche sogenannter Entwicklungsländer versteht.

Als Beispiel sei nur folgender europäischer Vergleich genannt: Ein Brüsseler Beamter verdient pro Monat ca. 15000,- DM/Sfr. Davon könnten in Osteuropa gut und gerne 150 Lehrer entlöhnt werden, die ihrerseits um die 4000 Kindern eine Schulbildung vermitteln könnten.

Alles was wir heute tun, hat Auswirkungen auf die globalen Systeme; sei dies in der Wirtschaft, der Politik oder dem Umgang mit der Umwelt, von der wir leben. So sind wir heute angehalten, global zu denken und trotzdem souverän lokal zu handeln.

Wir wissen aber, daß unsere Kräfte nicht in einem sinnlosen, parteipolitischen Kampf und gegenseitiger Diskriminierung verschwendet werden sollten.

Christof Zellweger, Zürich